

DECODING CHINA DICTIONARY

China Dekodieren. Ein Wörterbuch

EDITION 2025

David Bandurski

Katja Drinhausen

Jerker Hellström

Malin Oud

Marina Rudyak



DECODING CHINA

DECODING CHINA DICTIONARY

China Dekodieren. Ein Wörterbuch

Edition 2025

Gefördert durch



Bundesministerium
für Forschung, Technologie
und Raumfahrt

IMPRINT

Das **Decoding China Dictionary** wird unter der Creative Commons Lizenz CC BY-NC-ND 4.0 veröffentlicht (<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/>). Das Urheberrecht © 2025 an den Texten liegt bei den Autor:innen der jeweiligen Kapitel.

Die in dieser Publikation geäußerten Ansichten liegen in der alleinigen Verantwortung der Autor:innen und spiegeln in keiner Weise institutionelle Positionen wider.

Herausgeber

The Decoding China Project (gGmbH)
Kolonnenstraße 8, 10827 Berlin, Germany

Illustrations und Layout

Anna Formilan

Redaktionsteam

The Decoding China Project
Ian Johnson (Senior Redakteur, Edition 2025)
Alexander Davey (Redakteur, Edition 2023)

Übersetzung

Marina Rudyak
Katja Drinhausen
Jonas Gompelmann (Assistenz bei Edition 2025)
Jana Zweyrohn (Edition 2023)

Lektorat deutsche Ausgabe

Marina Rudyak
Katja Drinhausen
Joanna Klabisch (Edition 2023)
Christian Straube (Edition 2023)

ISBN 978-3-00-084569-7

Empfohlene Zitierweise für das Decoding China Dictionary

The Decoding China Project (Hrsg.). *The Decoding China Dictionary – China Dekodieren. Ein Wörterbuch*. Berlin: The Decoding China Project, 2025. Verfügbar unter: <https://decodingchina.eu/de>.

Empfohlene Zitierweise für Artikel aus dem Decoding China Dictionary (Beispiel)

Rudyak, M. „Entwicklungshilfe“. In: The Decoding China Project (Hrsg.). *The Decoding China Dictionary – China Dekodieren. Ein Wörterbuch*. Berlin: The Decoding China Project, 2025. Verfügbar unter: <https://decodingchina.eu/de/entwicklungshilfe/>.

INHALTSVERZEICHNIS

Über das Projekt	—	9
Autor:innen	—	10
Danksagung	—	13

Einführung	—	14
------------	---	----

BEGRIFFE

Autonomie	—	29
Datensicherheit	—	33
Demokratie	—	37
Entwicklung	—	41
Entwicklungshilfe	—	45
Ethnische		
Minderheiten	—	49
Freie		
Meinungsäußerung	—	53
Freundschaft	—	57
Frieden	—	61
Geschichte	—	65
Gleichstellung der		
Geschlechter	—	69
Globalisierung	—	73
Gute		
Regierungsführung	—	77
Innovation	—	81
Internationale		
Beziehungen	—	85
Internationales Recht	—	89
Journalismus	—	93
Kooperation	—	97
Kultur	—	101
Marktwirtschaft	—	105
Menschenrechte	—	109
Modernisierung	—	113
Multilateralismus	—	117

Nation	—	121
Offenes und		
freies Internet	—	125
Öffentliche Diplomatie	—	129
Partnerschaft	—	133
Recht auf Privatsphäre	—	137
Rechtsstaatlichkeit	—	141
Religionsfreiheit	—	145
Reziprozität	—	149
Sicherheit	—	153
Souveränität	—	157
Stabilität	—	161
Transparenz	—	165
Verantwortungsvolle		
Forschung	—	169
Wissenschaft	—	173
Wissenschaftsfreiheit	—	177
Wohlstand	—	181
Zivilgesellschaft	—	185
Zivilisation	—	189

QUALIFIKATOREN

Qualifikatoren	—	193
Friedlich	—	194
Grün	—	195
Menschenzentriert	—	196
Nichtstaatlich	—	197
Pragmatisch	—	198
Rational	—	199
Sogenannte	—	200
Verantwortungsvoll	—	201
Westlich	—	202
Wissenschaftlich	—	203
Weiterführende Lektüre	—	204

ÜBER DAS PROJEKT



Das *Decoding China Project* ist eine unabhängige gemeinnützige Forschungsorganisation, gegründet von einer Gruppe von China-Expert:innen mit langjähriger Erfahrung in chinesischer Politik, Recht, Medien, internationalen Beziehungen und Entwicklungszusammenarbeit. Unser Team verbindet fundierte wissenschaftlicher Expertise mit praktischer Erfahrung aus vielen Jahren der Kooperation mit chinesischen Partnern und Organisationen.

Im Zentrum unserer Mission, China-Kompetenz zu stärken, steht das *Decoding China Dictionary (China Dekodieren. Ein Wörterbuch)*. Es erläutert, wie Schlüsselbegriffe der internationalen Beziehungen von der chinesischen Regierung und den parteistaatlichen Akteuren interpretiert und genutzt werden – und wie sich deren Verständnis von der gängigen Auffassung im normativen Rahmen der Vereinten Nationen unterscheidet. Die Inhalte des *Decoding China Dictionary* werden von den Mitbegründer:innen des *Decoding China Project* verfasst und redaktionell betreut. Grundlage der Analysen sind vor allem chinesische Originalquellen – darunter offizielle Stellungnahmen, Medienbeiträge, Pläne und Verordnungen – sowie Forschungsarbeiten führender Wissenschaftler:innen des jeweiligen Fachgebiets.

Das *Decoding China Dictionary* ist kostenlos auf der Website des Decoding China Project <http://www.decodingchina.eu/de> sowie zum Download als PDF verfügbar. Dort finden Sie zudem aktuelle Artikel und weiterführende Analysen.

Ihre Unterstützung ist für den Fortbestand und die Weiterentwicklung des *Decoding China Dictionary* von zentraler Bedeutung. Sie ermöglicht es uns, das Wörterbuch kontinuierlich weiterzuentwickeln und auszubauen, es in Workshops und öffentlichen Veranstaltungen vorzustellen und Übersetzungen in weitere Sprachen vorzunehmen, um es einem breiteren Publikum zugänglich zu machen.

Wenn Sie das Projekt fördern, Forschungsaufträge erteilen, den Druck von Ausgaben unterstützen oder uns zu Vorträgen und Schulungen einladen möchten, schreiben Sie uns bitte an info@decodingchina.eu. Ebenso begrüßen wir Ihr Feedback und Ihre Anregungen für zukünftige Themen und Analysen, da wir unser Angebot fortlaufend weiterentwickeln und aktuell halten.

AUTOR:INNEN



DAVID BANDURSKI

ist Mitbegründer des *Decoding China Project*. Seine Schwerpunkte sind Medien, Zivilgesellschaft und öffentliche Diplomatie. Darüber hinaus ist er Direktor des China Media Project, einer unabhängigen Forschungsorganisation mit Sitz in Taiwan, die chinesischsprachige Medien und den politischen Diskurs der Kommunistischen Partei Chinas – innerhalb Chinas wie auch global – analysiert. Er ist Autor von *Dragons in Diamond Village* (Penguin/Melville House), einer Reportage über die Stadtentwicklung in China, und *Investigative Journalism in China* (Hongkong University Press).



KATJA DRINHAUSEN

ist Mitbegründerin und Co-Geschäftsführerin des *Decoding China Project*. Ihre Schwerpunkte sind Chinas politisches System und rechtliche Rahmenbedingungen, sowie digitalen Entwicklung und Menschenrechte. Darüber hinaus leitet sie das Forschungsprogramm Innenpolitik und Gesellschaft am Mercator Institute for China Studies (MERICS), dem sie seit 2018 angehört. Zuvor arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin und Projektkoordinatorin für die Hanns-Seidel-Stiftung in Peking, wie sie den politischen und akademischen Austausch mit chinesischen Partnerinstitutionen organisierte. Sie studierte Sinologie sowie chinesisches und internationales Recht und erwarb ihren LL.M. an der China University of Political Science and Law.



JERKER HELLSTRÖM

ist Mitbegründer des *Decoding China Project*. Seine Schwerpunkte sind Investitionen, Handel und Sicherheit. 2024 war er China Fellow bei IDEA, dem Think Tank und Beratungsgremium der Präsidentin der Europäischen Kommission. Zuvor hatte er leitende Funktionen im schwedischen Außenministerium und bei der Schwedischen Verteidigungsforschungsagentur (FOI) inne und leitete das von der schwedischen Industrie getragene Swedish Center for China Studies (SCCS). Ursprünglich Journalist, arbeitete er bis 2008 als Reuters-Korrespondent in Shanghai und Stockholm.



MALIN OUD

ist Mitbegründerin und Co-Geschäftsführerin des *Decoding China Project*. Ihre Schwerpunkte sind Chinas globale Präsenz, Völkerrecht, Menschenrechte und Entwicklungszusammenarbeit. Sie ist derzeit Senior-Beraterin am Raoul Wallenberg Institute of Human Rights and Humanitarian Law, dem sie 2001 zunächst als Leiterin des Pekingers Büros beitrug. Zudem ist Malin Oud stellvertretende Vorsitzende der schwedischen Expertengruppe für Entwicklungshilfestudien (EBA) und Mitglied mehrerer Kuratorien und Beiräte, darunter des Mercator Institute for China Studies (MERICS). Sie studierte Chinesisch, chinesisches Recht und internationales Menschenrecht in Lund, Kunming und London und erwarb einen MA in internationaler Entwicklung an der Universität Melbourne.



MARINA RUDYAK

ist Mitbegründerin und Co-Geschäftsführerin des *Decoding China Project*. Ihre Schwerpunkte sind Chinas globale Präsenz, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Beziehungen. Sie ist derzeit wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Sinologie der Universität Heidelberg und Teil des Horizon Europe-Projekts *Detecting and Countering Information Suppression from a Transnational Perspective* (De-Conspirator). Zuvor arbeitete sie für die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) in Peking und Bischkek. Sie studierte Sinologie und Öffentliches Recht in Heidelberg und Shanghai und promovierte 2020 zu Chinas Entwicklungshilfe. Sie ist Autorin von *Dialog mit dem Drachen: Wie uns strategische Empathie gegenüber China stärken kann* (Campus).

DANKSAGUNG

Wir danken herzlich für die großzügige Unterstützung, die das *Decoding China Dictionary* durch das Raoul Wallenberg Institut für Menschenrechte und humanitäres Völkerrecht, die Schwedische Agentur für internationale Entwicklungszusammenarbeit, das Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt, die Open Society Foundation, die Friedrich-Ebert-Stiftung, das Institute of War and Peace Reporting und die Sunflower Foundation erhalten hat.

Das *Decoding China Dictionary* hat in hohem Maße von unseren Diskussionen mit Wissenschaftler:innen, Diplomaten:innen, Journalist:innen, Vertreter:innen der Zivilgesellschaft und politischen Entscheidungsträger:innen weltweit profitiert – unter anderem im Rahmen von Workshops und Treffen in Bangkok, Berlin, Brüssel, London, Nairobi, Oslo, Santiago, Singapur, Stockholm, Taipeh, Den Haag und Washington D.C.

Unser besonderer Dank gilt den Expert:innen, die mit ihren aufschlussreichen, großzügigen und ermutigenden Kommentaren und Rückmeldungen diese Ausgabe und ihre Vorgänger bereichert haben: Oscar Almén, Rebecca Arcesati, Geremie Barmé, Jessica Batke, Tom Baxter, Pongphisoot Busbarat, Surya Deva, Lisa Eklund, Magnus Fiskejö, Lars Fredén, Courtney Fung, Fredrik Fällman, Sam Geall, Bonnie Glaser, Hurst Hannum, Isabel Hilton, Claudia Ituarte-Lima, Manoj Kewalramani, Robert Kibugi, Joanna Klabisch, Ching Kwan Lee, Otto Malmgren, James Miles, Christian-Géraud Neema, Mareike Ohlberg, Tom Peart, Eva Pils, Nadège Rolland, Joshua Rosenzweig, Hanna Sahlberg, Rolf Schwarz, Christian Straube, Marina Svensson, Alex Wong, Jörg Wuttke und Zhang Jingjing.

Ein besonderer Dank gilt unserem herausragenden Redakteur Ian Johnson, dessen Anregungen und Expertise unsere Texte bereichert haben.

Wir danken außerdem Isis Sartori Reis, Jonah Wigerhäll, Alexander Davey, Jonas Gompelmann und Janina Mansel für ihre wertvolle Unterstützung in Projektmanagement, Redaktion und Hintergrundrecherche.

Schließlich möchten wir Anna Formilan danken, deren kreative Illustrationen und Grafikdesigns ein wesentlicher Bestandteil des *Decoding China Dictionary* sind, ebenso wie unserem brillanten Webdesigner Tommaso Facchin.

Einführung

China dekodieren: Politischer Diskurs und außenpolitische Narrative der Volksrepublik

Malin Oud and Katja Drinhausen



„China ist bereit, mit allen Ländern zusammenzuarbeiten, um die gemeinsamen Werte der Menschheit – Frieden, Entwicklung, Gleichheit, Gerechtigkeit, Demokratie und Freiheit – zu fördern und einen Konsens zwischen den Völkern verschiedener Ethnien, Glaubensrichtungen, Kulturen und Regionen zu erzielen. Wir setzen uns für eine gleichberechtigte und geordnete multipolare Welt und eine inklusive wirtschaftliche Globalisierung ein und wollen unseren gemeinsamen Planeten zu einem friedlichen, freundschaftlichen und harmonischen Zuhause für alle machen.”¹

Xi Jinping beim Treffen mit ausländischen Teilnehmer:innen des China International Friendship Congress, 11. Oktober 2024

Diese und ähnliche Aussagen des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) und Staatspräsidenten Xi Jinping zeichnen eine fast utopische Vision der globalen Ordnung. Sie sind Teil einer diplomatischen Strategie, die Chinas Image als verantwortungsvolle Großmacht festigen soll.

Fast ein halbes Jahrhundert ist seit Beginn der Reform- und Öffnungspolitik vergangen, die Chinas der Welt öffnete, und das verarm-

te Land zur zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt machte. Einst eingeleitete Reformen, die eine vorsichtige Liberalisierung und Trennung von Partei und Staat versprachen, wurden von der heutigen Führung jedoch wieder zurückgenommen. Stattdessen dehnt der Parteistaat seine Kontrolle zunehmend auf alle Aspekte der Gesellschaft aus.² Gleichzeitig verstärkt die KPCh unter Xi Jinping ihre Bemühungen, das Land durch technologischen und wissenschaftlichen Fortschritt umfassend zu modernisieren. Sie beansprucht für China eine zentrale Rolle auf der Weltbühne – als Teil dessen, was Xi die Renaissance oder Wiederbelebung des Landes nennt.³

China hat seine frühere außenpolitische Maxime des sich „sich zurückhalten und abwarten“ längst aufgegeben. Stattdessen ist es, seinem wirtschaftlichen und geopolitischen Einfluss entsprechend, zu einem „Normenunternehmer“ in den Vereinten Nationen (UN) und anderen multilateralen Foren geworden.⁴ Wie Xi Jinping seit 2013 wiederholt betont, sollen „chinesische Werte“ und „chinesische Lösungen“ international beworben werden. Peking hat es sich zur Aufgabe gemacht, internationalen Normen und Prinzipien wie Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten und Demokratie neue Bedeutung zu verleihen.

EINDÄMMUNG VON DEBATTEN ZUR GEWÄHRLEISTUNG IDEOLOGISCHER SICHERHEIT

China beruft sich zwar auf internationale Konzepte wie Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte, interpretiert und verwendet diese Begriffe jedoch oft in anderer Bedeutung. Diese unterschiedliche konzeptionelle Auslegung ist kein Zufall, sondern das Ergebnis jahrzehntelanger koordinierter Initiativen der chinesischen Führung zum Aufbau eigener Diskursmacht.⁵ Die Verbreitung liberaler Werte in den 1980er Jahren – darunter Demokratie und Menschenrechte – wurde als eine der Hauptursachen der Studentenproteste von 1989 und als existentielle Bedrohung für die KPCh gesehen. Deng Xiaoping, Chinas damaliger oberster Führer, erklärte 1989, er betrachte die unzureichende ideologische und politische Erziehung als eines der größten Reformversagen der 1980er Jahre.⁶

Der langfristige Ansatz der Regierung bestand jedoch nicht in der vollständigen Unterdrückung dieser Begriffe, sondern vielmehr in deren Integration in den ideologischen Kanon der KPCh. Sie sollten dabei in einer Weise umgedeutet werden, die sie für den Machterhalt unschädlich macht. Seit den frühen 1990er Jahren wurden neue Forschungsinstitute und Organisationen gegründet, die den Auftrag erhielten, einen chinesischen Diskurs und eine eigene Perspektive auf zentrale politische Begriffe und Konzepte zu entwickeln.

Internationale Normen, Standards und Konzepte fanden in der Ära der Reform und Öffnung weiterhin Eingang in die offizielle Sprache der KPCh. Die Reformen dieser Ära, welche 1979 begann und Ende der 2000er- bis Anfang der 2010er-Jahre an Schwung verlor, legten den Grundstein für Chinas Beitritt zur WTO im Jahr 2001. Die Rückgabe Hongkongs an die Volksrepublik (VR) China im Jahr 1997 weckte Hoffnungen auf eine weitere Annäherung der Werte und Systeme. Im Jahr 2004 wurde der Begriff „Menschenrechte“ in die chinesische Verfassung aufgenommen, was zunächst als Beginn einer neuen Ära des Schutzes verfassungsmäßiger Rechte begrüßt wurde.⁷

Heute sind Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit fester Bestandteil des Kanons der zwölf sozialistischen Kernwerte, die Xi Jinping in seiner ersten Regierungsperiode ausrief. Die Ausführungen des Parteichefs zu Konzepten wie Menschenrechten, Sicherheit und Modernisierung sind dabei Teil eines sich stetig erweiternden Kanons der „Xi-Jinping-Gedanken“.⁸ Doch in den letzten zehn Jahren haben sich Maßnahmen zum Aufbau eines eigenständigen chinesischen Wertesystems intensiviert. Liberale Konzepte wurden nahezu vollständig umgedeutet, um sie mit dem politischen und ideologischen System der KPCh kompatibel zu machen. Das *Dokument Nr. 9*, das 2012 von der Parteiführung verfasst und intern verbreitet wurde, war ein Leitfaden für die Abwehr von Ideen wie der konstitutionellen Demokratie, universellen Werten und einer unabhängigen Zivilgesellschaft.⁹

Die Sorge, dass liberale „westliche“ Werte eine Bedrohung für Chinas Einheit und politische Stabilität darstellen, spiegelt sich ebenso in einer Reihe sicherheitsbezogener Gesetze und Vorschriften der letzten Dekade wider, etwa im Nationalen Sicherheitsgesetz für Hongkong.¹⁰ Propagandamaßnahmen und die gesetzliche Kodifizierung parteidefinierter Normen gingen Hand in Hand mit politischen Maßnahmen wie verstärkter Internetregulierung und Zensur sowie strafrechtlichen Ermittlungen und Repressionen gegen Anwälte, Menschenrechtsaktivist:innen und öffentliche Intellektuelle. Zahlreiche Vorschriften schränkten sukzessive die Aktivitäten zivilgesellschaftlicher Organisationen ein. Auch der Diskussionsspielraum in der Wissenschaft und öffentlicher Raum für Debatten und Ideen in China wurden auf das erwünschte Spektrum eingeschränkt. Seit 2019 intensiviert die Partei zudem ihre Bemühungen, nationale Identität und Patriotismus durch Bildung und öffentliche Kampagnen zu stärken.

Nicht alle staatlichen Maßnahmen sind repressiv. Chinas Führung unternimmt eine Reihe von Anstrengungen, um die Effizienz öffentlicher Dienstleistungen zu steigern, die Rechtssicherheit in Wirtschaft, Finanzen und Handel zu stärken, die Verbraucherrechte besser zu schützen, den Umweltschutz zu fördern und die Sicherheit künstli-

cher Intelligenz zu gewährleisten. In vielen Bereichen gibt es gemeinsame Anliegen und Überschneidungen mit internationalen Akteuren, auch mit westlichen Staaten. Doch entscheidende Differenzen bleiben bestehen und haben sich sogar noch verschärft. Die chinesische Führung stellt Stabilität – als kollektives Interesse des „Volkes“ – über die Rechte des Einzelnen und nutzt dies, um repressive Maßnahmen zu legitimieren. So werden etwa die Repressionen in Xinjiang und Hongkong regelmäßig mit dem Schutz der Menschenrechte und guter Regierungsführung begründet.¹¹

Heute positioniert sich die Partei als alleinige Hüterin und Verteidigerin chinesischer Werte und kollektiver Interessen. Doch die Entwicklungsgeschichte vieler Ideen und Konzepte innerhalb Chinas zeugt auch von Auseinandersetzungen und unterschiedlichen Ansichten. Schaut man genauer hin, gerät die Aussage, dass liberale oder universelle Werte grundsätzlich im Widerspruch zur chinesischen Kultur und den Anliegen der Bürger:innen stehen, schnell ins Wanken. So spielte etwa der chinesische Philosoph und Diplomat Peng-Chun Chang, damals stellvertretender Vorsitzender der UN-Menschenrechtskommission, eine entscheidende Rolle bei der Ausarbeitung der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte*.¹² Von Wissenschaftler:innen und Jurist:innen, die sich in den 2000er Jahren für Rechtsstaatlichkeit und Regierungstransparenz einsetzten, bis hin zu Demonstrant:innen, die bei den Weißpapier-Protesten Ende 2022 Schilder mit der Forderung nach Demokratie und Menschenrechten hochhielten, gibt es viele Beispiele dafür, dass die Partei nicht für alle spricht.

Selbst unter den gegenwärtigen politischen Umständen gibt es Wissenschaftler und Denker, die es trotz der hohen Risiken wagen, die Regierung offen zu kritisieren. Xu Zhangrun, ein liberaler Verfassungsrechtler, sprach sich deutlich gegen Xi Jinpings Machtkonsolidierung und den Machtmissbrauch im politischen System Chinas aus, insbesondere während der Covid-19-Pandemie. Sein Essay „Wenn Wut die Angst besiegt“ aus dem Jahr 2020 führte zu seiner Verhaftung, Entlassung von der Tsinghua-Universität, und harter Isolation, die ihn de facto aus der Gesellschaft ausschloss.¹³ Und dennoch flammen immer wieder akademische und öffentliche Debatten auf, wenn Kommentatoren Raum für eine – oft subtile – Auseinandersetzung erkennen. Mitunter können solche Debatten im Vorfeld wichtiger politischer Tagungen in China oder globaler Ereignisse sogar an Dynamik gewinnen.¹⁴

DER AUFSTIEG CHINESISCHER KONZEPTE IM GLOBALEN WETTSTREIT DER NARRATIVE

Wenn andere Länder Chinas innenpolitische Praktiken oder sein internationales Verhalten kritisieren, beklagen chinesische Diplomaten:innen oft, dass „der Westen“ China missverstehe. Partei- und Staatschef Xi

Jinping hat wiederholt betont, wie wichtig es sei, „Chinas Geschichte gut zu erzählen“ und seiner Stimme mehr Gewicht zu verleihen, um ein „günstiges internationales Meinungsklima“ zu schaffen.¹⁵ Nachdem die chinesische Regierung seit Anfang der 2010er Jahre die Debatten im Inland immer weiter eingedämmt hatte, unternimmt sie nun erhebliche Anstrengungen im Bereich der „Außenpropaganda“, die international ein „richtiges Verständnis“ Chinas vermitteln soll.

Die KPCh strebt danach, Chinas Einfluss in der globalen Ordnung und Governance zu stärken. Sie sieht die Steigerung von internationaler Diskursmacht als Schlüssel zur Erreichung dieses Ziels. Chinas Ringen um Diskurshoheit findet sowohl auf der Mikroebene statt – in Auseinandersetzungen um einzelne Begriffe und Formulierungen in Verträgen und Resolutionen – als auch auf der Makroebene, in konkurrierenden Narrativen über Zweck und Zukunft der internationalen Ordnung.

Von der Partei propagierte Ideen und Initiativen haben ihren Weg in UN-Dokumente und die internationale Zusammenarbeit gefunden. Innerhalb nur eines Jahrzehnts erlangte die Neue Seidenstraßeninitiative – in offizieller chinesischer Übersetzung „Belt and Road Initiative“ (BRI) – weltweite Sichtbarkeit. China bezeichnet die BRI inzwischen regelmäßig als einen zentralen Pfeiler zur Verwirklichung der UN-Nachhaltigkeitsziele. Ähnlich entwickelten sich das Konzept einer „Gemeinschaft mit geteilter Zukunft für die Menschheit“ (人类命运共同体; anfangs offiziell als „Schicksalsgemeinschaft der Menschheit“ übersetzt) und die Redewendung einer „geteilten Zukunft“.¹⁶ Aus zunächst obskuren internen Slogans wurden allgegenwärtige Formeln in Chinas politischen Dokumenten und Doktrinen, die zunehmend Eingang in internationale Erklärungen und bilaterale Stellungnahmen fanden.¹⁷ Alle neueren chinesischen Initiativen werden als Beitrag zu diesem übergeordneten Ziel dargestellt: dem Aufbau einer globalen Gemeinschaft, in der Staaten ihren eigenen Weg gehen, nach Wunsch kooperieren und davon absehen, einander zu kritisieren.

Chinas normative Ambitionen werden zunehmend von spezifischen Initiativen zu einer Reihe von Themen flankiert, die für die Parteiführung von strategischer Bedeutung sind. Als Außenminister Wang Yi 2020 die Globale Datensicherheitsinitiative vorstellte, wurde dieser nur wenig Aufmerksamkeit gezollt. Doch 2021 kündigte Xi Jinping auf einer UN-Generalversammlung symbolträchtig Chinas neue Globale Entwicklungsinitiative an, als übergeordnetes Rahmenwerk, welches einen neuen Konsens für Entwicklung herbeiführen soll. Im April 2022 legte Xi Jinping auf dem Boao-Forum für Asien eine Globale Sicherheitsinitiative (GSI) vor, die in einem Konzeptpapier näher erläutert wurde.¹⁸

2023 folgten die Global Zivilisationsinitiative (GCI) und die Global Initiative zur Governance künstlicher Intelligenz (GAIGI). Die Zivilisationsinitiative beansprucht, eine „neue Form der menschlichen Zivilisation“ zu repräsentieren, welche die moderne westliche Zivilisation übertroffen hat und der Welt ein neues, erstrebenswerteres Modell anbietet.¹⁹ Sie spiegelt gleichzeitig Chinas Vision für die Menschenrechtsarchitektur der Vereinten Nationen wider und propagiert, dass verschiedene Zivilisationen unterschiedliche Menschenrechtsverständnisse und -standards haben können.²⁰ GAIGI, die neue globale Initiative zum Umgang mit KI, verkörpert wiederum Chinas Bestreben, bei der Regulierung neuer Technologien globale Standards zu setzen. Zuletzt wurde von Xi Jinping im Vorfeld des 80. Jahrestags der Vereinten Nationen im September 2025 die Globale Governance-Initiative (GGI) präsentiert. Die GGI verspricht neue Lösungen zur Verbesserung der globalen Governance – mit China als Wegbereiter einer neuen Weltordnung.²¹

Alle genannten Initiativen positionieren China als Anbieter globaler Güter – durch Entwicklungsfinanzierung, Förderung von Wachstum sowie seine Beiträge zu geopolitischer Neuausrichtung und zukunftsorientierter Standardsetzung.²² Letztlich ist Chinas Führung bestrebt, das Land als verantwortungsvolle internationale Macht, als Verfechterin eines fairen Multilateralismus und als Fürsprecherin der Entwicklungsländer darzustellen.²³ China soll Vorbildfunktion für andere Staaten haben. Dies zeigt sich deutlich in den Bemühungen, China in einem Weißbuch vom Dezember 2021 und mithilfe internationaler Kampagnen als „Demokratie, die funktioniert“ darzustellen.²⁴ Ebenso deutlich wird dies in der Rhetorik zur Partnerschaft mit Russland, die beide Länder als „progressive Kräfte“ gegen die westliche Hegemonie und als Verteidiger von Frieden und Souveränität darstellt.²⁵

Der Diskurs der KPCh ist von der Idee eines globalen antiimperialistischen und antikolonialistischen Kampfes geprägt. Er positioniert China als Entwicklungsland des Globalen Südens, das die Hegemonie des Globalen Nordens – insbesondere des von den USA angeführten Westens – herausfordert. Diese Debatte ist in den Vereinten Nationen nicht neu, wo die Mitgliedstaaten seit ihrer Gründung 1945 entlang unterschiedlicher ideologischer Linien von Nord, Süd, Ost und West gespalten sind. Sobald Menschenrechtsfragen thematisiert werden, wirft China seinen Kritikern „Politisierung“ und eine „imperialistische“ oder „Kalter-Krieg-Mentalität“ vor. In den Vereinten Nationen fordert die Volksrepublik Demokratie, Respekt für Chinas Recht auf Entwicklung sowie „win-win“ Kooperation auf der Grundlage „gemeinsamer Werte“ und „geteilter Interessen.“²⁶

Chinas Narrative zu Demokratie, Menschenrechten und Entwicklung haben an Resonanz gewonnen, weil sie reale Missstände ansprechen: die wahrgenommene Doppelmoral des Westens und globale

Ungleichheiten, die in vielen Teilen der Welt Kritik hervorrufen. Der Rückzug der USA aus der multilateralen Zusammenarbeit unter Präsident Trump hat China zudem einen größeren strategischen Spielraum für die Ausweitung seines Einflusses verschafft.

Die chinesische Führung erkennt an, dass die bestehende internationale Ordnung nach wie vor auf liberalen Werten wie Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie beruht – Werte, die teilweise im Widerspruch zum Machtmonopol der KPCh stehen. Durch die Stärkung seiner Diskursmacht jedoch will Peking internationale Normen in eine Richtung umgestalten, die stärker den Interessen der chinesischen Regierung entspricht. Wie Xi es bei seinem Treffen mit Putin im März 2023 formulierte: „Gegenwärtig erleben wir Veränderungen, wie es sie seit 100 Jahren nicht gegeben hat – und wir sind es, die diese Veränderungen gemeinsam vorantreiben.“²⁷

Ein deutlicher Unterschied lässt sich zwischen den Botschaften der KPCh an das heimische Publikum und jenen auf der internationalen Bühne feststellen. So rief Xi Jinping in seinen Reden vor der UN-Generalversammlung 2020 und beim Weltwirtschaftsforum 2021 die Welt dazu auf, „gemeinsam die von uns allen geteilten Werte Frieden, Entwicklung, Gleichheit, Gerechtigkeit, Demokratie und Freiheit hochzuhalten, eine neue Form der internationalen Beziehungen und eine Gemeinschaft mit geteilter Zukunft für die Menschheit aufzubauen.“²⁸

In einem Artikel für die führende Parteitheorie-Zeitschrift *Qiushi* erklärte Xi Jinping hingegen 2019, China dürfe „niemals dem Weg des westlichen ‚Konstitutionalismus‘, der ‚Gewaltenteilung‘ oder ‚richterlicher Unabhängigkeit‘ folgen“. Stattdessen, so Xi, solle China seinen eigenen Weg beschreiten und „im internationalen Kontext geschickt das Recht nutzen. Im Kampf gegen fremde Mächte müssen wir das Recht als Waffe einsetzen und mit Verweis auf Rechtsstaatlichkeit eine Position der moralischen Höhe einnehmen [...]. Wir müssen uns aktiv an der Ausarbeitung internationaler Regeln beteiligen und während des Wandels globaler Governance als Teilnehmer, Förderer und Anführer auftreten.“²⁹

Ob innen- oder außenpolitisch – die KPCh setzt gleichermaßen auf Überzeugungskraft und Zwang, um ihre Botschaften zu vermitteln. China strebt nach Soft Power, greift jedoch häufig auf politische Druckmittel zurück. In seinen Bemühungen, bei den Vereinten Nationen Deutungsmacht zu gewinnen, wechselt China zwischen Versprechen einer „für beide Seiten vorteilhaften Zusammenarbeit“ und kaum verhüllten Drohungen mit „Konsequenzen“, um andere Mitgliedsstaaten zur Unterstützung seiner Positionen zu bewegen.³⁰

MAGNETISCHE ANZIEHUNG: UNTER DER FÜHRUNG DER PARTEI

In internationalen politischen und akademischen Kreisen hat sich der Begriff „Global China“ als Schlagwort etabliert, um die vielfältigen globalen Erscheinungsformen Chinas zu beschreiben. Experten weisen jedoch zu Recht darauf hin, dass die pauschale Bezugnahme auf „China“ häufig zu stark vereinfacht ist und die Vielfalt der Akteure nur unzureichend erfasst. „Global China“ – China als globales Phänomen – hat viele Gesichter. Es umfasst staatliche wie nichtstaatliche Akteure mit unterschiedlichen Motiven und Interessen, die teils übereinstimmen und teils in Konflikt stehen: Vertreter:innen der Zentralregierung und lokale Beamte; staatliche Unternehmen, Privatunternehmen und einzelne Bürger, die ihr Glück im Ausland suchen; Wissenschaftler:innen, Forscher:innen und Ingenieur:innen, die mit ihren ausländischen Partnern zu verschiedenen Themen zusammenarbeiten. Jeder Versuch, effektiv mit chinesischen Akteuren in Austausch zu treten, muss diese Komplexität und Vielfalt berücksichtigen.³¹

Während der Raum für internationalen Austausch und Zusammenarbeit innerhalb Chinas seit der Verabschiedung des Gesetzes über ausländische Nichtregierungsorganisationen 2017 erheblich geschrumpft ist,³² werden chinesische Institutionen und Nichtregierungsorganisationen ausdrücklich ermutigt, in die Welt hinauszugehen. Einige der bekanntesten chinesischen Organisationen auf der globalen Bühne sind eng mit dem chinesischen Staat verflochten und lassen sich treffender als GONGOs (Government-Organised Non-Governmental Organisations, also von der Regierung organisierte Nichtregierungsorganisationen) charakterisieren. Sie haben offiziell die Aufgabe, Chinas „Diskursmacht“ zu stärken und sein „Rederecht“ zu verteidigen. Doch auch unabhängigere gesellschaftliche Akteure und NGOs suchen ihren Weg ins Ausland – um globale Probleme mit anzugehen, internationale Erfahrungen zu sammeln oder den engen Restriktionen im Inland zu entkommen. Auch sie gestalten und präsentieren ihre Arbeit mitunter im Einklang mit der Sprache und den Prioritäten der KPCh – sei es aus strategischen Gründen oder zur Absicherung ihrer Tätigkeit.

Der offizielle Diskurs prägt Überzeugungen und Verhaltensweisen auf vielfältige Weise. Er fungiert als Korsett, innerhalb dessen sich alle unterschiedlichen Akteure bewegen und arrangieren müssen. Manche Organisationen – insbesondere die staatsnahen – verwenden die Terminologie der Partei, um ihre Mission in der Auslandspropaganda zu erfüllen oder aus reflexhafter politischer Konformität. Andere erhoffen sich strategische Vorteile, etwa wenn sie das BRI-Label übernehmen, um wirtschaftliche Chancen oder Investitionen zu gewinnen.

Tätigkeiten im Ausland als Beitrag zu einer offiziellen Initiative oder einem politischen Ziel darzustellen, kann dazu beitragen, dass diese vom Parteistaat als unbedrohlich wahrgenommen werden. Nicht zuletzt können chinesische Bürger:innen den offiziell geförderten Vorstellungen auch aus persönlicher Überzeugung folgen. So haben sich beispielsweise die Versprechen von Entwicklung und wirtschaftlichem Fortschritt, und die Erzählung von der Notwendigkeit, dafür zu kämpfen und Opfer zu bringen, zu einem starken gesellschaftlichen Narrativ und Bestreben in der chinesischen Bevölkerung entwickelt.

So unterschiedlich die Akteure, ihre Motivationen und der Grad ihrer Anpassung an die offizielle Sprache auch sein mögen – am Ende ergibt sich dennoch eine Art „magnetische“ Ausrichtung an den zentralen Zielen und Narrativen der Partei. Eine ähnliche Dynamik lässt sich beobachten, wenn sich ausländische Regierungen, Unternehmen oder Wissenschaftler:innen aus strategischen Gründen, aufgrund ähnlicher Wertvorstellungen, aus Angst vor Konsequenzen oder schlicht aus Unkenntnis darüber, was sie damit befürworten, an China anlehnen. Begünstigt wird dies durch das weitreichende Auslandspropaganda- und Einflussnetzwerk Pekings, in dem verschiedene Akteure auf Partei-, Staats-, zentraler oder lokaler Ebene daran arbeiten, die Parteilinie in den internationalen Beziehungen und verschiedenen Formen der Zusammenarbeit durchzusetzen. Ob durch gemeinsame Erklärungen, Memoranda of Understanding oder Gastbeiträge in internationalen Medien – auch ausländische Vertreter:innen und Bürger:innen können so zur Verbreitung von Chinas politischer Sprache und Interessen beitragen.

Ausländische Diplomaten und Regierungsvertreter unterschätzen häufig die Wirkkraft von Chinas Einheitsfront- und Propagandasystem, und betrachten deren Rhetorik als leere Parolen und verbale Inszenierung. Doch Chinas wachsende Diskursmacht zeigte sich 2022 bei den Vereinten Nationen in aller Deutlichkeit, als Repräsentanten der Volksrepublik vertraute Mittel und Taktiken einsetzten, um die Diskussion über Xinjiang zu kontrollieren und eine unabhängige UN-Untersuchung zu verhindern. Dazu gehörte unter anderem die Mobilisierung chinesischer Diasporaorganisationen, die vorgaben, die muslimische uigurische Bevölkerung zu vertreten, um internationale Kritik abzuwehren. Außerdem organisierte China einen „Freundschaftsbesuch“ der UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, bei Michelle Bachelet dem sie Pekings Terminologie übernahm und die Lager in Xinjiang als „Berufsbildungszentren“ bezeichnete. Das Lob der Hochkommissarin für Chinas Errungenschaften in den Bereichen wirtschaftliche Entwicklung und Menschenrechte wurde vielfach in den Staatsmedien zitiert, begleitet von einer Photographie, auf der sie ein Buch-Exemplar von *Xi Jinping-Gedanken zum Schutz der Menschenrechte* entgegennimmt.³³

In den letzten Jahren hat die chinesische Regierung außerdem eine Kampagne gestartet, um ausländische Würdenträger, Verleger und Kartenhersteller dazu zu drängen, den Namen „Xizang“ anstelle von „Tibet“ zu verwenden.³⁴ Damit soll Chinas Souveränität und Besitzanspruch über die Region bekräftigt werden. Solche Beispiele verdeutlichen die Herausforderungen – und zugleich die Notwendigkeit – im Umgang mit China klare Positionen zu vertreten.

DIE MACHT DER SPRACHE: CHINAS BOTSCHAFTEN ENTSCHLÜSSELN UND ANTWORTEN FINDEN

Chinas Aufstieg zur Weltmacht und seine Vision der globalen Ordnung bedeuten einen zunehmenden Wettbewerb um die Werte, Regeln, Standards und Prinzipien, die der internationalen Ordnung zugrunde liegen. Politische Entscheidungsträger:innen weltweit müssen sich damit auseinandersetzen, dass China – wie zuvor andere Großmächte – sein wachsendes wirtschaftliches und politisches Gewicht nutzt, um diese Ordnung zu gestalten. Eine regelbasierte Weltordnung beruht auf einem globalen Konsens über die ihr zugrunde liegenden Normen. Wenn das Verständnis von Begriffen wie Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Demokratie und Souveränität so weit auseinandergeht, dass die Interpretationen unvereinbar werden, werden internationale Normen untergraben.

Sprache spielt hierbei eine zentrale Rolle – das zeigt die strategische Bedeutung, die die KPCh ihr beimisst. Während strategische Ambiguität in der Diplomatie ein wichtiges Mittel ist, um konstruktive Uneinigkeit oder die Bildung eines neuen Konsenses zu ermöglichen, wird es zunehmend wichtiger, zu erkennen, wo Sprache die grundlegenden Werte aushöhlt und den eigenen Zielen schadet. Politische Entscheidungsträger:innen und nicht-staatliche Akteure müssen dieser Herausforderung begegnen, Chinas Rhetorik verstehen und ihr entgegenzutreten, indem sie überzeugend darlegen, warum internationale Normen in ihrem universellen Sinn wichtig sind – und welchen Nutzen sie für Menschen weltweit haben.

Um einen informierten Austausch und Auseinandersetzung mit chinesischen Organisationen und Gesprächspartner:innen zu ermöglichen, müssen Regierungen, Unternehmer und Vertreter der Zivilgesellschaft weltweit die offizielle Bedeutung häufig verwendeter Konzepte und Schlüsselbegriffe in den internationalen Beziehungen verstehen. Das *Decoding China Dictionary* wurde von einer Gruppe von China-Expert:innen entwickelt, um Entscheidungsträger:innen, Fachleuten und Praktiker:innen ein einfaches und praxisnahes Werkzeug an die Hand zu geben, das beim Entschlüsseln des offiziellen chinesischen Sprachgebrauchs – des „New China Newspeak“ – hilft.³⁵

Wir hoffen, dass dieses Wörterbuch als Orientierungshilfe für Reflexion, Kommunikation und Strategieentwicklung dienen wird.

Auch wenn es in einem leicht zugänglichen Format (mit farbigen Illustrationen) vorliegt, basiert das Wörterbuch auf jahrzehntelanger Erfahrung im Lesen von KPCh-Dokumenten – einer Kost, die der große belgische Sinologe Simon Leys mit „dem eimerweisen Verschlucken von Sägemehl“ verglich. Unsere Arbeit baut auf der Forschung und Inspirationen von Sinologen und Expert:innen im Dekodieren wie Gernie Barmé, Michael Schoenhals und Perry Link auf. Eine Liste zentraler Referenzwerke und nützlicher Ressourcen findet sich am Ende des Wörterbuchs. Abschließend möchten wir unseren aufrichtigen Dank all jenen aussprechen, die uns in diesem Projekt mit ihrer Expertise aus Wissenschaft, Praxis und Politik sowie mit aufschlussreichem, großzügigem und ermutigendem Feedback unterstützt haben.

Malin Oud and Katja Drinhausen

The Decoding China Project

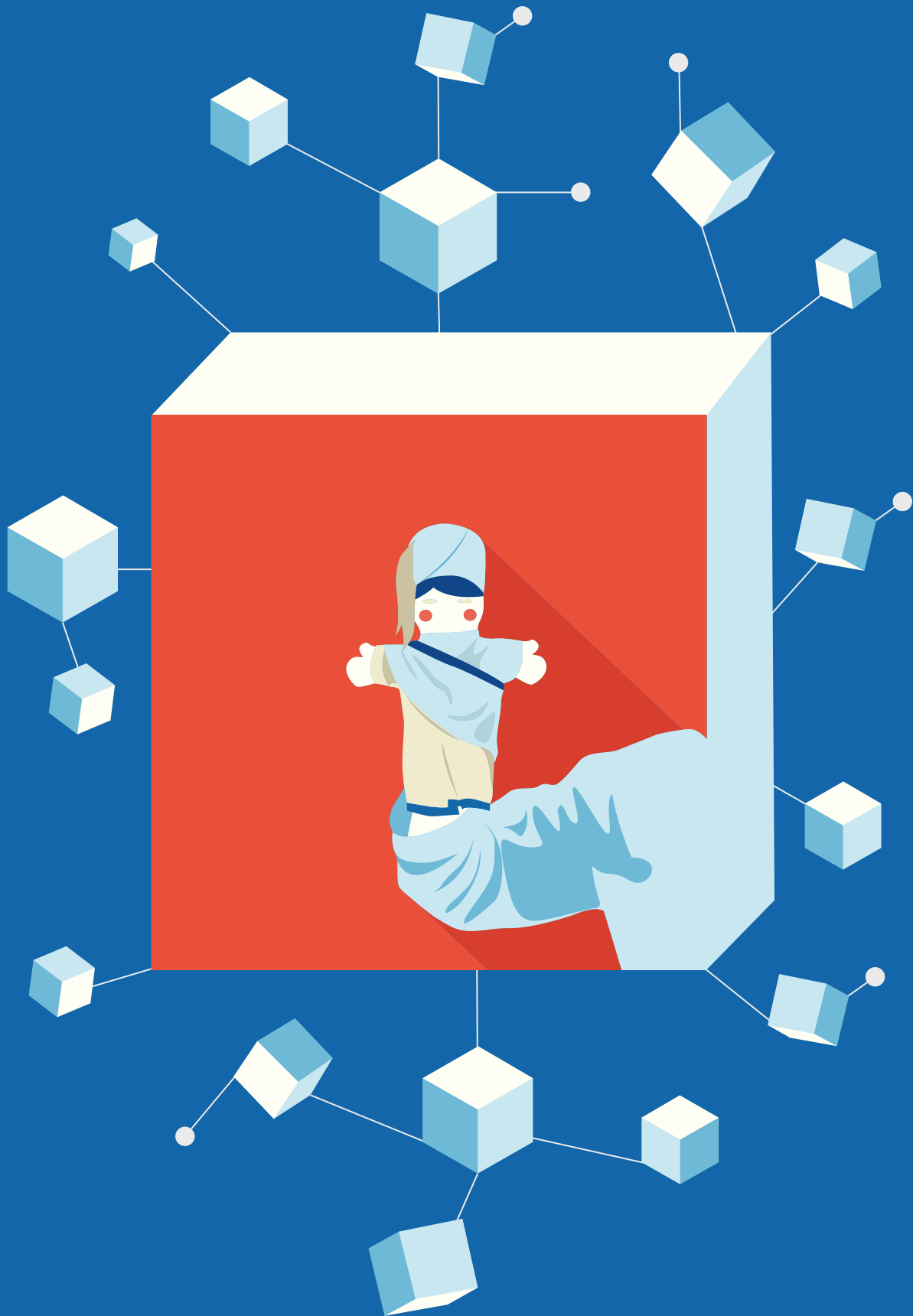
Stockholm / Berlin

5. September 2025

ENDNOTEN

- 1 Außenministerium der VR China, „在会见出席中国国际友好大会暨中国人民对外友好协会成立70周年纪念活动外方嘉宾时的讲话“ [Anmerkungen von Präsident Xi Jinping bei einem Treffen mit ausländischen Gästen anlässlich des Internationalen Freundschaftskongresses Chinas und des 70. Jahrestages der Chinesischen Volksvereinigung für Freundschaft mit dem Ausland], 11. Oktober 2024, https://www.mfa.gov.cn/zyxw/202410/t20241012_11505818.shtml.
- 2 N Grünberg, K. Drinhausen und A. Davey, „Serving the People by Controlling Them: How the Party is Reinserting Itself into Daily Life“, *MERICs*, 20. August 2025, <https://merics.org/en/report/serving-people-controlling-them-how-party-reinserting-itself-daily-life>.
- 3 Siehe Ziele des 14. Fünfjahresplans, in englischer Übersetzung verfügbar unter: Center for Security and Emerging Technology, „Translation: Outline of the People's Republic of China 14th Five-Year Plan for National Economic and Social Development and Long-Range Objectives for 2035“, 13. Mai 2021, <https://cset.georgetown.edu/publication/china-14th-five-year-plan/>.
- 4 S. Haug, R. Foot und M.-O. Baumann, „Power Shifts in International Organisations: China at the United Nations“, *Global Policy*, 15 (Suppl. 2), S. 5–17, <https://doi.org/10.1111/1758-5899.13368>.
- 5 M. Ohlberg, „Boosting the Party's Voice, China's Quest for Global Ideological Dominance“, *MERICs China Monitor*, 21. Juni 2016, https://merics.org/sites/default/files/2020-05/China_Monitor_34_Ideological_dominance_EN.pdf.
- 6 Z. Wang, *Never Forget National Humiliation: Historical Memory in Chinese Politics and Foreign Relations*, New York, Columbia University Press, 2012, S. 96.
- 7 Informationsbüro des Staatsrats, „Progress in Human Rights Over the 40 Years of Reform and Opening Up in China“, 13. Dezember 2018, <http://www.scio.gov.cn/zfbps/ndhf/37884/Document/1643472/1643472.htm>.
- 8 Xis Ausführungen wurden in Buchform veröffentlicht und sowohl von politischen Entscheidungsträger:innen als auch von chinesischen Akademiker:innen gewürdigt, vgl. *China Daily*, „Xi's Profound Gift to Human Rights Discourse“, 13. Januar 2022, <https://www.chinadaily.com.cn/a/202201/13/WS61df609ea310cdd39bc80af6.html>; zu Xis Konzept von Rechtsstaatlichkeit siehe auch: M. Rudolf, „Xi Jinpings ‚Rechtsstaatskonzept‘“, *SWP Aktuell*, 1. April 2021, <https://www.swp-berlin.org/publikation/china-xi-jinpings-rechtsstaatskonzept>.
- 9 „Document 9: A ChinaFile Translation, How Much Is a Hardline Party Directive Shaping China's Current Political Climate?“, *ChinaFile*, 8. November 2013, <https://www.chinafile.com/document-9-chinafile-translation>. In deutscher Übersetzung: „Dokument Nr. 9 der Kommunistischen Partei Chinas: „Kommuniqué zur aktuellen Situation im Bereich der Ideologie“, *Neican*, 26. April 2022, <https://www.neican.org/dokument-nr-9-der-kommunistischen-partei-chinas-kommunique-zur-aktuellen-situation-im-bereich-der-ideologie/>.
- 10 „US ‚Black Hands‘ Behind HK Education Shows Need for National Security Law“, *Global Times*, 17. April 2020, <https://www.globaltimes.cn/content/1185959.shtml>.
- 11 Vgl. z.B. Informationsbüro des Staatsrats, „The Fight Against Terrorism and Extremism and Human Rights Protection in Xinjiang“, *china.org.cn*, 18. März 2019, http://www.china.org.cn/government/whitepaper/node_8011005.htm; Xinhua, „National Security Law to Boost Good Governance in Hong Kong: Experts“, *Xinhua News Agency*, 9. Juli 2020, http://www.xinhuanet.com/english/2020-07/09/c_139200480.htm.
- 12 Dag Hammarskjöld Bibliothek, „Drafting of the Universal Declaration of Human Rights“, *Dag Hammarskjöld Library*, 2019, <https://research.un.org/en/undhr/draftingcommittee>.
- 13 G. R. Barmé, „Introducing Xu Zhongrun's Ten Letters from a Year of Plague“, *China Heritage*, 11. Februar 2021, <https://chinaheritage.net/journal/introducing-xu-zhongrun-s-ten-letters-from-a-year-of-plague/>.
- 14 C. Sadeler, „Ahead of the Third Plenum: Diverging Visions for China's Private Sector“, *MERICs*, 12. Juli 2024, <https://merics.org/en/comment/ahead-third-plenum-diverging-visions-chinas-private-sector>.
- 15 Volkszeitung, „人民日报评论员：不断提升中华文化影响力“ [Kommentator der Volkszeitung: Den Einfluss der chinesischen Kultur kontinuierlich stärken], *CPC News*, 1. September, 2018, <http://theory.people.com.cn/n1/2018/0902/c40531-30266428.html>.
- 16 Zunächst übersetzte die chinesische Regierung 人类命运共同体 als „Schicksalsgemeinschaft der Menschheit“ (englisch: Community of shared destiny), passte die Übersetzung aber im Laufe der Zeit an.
- 17 Das außenpolitische Konzept des „geteilten Schicksals“ stieß bei seiner Einführung 2013 international auf gemischte Resonanz. Dies ist wahrscheinlich der Grund, weshalb spätere offizielle chinesische Übersetzungen ins Englische statt vom von wörtlich korrekten „geteilten Schicksal“ von einer „geteilten Zukunft“ sprechen. Siehe Guo Fengzhi, „当代中国价值观念的 文化自信“ [Kulturelles Selbstbewusstsein im zeitgenössischen Wertesystem Chinas], *Xinhua*,

5. August 2015, https://web.archive.org/web/2021120222133/http://www.xinhuanet.com/politics/2015-08/05/c_128096228.htm; E. Zhou, „Xi Jinping, Headline Columnist“, *China Media Project*, 20. Januar 2021, <https://chinamediaproject.org/2021/01/20/xi-jinping-headline-columnist/>.
- 18 Außenministerium der Volksrepublik China, „The Global Security Initiative Concept Paper“, 21. Februar 2022, <https://english.news.cn/20230221/75375646823e4060832c760e00a1ec19/c.html>.
- 19 China Media Project, „China's ‚Xivilizing‘ Mission“, 4. Mai 2023, <https://chinamediaproject.org/2023/05/04/chinas-xivilizing-mission/>.
- 20 M. Oud, „Powers of Persuasion? China's Struggle for Human Rights Discourse Power at the UN“, *Global Policy*, 15 (Suppl. 2), S. 85-96, 2024, <https://doi.org/10.1111/1758-5899.13361>.
- 21 Außenministerium der VR China, „Concept Paper on the Global Governance Initiative“, 1. September 2025, https://www.mfa.gov.cn/eng/xw/wjbxw/202509/t20250901_11699912.html.
- 22 „China's Initiatives on Development, Security Conducive to World Peace, Prosperity“, *China Daily*, 20. Oktober 2022, <https://www.chinadaily.com.cn/a/202210/20/WS6350a971a310fd2b29e7d8b0.html>.
- 23 Xinhua, „China Remains a Responsible Power Around the World, Says Chinese FM“, *Xinhua News Agency*, 23. Oktober 2019, http://www.xinhuanet.com/english/2019-10/23/c_138497103.htm.
- 24 Informationsbüro des Staatsrats, „China: Democracy That Works“, 4. Dezember 2021, <https://www.chinadaily.com.cn/a/202112/04/WS61ab0795a310cdd39bc7957e.html>.
- 25 „China-Russia Ties Key to Global Stability“, *China Daily*, 31. Dezember 2022, <https://www.chinadaily.com.cn/a/202212/31/WS63af6cdda31057c47eba70f2.html>.
- 26 Liu Xin, „Anti-China Forces Politicize Human Rights Council by Attempting to Deny China Seat; Ideological Divide, Cold War Mentality Worry International Community“, *Global Times*, 10. Oktober 2023, <https://www.globaltimes.cn/page/202310/1299521.shtml>.
- 27 „China's Xi Tells Putin of 'Changes Not Seen For 100 Years'“, *Aljazeera*, 22. März 2023, <https://www.aljazeera.com/news/2023/3/22/xi-tells-putin-of-changes-not-seen-for-100>.
- 28 Außenministerium der VR China, „Xi Jinping Delivers an Important Speech at the General Debate of the 75th Session of the United Nations (UN) General Assembly“, 22. September 2020, <https://www.mfa.gov.cn/ce/ceus/eng/zgyw/t1817766.htm>.
- 29 Xi Jinping, „加强党对全面依法治国的领导“ [Die Führungsrolle der Partei über den umfassenden Prozess der Gesetzes- und Rechtsdurchsetzung stärken], *Qiushi*, April 2019, http://www.qstheory.cn/dukan/qs/2019-02/15/c_1124114454.htm.
- 30 TM. Oud, „Powers of Persuasion?“.
- 31 T. Baxter und M. Oud, „Learning: Global China and Just Transitions. A free three-part course on China's engagement in climate transitions across the Global South“, Dialogue Earth & Raoul Wallenberg Institute of Human Rights and Humanitarian Law, Juli 2025. Verfügbar unter: <https://rwi.lu.se/learning-global-china-and-just-transitions/>.
- 32 The China NGO Project, „Fact Sheet on China's Foreign NGO Law“, *ChinaFile*, 1. November 2017, <https://www.chinafile.com/ngo/latest/fact-sheet-chinas-foreign-ngo-law>.
- 33 M. Oud, „Powers of Persuasion?“.
- 34 T. Shakya, „Tibet or Xizang? Tibet Must Stand!“, *SOAS China Institute Blog*, 11. Dezember 2024, <https://blogs.soas.ac.uk/china-institute/2024/12/11/tibet-must-stand/>.
- 35 G. R. Barmé, „On New China Newspeak“, *China Heritage*, 9. Januar 2018, <http://chinaheritage.net/journal/on-new-china-newspeak/>.



AUTONOMIE

【自治】

JERKER HELLSTRÖM

KURZGEFASST

Für den Begriff der „Autonomie“ gibt es im Völkerrecht zwar keine allgemein anerkannte Definition, doch wird er häufig als politische oder staatliche Autonomie, d. h. als Selbstverwaltung oder Handlungsfreiheit auf interner oder innerstaatlicher Ebene verstanden.¹

Durch Kompromisse zwischen dem souveränen Staat und den Volksgruppen, die nach Selbstbestimmung streben, können Staaten formale Autonomieregelungen nutzen, um ihre territoriale Integrität zu schützen, die Rechte von Minderheiten zu wahren und so Unfrieden zu vermeiden. Allerdings gehen Regierungen unterschiedlich mit solchen Vereinbarungen um. Staatliche Akteure, die im Namen der nationalen Einheit und der territorialen Integrität eine stärkere Kontrolle über autonome Gebiete anstreben, mögen es beispielsweise als notwendig erachten, den Grad der Autonomie selbstverwalteter Gruppen zu begrenzen.

Die chinesische Regierung hat ihrerseits den Begriff der Autonomie und dessen inhaltliche Bedeutung immer wieder neu definiert. Tibet, Xinjiang und drei weitere chinesische Regionen haben den offiziellen Status von „autonomen Gebieten“ innerhalb der Volksrepublik (VR) China. Die chinesische Regierung hat versprochen, dass Hongkong ein „hohes Maß an Autonomie“ gegenüber Peking genießen würde und hat den Bürger:innen Taiwans ähnliches zugesichert, sollten sie sich jemals der Führung der Kommunistischen Partei (KPCh) unterordnen. Die Einschränkung der formal zugesicherten Autonomie in Tibet, Xinjiang und Hongkong lässt jedoch Zweifel aufkommen, ob China seine Autonomieversprechen in Taiwan erfüllen würde.

ANALYSE

Sozialistische Regime gehörten zu den ersten Staaten, die Institutionen mit formaler Autonomie aufbauten. Gemäß der Politik der KPCh genießen die ethnischen Minderheiten Chinas regionale Autonomie in den Gebieten, in denen sie in einer höheren Bevölkerungskonzentration leben, allerdings „unter der einheitlichen Führung des Staates“.²

Außerdem sieht das chinesische Recht vor, dass der Gouverneur einer autonomen Region der ethnischen Minderheit angehören muss, die die Selbstverwaltung ausübt. Die tatsächliche Macht liegt jedoch nicht bei den Gouverneuren, sondern bei den regionalen Parteisekretären, die stets fast ausschließlich der Han-Mehrheitsbevölkerung angehören. Der chinesische Rechtswissenschaftler Yu Xingzhong kommt zu dem Schluss, dass das im *Autonomiegesetz der VR China* festgelegte politische System „sicherlich nicht dem entspricht, was man gewöhnlich unter dem Begriff ‚Autonomie‘ versteht“.³

1951 unterzeichnete die KPCh ein Abkommen mit tibetischen Vertretern, in dem sie dem tibetischen Volk das Recht auf Ausübung nationaler regionaler Autonomie unter der Regierung der VR China zusicherte.⁴ Die tibetische Regierung mit dem Dalai Lama an der Spitze sollte das Autonome Gebiet Tibet verwalten. Es stellte sich jedoch bald heraus, dass es sich dabei nur um eine vorübergehende Regelung handelte, bei der die politischen, religiösen und sozialen Institutionen Tibets nicht erhalten bleiben würden. Die anschließende Forderung des Dalai Lama nach „echter Autonomie“ (innerhalb der VR China) wurde von Peking als Versuch abgetan, die Macht der Kommunistischen Partei zu stürzen.⁵

Die „autonomen“ Institutionen des Uigurischen Autonomen Gebiets Xinjiang (XUAR) ähneln stark denen in den anderen autonomen Gebieten Chinas. So unterliegt beispielsweise der Volkskongress von Xinjiang dem Vetorecht der Zentralregierung, und der Oberste Gerichtshof Chinas hat Aufsichtsbefugnisse über die Gerichte in der Region. Die Bestrebungen des Parteistaats, die so genannten „drei Übel“ (三股势力) in Xinjiang zu bekämpfen, nämlich Separatismus, Extremismus und Terrorismus, haben die Aussichten auf eine echte Autonomie weiter verringert. Anstatt auf die Forderungen nach einem Dialog über die Autonomiefrage einzugehen, fährt Peking eine harte politische Linie. Dazu gehören auch die willkürlichen Masseninhaftierungen von Angehörigen muslimischer Minderheiten und andere Maßnahmen, welche einer Einschätzung der Vereinten Nationen zufolge „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ darstellen könnten.

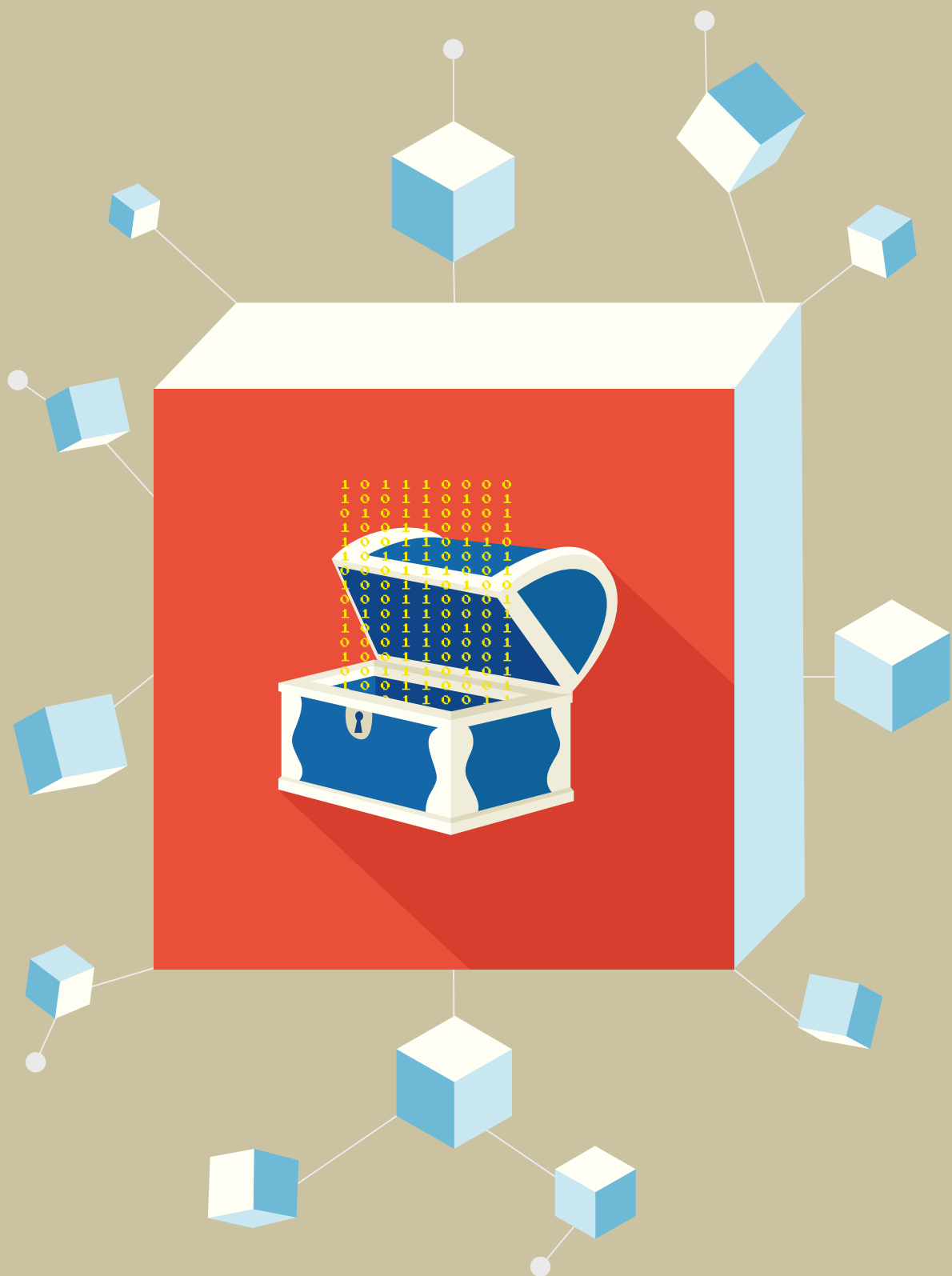
In Hongkong versprach die chinesische Regierung, die dortige Lebensweise nach der Übergabe im Jahr 1997 für mindestens fünfzig Jahre im Einklang mit dem Prinzip „ein Land, zwei Systeme“ zu bewahren und der Stadt ein „hohes Maß“ an Autonomie zu gewähren. Die Gesetze der VR China würden im Großen und Ganzen in der Sonderverwaltungszone Hongkong nicht gelten und Beamte des chinesischen Festlandes dürften sich nicht in die Angelegenheiten der Regionalregierung einmischen. Dennoch erklärte das chinesische Außenministerium 2017, dass die *Chinesisch-Britische Gemeinsame Erklärung* zu Hongkong von 1984 – in der die VR China zugesagt hatte,

die Autonomie Hongkongs zu wahren – „keineswegs bindend für die Verwaltung Hongkongs durch die Zentralregierung“ sei.⁶ Der chinesische Parteistaat hat in den letzten Jahren die Grundrechte in der Sonderverwaltungszone Hongkong mit dem Verweis auf vier vage definierte Straftatbestände eingeschränkt: Separatismus, Umsturz, terroristische Aktivitäten und Kollaboration mit ausländischen Kräften.

In Bezug auf Taiwan vertritt Peking den Standpunkt, dass es das de facto unabhängige Gebiet letztendlich mit der VR China vereinen wird, dass Taiwan aber ein autonomer Status ähnlich dem der Sonderverwaltungszone Hongkong eingeräumt würde.⁷ Die Tatsache, dass die chinesische Regierung in der Frage der Autonomie von ihren ursprünglichen Versprechen an die Hongkonger, Tibeter und Uiguren abgewichen ist, hat jedoch dazu beigetragen, dass die Bürger:innen Taiwans dem Versprechen eines „hohen Maßes“ an Autonomie – insbesondere im Fall einer Integration in die VR mit militärischer Gewalt – wenig Vertrauen schenken.

ENDNOTEN

- 1 H. Hannum und R. B. Lillich, „The Concept of Autonomy in International Law“, *The American Journal of International Law*, Bd. 74, Nr. 4 (1980), S. 858–89. <https://doi.org/10.2307/2201026>.
- 2 Außenministerium der VR China „Regional Autonomy for Ethnic Minorities in China“, 5. November 2021, <https://web.archive.org/web/20211105213616/https://www.mfa.gov.cn/ce/cegv/eng/rqrd/jblc/t187368.htm>.
- 3 X. Yu, „From State Leadership to State Responsibility - Comments of the New PRC Law on Regional Autonomy of Ethnic Minorities“, Chinese University of Hong Kong, 2004, <https://web.archive.org/web/20040615091945/www.cuhk.edu.hk/gpa/xzyu/work1.htm>.
- 4 Außenministerium der VR China, „中央人民政府和西藏地方政府关于和平解放西藏办法的协议“ [Vereinbarung der Zentralen Volksregierung und der Lokalen Regierung von Tibet über Maßnahmen zur friedlichen Befreiung Tibets], 23. Mai 1951, <https://web.archive.org/web/20211029152310/https://www.mfa.gov.cn/ce/ceun/chn/zt/xzwt/t424240.htm>
- 5 Informationsbüro des Staatsrats, „国新办就中央与达赖喇嘛私人代表接触商谈情况举行发布会“ [Informationsbüro des Staatsrats informiert über Kontakte und Gespräche zwischen der Zentralregierung und den persönlichen Vertretern des Dalai Lama], 10. November 2008, https://web.archive.org/web/20221102002507/http://www.china.com.cn/zhibo/2008-11/10/content_16739572.htm?show=t.
- 6 Bai Yunyi, „外交部:《中英联合声明》是历史文件已不具现实意义“ [Außenministerium: Chinesisch-Britische Gemeinsame Erklärung zu Hongkong ist ein historisches Dokument und nicht länger relevant], *Global Times*, 30. Juni 2017, <https://archive.ph/eZiqY#selection-775.3-775.6>.
- 7 White Paper - *The Taiwan Question and Reunification of China*, August 1993, <https://web.archive.org/web/20220308235214/https://www.mfa.gov.cn/ce/ceus/eng/zt/twwt/White%20Papers/t36704.htm>.



DATENSICHERHEIT

【数据安全】

JERKER HELLSTRÖM

KURZGEFASST

Die rasante Entwicklung digitaler Technologien hat neue Herausforderungen beim Schutz von Daten vor Missbrauch, Verlust oder unbefugtem Zugriff hervorgebracht. In liberalen Demokratien ist Datensicherheit eng mit dem Recht auf Privatsphäre verknüpft, das durch Datenschutzgesetze geregelt wird, die Transparenz und Einwilligung betonen. Während China in wirtschaftlicher und technologischer Hinsicht stark von der digitalen Revolution profitiert hat, sieht der Parteistaat darin zugleich erhebliche Bedrohungen. Da die Digitalwirtschaft eine Machtverschiebung von Regierungen hin zu datengetriebenen Konzernen bewirkt hat, ist Chinas Ansatz der Datensicherheit eng mit seinen Zielen zur Aufrechterhaltung der staatlichen Kontrolle verknüpft.

Chinesische Gesetze zum Umgang mit Daten betonen Datenlokalisierung und strenge staatliche Aufsicht, um die nationale Sicherheit zu gewährleisten und zugleich die Abhängigkeit von ausländischer Technologie zu verringern.¹ So schreibt etwa das Cybersicherheitsgesetz von 2017 eine Genehmigung der Regierung für die Übermittlung bestimmter Daten ins Ausland vor. Trotz einer Reihe neuer Gesetze äußern ausländische Regierungsvertreter und Rechtsexperten weiterhin Bedenken über die mangelnde Klarheit bei den Regeln für den grenzüberschreitenden Datentransfer.

ANALYSE

2017 erklärte der Economist, dass Daten zur wertvollsten Ressource der Welt geworden seien – noch vor Erdöl.² Nach dem Platzen der Dotcom-Blase hätten Internetunternehmen gewaltige Datenmengen für Werbezwecke genutzt; diese seien wiederum zum Treibstoff für die Entwicklung von KI-Diensten geworden und hätten enormen Reichtum und Macht geschaffen, so das Magazin.

Dieser Wandel entging auch der KPCh nicht. Sie betrachtet Daten nicht nur als Ware, sondern stuft „Daten“ seit 2019 auch als kritischen Produktionsfaktor ein – neben Boden, Arbeit, Kapital und Technologie.

Bereits in den 1990er-Jahren hatte der chinesische Staat begonnen, massiv in die sogenannte „Informatisierung“ (信息化) zu investieren – ein Programm zum Aufbau digitaler Infrastruktur, zur Stärkung der heimischen Technologieindustrie und zur Sicherung der nationalen Sicherheit.³ Daten wurden zu einem strategischen Gut zur Förderung nationaler Interessen.

Die Bemühungen des Parteistaats, sich die Kontrolle über Datenfluss und -nutzung zu sichern, wurden in den vergangenen Jahren zunehmend rechtlich verankert und verschärft. Das Cybersicherheitsgesetz von 2017 legte die Grundlage, indem es Netzwerksicherheit vorschrieb und für Betreiber kritischer Informationsinfrastruktur Datenlokalisierung verpflichtend machte. Es folgten das Datensicherheitsgesetz und das Gesetz zum Schutz personenbezogener Daten, beide 2021 verabschiedet. Diese Gesetzgebung stärkt die staatliche Kontrolle, indem sie Regierungszugriff auf Informationen gewährleistet, Sicherheitsprüfungen für grenzüberschreitende Transfers „wichtiger Daten“ vorschreibt und private Unternehmen mit strikten neuen Auflagen belegt. Eine weitere Verschärfung erfolgte im April 2023, als ein revidiertes Anti-Spionage-Gesetz die Übertragung sämtlicher Daten untersagte, die sich auf „nationale Sicherheit und Interessen“ beziehen – weit gefasste und vage Begriffe, die internationalen Unternehmen die Durchführung von Due-Diligence-Prüfungen massiv erschweren.⁴

Diese innenpolitische Strategie spiegelt sich auch in den Bemühungen des Landes wider, die internationale Debatte über Daten zu prägen. Chinas Außenminister Wang Yi verkündete 2020 die „Globale Datensicherheitsinitiative“ (全球数据安全倡议 - *Global Data Security Initiative* (GDSI)), einen weniger bekannten Vorläufer von Xi Jinpings weiteren Globalen Initiativen. Die GDSI griff implizit ausländische Sorgen über eine Überabhängigkeit von chinesischer Kommunikationstechnologie auf, betonte die Notwendigkeit einer „objektiven und rationalen Haltung“ und verteidigte zugleich die inländischen Vorgaben zur Datenlokalisierung.

Im chinesischen Rechtsrahmen ist die Einstufung von Daten als sicherheitsrelevantes Gut zunehmend in den Vordergrund gerückt. 2025 wurde Datensicherheit offiziell in die Liste von zwanzig zentralen Kategorien in Xis Konzept der „umfassenden nationalen Sicherheit“ aufgenommen – ein deutliches Signal, dass Daten nun im selben Kontext wie die politische, militärische und wirtschaftliche Sicherheit stehen.⁵ Dieser Wandel spiegelt Pekings Sorge wider, dass ausländischer Zugang zu Daten die Regierungsfähigkeit und wirtschaftliche Stabilität untergraben könnte. Dieser sicherheitszentrierte Ansatz ist zu einem erheblichen Reibungspunkt mit Europa geworden: EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bezeichnete die

chinesischen Bestimmungen als „überzogen“ und äußerte Bedenken wegen der mangelnden Klarheit der chinesischen Datensicherheitsvorschriften.

Da immer mehr Partner Chinas im Globalen Süden auf Kommunikationstechnologien und vernetzte Geräte chinesischer Firmen zurückgreifen, werden auch dort manche der in westlichen Staaten erhobenen Sicherheitsbedenken laut. So berichtete etwa die französische Zeitung *Le Monde* 2018, dass China im Hauptsitz der Afrikanischen Union in Addis Abeba Abhörtechnik installiert habe.⁶

Bislang wird chinesische Technologie in Ländern des Globalen Südens jedoch vor allem für ihre vergleichsweise niedrigen Kosten und einfache Handhabung geschätzt. Die Verbreitung chinesischer 4G-Netzwerktechnik und digitaler Überwachungsprogramme im Rahmen der „Safe City“-Initiativen stößt in Afrika und Lateinamerika bislang nur selten auf offenen Widerspruch.

ENDNOTEN

- 1 E. Pernot-Leplay, „China's Approach on Data Privacy Law: A Third Way Between the U.S. and the EU?“, *Penn State Journal of Law & International Affairs*, Bd. 8, Nr. 1 (2020), <https://pernot-leplay.com/wp-content/uploads/2020/04/China%E2%80%99s-Approach-on-Data-Privacy-Law-Pernot-Leplay.pdf>.
- 2 „The World's Most Valuable Resource Is No Longer Oil, But Data“, *The Economist*, 6. Mai 2017, <https://archive.vn/nlbtck>.
- 3 Weng Xi, „《研究简报》第171期 《“十四五”数字经济发展规划》解读——加快推进数据要素市场化建设 充分发挥数据要素作用“ [Forschungsbericht Nr. 171. Interpretation des 14. Fünfjahresplans für die Entwicklung der digitalen Wirtschaft - Den marktorientierten Aufbau eines Datenfaktor-marktes beschleunigen und das Potenzial von Daten als Produktionsfaktor voll ausschöpfen], Peking Universität, Guanghua School of Management, März 2022, https://www.gsm.pku.edu.cn/thought_leadership/info/1007/2747.htm.
- 4 Ständiger Ausschuss des Nationalen Volkskongresses, „中华人民共和国反间谍法“ [Antispyonage-gesetz der Volksrepublik China], 2023, https://web.archive.org/web/20250519041607/https://www.gov.cn/yaowen/2023-04/27/content_5753385.htm.
- 5 Verteidigungsministerium der Volksrepublik China, „《新时代的中国国家安全》白皮书“ [„Chinas nationale Sicherheit in der neuen Ära“. Weißbuch], 12. Mai 2025, <https://web.archive.org/web/20250515020010/http://www.mod.gov.cn/gfbw/fgwx/bps/16385614.html>.
- 6 J. Tilouine, „A Addis-Abeba, le siège de l'Union africaine espionné par les Chinois“ [In Addis Ababa, the African Union Headquarters Spied on by the Chinese], *Le Monde*, 26. Januar 2018, https://web.archive.org/web/20180217043316/https://www.lemonde.fr/afrique/article/2018/01/26/a-addis-abeba-le-siege-de-l-union-africaine-espionne-par-les-chinois_5247521_3212.html.



DEMOKRATIE

【民主】

KATJA DRINHAUSEN

KURZGEFASST

In der VR China bezieht sich der Begriff Demokratie auf das marxistisch-leninistische System der demokratischen Diktatur des Volkes und des demokratischen Zentralismus, in dem die KPCh die oberste Volksvertretung darstellt. Dieses politische System der „sozialistischen Demokratie chinesischer Prägung“ wird ausdrücklich von der liberalen Demokratie unterschieden, da diese mit den spezifischen Gegebenheiten Chinas unvereinbar sei. Während Chinas Bürger:innen auf lokaler Ebene wählen können, bildet die KPCh laut Verfassung die alleinige Regierungspartei und hat die Führungsgewalt über alle gesetzgebenden und staatlichen Organe.

Auch wenn es kein pluralistisches Parteiensystem gibt, in dem der Zugang zur Macht auf regelmäßigen allgemeinen Wahlen basiert, bezeichnet sich die Partei selbst als demokratisch. Durch „konsultative Demokratie“ (协商民主) bezieht die KPCh formal die Interessen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen ein, doch leitet sie ihre Legitimität vor allem daraus ab, dass sie Ordnung, Wohlstand und Sicherheit garantiert. Mit Verweis auf die Erfolge beim Wirtschaftswachstum sowie im öffentlichen Gesundheits- und Sozialwesen stellt der Parteistaat sein Modell als international überlegen dar. Xi Jinping erklärte 2017: „Chinas sozialistische Demokratie ist die umfassendste, echteste und effektivste Demokratie.“¹

ANALYSE

Der in der marxistisch-leninistischen Ideologie verankerte chinesische Begriff „Demokratie“ (民主) ist seit der Gründung der KPCh, die sich den Aufbau einer „Volksdemokratie“ zur Aufgabe gemacht hat, ein integraler Bestandteil des Sprachgebrauchs der Partei. Xi prägte 2019 den Begriff der „Demokratie im Gesamtprozess“, in der die KPCh alle Stimmen innerhalb und außerhalb der Partei auf sich vereint und damit „die Menschen befähigt, ihr Recht als Herren des Staates auszuüben“.²

Die Darstellung von China als demokratischem Staat stützt sich auf drei Säulen:

Da die KPCh demokratisch ist, ist auch China zwangsläufig demokratisch. Im System des „demokratischen Zentralismus“ werden wichtige politische Entscheidungen von zentralen Parteiorganen getroffen, aber auf allen Verwaltungsebenen in formalisierten „demokratischen Sitzungen“ diskutiert.³ Durch neue Arbeitsvorschriften aus dem Jahr 2020 wird das „Zentrum“ noch eindeutiger definiert: Xi Jinpings politische Theorie, die „Xi-Jinping- Gedanken“ werden als Maßstab festgelegt, was Abweichungen von der zentralen ideologischen Führung erschwert.⁴

Chinesische Bürger:innen haben ein Wahlrecht. Nach Artikel 2 und 3 der Verfassung gehen die Volkskongresse – Chinas gesetzgebende Organe – aus demokratischen Wahlen hervor. Nach dem Wahlgesetz können Bürger:innen über 18 Jahren Delegierte für die Volkskongresse bis zur Gemeinde- und Kreisebene direkt wählen und sich selbst zur Wahl aufstellen.⁵ Allerdings werden Kandidaten für die Volkskongresse grundsätzlich vorab ausgewählt und die Verfassung hält fest, dass die Volksrepublik ein sozialistischer Staat unter der alleinigen Führung der KPCh ist.

Die KPCh berücksichtigt auch andere Akteur:innen und Interessen. Die wichtigsten Organe der konsultativen Demokratie sind formal die Politischen Konsultativkonferenzen des Chinesischen Volkes. Im Rahmen der Zusammenarbeit mit acht demokratischen Blockparteien und durch Einholung von Feedback – auch online – holt die KPCh Meinungen von verschiedenen Interessensgruppen ein, solange diese die politischen Prioritäten der KPCh nicht offen infrage stellen.

Dieses Ideal einer kollektiven, konsensorientierten Demokratie unter zentralisierter Parteiführung wird der vermeintlich konfrontativen, wechselhaften westlichen Demokratie gegenübergestellt. Inzwischen wird das System als das einzige für China geeignete Modell dargestellt. Aber es war nicht immer unangefochten. Chinesische Studierende forderten in den Protesten von 1989 eine Reform des politischen Systems, die auch Elemente der liberalen Demokratie einschließen sollte. Nach dem Ende der Protestbewegung verschwand der Begriff zunächst weitgehend aus den politischen Debatten in China.

2002 wurde auf dem 16. Parteitag erklärt, dass „die innerparteiliche Demokratie die Lebensader der Partei ist“. Führende Parteivordenker brachten das Konzept wieder ins Spiel.⁶ Ende der 2000er und Anfang der 2010er Jahre diskutierten Funktionäre, Medien und Bürger:innen öffentlich über die Stärkung der innerparteilichen Demokratie und die Liberalisierung der Kommunalwahlen, um einen Pluralismus der

Standpunkte zu ermöglichen und verstärkt Nicht-Parteimitglieder einzubinden.⁷ Dabei hielten sie allerdings an einer Demokratievorstellung fest, die mit der Einparteienherrschaft vereinbar ist. Unabhängige Kandidat:innen traten zur Wahl an und hatten einigen Erfolg. Bei den Kommunalwahlen 2011 versuchten Kandidat:innen, die sich für Bürgerrechte einsetzen, unter dem Slogan „Eine Person, eine Stimme, gemeinsam verändern wir China“ in den Wahlkampf zu ziehen.⁸

Nach Xis Machtübernahme im Jahr 2012 wurde „Demokratie“ in den Kanon der 12 sozialistischen Kernwerte aufgenommen. Dies war jedoch kein Zeichen für eine liberalere Auffassung von Demokratie. Im Gegenteil: Experimente in breiterer Partizipation wurden unterbunden und einige unabhängige Kandidat:innen verhaftet. 2013 wurde in *Dokument Nr. 9* das liberale Verständnis von Demokratie zur Bedrohung für die Stabilität des Regimes erklärt. Konzepte wie konstitutionelle Demokratie, Gewaltenteilung und Unabhängigkeit der Justiz werden regelmäßig als „falsches ideologisches Denken“ abgetan, dem entschlossen entgegengetreten werden müsse.⁹ Irreleitende liberale Werte wurden als Hauptursache für die Proteste in Hongkong in 2019-2020 ausgemacht.¹⁰ Umfassende Rechts- und Wahlreformen stellen nun sicher, dass nur „Patrioten“, die die Regierungspolitik unterstützen, für ein Amt kandidieren können.

ENDNOTEN

- 1 Xinhua, „China's Socialist Democracy the Most Effective: Xi“, *Xinhua Nachrichtenagentur*, 18. Oktober 2017, http://www.xinhuanet.com/english/2017-10/18/c_136688445.htm.
- 2 Xinhua, „习近平: 中国的民主是一种全过程的民主“ [Xi Jinping: Chinas Demokratie ist eine Gesamtprozessdemokratie], *Baidu*, 3. November 2019, <https://baijiahao.baidu.com/s?id=1649154966826521697&wfr=spider&for=pc>.
- 3 Staatsrat der VR China, „Constitution of the People's Republic of China“, *English.gov.cn*, 20. November 2019, http://english.www.gov.cn/archive/lawsregulations/201911/20/content_WS5e-d8856ec6d0b3f0e9499913.html.
- 4 H. Snape, „New Regulations for the Central Committee: Codifying Xi Era Democratic Centralism“, *China Law Translate*, 1. Dezember 2020, <https://www.chinalawtranslate.com/en/new-regulations-for-the-central-committee-codifying-xi-era-democratic-centralism/>.
- 5 Nationaler Volkskongress der VR China, „中华人民共和国全国人民代表大会和地方各级人民代表大会选举法“ [Wahlgesetz der Volksrepublik China für den Nationalen Volkskongress und die lokalen Volkskongresse auf allen Ebenen] (angenommen am 17. Oktober 2020), 19. November 2020, <http://www.npc.gov.cn/npc/c30834/202011/2592e6f7bc0c46f19b5af09136efacab.shtml>.
- 6 „《学习时报》刊载署名文章: 民主是个好东西“ [Xuexi Shibao veröffentlicht signierten Artikel: Demokratie ist eine gute Sache], *China News*, 5. Januar 2007, <https://www.chinanews.com/gn/news/2007/01-05/849263.shtml>.
- 7 Wang Changjiang, „不要误读党内民主与人民民主的关系“ [Das Verhältnis zwischen innerparteilicher Demokratie und Volksdemokratie darf nicht falsch verstanden werden], *CPC News*, 28. August 2014, <http://theory.people.com.cn/n/2014/0828/c83861-25555061.html>.
- 8 D. Bandurski, „Changing China: One Vote, One Person“, *China Media Project*, 8. Juni 2011, <https://chinamediaproject.org/2011/06/08/changing-china-one-vote-one-person/>.
- 9 Zhang Ziyang, „周强: 要敢于向西方“司法独立”等错误思潮亮剑“ [Zhou Qiang: Widerstand gegen die ‚Unabhängigkeit der Justiz‘ und andere falsche westliche ideologische Trends wagen], *澎湃 [The Paper]*, 14. Januar 2017, https://www.thepaper.cn/newsDetail_forward_1600659.
- 10 „香港教育“杀毒”, 不能再等了“ [Die Ausmerzung des Virus in Hongkong kann nicht länger warten], *Volkszeitung (Internationale Edition)*, 7. August 2020, <http://paper.people.com.cn/rmrbhwb/images/2020-07/08/03/rmrbhwb2020070803.pdf>.



ENTWICKLUNG

【发展】

MARINA RUDYAK

KURZGEFASST

Im Entwicklungshilfeausschuss (DAC) der OECD, dem auch alle europäischen Geberländer angehören, wird „Entwicklung“ in der Regel als ein multidimensionaler sozioökonomischer Prozess mit politischen, wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und kulturellen Dimensionen verstanden. Dabei wird der politischen Dimension – insbesondere der Demokratie – eine wesentliche Bedeutung für die Verwirklichung der anderen Dimensionen beigemessen. Aus diesem Grund wird in der Entwicklungszusammenarbeit der Schwerpunkt auf gute Regierungsführung, Achtung der Menschenrechte und Korruptionsbekämpfung gelegt. Die entsprechenden Eigenanstrengungen der Nehmerländer werden häufig zur Bedingung für die Entwicklungshilfe gemacht.

Im chinesischen Diskurs steht „Entwicklung“ in erster Linie für einen Prozess der technozentrierten „Modernisierung“. Dabei wird angenommen, dass „wirtschaftliche Entwicklung“ mit der „sozialen Entwicklung“ Hand in Hand geht, nämlich durch Investitionen in den Aufbau von Verkehrs-, Energie-, digitaler und handelsbezogener Infrastruktur, von Produktionskapazitäten und innovativer Technologie. Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung gilt wiederum als notwendige Voraussetzung sowohl für die Verbesserung der „Lebensgrundlagen der Menschen“ – durch Bildung, medizinische und gesundheitliche Versorgung und öffentliche Wohlfahrt – als auch für eine „ökologische Entwicklung“, die durch technologische Innovationen erreicht werden soll.

China kritisiert westliche Geberländer dafür, dass sie Verbesserungen in den Bereichen gute Regierungsführung, Korruptionsbekämpfung und Menschenrechte zur Bedingung für Entwicklungshilfe machen. Es vertritt den Standpunkt, dass diese Aspekte nicht über wirtschaftliche und technische Entwicklungsfragen wie den Aufbau von Infrastruktur oder die industrielle und landwirtschaftliche Entwicklung gestellt werden dürfen.

ANALYSE

China lehnt den Konditionalitätsansatz ab und plädiert dafür, dass die Geber das „Recht der Entwicklungsländer, ihren Entwicklungspfad unabhängig zu wählen“, respektieren und sich auf die „Stärkung der Kapazitäten für eine unabhängige Entwicklung“ konzentrieren sollten.¹ Als Prozess sollte Entwicklung „eigenverantwortlich“ (自力更生, wörtlich übersetzt: „Regeneration aus eigener Kraft“) und „unabhängig“ sein.

Das Konzept der Entwicklung als technologiegetriebene Modernisierung geht auf Sun Yat-sen zurück und wird seither als Mittel zur Überwindung der „Unterentwicklung“ und der „Rückständigkeit“ gesehen, die für Chinas Niederlage in den Opiumkriegen verantwortlich gemacht werden.² Nach der Konferenz von Bandung 1955 vertrat Chinas Premier- und Außenminister Zhou Enlai die Auffassung, dass wirtschaftliche Unabhängigkeit die Voraussetzung für politische Unabhängigkeit sei.³ Daher unterstütze China trotz der Fokussierung auf seine eigene Entwicklung auch andere Entwicklungsländer. Implizit bedeutete dies: Wenn China den Entwicklungsländern bei ihrer wirtschaftlichen Entwicklung unter die Arme greift, stärkt es deren politische Unabhängigkeit vom US-geführten kapitalistischen Block.

1978 erklärte Deng Xiaoping, der Mao Zedong an der Spitze der KPCh nachfolgte, Chinas Entwicklung erfordere „vier Modernisierungen“: in der Landwirtschaft, der Industrie, der Verteidigung sowie in Wissenschaft und Technik. Wenig später forderte der Menschenrechtsaktivist Wei Jingsheng in einem Aufsatz, den er an der Demokratiemauer in Peking anbrachte, die KPCh dazu auf, als fünftes Modernisierungsziel „Demokratie“ hinzuzufügen.⁴

Unter Xi Jinping wurde Entwicklung mit „zwei Jahrhundertzielen“ verknüpft: dem Ziel, am einhundertsten Jahrestag der Gründung der KPCh 2021 eine „Gesellschaft des bescheidenen Wohlstandes“ geworden zu sein – und dem Ziel, am einhundertsten Jahrestag der Gründung der Volksrepublik China 2049 den „chinesischen Traum“ der nationalen „Renaissance“ verwirklicht und seine durch die Opiumkriege verlorene zentrale Stellung auf der Weltbühne wiedererlangt zu haben.

Seit den 1950er Jahren lässt sich Chinas Politik der internationalen Entwicklungszusammenarbeit als eine Externalisierung seiner nationalen Entwicklungsagenda verstehen. Die Ziele der chinesischen Entwicklungshilfe – „Bereicherung und Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung, sowie Förderung von Wirtschaftswachstum und sozialem Fortschritt“ – werden nahezu mit denselben Worten beschrieben wie die Entwicklung, die für notwendig gehalten

wird, um die „relative Rückständigkeit“ der westchinesischen Regionen mit ihren nationalen Minderheiten zu überwinden.⁵ Der „chinesische Traum“ wurde somit zu einem „Welttraum“ von der „gemeinsamen Entwicklung“ (共同发展) ausgeweitet.

Dennoch hat China lange Zeit behauptet, seine „Auslandshilfe“ (对外援助) an Entwicklungsländer sei eben keine „Entwicklungshilfe“ (发展援助). Der Begriff „Entwicklungshilfe“ wurde fast ausschließlich für die Hilfe westlicher Geber verwendet – auch für Hilfen an China. Diese Praxis hat sich unter Xi Jinping geändert: Im Weißbuch „Das Recht auf Entwicklung“ (发展权) von 2016 heißt es, China leiste seit sechzig Jahren „Entwicklungshilfe“.⁶ Das Akronym der 2018 gegründeten Hilfsorganisation CIDCA steht für „China International Development Cooperation Agency“, Chinas Agentur für internationale Entwicklungszusammenarbeit, was darauf hindeutet, dass China sich mittlerweile als Entwicklungshilfegeber versteht.

ENDNOTEN

- 1 Außenministerium der VR China, „中国国家主席习近平26日在纽约联合国总部的南南合作圆桌会上致辞“ [Rede des chinesischen Präsidenten Xi Jinping beim Runden Tisch zur Süd-Süd-Kooperation am 26. Januar am Sitz der Vereinten Nationen in New York], 27. September 2015, https://www.fmprc.gov.cn/web/gjhdq_676201/gjhdqzz_681964/lhg_681966/xgxw_681972/201509/t20150927_9380772.shtml.
- 2 Sun Yat-sen, *The International Development of China*, Shanghai: Commercial Press, 1920, <https://archive.org/details/internationaldev00suny>.
- 3 Zhou Enlai, „周恩来总理兼外交部长关于目前国际形势、我国外交政策和解放台湾问题的发言“ [Erklärung von Premierminister Zhou Enlai und Außenminister zur aktuellen internationalen Lage, unserer Außenpolitik und der Befreiung Taiwans], *人民日报* [Die Volkszeitung], 28. Juni 1956, S. 1, <http://www.people.com.cn/item/lianghui/zlhb/rd/ljie/newfiles/cl060.html>.
- 4 Wei Jingwei, „The Fifth Modernization: Democracy“ (1978), in: W. de Bary und R. Lufrano (Hrsg.), *Sources of Chinese Tradition: From 1600 Through the Twentieth Century*, Bd. 2, New York, Columbia University Press, 2000, S. 497-500, http://afe.easia.columbia.edu/ps/cup/wei_jingsheng_fifth_modernization.pdf.
- 5 Chinesische Agentur für internationale Entwicklungszusammenarbeit (CIDCA), „《中国的对外援助》白皮书“ [Chinas Auslandshilfe, Weißbuch], CIDCA, April 2011, http://www.cidca.gov.cn/2018-08/06/c_129925064.htm.
- 6 Informationsbüro des Staatsrats, „The Right to Development: China's Philosophy, Practice and Contribution“, Dezember 2016, http://english.www.gov.cn/archive/white_paper/2016/12/01/content_281475505407672.htm..



ENTWICKLUNGSHILFE

【援助】

MARINA RUDYAK

KURZGEFASST

In Europa wie auch in anderen „traditionellen“ westlichen Geberstaaten wird Entwicklungshilfe im Wesentlichen als Transfer von Ressourcen von reichen (Geber-) an ärmere (Entwicklungs-)Länder verstanden, um soziale und wirtschaftliche Entwicklung zu fördern. Häufig gilt die Auffassung, Hilfe müsse ohne direkte Gegenleistung, oder zumindest mit einem Schenkungselement erfolgen – wenngleich sie in der Praxis oft von den politischen, strategischen und wirtschaftlichen Interessen der Geber geprägt ist.

Im chinesischen Sprachgebrauch hingegen wird „Hilfe“ weitgehend als wechselseitig und reziprok verstanden. Der offizielle Diskurs unterscheidet zwischen westlicher „Entwicklungshilfe“ (发展援助) und der chinesischen „Auslandshilfe“ (对外援助), um zu betonen, dass China kein „Geberland“ sei. Stattdessen definiert China seine Hilfe als Süd-Süd-Kooperation und konnotiert sie mit Begriffen wie „Gleichheit“ (平等), „Freundschaft“ (友谊) und „gegenseitiger Nutzen“ (互利). Während die Hilfe direkt durch den Austausch von Waren oder Ressourcen erwidert werden kann, ist sie politisch mit relationaler Macht verknüpft: der Annahme (und Erwartung), dass Auslandshilfe durch Unterstützung chinesischer Positionen, etwa in den internationalen Organisationen, erwidert wird.

ANALYSE

Die ersten Empfänger der chinesischen „Auslandshilfe“ waren ab 1950 Nordkorea und Nordvietnam. Nach der Bandung Konferenz von 1955 kamen zahlreiche kürzlich dekolonisierte Länder hinzu. Von Beginn an war sie ein strategisches Instrument, um Chinas internationale Isolation zu durchbrechen: Wirtschaftliche Hilfe wurde mit diplomatischer Anerkennung vergolten – und umgekehrt.

Premierminister Zhou Enlai erklärte 1956, dass China trotz der eigenen Armut anderen Ländern half, weil „wir verstanden haben, dass wirtschaftliche Unabhängigkeit die Grundlage für politische Unabhängigkeit ist“¹ – womit er Unabhängigkeit von dem „Westen“ meinte. Auf

einer Reise durch zehn afrikanische Länder formulierte Zhou 1964 die „Acht Prinzipien der chinesischen Auslandshilfe“, deren Kern – dass Hilfe nicht an politische Bedingungen geknüpft werden darf, abgesehen von der Nichtanerkennung Taiwans – bis heute gilt.² So war es auch der Entwicklungshilfe zu verdanken, dass China 1971 mit den Stimmen der Entwicklungsländer in die Vereinten Nationen aufgenommen, und Taiwan ausgeschlossen wurde.

Mit Beginn der Reform- und Öffnungspolitik im Jahr 1978 kam die „Auslandshilfe“ auf den Prüfstand, da China – damals eines der 20 ärmsten Länder der Welt – die knappen Ressourcen für sein ambitioniertes Entwicklungs- und Modernisierungsprogramm benötigte. Doch Deng Xiaoping kam zu dem Schluss, dass Hilfe ein strategisches Erfordernis sei.³ Entsprechend stellte der Staatsrat 1980 mit Blick auf Chinas UN-Beitritt fest, dass „China anderen Ländern geholfen hat, und im Gegenzug selbst von ihnen Hilfe erhielt. Chinas internationaler Status ist untrennbar mit der Unterstützung durch befreundete Länder verbunden.“⁴

Die Fortsetzung der Hilfe beruhte auf der Annahme, dass die Hilfe, für die man in der Vergangenheit Gegenleistung erfahren hatte, auch in Zukunft erwidert werden würde. Dieser Logik folgend stieg die chinesische Hilfe nach 1989 stark an, als internationale Sanktionen auf das Massaker am Tiananmen-Platz folgten und Taiwan 1990 den Wiedereintritt in die UN anstrebte. Bis heute betonen chinesische Offizielle gegenüber afrikanischen Staatschefs, wie dankbar China den „afrikanischen Freunden“ sei, „die China [...] dabei unterstützt haben, seinen rechtmäßigen Sitz in den Vereinten Nationen wiederzuerlangen“.⁵

Der Begriff „Hilfe“, ist im chinesischen Diskurs sehr weit gefasst: Fast alles, was in den Bereich „ihr braucht es – wir haben es“ fällt, kann als „Hilfe“ bezeichnet werden. Das kann Unterstützung bei der Armutsbekämpfung sein, aber auch Auslandsinvestitionen oder Bauprojekte chinesischer Firmen mit Exportsubventionen. Da Entwicklungshilfe oft mit Handel und Investitionen gebündelt wird, kann sämtliche chinesische Entwicklungsfinanzierung – ob kommerziell oder konzessionär – für Empfänger als Hilfe erscheinen. Die Datenbanken zur Entwicklungszusammenarbeit (ODA) in Kambodscha und den Philippinen beispielsweise enthalten beides – chinesische Entwicklungshilfekredite zu Vorzugsbedingungen und Projekte mit Exportsubventionen, die nicht Teil der chinesischen Entwicklungspolitik sind. Dies lässt die chinesische Entwicklungshilfe größer erscheinen, als sie tatsächlich ist, auch im Verhältnis zu den europäischen Gebern.

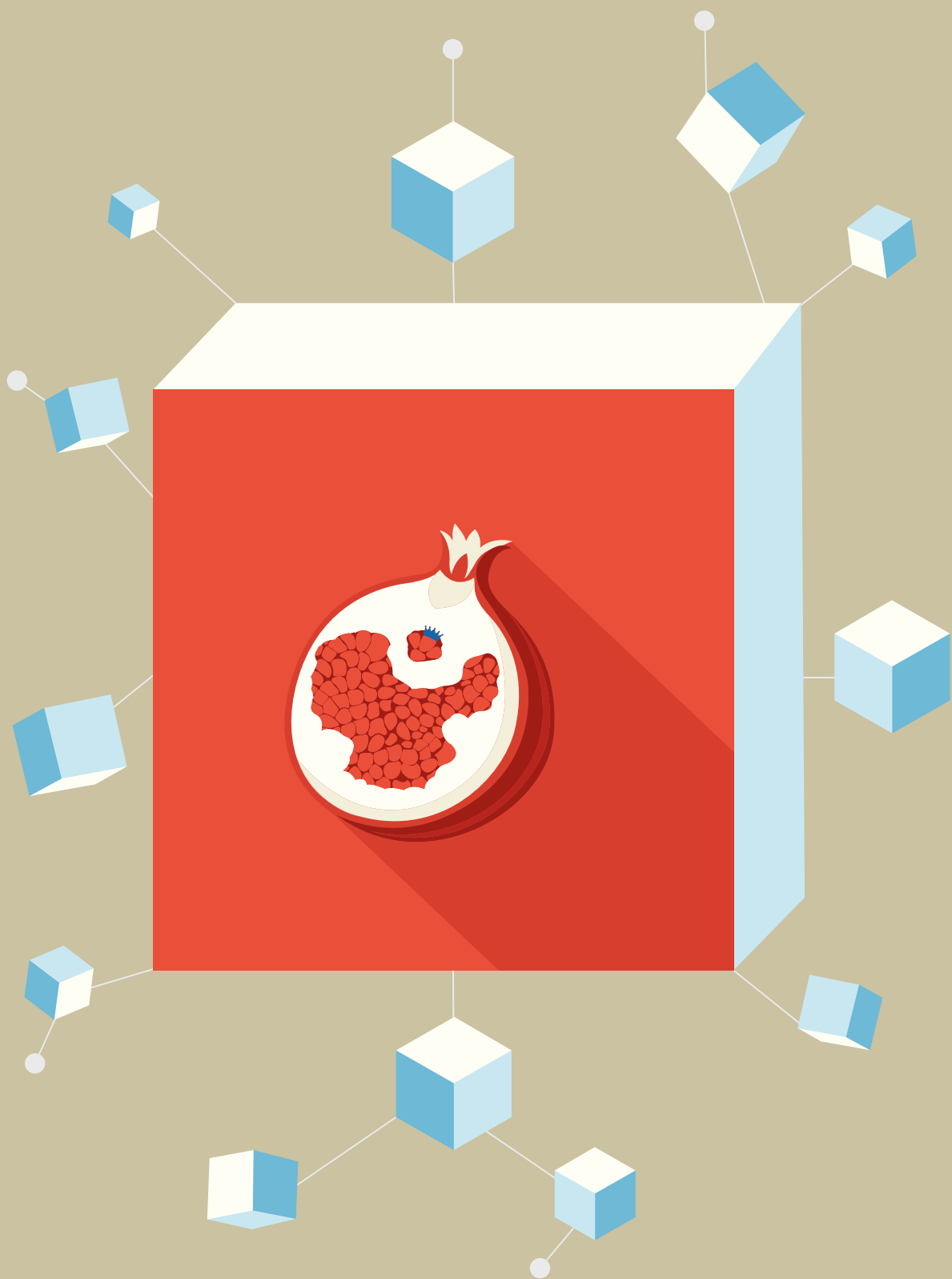
Chinas Verständnis von Hilfe ist pragmatisch, nicht wohlwärtig. Das zeigte sich besonders im Frühjahr 2020, den ersten Monaten der Coronapandemie: China schickte im März 2020 Schutzkleidung nach

Italien, die mit den Worten „Die Straße der Freundschaft kennt keine Grenzen“ beschriftet war. Während die italienische Fünf-Sterne-Bewegung dies als „Geschenk“ darstellte, warfen Journalist:innen China vor, Geschäfte als „Barmherzigkeit“ zu tarnen.⁶ Außenminister Wang Yi erklärte jedoch, China sei bereit gewesen, trotz eigener Knappheit medizinisches Material zu exportieren – was nahelegt, dass das Missverständnis auf europäischer Seite lag.⁷ Für China war Export „Hilfe“.

Wenn China Hilfe leistet, erwartet es eine Gegenleistung. Doch indem es Entwicklungsländern die Fähigkeit zur Reziprozität zuschreibt, schafft es symbolisch ein Verhältnis von Gleichrangigkeit – eine Dimension, die im Westen oft übersehen wird.

ENDNOTEN

- 1 Zhou Enlai, „周恩来总理兼外交部长关于目前国际形势、我国外交政策和解放台湾问题的发言“ [Erklärung von Premierminister Zhou Enlai und Außenminister zur aktuellen internationalen Lage, unserer Außenpolitik und der Befreiung Taiwans], *人民日报* [Die Volkszeitung], 28. Juni 1956, S. 1, <https://web.archive.org/web/20221017215437/https://m.aisixiang.com/data/24711-2.html>.
- 2 „The Chinese Government's Eight Principles for Economic Aid and Technical Assistance to Other Countries“, 15. Januar 1964, <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/121560.pdf>.
- 3 Zhou Hong, „中国对外援助与改革开放30年“ [Chinas Auslandshilfe und 30 Jahre Reform und Öffnung], *世界经济与政治* [World Economics and Politics], Nr. 511 (2008), <https://web.archive.org/web/20221017215437/https://m.aisixiang.com/data/24711-2.html>.
- 4 „中共中央、国务院关于认真做好对外援助工作的几点意见（1980年11月8日）“ [Vorschläge des Zentralkomitees der KPCh und des Staatsrats für gute Arbeit in der Auslandshilfe (8. November 1980)], In: 中共中央文献研究室 [Forschungszentrum für Parteiliteratur beim ZK der KPCh] (Hrsg.), 三中全会以来重要文献汇编 [Sammlung wichtiger Dokumente seit der 3. Plenartagung], Bd. 上: S. 727–29 (728). Peking: Renmin chubanshe, 1982.
- 5 Xi Jinping, „习近平在中非合作论坛第八届部长级会议开幕式上的主旨演讲“ [Die Rede von Xi Jinping bei der Eröffnungszeremonie der Achten Ministerkonferenz des Forums für die Zusammenarbeit zwischen China und Afrika], *Xinhua*, 29. November 2021, <http://politics.people.com.cn/n1/2021/1129/c1024-32294875.html>.
- 6 M. Ferraresi, „China Isn't Helping Italy. It's Waging Information Warfare“, *Foreign Policy*, 31. März 2020, <https://foreignpolicy.com/2020/03/31/china-isnt-helping-italy-its-waging-information-warfare/>.
- 7 „王毅：将克服困难 向意方提供医疗物资援助“ [Wang Yi: China wird trotz eigener schwerer Lage medizinische Hilfe für Italien leisten], *Volkszeitung online*, 11. März 2020, <http://world.people.com.cn/n1/2020/0311/c1002-31626485.html>.



ETHNISCHE MINDERHEITEN

【少数民族】

JERKER HELLSTRÖM

KURZGEFASST

Im Kontext der UN bezieht sich der Ausdruck Ethnie im Allgemeinen auf die gemeinsame Herkunft sowie die gemeinsame Sprache, Bräuche und Glaubensvorstellungen einer Gruppe, kann aber dementsprechend nur subjektiv definiert und abgegrenzt werden.¹ Der Begriff der ethnischen Minderheiten entstand mit der Schaffung des Nationalstaates, der auf einer konstruierten Nationalität bzw. einer ethnischen Mehrheit aufbaute.

Die Kommunistische Partei Chinas hat die Bevölkerung in ethnische Gruppen bzw. Nationalitäten unterteilt, die aus 55 Minderheiten und der Mehrheit der Han (汉族), einem Konstrukt des späten 19. Jahrhunderts, bestehen. Bei der Volkszählung 2021 wurden 125 Millionen Chinesen – fast neun Prozent der Bevölkerung – als Angehörige der offiziellen Minderheitengruppen klassifiziert, darunter beispielsweise Mongolen, Tibeter und Uiguren.

Chinas ethnische Vielfalt und sein großes Territorium sind zum Teil auf frühere Eroberungen zurückzuführen. Da dieser historische Expansionismus nicht zum offiziellen Narrativ einer „friedliebenden chinesischen Zivilisation“ passt, behauptet die KPCh, „ein seit dem Altertum vereintes multiethnisches Land“ zu regieren.²

ANALYSE

Nach Gründung der Republik China im Jahr 1912 schlug ihr erster Präsident Sun Yat-sen vor, dass China aus einem Zusammenschluss von fünf minzu (民族, Nationalitäten bzw. ethnische Gruppen) verstanden werden sollte: Han, Mandschu, Mongolen, Tibeter und (Hui-)Muslime. Diese Einteilung wurde bald durch das Konzept der *zhonghua minzu* (中华民族) – chinesische Nation, chinesisches Volk bzw. chinesische „Rasse“ – ersetzt, einer Super-Ethnie mit einer vermeintlich

gemeinsamen Abstammung, die nach wie vor ein wesentlicher Bestandteil der Rhetorik der KPCh in ethnischen Angelegenheiten ist.

In ihren Anfangsjahren zog die KPCh in Erwägung, den Nicht-Han-Minderheiten die Unabhängigkeit von China einzuräumen. Nach Gründung der Volksrepublik im Jahr 1949 leitete der chinesische Staat jedoch ein „Projekt zur ethnischen Klassifizierung“ in die Wege, das von Forschern als eine der großen Kolonisierungsmissionen des 20. Jahrhunderts bezeichnet wurde.³ Durch das Projekt wurde die Bevölkerung nach den Kriterien Joseph Stalins (eine gemeinsame Sprache, ein gemeinsames Territorium und Wirtschaftsleben und eine gemeinsame psychische Wesensart) in ethnische Gruppen eingeteilt. Die meisten Nationalitäten wurden in den 1950er Jahren klassifiziert. Bis 1979 stieg ihre Zahl auf 56, was nach wie vor der Standard ist.

Einige der vom chinesischen Staat offiziell anerkannten ethnischen Minderheiten sind Teil größerer Volksgruppen, die hauptsächlich außerhalb der Grenzen der VR China leben, wie ethnische Kasachen, Kirgisen und Tadschiken. Einige ethnische Gruppen, die international stark vertreten sind, wurden dagegen nicht in die Liste der 55 offiziellen Minderheiten Chinas aufgenommen. Dazu gehören die Hakka (die den Han zugeordnet werden) und die Hmong (die zur Minderheit der Miao gezählt werden).

Heute werden die ethnischen Minderheiten im offiziellen Diskurs zwar als besondere Gruppen, aber mit den Han vereint als Teil der „chinesischen Nation“ dargestellt. Der damit verbundene Herrschaftsanspruch der chinesischen Regierung erstreckt sich teils über Landesgrenzen. Zum Beispiel schließt der Parteistaat auch Bürger:innen anderer Staaten mit chinesischer Herkunft oder Abstammung ein, sowohl Han-Chines:innen, aber auch Angehörige anderer Gruppen bzw. deren Nachkommen.⁴ Des Weiteren zählt die chinesische Regierung auch die Gaoshan (高山族) in Taiwan zu den ethnischen Minderheiten der VR China. Mit diesem Sammelbegriff beschreibt sie 16 von der taiwanesischen Regierung offiziell anerkannte indigene Gruppen.⁵ China behauptet seinerseits, keine indigenen Völker zu haben, da es sonst seine Geschichte der Kolonialisierung⁶ anerkennen müsste.

Chinas Minderheiten werden bis heute oft als primitiv und sogar minderwertig angesehen, insbesondere von den Han-Eliten. In den offiziellen Medien werden Minderheiten meist stereotyp als von der Mehrheit getrennt dargestellt – tanzend, singend und in traditionellen Trachten. Auch Delegierte des Nationalen Volkskongresses, Chinas Legislative, die Minderheiten angehören, erscheinen grundsätzlich immer in traditioneller Bekleidung.

In der chinesischen Verfassung heißt es, dass Chinas Nationalitäten gleichberechtigt sind. Der zeitgenössische offizielle Diskurs beschreibt die Beziehung zwischen den Volksgruppen als so eng wie die „Kerne in einem Granatapfel“.⁷ Der Verfassung zufolge verfügen alle ethnischen Gruppen über „die Freiheit, ihre eigene gesprochene und geschriebene Sprache zu verwenden und weiterzuentwickeln und ihre eigenen Traditionen und Bräuche zu bewahren oder neu zu gestalten.“

Tatsächlich sind die ethnischen Minderheiten jedoch zunehmend den Zwängen der „zweiten Generation der Minderheitenpolitik“ (第二代民族政策) ausgesetzt, ein politisches Programm, dass die Schaffung einer einheitlichen nationalen Identität in den Vordergrund stellt und die Rechte ethnischer Minderheiten auf ihre eigene Kultur, Sprache und Identität massiv einschränkt.⁸ Den Minderheitengruppen fehlt es an einer nennenswerten politischen Beteiligung. Nur wenige Gruppen sind im Zentralkomitee der KPCh vertreten, und nur selten erreichen Angehörige der ethnischen Minderheiten die höheren Ebenen der politischen Macht.

ENDNOTEN

- 1 H. V. Condé, „A Handbook of International Human Rights Terminology“, 1990, <https://web.archive.org/web/20220901022023/http://unstats.un.org/unsd/demographic/sconcerns/pop-char/Ethnicitypaper.pdf>.
- 2 Informationsbüro des Staatsrats, 中国的少数民族政策及其实践 [Chinas Politik gegenüber ethnischen Minderheiten und ihre Praxis], 1. September 1999, https://web.archive.org/web/20220517234744/http://un.china-mission.gov.cn/chn/zt/xzwt/199909/t19990901_8363255.htm
- 3 N. Tapp, „In Defence of the Archaic: A Reconsideration of the 1950s Ethnic Classification Project in China“, *Asian Ethnicity*, Bd. 3, No. 1 (2002), S. 63-84.
- 4 O. Almén, „The Chinese Communist Party and the Diaspora – Beijing’s Extraterritorial Authoritarian Rule“, *Schwedisches Forschungsinstitut der Verteidigung*, März 2020, <https://www.foi.se/rest-api/report/FOI-R--4933--SE>.
- 5 Rat der indigenen Völker, „原住民族16族簡介“ [Einführung in die sechzehn indigenen Gruppen] <https://web.archive.org/web/20221006221343/https://www.cip.gov.tw/zh-tw/tribe/grid-list/index.html?cumid=8F19BF08AE220D65>
- 6 Internationale Arbeitsgruppe für indigene Angelegenheiten, „China“, [iwgia.org](https://web.archive.org/web/20220812151352/https://www.iwgia.org/en/china.html), <https://web.archive.org/web/20220812151352/https://www.iwgia.org/en/china.html>
- 7 „习近平在第二次中央新疆工作座谈会上发表重要讲话“ [Xi Jinping hält eine wichtige Rede auf dem zweiten zentralen Symposium zur Arbeit in Xinjiang], *Xinhua*, 29. Mai 2014, https://web.archive.org/web/20181014075112/http://www.xinhuanet.com/photo/2014-05/29/c_126564529.htm..
- 8 G. Roche und J. Leibold, „China’s Second-generation Ethnic Policies Are Already Here“, *Made in China Journal*, 7. September 2020, <https://madeinchinajournal.com/2020/09/07/chinas-second-generation-ethnic-policies-are-already-here/>.



FREIE MEINUNGSÄUSSERUNG 【言论自由】

DAVID BANDURSKI

KURZGEFASST

In Artikel 35 der chinesischen Verfassung heißt es: „Die Bürger der Volksrepublik China genießen Rede-, Presse-, Versammlungs-, Vereinigungs-, Prozessions- und Demonstrationsfreiheit.“¹ Formal gesehen scheint diese Formulierung mit Artikel 19 der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* (UDHR) übereinzustimmen, der lautet: „Jeder hat das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung.“² In der Praxis jedoch schränkt die regierende Kommunistische Partei Chinas die Ausübung der Meinungsfreiheit erheblich ein, weil sie als potenziell destabilisierend für das Regime angesehen wird.

Damit wird im Kern die zweite Hälfte des Artikels 19 zur Meinungsfreiheit in der UDHR negiert, in der es heißt: „Dieses Recht schließt die Freiheit ein, Meinungen ungehindert anzuhängen sowie über Medien jeder Art und ohne Rücksicht auf Grenzen Informationen und Gedankengut zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.“ Die KPCh hat einen riesigen personellen und technologischen Apparat entwickelt, damit sie die Verbreitung von Informationen über alle Kanäle, sowohl online als auch offline, überwachen und kontrollieren kann. Dies bedeutet ständige, sogar in Echtzeit stattfindende Eingriffe in das Recht chinesischer Staatsbürger:innen auf freie Meinungsäußerung, auch außerhalb der Grenzen Chinas.

ANALYSE

Seit den 1980er Jahren ist die Geschichte der Medien und der Meinungsfreiheit in China vor allem eine Geschichte der ständigen Bemühungen der KPCh-Führung um ein Gleichgewicht zwischen dem Gebot der Regimestabilität und der prioritären Ziele Reform und Entwicklung. Durch letztere ist die Gesellschaft komplexer und vielfältiger geworden und sucht nach Mitteln und Wegen, ihre Rechte und Interessen gegenüber denen der Partei durchzusetzen.

Als nach 1978 die Reform- und Öffnungspolitik in China Einzug hielt, wurde die extreme Pressekontrolle während der Kulturrevolution (1966-1976), in der alle Presseinhalte von Mao Zedong dominiert wurden, neu bewertet. Anfang der 1980er Jahre kam verstärkt der Begriff „Nachrichtenreform“ (新闻改革) in Gebrauch, und es herrschte die Überzeugung vor, dass die strenge Kontrolle der Presse und Ideologie entscheidend zu den schmerzhaften politischen Kampagnen der vorangegangenen drei Jahrzehnte beigetragen hatten.³ Im Zuge dieses Reformgeistes wurde die „Freie Meinungsäußerung“ in die chinesische Verfassung von 1982 aufgenommen.⁴ Obwohl die KPCh die Presse in den 1980er Jahren weiterhin kontrollierte und Journalismus und Verlagswesen in den Parteistaat eingebettet waren, gab es Bestrebungen, ihre Rolle neu zu bewerten.

Dieser Reformkurs nahm mit den Ereignissen des Jahres 1989 eine dramatische Wendung: Die Zerschlagung der Demokratiebewegung am 4. Juni mündete unter Jiang Zemin in ein neues Regime der Sprachkontrolle im Rahmen einer Politik der „öffentlichen Meinungslenkung“ (舆论导向). Darin zeigte sich, dass die Führung einmal mehr zu der Überzeugung gelangt war, die Ideen und Meinungen der Öffentlichkeit müssten durch eine strenge Kontrolle der KPCh über alle Kommunikationskanäle „gelenkt“ werden, um die Stabilität des Regimes zu sichern und einen Zusammenbruch wie den der Sowjetunion zu verhindern.

Als in den 1990er und 2000er Jahren die Wirtschaftsentwicklung Fahrt aufnahm und mit dem Aufkommen des Internets neue Kanäle für die Meinungsäußerung entstanden, erlebte China eine beispiellose Ära der Medienentwicklung. Dies führte zu einer beachtlichen Zunahme professioneller Medienaktivitäten und sogar zum Entstehen einer investigativen Berichterstattung.⁵ Der Auftrag zur „öffentlichen Meinungslenkung“ blieb jedoch bestehen, und Journalist:innen und Medien wurden ständig überwacht und kontrolliert. Unterdessen entwickelte China ab Ende der 1990er Jahre ein umfassendes System technischer und gesetzlicher Internetkontrollen, das den Zugang zur Außenwelt blockiert und Inhalte im Inland zensiert und oft als „Great Firewall“ (Große Feuermauer) bezeichnet wird.⁶

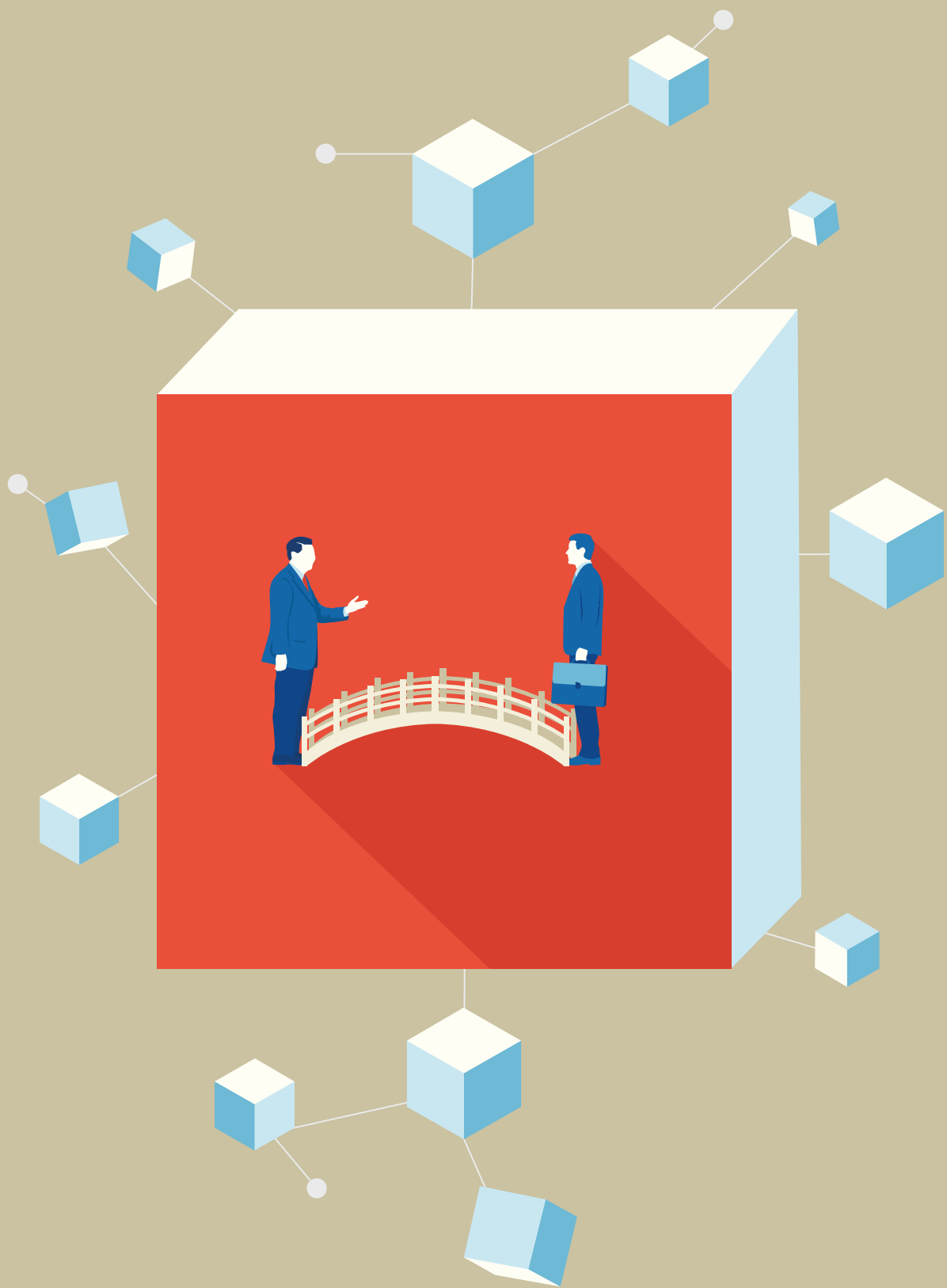
In der Xi-Jinping-Ära wurden die Kontrollen der Presse und des Internets verschärft, da die KPCh versucht, die Dominanz über alle Kommunikationskanäle, einschließlich des Internets und der neuen sozialen Medien, wiederzugewinnen. Dies war vor allem eine Reaktion auf die Zunahme der freizügigeren Medienberichterstattung sowie Engagement und Kritik der Bürger:innen im Internet seit den 2000er Jahren. In einer Rede im Februar 2016 bekräftigte Xi die Hoheit der KPCh über die Medien. Er betonte, die Medien müssten „den Beinamen ‚Partei‘“ (姓党) führen, und forderte sie zur unbedingten Treue

gegenüber dem Regime auf.⁷ Unter der mächtigen Cyberspace Administration of China (CAC), die 2014 direkt unter der zentralen Führung der KPCh gegründet wurde, wurden die Kontrollen des Internets und der sozialen Medien verschärft. Das Mandat zur „Lenkung der öffentlichen Meinung“ – nunmehr in gesetzlichen Leitlinien kodifiziert – wurde de facto auf alle Internetnutzer:innen ausgeweitet.⁸

Angesichts der Kritik an seiner Medienkontrollpolitik beharrt China innenpolitisch darauf, dass diese Politik notwendig sei, um Stabilität und damit die Voraussetzung für Entwicklung zu sichern. Von behördlicher Seite wird oft betont, dass „freie Meinungsäußerung nicht gleich freie Äußerung von Meinungen ist“.⁹ Damit ist gemeint, dass die Meinungsäußerung im Interesse der allgemeinen Bevölkerung eingeschränkt werden muss.

ENDNOTEN

- 1 Nationaler Volkskongress der VR China, „Constitution of the People's Republic of China“, 2004, http://www.npc.gov.cn/zgrdw/englishnpc/Constitution/node_2825.htm.
- 2 Vereinte Nationen, „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ (Universal Declaration of Human Rights), 1948, *Vereinte Nationen*, <https://www.un.org/en/about-us/universal-declaration-of-human-rights>.
- 3 Zhang Huiyu und Li Fei, „从文本到实践: 传媒业变革背景下重建中国新闻事业的社会有机性“ [Vom Text zur Praxis: Zur Wiederherstellung der sozialen Kohärenz des Journalismus in China im Zuge des Medienwandels], *Chinese Social Sciences Net*, 5. Februar 2020, http://www.cssn.cn/xwcbx/xwcbx_xwll/202002/t20200205_5085170.shtml.
- 4 H. Chiu, „The 1982 Chinese Constitution and the Rule of Law“, *Occasional Papers, Reprint Series in Contemporary Asian Studies*, Bd. 69, Nr. 4 (1985), S. 143.
- 5 S. L. Shirk (Hrsg.), *Changing Media, Changing China* (New York: Oxford University Press, 2011).
- 6 J. Fallows, „The Connection Has Been Reset“, *The Atlantic*, März 2008, <https://www.theatlantic.com/magazine/archive/2008/03/the-connection-has-been-reset/306650/>.
- 7 P. Zhang, „China's Top Party Mouthpieces Pledge 'Absolute Loyalty' as President Makes Rare Visits to Newsrooms“, *South China Morning Post*, 19. Februar 2016, <https://www.scmp.com/news/china/policies-politics/article/1914136/chinas-top-party-mouthpieces-pledge-absolute-loyalty>.
- 8 „互联网群组信息服务管理规定“ [Bestimmungen über die Verwaltung von Internet-Gruppen-informationsdiensten], *Cyberspace Administration of China*, 7. Juli 2017, http://www.cac.gov.cn/2017-09/07/c_1121623889.htm.
- 9 Ge Juliang, „言论自由不等于自由言论“ [Freie Meinungsäußerung ist nicht gleich freie Meinungsäußerung], *Zeitung der Volksbefreiungsarmee*, 9. Oktober 2017, S. 1, http://www.81.cn/jwgd/2017-10/09/content_7779018.



FREUNDSCHAFT

【友谊】

DAVID BANDURSKI

KURZGEFASST

Freundschaft ist ein universelles Konzept, das allen Menschen vertraut ist und in der heutigen digitalen Welt in Gestalt von virtuellen „Freunden“ auf sozialen Medien wie Facebook und WeChat kulturelle Grenzen überschreitet. Die Charta der Vereinten Nationen spricht von der Entwicklung „freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Nationen“ auf der Grundlage des „Respekts vor dem Grundsatz der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker“.¹ Der Internationale Tag der Freundschaft der UN soll den Frieden zwischen Völkern, Ländern, Kulturen und Individuen fördern.²

Im Diskurs der KPCh ist „Freundschaft“ hingegen seit den 1940er-Jahren auf eine Definition verengt, die den Parteistaat und seine Interessen ins Zentrum rückt. Dieses Verständnis, das auf sowjetische Konzepte zurückgeht, ist untrennbar mit der klaren politischen Erwartung verbunden, Chinas Positionen zu übernehmen. International pflegt der Parteistaat „Freundschaft“ über institutionelle Mittler – etwa Verbände oder Thinktanks –, die staatliche Einflussnahme verschleiern und staatlich gelenktem Austausch als Ergebnis basisgesellschaftlicher Initiative und Konsens erscheinen lassen.

Freundschaft wird dabei zum Ritual und in der staatlichen Propaganda emotional überhöht inszeniert – ein Beispiel ist die 2018 erstmals an Wladimir Putin verliehene „Freundschaftsmedaille“.³ Doch hinter der Fassade gegenseitiger Verbundenheit bleiben Beziehungen an die Berücksichtigung von Chinas Kerninteressen gebunden – Freundschaft dient somit eher der Wahrnehmungslenkung als der Überbrückung von Differenzen.

ANALYSE

Seit Konfuzius sie im 6. Jahrhundert v. Chr. als eine der fünf elementaren menschlichen Beziehungen (五伦) identifizierte, war Freundschaft über Jahrhunderte ein zentrales Thema in Literatur und Denken Chinas. Die heutige politische Adaption des Freundschaftsbegriffs in China geht jedoch unmittelbar auf die Interaktion der KPCh mit der

Sowjetunion seit den 1930er-Jahren zurück. Dort führte Stalin 1935 die „Freundschaft der Völker“ (*druzhba narodov*) als Metapher für eine unter der Herrschaft der Kommunistischen Partei vereinte Vielvölkerordnung ein, was zugleich dazu diente, Dissens und Unterschiede zu unterdrücken.⁴ Nach außen stand „Freundschaft“ für Stalins Bemühungen um transnationale Kontakte, vor allem mit der Dritten Welt. Im Kalten Krieg kultivierte die Sowjetunion weltweit aktiv „gute Freunde“ – meist pro-sowjetische Eliten –, um ihre Einflussosphäre zu erweitern. Für die sowjetischen Partner, die häufig an sowjetischen Institutionen ausgebildet wurden, bedeutete Freundschaft, „den sowjetischen Staat und seine Außenpolitik zu akzeptieren und zu unterstützen“. Wer diese Unterstützung verweigerte, galt als Feind.

Vor und nach der Gründung der Volksrepublik China im Jahr 1949 prägte das sowjetische Verständnis von „Freundschaft“ das internationale Engagement der KPCh. Den ersten bilateralen Freundschaftsvertrag unterzeichnete die VR China mit der UdSSR im Februar 1950. Dem ging die Gründung der Chinesisch-Russischen-Freundschaftsgesellschaft in Peking voraus, der sich KPCh-Eliten anschlossen, die zuvor in der Sowjetunion studiert hatten. In Nachahmung der sowjetischen Praxis, wie sie in Mittel- und Osteuropa verbreitet war, gründete die KPCh ab den 1950er-Jahren zahlreiche ähnliche Freundschaftsverbände. Wie im sowjetischen Fall implizierte Freundschaft die Akzeptanz und Unterstützung von Chinas außenpolitischer Linie, die sich nach 1954 auf die Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz stützte.⁵ Von da an war „Freundschaft“ eng mit dem Prinzip der Nichteinmischung in Chinas innere Angelegenheiten verknüpft – und ist bis heute Eckpfeiler der chinesischen Außenpolitik. Im offiziellen chinesischen Verständnis bedeutet „Freundschaft“ Sympathie und Unterstützung für Chinas Kerninteressen und politische Ziele – darüber hinaus jedoch sollen sich Freunde aus den inneren Belangen heraushalten.

Chinas heutige Anwendung des Freundschaftsbegriffs stellt eine Weiterführung und Fortentwicklung des alten sowjetischen Konzepts dar. Die KPCh nutzt weiterhin Freundschaftsverbände und ähnliche Austauschformate, um international Sympathie und Übereinstimmung mit Chinas Zielen zu erzeugen – die direkte Rolle des Staates bleibt dabei häufig verborgen. Die zahlreichen Städtepartnerschaften des Landes werden als Instrument gesehen, um durch kulturellen Austausch und lokale Kooperationen übergeordnete diplomatische Ziele zu fördern: wie die *China Daily* festhält, „sind sie der Schlüssel zu stabilen zwischenstaatlichen Beziehungen“.⁶ Auf diplomatischer Ebene sind Freundschaftsbeteuerungen oft Ausdruck von Chinas Bemühen, seine Beziehungen sorgfältig auszutüfeln – nicht unbedingt im Sinne von Allianzen, sondern um strategische Ambiguität zu wahren und eigene Interessen voranzutreiben. Deutlich wird dies etwa in der

Erklärung einer „grenzenlosen Freundschaft“ zwischen Xi Jinping und Wladimir Putin – eine Beziehung, die in der Praxis klare Grenzen hat, wie Chinas Weigerung zeigt, Russlands territoriale Ansprüche in der Ukraine anzuerkennen.

ENDNOTEN

- 1 Vereinte Nationen, „Charter of the United Nations“, <https://www.un.org/en/about-us/un-charter/full-text>.
- 2 Vereinte Nationen, „International Day of Friendship“, archiviert im November 2020, <https://web.archive.org/web/20201118224534/https://www.un.org/en/observances/friendship-day>.
- 3 B. G. Carlson, „Vostok-2018: Another Sign of Strengthening Russia-China Ties Not an Alliance, but Defense Cooperation Is Growing“, *SWP Comment*, 1. November 2018, swp-berlin.org/en/publication/vostok-2018-another-sign-of-strengthening-russia-china-ties.
- 4 D. D. Laitin und G. Steinmetz, „The Affirmative Action Empire: Nations and Nationalism in the Soviet Union, 1923-1939“ (Ithaca: Cornell University Press, 2001), S. 432-461, https://www.jstor.org/stable/10.7591/j.ctt1rv61tj?turn_away=true.
- 5 Xinhua, „Five Principles of Peaceful Coexistence: Timeless Guide for International Relations“, 29. Juni 2024, https://web.archive.org/web/20240630020942/https://english.www.gov.cn/news/202406/29/content_WS667f6667c6d0868f4e8e8af9.html.
- 6 Hou Chenchen und Li Yingqing, „Sister Cities Fast-Track Friendship“, *China Daily*, 6. Februar 2025, <https://web.archive.org/save/https://www.chinadailyhk.com/hk/article/603968>.



FRIEDEN

【和平】

JERKER HELLSTRÖM

BRIEF

„Die Friedensliebe liegt in der DNA des chinesischen Volkes“, hat Xi Jinping, Generalsekretär der KPCh, wiederholt behauptet.¹ Dieses Narrativ des von Natur aus harmonischen, gewaltfreien und gütigen Volkes passt gut zur Überzeugung der Partei, dass sie moralisch stets im Recht ist. In der Charta der Vereinten Nationen wird der Begriff „Frieden“ zwar nicht ausdrücklich definiert, doch wird er im Allgemeinen als ein Zustand verstanden, in dem es keinen Krieg, keine offiziell unterstützten nicht-staatlichen Kampfhandlungen und keine Gewalt gibt. Der Friedensbegriff der chinesischen Führung schließt darüber hinaus soziale Stabilität, „Harmonie“, Entwicklung, Zusammenarbeit und gegenseitigen Nutzen ein – aber auch das Fehlen von Interventionismus und Kolonialismus.

Es ist daher nicht weiter überraschend, dass die Rhetorik der KPCh häufig ihren eigenen „friedliebenden“ Charakter betont. Da die Partei China *per definitionem* als friedlich und die chinesische Nationalität (oder Rasse) als geradezu genetisch friedliebend charakterisiert, gibt sie sich auch verteidigungspolitisch defensiv. In einer Rede in Berlin im März 2014 sagte Xi, das Streben nach Frieden, Freundschaft und Harmonie sei „integraler Bestandteil des chinesischen Charakters, der tief im Blut des chinesischen Volkes verwurzelt“ sei und „die friedliebende kulturelle Tradition der chinesischen Nation in den letzten Jahrtausenden verkörpere“.² In Xis Rhetorik wird Chinas Friedensliebe mit Faktoren erklärt, die mit der chinesischen Ethnie, Tradition und Geschichte zusammenhängen.

ANALYSE

Mao Zedong lieferte zunächst eine rein ideologische Erklärung. Mao zufolge wollen alle sozialistischen Länder einschließlich Chinas Frieden; „die einzigen, die sich nach Krieg sehnen und keinen Frieden wollen, sind bestimmte kapitalistisch-monopolistische Gruppen in einer Handvoll imperialistischer Länder, die für ihre Gewinne auf Aggression angewiesen sind“.³

In dem 2011 veröffentlichten Weißbuch der Regierung mit dem Titel „Chinas friedliche Entwicklung“ wird erläutert, die Basis für Chinas Friedensliebe seien die Lehren, die das Land aus seiner Geschichte gezogen habe: „Das chinesische Volk hat aus seinen leidvollen Erfahrungen mit Krieg und Armut in der Neuzeit gelernt, wie wertvoll Frieden ist und wie dringend notwendig Entwicklung ist.“ Daher beteilige sich China „niemals an Aggression oder Expansion, strebe niemals nach Hegemonie und bleibe eine entschlossene Kraft zur Aufrechterhaltung von Frieden und Stabilität in der Region und der Welt.“⁴

In dem Weißbuch wird zudem betont, wie wichtig die Wahrung der sozialen Stabilität sei, die eng mit Chinas Vorstellung von Frieden verknüpft ist und zu den Kernzielen der KPCh gehört. Somit könnten auch die Unterdrückung friedlicher Protestbewegungen oder gewaltssamer sozialer Unruhen „Friedenssicherung“ sein. Das chinesische Regime betrachtet Frieden und Stabilität als seine Legitimationsgrundlage und verfolgte deshalb die „Farbrevolutionen“ in Georgien, der Ukraine und Kirgisistan in den 2000er Jahren mit großer Sorge.⁵ „Friedenssicherung“ bedeutet in diesem Kontext sowohl den Schutz des Regimes vor der eigenen Bevölkerung als auch den Schutz der herrschenden Partei vor tatsächlich oder vermeintlich feindlichen ausländischen Kräften.⁶ Diese Bedenken erklären auch, warum China im Rahmen seines allumfassenden Sicherheitsapparats in Technologien zur Massenüberwachung investiert.

Das Weißbuch von 2011 nennt „Modernisierung und gemeinschaftlichen Wohlstand“ als übergeordnete Ziele von Chinas Streben nach „friedlicher Entwicklung“. In seinen Anfang 2020 erschienenen „Gedanken zur Diplomatie“ unterstreicht Xi Jinping, dass China „auf dem Weg der friedlichen Entwicklung auf der Grundlage von gegenseitigem Respekt, Zusammenarbeit und gegenseitigem Nutzen beharrt“.⁷

Die „friedliche Wiedervereinigung“ (和平统一) Chinas ist zudem ein Euphemismus für die Eingliederung Taiwans in die Volksrepublik, wobei impliziert wird, dass die Wiedervereinigung auch auf nicht friedlichem Wege erfolgen könnte, d. h. durch eine militärische Einnahme Taiwans. Tatsächlich hat China zu verstehen gegeben, es sei zum Krieg bereit, falls sich an dem jetzigen Status quo, in dem Taiwan *de facto* (aber nicht *de jure*) ein unabhängiger Staat ist, etwas ändere. Mit der Verabschiedung des *Anti-Sezessions-Gesetzes* im Jahr 2005 stellte China klar, dass es „nicht-friedliche Mittel (...) einsetzen wird, um Chinas Souveränität und territoriale Integrität zu schützen“, sollten „sezessionistische Kräfte (...) die Abspaltung Taiwans von China bewirken“ oder „die Möglichkeiten für eine friedliche Wiedervereinigung vollständig ausgeschöpft sein“.⁸

Unterdessen behauptet die KPCh weiterhin, „der Frieden liegt in der chinesischen DNA“, ihre Verteidigungspolitik sei „defensiver Natur“ und China stelle „keine militärische Bedrohung für irgendein anderes Land“ dar. In dieser Logik ist Taiwan aus Sicht der KPCh kein anderes Land, sondern integraler Bestandteil des Territoriums der VR China. Das von der chinesischen Regierung proklamierte Festhalten an dem „Grundsatz, andere nicht anzugreifen, es sei denn, sie wird selbst angegriffen“, beruht also auch auf der Definition dessen, was ein „Angriff“ ist.⁹

ENDNOTEN

- 1 „Xi Jinping Delivers Important Speech in City of London“, Außenministerium der VR China, 22. Oktober 2015, https://www.fmprc.gov.cn/mfa_eng/topics_665678/xjpdygjxgsfw/t1309012.shtml.
- 2 „Speech by H. E. Xi Jinping President of the People's Republic of China at the Körber Foundation“, Außenministerium der VR China, 28. März 2014, https://www.fmprc.gov.cn/mfa_eng/wjdt_665385/zyjh_665391/t1148640.shtml..
- 3 Mao Zedong, „Opening Address at the Eighth National Congress of the Communist Party of China“, Marxists Internet Archive, 15. September 1956, <https://www.marxists.org/reference/archive/mao/works/red-book/ch05.htm>.
- 4 Informationsbüro des Staatsrates, „China's Peaceful Development“, 6. September 2011, http://www.china.org.cn/government/whitepaper/node_7126562.htm.
- 5 T. C. Chen, „China's Reaction to the Colored Revolutions: Adaptive Authoritarianism in Full Swing“, *APSA 2010 Annual Meeting Paper*, 19. Juli 2010, https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=1644372.
- 6 Qian Gang, „Reading Chinese Politics in 2014“, *China Media Project*, 30. Dezember 2014, <https://chinamediaproject.org/2014/12/30/reading-chinese-politics-in-2014/>.
- 7 Xinhua, „《习近平关于中国特色大国外交论述摘编》出版发行“ [„Auszüge aus Xi Jinpings Reden zur Großmachtdiplomatie chinesischer Prägung“ veröffentlicht], *Xinhua*, 5. Januar 2020, http://www.xinhuanet.com/politics/leaders/2020-01/05/c_1125423757.htm.
- 8 „Full Text of Anti-Secession Law“, *People's Daily Online*, 14. März 2005, http://en.people.cn/200503/14/eng20050314_176746.html.
- 9 Informationsbüro des Staatsrates, „China's Peaceful Development“, 6. September 2011, http://www.china.org.cn/government/whitepaper/node_7126562.htm.



GESCHICHTE

【历史】

DAVID BANDURSKI

KURZGEFASST

Nach einer weit verbreiteten Auffassung bietet das Studium der Geschichte Einsichten in die Dynamiken menschlichen Verhaltens. Selbst in China muten George Santayanas berühmte Worte „Wer sich nicht an die Vergangenheit erinnern kann, ist dazu verdammt, sie zu wiederholen“, wahrhaftig an.¹ In weiten Teilen der Welt ist die permanente Neuinterpretation und Instrumentalisierung der Geschichte Realität, wenn auch in sehr verschiedenen Ausprägungen.

1938 wurde unter Stalin in der Sowjetunion das Gebot zur „korrekten“ Geschichtsschreibung festgesetzt.² Die Kommunistische Partei Chinas betrachtet in dieser Tradition die Gestaltung der Geschichte seit langem als ein wichtiges Mittel zur Rechtfertigung und Verteidigung der Legitimität ihres Regimes. Unter Xi Jinping hat sich seit Ende 2012 die Betonung der offiziellen Geschichtsauffassung der Partei als Quelle von Macht und Legitimität noch verstärkt.

ANALYSE

Seit ihren Anfängen in den 1920er Jahren vertritt die KPCh ein materialistisches Geschichtsbild,³ sprich eine Doktrin des linearen historischen Fortschritts, der durch Klassenkampf vorangetrieben wird. Mit Hilfe dieser sozialistischen Geschichtsschreibung etablierte sich Mao Zedong in den 1940er Jahren als Chinas Revolutionsführer. In den folgenden Jahrzehnten legitimierte diese Geschichtsauffassung die KPCh als revolutionäre und herrschende Partei.

Im ersten offiziellen Beschluss der KPCh zur Geschichte fasste Mao Zedong 1945 die wichtigsten politischen Lehren seit der Gründung der Partei im Jahr 1921 zusammen. Der Beschluss folgte auf Maos erfolgreiche Säuberung seiner politischen Opposition und kritisierte den vermeintlichen Schaden, den der „Opportunismus unter dem Deckmantel linker Gesinnung“ im vorangegangenen Jahrzehnt angerichtet habe. Der Beschluss bekräftigte Maos Vormachtstellung formell und legte damit den Grundstein für die katastrophalen Ereignisse der

Kulturrevolution – einem Jahrzehnt, in dem Chinas historisches kulturelles Erbe in hohem Maße zerstört wurde.

Nach Maos Tod schlug die KPCh in der Ära der Reform und Öffnung einen neuen Weg ein. Es bedurfte eines neuen Konsens zur Geschichte, um einerseits die Fehler und Rückschläge der Ära Maos zu erklären und andererseits die Legitimität der Reformagenda zu untermauern. Die 1981 unter Deng Xiaoping verabschiedete *Resolution über einige Fragen in unserer Parteigeschichte seit Gründung der Volksrepublik China* (关于建国以来党的若干历史问题的决议)⁴ war Ausdruck des Wandels. Die Resolution bekräftigte das Reformprojekt und thematisierte „Fehler in Theorie und Praxis“ der Kulturrevolution, ohne dabei Maos revolutionäre Rolle zu untergraben. Man beharrte darauf, dass Maos „Beiträge zur chinesischen Revolution seine Fehler bei weitem überwiegen.“⁵

Ähnlich verhält es sich mit dem dritten Leitdokument der KPCh zur Geschichte, nämlich der *Resolution des Zentralkomitees der KP Chinas über die großen Erfolge und historischen Erfahrungen des hundertjährigen Kampfes der Partei* (中共中央关于党的百年奋斗重大成就和历史经验的决议) vom November 2021, welche eine neue Richtung für die KPCh vorgab und ihren Herrschaftsanspruch unter der Führung Xi Jinpings bekräftigte. Dieser Beschluss, der Xi zum Vorkämpfer und charismatischen Führer einer „Neuen Ära des Sozialismus mit chinesischen Prägung“ (中国特色社会主义新时代) werden ließ, zementierte seine Macht und sein Erbe. Xis „Neue Ära“, die einen Zeitraum von weniger als einem Zehntel der 100-jährigen Geschichte der KPCh umfasst, machte mehr als die Hälfte des Beschlusstextes aus.

Unter Xi Jinping hat die KPCh ihren Fokus auf die revolutionäre Geschichte der Partei geschärft und nutzt sie als Legitimationsquelle. In den offiziellen Medien spricht sie von „roten Genen“ (红色基因) und stellt den „revolutionären Geist“ und die Geschichte der Partei als politisches und kulturelles Erbe des chinesischen Volkes dar.⁶ Sie hat sogar versucht, ihr revolutionäres Erbe mit Kampagnen gegen „historischen Nihilismus“⁷ und mit Gesetzen gegen die Diffamierung von Helden zu schützen.⁸ Dies richtet sich gegen jedwede Bestrebungen, die offizielle Geschichtsschreibung der Partei in Frage zu stellen.

Außerdem wurde die „herausragende traditionelle Kultur“ Chinas wieder in den Mittelpunkt gerückt, was sich insbesondere in Xis Konzept des „chinesischen Traums“ von einer „großen Renaissance des chinesischen Volkes“ aus dem Jahr 2012 widerspiegelt. In dieser Vorstellung wird postuliert, dass China nach über einem Jahrhundert der Demütigung durch den Westen ins Zentrum der Weltbühne zurückkehrt – eine Stellung, die die chinesische Zivilisation laut der

KPCh-Geschichtsschreibung während eines Großteils ihrer eigenen Geschichte innehatte.⁹

ENDNOTEN

- 1 G. Santayana, *The Life of Reason*, 1905, abrufbar unter Project Gutenberg, <https://www.gutenberg.org/files/15000/15000-h/15000-h.htm>.
- 2 R. Nureev, „The Short Course of the History of the All-Union Communist Party: The Distorted Mirror of Party Propaganda“, in P. Gregory und N. Naimark (Hrsg.), *The Lost Politburo Transcripts: From Collective Rule to Stalin's Dictatorship* (Yale University Press, 2008), <https://yale.universitypressscholarship.com/view/10.12987/yale/9780300134247.001.0001/upso-9780300134247-chapter-9>.
- 3 L. Pang, „Mao's Dialectical Materialism: Possibilities for the Future“, in *Rethinking Marxism: A Journal of Economics, Culture & Society*, Bd. 28, Nr. 1 (2016), S. 108-123.
- 4 „Resolution über einige Fragen in unserer Parteigeschichte seit Gründung der Volksrepublik China“, 27. Juni 1981, in deutscher Übersetzung verfügbar unter <https://www.china-schul-akademie.de/materialien/m-quellen-resolution-1981/>.
- 5 C. Wang, „Xi Jinping's 'Historical Resolution': What Is It and Why Is It Important?“, *South China Morning Post*, 7. November 2021, <https://www.scmp.com/news/china/politics/article/3154996/xi-jinpings-historical-resolution-what-it-and-why-it-important>.
- 6 D. Bandurski, „Red Genes“, *China Media Project (CMP Dictionary)*, 18. Mai 2021, https://china-mediaproject.org/the_ccp_dictionary/red-genes/.
- 7 M. Jun, „China Deletes 2 Million Online Posts for 'Historical Nihilism' as Communist Party Centenary Nears“, *South China Morning Post* (11. Mai 2021), <https://www.scmp.com/news/china/politics/article/3132957/china-deletes-2-million-online-posts-historical-nihilism>.
- 8 J. Ruwitch, „China Makes First Use of Law Banning Defamation of National Heroes“, *Reuters*, 22. Mai 2018, <https://www.reuters.com/article/us-china-martyr-lawsuit-idUSKCN1IN0J0>.
- 9 „Xi and the Power of Chinese Culture“, *Xinhua News Agency*, 3. Januar 2022, <https://english.news.cn/20220103/378a85e8e3664f808a735049d2d08cbc/c.html>.



GLEICHSTELLUNG DER GESCHLECHTER 【性别平等】

MALIN OUD

KURZGEFASST

Gleichstellung der Geschlechter bedeutet gleiche Rechte und Chancen für Menschen aller Geschlechter. Sie soll gewährleisten, dass alle denselben Zugang zu Ressourcen und Entscheidungsprozessen haben. Dieses Prinzip ist in der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* (UDHR) verankert, die festhält: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren.“ Das *Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau* (CEDAW) präzisiert zudem, dass Diskriminierung von Frauen jede Ungleichbehandlung oder jeden Ausschluss aufgrund des Geschlechts umfasst, der die Anerkennung, Ausübung oder den Genuss ihrer Menschenrechte und Grundfreiheiten behindert. Hiermit wird die Gleichstellung mit Männern in allen Lebensbereichen verankert.

Mao Zedongs oft zitierte Aussage, dass „Frauen die Hälfte des Himmels tragen“ (妇女能顶半边天), ist in China zu einem Symbol für Gleichstellung der Geschlechter geworden und wird bis heute in Diskussionen über Frauenrechte aufgegriffen. Doch obwohl die kommunistische Revolution patriarchale Normen überwinden wollte, indem sie die Beiträge von Frauen in der Arbeitswelt und dem Aufbau der Nation hervorhob, haben sich traditionelle Geschlechterrollen in der Geschichte der Volksrepublik weitgehend erhalten. Noch heute tragen Frauen eine doppelte Last. Neben einer Vollzeitbeschäftigung wird von ihnen erwartet, dass sie ihren häuslichen Pflichten nachkommen: Kinder gebären, sich um die Ehemänner kümmern und im Alter die Eltern und Schwiegereltern versorgen.

ANALYSE

Die Kommunistische Partei versteht sich als Erbin der progressiven Bewegungen des frühen 20. Jahrhunderts, in denen Frauenrechte ein zentrales Ziel waren. Eines der ersten Gesetze der VR China war das Ehegesetz von 1950, das Kinderehen und arrangierte Hochzeiten

beendete. Die erste Verfassung der Volksrepublik, die 1954 verabschiedet wurde, erklärte: „Frauen genießen in politischen, wirtschaftlichen, kulturellen, erzieherischen und gesellschaftlichen Belangen die gleichen Rechte wie Männer.“ Die UN-Weltfrauenkonferenz von 1995 in Peking markierte einen Meilenstein für die weltweite Frauenrechtsbewegung und gab zugleich entscheidende Impulse für die Frauenbewegung in China. Dieses Ereignis rückte die Gleichstellung der Geschlechter erneut in den Fokus, förderte die Zusammenarbeit chinesischer Frauenorganisationen mit internationalen Partnern und veranlasste die Regierung, Maßnahmen gegen Diskriminierung und Gewalt an Frauen zu ergreifen.

Trotz dieser Fortschritte bleibt die Geschlechterungleichheit in China aufgrund patriarchaler Strukturen in Gesellschaft und Partei fest verankert. Berichte verweisen auf eine wachsende Einkommenslücke. Unterschiede bei Elternzeitregelungen und Renteneintrittsaltern (60 Jahre für Männer, 50-55 Jahre für Frauen) verstärken traditionelle Geschlechterrollen und beeinträchtigen die finanzielle Unabhängigkeit von Frauen. Landrechte von Frauen in ländlichen Gebieten sind nach wie vor unzureichend geschützt. In der Parteiführung ist bislang keine Frau Mitglied des obersten siebenköpfigen Ständigen Ausschusses des Politbüros oder des 24-köpfigen Politbüros.

Angesichts der demografischen Herausforderungen Chinas, allen voran einer alternden Bevölkerung, drängt die Regierung Frauen zunehmend dazu, in traditionelle Rollen zurückzukehren und mehr Kinder zu bekommen. In seiner Rede vor dem Allchinesischen Frauenverband 2023 rief Xi dazu auf, „Politiken zur Unterstützung der Geburtenrate zu verbessern und umzusetzen, die Gesamtqualität der Bevölkerung zu erhöhen und aktiv auf die Alterung der Gesellschaft zu reagieren“. Zwar wurde die Ein-Kind-Politik abgeschafft, doch beansprucht die KPCh weiterhin das Recht, über die Fortpflanzung von Frauen zu verfügen.

Gewalt gegen Frauen ist nach wie vor weit verbreitet. Das 2001 novellierte Eherecht erkannte zwar „häusliche Gewalt“ (家庭暴力) als Scheidungsgrund an, doch Vergewaltigung in der Ehe bleibt ausgeklammert, und viele Fälle werden von den Strafverfolgungsbehörden ignoriert. Jüngste prominente Fälle geschlechtsspezifischer Gewalt und Menschenhandels verdeutlichen die anhaltenden strukturellen Defizite.¹ Zugleich verengt die Partei den Diskurs auf „Gleichheit von Mann und Frau“ (男女平等), anstatt den umfassenderen und inklusiveren Begriff „Gleichstellung der Geschlechter“ (性别平等) zu verwenden – ein Ausdruck ihrer Rückbesinnung auf traditionelle Geschlechterrollen.

Frauenrechtsaktivistinnen sehen sich Einschüchterungen und Repressionen ausgesetzt. 2015, kurz vor dem Internationalen Frauentag, wurden die Gruppe der „Feminist Five“ wegen des Vorwurfs, „Streit zu suchen und Ärger zu provozieren“ (寻衅滋事), festgenommen, weil sie eine Protestaktion gegen sexuelle Belästigung geplant hatten. Dennoch finden chinesische Feministinnen immer wieder innovative Wege, um für Frauenrechte einzutreten.² Auf internationaler Ebene ist es chinesischen Frauen-NGOs trotz staatlicher Einschränkungen gelungen, Räume zu schaffen, in denen sie Einfluss auf den Dialog zu Geschlechterfragen nehmen können.³ Auch die Entscheidung von Frauen, nicht zu heiraten oder keine Kinder zu bekommen, lässt sich als Ausdruck ihrer Macht verstehen, dem patriarchalen Staat die Gefolgschaft zu verweigern.

ENDNOTEN

- 1 P. Wang, „Violence Against Women: Gender Relations, Rule of Law and Social Morality“, *The China Story*, 19. September 2022, <https://www.thechinastory.org/violence-against-women-gender-relations-rule-of-law-and-social-morality/>.
- 2 L. Hong Fincher, *Betraying Big Brother: The Feminist Awakening in China*, (London; New York: Verso, 2018).
- 3 Y. Cai, „Between Co-optation and Emancipation: Chinese Women’s NGOs and Power Shifts at the United Nations“, *Global Policy*, 15 (Suppl. 2), S. 148–158. Available from: <https://doi.org/10.1111/1758-5899.13369>.



GLOBALISIERUNG

【全球化】

MALIN OUD

KURZGEFASST

Globalisierung bezeichnet den Prozess zunehmender Integration und wechselseitiger Abhängigkeit zwischen Nationen, getragen vom grenzüberschreitenden Austausch von Waren, Dienstleistungen, Informationen und Kapital. Erste Formen der Globalisierung entstanden bereits im 15. und 16. Jahrhundert, als europäische Mächte ihre Handelsnetze ausbauten und Kolonien gründeten. Der Begriff „Globalisierung“ selbst gewann erst im späten 20. Jahrhundert an Verbreitung – mit dem Ende des Kalten Krieges, dem Übergang zu markt-orientierten Volkswirtschaften, den Fortschritten in Technologie und Transport sowie dem Aufstieg des Internets.

Von dem Zusammenbruch der Sowjetunion bis zur Finanzkrise von 2008 dominierte im Westen die Erzählung, wirtschaftliche Globalisierung und Freihandel seien Garanten für Frieden und Wohlstand.¹ Seit den späten 1990er-Jahren wird diese Vorstellung jedoch zunehmend in Frage gestellt. Kritiker:innen bezweifeln die Attraktivität einer neo-liberalen internationalen Wirtschaftsordnung und verweisen auf Risiken für wirtschaftliche Sicherheit, nationale Souveränität und soziale Gerechtigkeit.

Vor dem Hintergrund zunehmender Globalisierungsskepsis im Westen positioniert sich China als einer ihrer entschiedensten Verteidiger. In seiner Rede auf dem Weltwirtschaftsforum 2017 in Davos erwähnte Xi Jinping den Begriff „Globalisierung“ 24 Mal und erntete dafür großen Beifall. Doch hinter diesem scheinbar neutralen Begriff verbirgt eine weniger idealistische Agenda: Bei der Globalisierung mit chinesischen Merkmalen geht es in erster Linie darum, sich gegen westlichen Einfluss zu schützen und andere Länder stärker an China zu binden.

ANALYSE

Die Haltung der chinesischen Führung zur Weltwirtschaft war stets von einem klaren Anspruch auf Autarkie (自力更生) und Unabhängigkeit geprägt. Zwar erkennt sie die wirtschaftliche Globalisierung als

unausweichlichen Trend und historische Chance für China an, warnte jedoch von Beginn an vor möglichen Risiken und Verlusten, wenn dieser Prozess nicht wirksam gesteuert werde. Gleichwohl entschied sich China, „mutig an der wirtschaftlichen Globalisierung teilzunehmen“² – allerdings stets unter Betonung nationaler Sicherheit und Eigenständigkeit.

China preist zwar die Vorteile wirtschaftlicher Integration, behält aber im Inland umfassende Beschränkungen und strikte Kontrollen über Märkte und Informationsflüsse bei. Seit dem Beitritt zur Welthandelsorganisation (WTO) im Jahr 2001 hat China seinen Status als Entwicklungsland genutzt, um den Integrationsprozess in die Weltwirtschaft zu steuern und zugleich von Vorteilen für Entwicklungsländer zu profitieren – etwa durch Übergangsregelungen für Subventionen oder Schutzmaßnahmen für Sektoren, welche dem internationalen Wettbewerb besonders ausgesetzt sind.

In den 1990er- und frühen 2000er-Jahren, als China vor allem einfache Industriegüter exportierte, gaben enge Handelsbeziehungen kaum Anlass zu sicherheitspolitischen Bedenken. Mit dem Aufstieg chinesischer Unternehmen in Spitzentechnologien und der Dominanz bei kritischen Rohstoffen wie Seltenen Erden wuchs die Skepsis gegenüber der wirtschaftlichen Verflechtung mit China.³

Ein wesentlicher Treiber der Globalisierung ist der Handel mit Halbleitern und den darauf aufbauenden Elektronikprodukten, der eine eng verflochtene weltweite Lieferkette für Mikrochips hervorgebracht hat. Diese Abhängigkeit hat Angriffsflächen geschaffen, die sowohl China als auch die USA auszunutzen suchen – und die Halbleitertechnologie zu einem Kernschauplatz ihrer Rivalität gemacht. Damit ist eine Dynamik entstanden, in der für viele führende Unternehmen der wichtigste Kunde zugleich der größte Konkurrent ist. Dieses Spannungsfeld erklärt auch, warum der Vorstandsvorsitzende des schwedischen Telekommunikationskonzerns Ericsson eine Lobbykampagne zugunsten seines Hauptkonkurrenten Huawei startete. Er protestierte gegen den Ausschluss von Huawei-Geräten aus den schwedischen 5G-Netzen aus Gründen der nationalen Sicherheit – nachdem Peking Ericsson im Gegenzug offen mit Gegenmaßnahmen in China gedroht hatte.⁴

Der gegenwärtige globale Trend, wirtschaftliche Beziehungen durch die sicherheitspolitische Brille zu betrachten, markiert einen grundlegenden Wandel in der Wahrnehmung von Globalisierung – in China ebenso wie in anderen Staaten. Druck zur Entkopplung geht sowohl vom Westen als auch von China aus, da auf beiden Seiten die Sorge wächst, dass wechselseitige Abhängigkeit strategisch instrumentalisiert werden können. Als Reaktion auf die wachsende Abhängigkeit von ausländischen Halbleitern hat China die Strategie der „dualen

Zirkulation“ (国内国际双循环), mit einem binnenwirtschaftlichen Kreislauf und einem internationalen Handelskreislauf, sowie industriepolitische Programme wie „Made in China 2025“ lanciert. Sie sollen Chinas Schwachstellen reduzieren – durch höheren Binnenkonsum, Aufkäufe ausländischer Firmen, Technologietransfer, gezielte Unterstützung einheimischer Chipunternehmen und massive Investitionen in Forschung und Entwicklung. Mit diesem „De-Risking“ begann China tatsächlich lange bevor der Begriff in Brüssel überhaupt aufkam.⁵

Vor dem Hintergrund des Rückzugs der Trump-Administration aus der WTO und weiteren multilateralen Institutionen forderte Xi andere Staats- und Regierungschefs auf, US-amerikanischem Unilateralismus, Protektionismus und Entkopplungsstrategien entgegenzutreten. Damit positioniert er China als verantwortungsbewusste Großmacht – und als Befürworterin einer inklusiven wirtschaftlichen Globalisierung (包容性经济全球化), die weniger entwickelte Länder durch niedrige Zölle und Investitionen begünstigen soll.⁶

ENDNOTEN

- 1 A. Roberts and N. Lamp, *Six Faces of Globalization: Who Wins, Who Loses, and Why It Matters* (Harvard University Press, 2021).
- 2 Hu Jintao, „Speech at the Meeting Marking the 30th Anniversary of Reform and Opening Up. By Hu Jintao, General Secretary of the CPC Central Committee December 18, 2008“, *Beijing Review*, 27. April 2009, http://www.bjreview.com.cn/Key_Document_Translation/2009-04/27/content_194200.htm.
- 3 A. Roberts and N. Lamp p.211.
- 4 C. Miller, *Chip War: The Fight for the World's Most Critical Technology* (Simon & Schuster, 2022).
- 5 S. Woo, „The Ban on Huawei Helped Revive Ericsson, but Landed CEO in a Tough Spot“, *Mint*, 1. April 2021, <https://www.livemint.com/industry/telecom/the-ban-on-huawei-helped-revive-ericsson-but-landed-ceo-in-a-tough-spot-11617266810655.html>.
- 6 Staatsrat der VR China, „Xi Calls for Jointly Promoting a Universally Beneficial, Inclusive Economic Globalisation“, 16. November 2024, https://english.www.gov.cn/news/202411/16/content_WS6737c832c6d0868f4e8ed084.html.



GUTE REGIERUNGSFÜHRUNG 【良政善治】

KATJA DRINHAUSEN

KURZGEFASST

Der Begriff „Gute Regierungsführung“ (善治) wurde erstmals 2014 in einem hochrangigen Parteidokument erwähnt.¹ Heute ist er fest im politischen Sprachgebrauch verankert. Im Diskurs von Partei und Staat liegt der Schwerpunkt auf der effizienten Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen, der Bekämpfung von Korruption und Machtmissbrauch innerhalb der KPCh und der Etablierung einer rechtsbasierten Regierungsführung, d. h. der Verankerung von Strategien und Maßnahmen in Gesetzen und Vorschriften. Dabei geht es in erster Linie um die Steigerung des Wohlstands und den Schutz kollektiver Rechte – allem voran der öffentlichen Ordnung und Sicherheit – und weniger um die institutionalisierte politische Beteiligung unabhängiger nichtstaatlicher Akteure und Bürger:innen.

Gesetze und Vorschriften, die die individuellen Freiheiten stark einschränken sowie verstärkte digitale Überwachung, werden seitens der chinesischen Regierung regelmäßig als gute Regierungsführung bezeichnet. Dies unterscheidet sich deutlich von den weiter gefassten Definitionen guter Regierungsführung der UN und der EU, die Faktoren wie Effizienz, Rechenschaftspflicht, Transparenz, Inklusivität, Rechtsstaatlichkeit, Bürgerbeteiligung und den Schutz sozialer Minderheiten beinhalten.² Die Regelwerke der UN und der EU sehen ausdrücklich eine enge Zusammenarbeit mit nichtstaatlichen Akteur:innen vor und räumen dem Schutz der Menschenrechte – einschließlich der bürgerlichen und politischen Rechte – einen hohen Stellenwert ein.

ANALYSE

Die Verwendung des Begriffs „Gute Regierungsführung“ im offiziellen chinesischen Diskurs begann in den frühen 2000er Jahren im Zuge der weltweiten Diskussionen über „good governance“. Während der Begriff im Rahmen der Vereinten Nationen auf den Schutz der

Bürgerrechte, die Beteiligung der Öffentlichkeit und die Einbeziehung nichtstaatlicher Akteure in alle öffentlichen Angelegenheiten ausgedehnt wurde, kritisieren parteinahe Wissenschaftler:innen und staatliche Vertreter in China diesen „allumfassenden“ Ansatz und plädieren dafür, an der ursprünglichen verwaltungswissenschaftlichen Definition des Begriffs festzuhalten.³

Es geht also in erster Linie um effiziente Regierungsführung, Eindämmung von Korruption und Machtmissbrauch und Stärkung des Rechts- und Regulierungsrahmens, und weniger darum, Bürger:innen und nichtstaatlichen Akteur:innen institutionalisierte Mitspracherechte einzuräumen. Das Hauptaugenmerk liegt eher auf dem materiellen Nutzen für die einzelnen Bürger:innen und darauf, dass sie Fortschritt und individuelle Verbesserungen (获得感) als etwas wahrnehmen, was der Staat ihnen gewährt.⁴ Vor allem im Kontext der Covid-19-Pandemie wurde das chinesische Regierungssystem als tragfähige und letztlich überlegene Alternative propagiert, also als ein System, das öffentliche Güter wie Sicherheit und Gesundheit gewährleistet und nicht durch die Fokussierung auf individuelle Rechte und Interessen eingeschränkt wird.

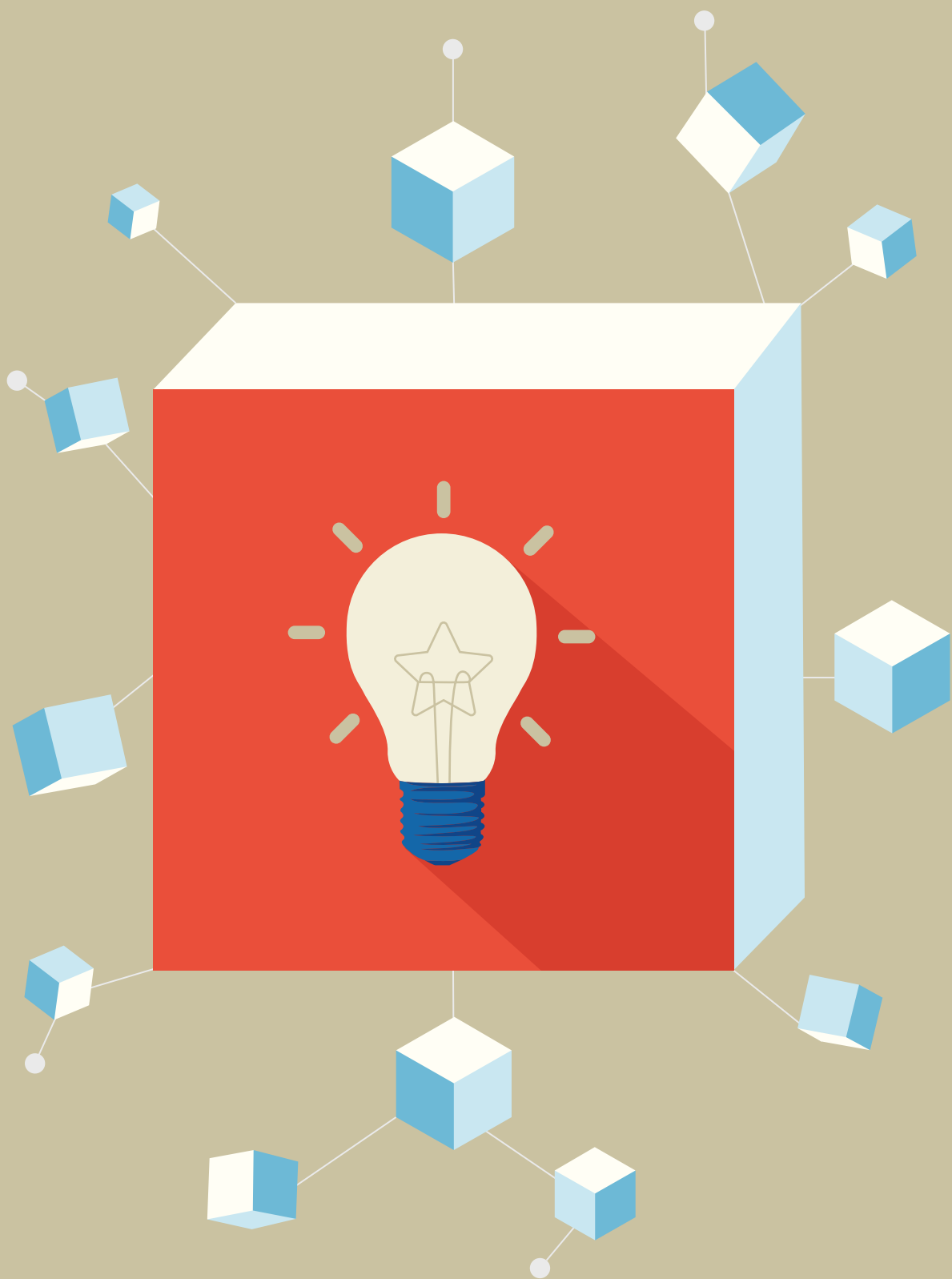
Dass die Output-Legitimation im Vordergrund steht, spiegelt sich auch in den Begrifflichkeiten wider (良政善治). Das am häufigsten verwendete Wort *shanzhi* (善治) könnte besser mit „wohltuendes“ Regieren übersetzt werden. Der Begriff stammt aus der traditionellen politischen Philosophie und wird von der politischen Führung in Kontinuität zu den chinesischen Denkschulen verstanden.⁵ Der Begriff *lianzheng* (廉政), der oft synonym oder in Verbindung mit *shanzhi* verwendet wird, konnotiert speziell eine unbestechliche oder „saubere“ Staatsführung.

Diese enge Auslegung steht im Einklang mit dem politisch-ideologischen Diskurs der KPCh, der die 2018 in der chinesischen Verfassung verankerte Vorherrschaft der Partei betont. Im Vordergrund stehen die Aufgabe und der Anspruch der KPCh, das Land gut zu regieren. Als zentrale Erfolgsindikatoren gelten öffentliche Ordnung, soziale Stabilität – d. h. das Ausbleiben von Protesten – und wirtschaftliches Wachstum. Der hohe Stellenwert der öffentlichen Ordnung und Sicherheit als zentrale Gemeingüter zeigt, dass selbst Gesetze, die die bürgerlichen Freiheiten stark einschränken, als wichtige Säulen einer guten Regierungsführung angesehen werden. So wurden beispielsweise die Einführung des Nationalen Sicherheitsgesetzes in Hongkong und die Zwangsmaßnahmen zur Umerziehung in Xinjiang als wichtige Schritte auf dem Weg zur guten Regierungsführung begrüßt, obwohl sie im Widerspruch zu internationalen Menschenrechtsnormen stehen.⁶

Das Konzept der Guten Regierungsführung ist auch eng mit neuen Initiativen zur verstärkten Nutzung digitaler Technologien verknüpft. Xi Jinping wirbt für das neue Konzept der „smart governance“⁷. Dies beinhaltet eine engmaschige, digital gestützte Überwachung und rigide Steuerung sowohl der eigenen Parteiränge, als auch von öffentlichen Einrichtungen, Unternehmen und Bürger:innen. Der Schwerpunkt der Bestrebungen zur „Modernisierung der Regierungsführung“ liegt auf einer technokratischen, datengestützten Kontrolle unter zentraler Führung und Aufsicht der KPCh. Die Aufsichtsfunktion soll nicht mit zivilgesellschaftlichen Akteur:innen oder den Medien geteilt werden. Dieses Modell wird als bessere und effektivere Alternative zum Politikansatz des Westens dargestellt, bei dem Rechtsstaatlichkeit und die Kontrolle der Staatsgewalt durch Gewaltenteilung und Pressefreiheit im Mittelpunkt stehen.⁸

ENDNOTEN

- 1 Compilation and Translation Bureau of the Central Committee of the Communist Party of China, „Communiqué of the 4th Plenary Session of the 18th Central Committee of CPC“, China.org.cn, 23. Oktober 2014, http://www.china.org.cn/china/fourth_plenary_session/2014-12/02/content_34208801.htm.
- 2 Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR), „About Good Governance“, <https://www.ohchr.org/EN/Issues/Development/GoodGovernance/Pages/AboutGoodGovernance.aspx> und Europäisches Parlament, Generaldirektion Externe Politikbereiche, „Good Governance in EU External Relations: What Role for Development Policy in a Changing International Context“, *Europäische Parlament*, 2016, [www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2016/578012/EXPO_STU\(2016\)578012_EN.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2016/578012/EXPO_STU(2016)578012_EN.pdf).
- 3 Yu Keping, „Governance and Good Governance: A New Framework for Political Analysis“, *Fudan Journal of the Humanities and Social Sciences Volume*, 12. Oktober 2017, <https://doi.org/10.1007/s40647-017-0197-4>.
- 4 Wang Puqu und Li Chengyuan, „新时代国家治理的良政基准与善治标尺——人民获得感的意蕴和量度“ [Standard und Maßstab der guten Regierungsführung in der Staatsführung der neuen Ära: Bedeutung und Bewertung des Nutzens für die Bevölkerung], *Forschungszentrum für chinesische Politik der Peking Universität*, 23. Januar 2019, <https://www.rccp.pku.edu.cn/mzyt/90515.htm>.
- 5 Li Ping, „中国传统文化与“善治”理论创化“ [Chinas traditionelle Kultur und die Entwicklung einer Theorie der „Guten Regierungsführung“], *Qishi*, 30. März 2019, http://www.qstheory.cn/zhu-anqu/bkxj/2019-03/30/c_1124304757.htm.
- 6 Xinhua, „National Security Law to Boost Good Governance in Hong Kong: Experts“, *Xinhua News Agency*, 9. Juli 2020, http://www.xinhuanet.com/english/2020-07/09/c_139200480.htm.
- 7 Fu Changbo, „全面推进智慧治理 开创善治新时代“ [Den umfassenden Ausbau intelligenter Governance vorantreiben und eine neue Ära guter Regierungsführung eröffnen], *CPC News*, 27. April 2021, <http://theory.people.com.cn/n1/2018/0427/c40531-29953671.html>.
- 8 Zhang Weiwei, „西方之乱与中国之治的制度原因“ [Institutionelle Ursachen der Unordnung im Westen und der stabilen Regierungsordnung Chinas], *Qishi*, 2. August 2017, http://www.qstheory.cn/dukan/qs/2017-08/02/c_1121422337.htm.



INNOVATION

【创新】

KATJA DRINHAUSEN

KURZGEFASST

Innovation bezeichnet die Entwicklung und Einführung neuer Ideen, Ansätze oder Produkte. Die UN sieht wissenschaftliche und technologische Innovation als Schlüssel für Wachstum und nachhaltige Entwicklung, da sie potentiell Lösungen für globale Probleme wie Ungleichheit, Ernährungssicherheit und Klimawandel bietet.¹ Die UN betont zudem den positiven Beitrag „sozialer Innovation“, durch Verbesserungen in Regierung und Verwaltung und die Stärkung der Zivilgesellschaft. Im Vergleich dazu rücken nationale Innovationsagenden oft wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und militärische Stärke in den Vordergrund.

Innovation steht im Zentrum der Vision der KPCh für die wirtschaftliche Modernisierung und politische Steuerung des Landes. Politische Programme und Investitionen der vergangenen Dekaden und der Wettbewerb in der Privatwirtschaft haben China zu einem globalen Innovationsführer, Technologieexporteur und Standardgeber gemacht. Der Staat investiert große Summen in praxisnahe Innovationen in neuen Technologien und strategischen Sektoren – auch für militärische Zwecke und die innere Sicherheit. Da China bestrebt ist, Abhängigkeiten zu verringern und seine Position als Wissenschafts- und Technologiemacht auszubauen, gewinnt einheimische Innovation (自主创新) zunehmend an Bedeutung.²

ANALYSE

Unter Xi Jinping ist Innovation zu einem der wichtigsten Begriffe im Vokabular der KPCh geworden. Sie gilt als entscheidend für Chinas Modernisierung und den angestrebten Übergang zu einem neuen Entwicklungsmodell, das auf Digitalisierung, Automatisierung und Spitzentechnologien beruht. Parteidokumente und Staatsmedien betonen regelmäßig die Notwendigkeit, die nächste industrielle Revolution anzuführen. Die Dringlichkeit dieser Mission wird durch den harten technologischen Wettbewerb mit den USA und die zunehmenden Beschränkungen für Hightech-Exporte nach China – insbesondere für fortschrittliche Chips und Fertigungsanlagen – befeuert.

Das Konzept der Innovation ist bereits seit den 1940er Jahren Teil des Diskurses der KPCh und war historisch eng mit dem Streben nach Selbstständigkeit und Erneuerung verbunden. In den 1950er und -60er Jahren stand es für Fortschritt in Wissenschaft und Produktion. In der frühen Reformära in den 1980er und 1990er Jahren zielte Chinas Industriepolitik darauf ab, zu den entwickelten Volkswirtschaften aufzuschließen. Während zunächst die Verbesserung der Effizienz in der Fertigung im Vordergrund stand, verlagerte sich später der Schwerpunkt auf die Erreichung technischer Fortschritte in der Elektronikbranche und Informationstechnologie. Um Chinas eigene Innovationsfähigkeit aufzubauen, machten Chinas Wirtschaftspolitik und regulatorisches Umfeld in den 1990er und 2000er Jahren Technologietransfer zur Bedingung für ausländische Investitionen. Chinesische Forschungszentren und Unternehmen wurden aufgefordert, ausländische Technologien „zu transferieren, zu verarbeiten, sich anzueignen und daraus eigenständige Innovationen hervorzubringen“.³

Xi Jinping hat sich zum Ziel gesetzt, die chinesischen Industrien an die Spitze der globalen Wertschöpfungskette zu katapultieren. Der Plan „Made in China 2025“ von 2015 zielte darauf ab, die Volksrepublik in Bereichen der industriellen Fertigung zum globalen Vorreiter zu machen. Seit 2020 stehen technologische Durchbrüche ganz oben auf der politischen Agenda. Die Regierung stellt nationale Forschungsfonds, staatliche Fördermittel und andere Anreize bereit, um Forschung und Entwicklung in neuen Technologien und strategischen Sektoren wie grüner Technologie, Biotechnologie, Quantencomputing, Künstlicher Intelligenz und neuen Telekommunikationsstandards voranzutreiben. Die Politik der zivil-militärischen Fusion und der Einsatz von Technologie in öffentlicher Sicherheit und Überwachung sind ebenfalls zentrale Treiber technologischer Innovation.

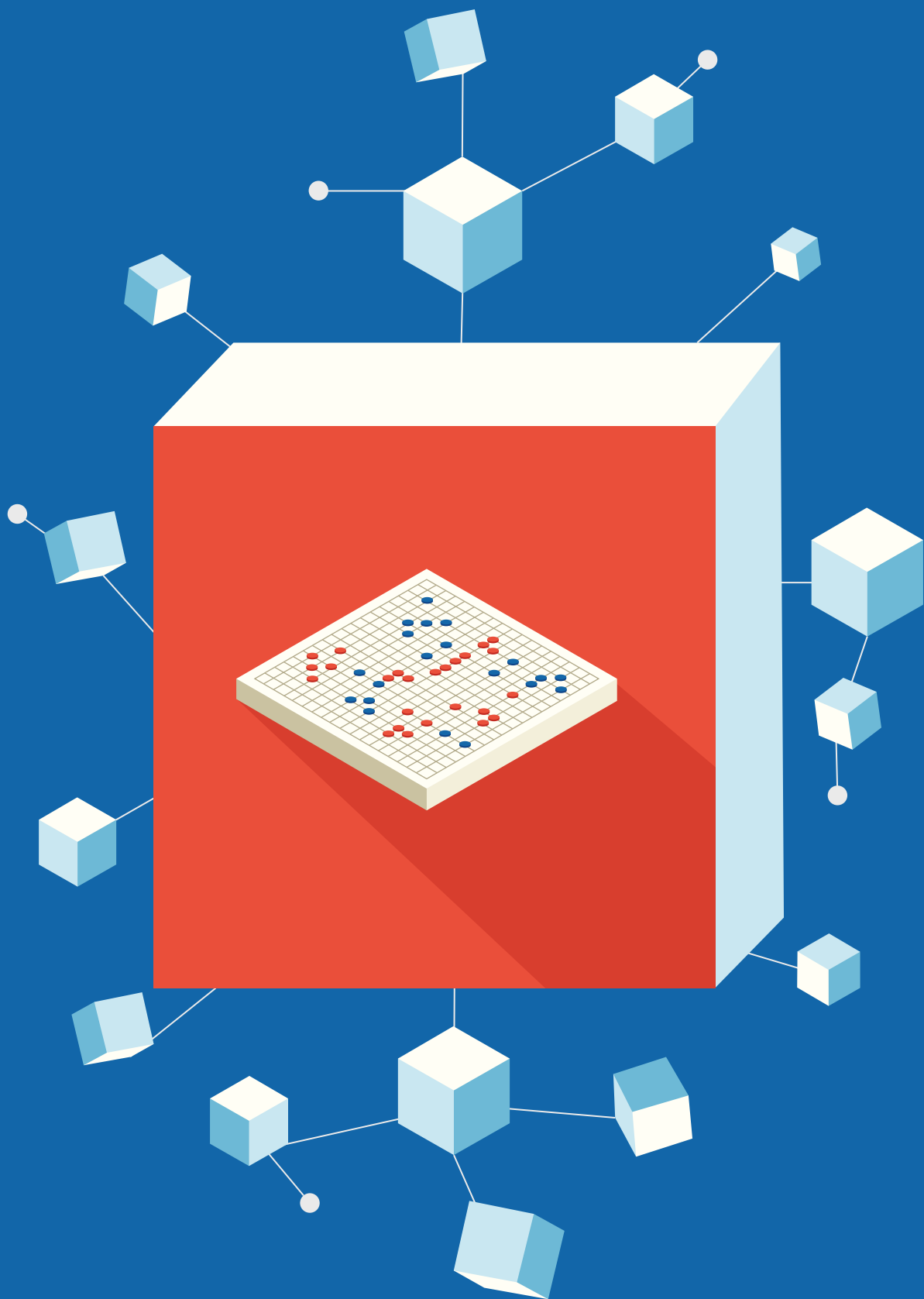
China hat die Annahme widerlegt, dass ein liberales politisches Umfeld Voraussetzung für Innovation sei. 2024 belegte das Land im Global Innovation Index Platz 11 von 133 Volkswirtschaften und führt weltweit bei der Zahl neuer Patentanmeldungen.⁴ Eine Vielzahl chinesischer Privatunternehmen treibt Innovationen voran – oft in einem harten Wettbewerb. Von Huawei über TikTok bis hin zu Temu und DeepSeek haben sich chinesische Technologieunternehmen zu international bekannten Marktführern entwickelt. Durch strenge Regulierungsmaßnahmen Anfang der 2020er Jahre wurde sichergestellt, dass die Aktivitäten der Privatwirtschaft weitgehend mit den nationalen strategischen Zielen übereinstimmen. Innovation wird auch im 15. Fünfjahresplan (2026–2030) eine zentrale Rolle spielen – mit Schwerpunkt auf Grundlagenforschung und Talentförderung, um einheimische Innovation zu stärken.

Universitäten, Unternehmen und Investoren weltweit sind mittlerweile daran interessiert, an Chinas technologischen Fortschritten teilzuhaben. Die Regierung ist bereit, Chinas Errungenschaften zu teilen, verteidigt aber gleichzeitig den technologischen Vorsprung. Die Volksrepublik stellt ihre Technologieexporte als globales öffentliches Gut dar. Sie bewirbt die Seidenstraßeninitiative (BRI) als „Straße der Innovation“, flankiert von einer Vielzahl bilateraler Projekte.⁵ Zudem engagiert sich China in verschiedenen UN-Initiativen, oft mit Schwerpunkt auf der grünen Transformation, wie etwa im SDG Innovation Lab in Suzhou.⁶ Die Führungsrolle im Bereich Innovation verschafft China enormen Einfluss im umkämpften Feld der internationalen Normsetzung für Telekommunikation, Internet und KI-Governance.

Nicht zuletzt spielt Innovation auch im Parteidiskurs über Regierungsführung eine wichtige Rolle. Von Mao bis Xi wird den politischen Führern zugeschrieben, die marxistische Ideologie und politische Praxis an Chinas Bedingungen und den Wandel der Zeit angepasst zu haben. Xi hat der Partei den Auftrag erteilt, „neue Formen gesellschaftlicher Steuerung“ zu entwickeln, um Stabilität und Wohlstand zu gewährleisten. Dieses Konzept der sozialen Innovation beinhaltet sowohl den Einsatz neuer digitaler Instrumente für die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen als auch deren Nutzung für politische Kontrolle. Die intendierte Nutzung für repressive Zwecke findet sich teils explizit in der offiziellen Forschungsagenda und lokalen Innovationsplänen.⁷

ENDNOTEN

- 1 Vereinte Nationen, „Goal 9: Build Resilient Infrastructure, Promote Sustainable Industrialization and Foster Innovation“, *Sustainable Development Goals*, <https://www.un.org/sustainabledevelopment/infrastructure-industrialization/>.
- 2 B. Waldie, „Lexicon: Indigenous Innovation (or Independent Innovation)“, *DigiChina*, Stanford University, 7. März 2022, <https://digichina.stanford.edu/work/lexicon-indigenous-innovation-or-independent-innovation-zizhu-chuangxin/>.
- 3 Handelsministerium und staatliche Steuerverwaltung der Volksrepublik China, „公告2006年第13号—公布《中国鼓励引进技术目录》“ [Bekanntmachung Nr. 13/2006 – „Katalog der Technologien, deren Import nach China empfohlen wird], 18. Dezember 2006, <https://policy.mofcom.gov.cn/claw/clawContent.shtml?id=12696>.
- 4 S. Dutta et al., „Global Innovation Index 2024: Unlocking the Promise of Social Entrepreneurship (17th Edition)“, *World Intellectual Property Organization*, 2024, https://www.wipo.int/web-publications/global-innovation-index-2024/assets/67729/2000%20Global%20Innovation%20Index%202024_WEB3lite.pdf.
- 5 Xi Jinping, „努力成为世界主要科学中心和创新高地“ [Chinas Bemühen, ein weltweit bedeutendes Wissenschafts- und Innovationszentrum zu werden], Nachrichtenagentur Xinhua, 15. März 2021, https://web.archive.org/web/20231129190658/http://www.xinhuanet.com/politics/2021-03/15/c_1127212833.htm.
- 6 United Nations Development Programme China, *Innovation*, 19. April 2024, <https://web.archive.org/web/20240419190440/https://www.undp.org/china/innovation>.
- 7 J. Batke, „In Xinjiang’s Tech Incubators, Innovation Is Inseparable from Repression“, *ChinaFile*, 2022, <https://www.chinafile.com/reporting-opinion/viewpoint/xinjiangs-tech-incubators-innovation-inseparable-repression>



INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN 【国际关系】

MARINA RUDYAK

KURZGEFASST

Im allgemeinen Sprachgebrauch bezeichnet „internationale Beziehungen“ das Studium und die Praxis politischer, wirtschaftlicher und sicherheitsrelevanter Interaktionen zwischen Staaten und anderen globalen Akteuren, darunter internationale Organisationen, Unternehmen und nichtstaatliche Gruppen. Die UN-Charta verankert grundlegende Prinzipien wie die souveräne Gleichheit der Staaten, das Gewaltverbot, die friedliche Streitbeilegung, die Nichteinmischung und die Achtung der Menschenrechte.

Im offiziellen chinesischen Diskurs steht „internationale Beziehungen“ (国际关系) nicht nur für das Studium oder die Praxis von Beziehungen, sondern für eine normative Vorstellung davon, wie diese gestaltet werden sollten. Ein „neuer Typ internationaler Beziehungen“ (新型国际关系), gekennzeichnet durch gegenseitigen Respekt, Fairness, Gerechtigkeit und Win-win-Kooperation, ist ein zentrales Konzept in den Xi-Jinping-Gedanken über Diplomatie.¹ China präsentiert sich als die Verteidigerin der UN-Charta und fordert eine „Demokratisierung der internationalen Beziehungen“ (国际关系民主化) – im Gegensatz zu dem, was es als westlichen Interventionismus darstellt, der unter dem Banner von Demokratie und Menschenrechten die Souveränität anderer Staaten untergräbt und sich in ihre innere Angelegenheiten einmischt.²

ANALYSE

Chinas „Grundnormen der internationalen Beziehungen“ (国际关系的基本准则) sind offiziell in den Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz verankert: gegenseitige Achtung der Souveränität und territorialen Integrität, Nichtangriff, Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, Gleichheit und gegenseitiger Nutzen sowie friedliche Koexistenz. Ursprünglich 1954 formuliert, wurden sie während der Mao-Ära als Grundlage moderner internationaler Beziehungen propagiert – und

als Gegenentwurf zu dem, was China als US-geführten „Hegemonismus“ und „Machtpolitik“ betrachtete.³

Von Anfang an dienten diese Prinzipien der Verteidigung von Chinas Kerninteressen: Die Unterstützung der Unabhängigkeit Taiwans oder Kritik an der Tibet-Politik wurden als Verstoß gegen die grundlegenden Normen der internationalen Beziehungen, insbesondere gegen das Nichteinmischungsprinzip, dargestellt. Der „neue Typ internationaler Beziehungen“ bezog sich anfangs auf das Verhältnis innerhalb des sozialistischen Lagers, vor allem zur UdSSR. Dieses war durch den leninistischen „proletarischen Internationalismus“ geprägt und wurde von China als Modellbeziehung propagiert - bis es die UdSSR nach dem sino-sowjetischen Bruch 1963 zum Verletzer internationaler Normen erklärte.

Ab den 1970er-Jahren übernahm China die Rhetorik der Blockfreienbewegung zur Demokratisierung der internationalen Beziehungen und verknüpfte deren Forderung nach mehr Handlungsmacht mit der eigenen Betonung staatlicher Souveränität und Ablehnung des „Großmacht-Hegemonismus“ von USA und UdSSR. Das Prinzip der „Achtung der Souveränität und territorialen Integrität“ wurde regelmäßig herangezogen, um US-Interventionen – etwa in Libyen und im Irak – zu verurteilen und humanitäre Interventionen insgesamt abzulehnen. In den 2000er Jahren erhob Hu Jintao die „gemeinsame Förderung der Demokratisierung der internationalen Beziehungen“ zu einem zentralen politischen Slogan, wobei seine staatszentrierte Auslegung Demokratie mit Gleichheit zwischen Staaten und nicht mit Demokratie innerhalb von Staaten gleichsetzte.

Diese historische Entwicklung legte den Grundstein dafür, wie die KPCh unter Xi Jinping internationale Beziehungen mit einem doppelten Gegennarrativ auflädt. Erstens erhebt sie einen normativen Anspruch: China präsentiert sich als Verteidigerin grundlegender Normen – wie der Fünf Prinzipien und der UN-Charta – gegen das, was es als selektive Anwendung, einseitige Sanktionen und Interventionismus des Westens bezeichnet.⁴ Zweitens verfolgt die Volksrepublik eine strategische Positionierung: Die Demokratisierung der internationalen Beziehungen impliziert eine Umverteilung von Macht zugunsten der Entwicklungsländer und aufstrebenden Mächte, ohne Übernahme liberaldemokratischer Normen.⁵ Diese Vision ist ausdrücklich staatszentriert und definiert „Interventionismus“ weit gefasst, sodass auch Kritik von außen als Verletzung der nationalen Souveränität dargestellt wird.

Obwohl *guoji guanxi* (国际关系) der gängige chinesische Begriff für internationale Beziehungen ist, trägt *guanxi* – die zweite Komponente – eine kulturspezifische Bedeutung, die über das neutrale Verständnis

von „Beziehungen“ hinausgeht. Aus dem Konfuzianismus stammend, bezeichnet *guanxi* eine Form von Sozialkapital, das auf persönlichen Bindungen beruht und durch den fortwährenden Austausch von Gefälligkeiten Netzwerke aus Verpflichtung, Vertrauen und gegenseitiger Anerkennung schafft. Auf die globale Ebene übertragen werden internationale Beziehungen grundlegend als menschliche Beziehungen verstanden, wobei *guanxi* – die Fähigkeit, diese zu pflegen – eine zentrale Machtressource darstellt.⁶ Entsprechend nehmen zeremonielle Bankette und Gipfeldiplomatie, die dazu dienen, Ansehen zu verschaffen, die Anerkennung des Status zu stärken und ein Netzwerk gegenseitiger Verpflichtungen zu mehrten, einen zentralen Platz in der chinesischen Außenpolitik ein.

Von der Forschung zu internationalen Beziehungen erwartet die chinesische Regierung, dass sie zur nationalen Renaissance beiträgt, indem sie Theorien mit „chinesischen Merkmalen“ entwickelt, die Chinas Werte, Perspektiven und historische Erfahrungen verkörpern. Sie sieht in der Disziplin ein Instrument, um Chinas Stimme in der globalen Governance zu stärken und eine multipolare, souveränitätszentrierte internationale Ordnung zu gestalten.⁷ Unter Xi Jinping richtet sich die Forschungsförderung verstärkt auf seine ideologischen Konzepte; zugleich wurden die Regionalstudien zu einer Disziplin von „herausragender Bedeutung“ (first-tier) in der nationalen Forschungsagenda erhoben, was eine engere Ausrichtung an staatlichen Prioritäten mit sich bringt.

ENDNOTEN

- 1 Wu Xiaodan, „推动建设相互尊重、公平正义、合作共赢的新型国际关系“ [Förderung des Aufbaus neuer internationaler Beziehungen, die von gegenseitigem Respekt, Fairness, Gerechtigkeit und Win-Win-Kooperation geprägt sind], *China's Diplomacy in the New Era*, 28. März 2023, https://web.archive.org/web/20250820212027/http://cn.chinadiplomacy.org.cn/2023-03/28/content_85195972.shtml.
- 2 Außenministerium der VR China, „王毅：共同维护和遵守国际关系中的民主原则“ [Wang Yi: Gemeinsam die demokratischen Prinzipien in den internationalen Beziehungen wahren und einhalten], 16. November 2021, https://web.archive.org/web/20250820222256/https://www.fmprc.gov.cn/wjzb_673089/zyhd_673091/202112/t20211209_10464736.shtml.
- 3 „现代国际关系的基本准则“ [Die grundlegenden Normen der modernen internationalen Beziehungen], *人民日报* [Die Volkszeitung], 28. Juni 1956, S. 1, <https://cn.govopendata.com/renminri-bao/1956/6/28/1/#142907>.
- 4 „尊重主权和领土完整是国际关系基本准则“ [Die Achtung der Souveränität und territorialen Integrität ist eine grundlegende Norm der internationalen Beziehungen], *人民日报* [Die Volkszeitung], 19. September 2020, <https://web.archive.org/web/20220523083504/https://world.people.com.cn/n1/2020/0919/c1002-31867494.html>.
- 5 Pang Shanshan, „大力推动国际关系民主化“ [Energisch die Demokratisierung der internationalen Beziehungen vorantreiben], *China's Diplomacy in the New Era*, 16. November 2021, https://web.archive.org/web/20250318211530/http://cn.chinadiplomacy.org.cn/2021-11/16/content_77875414.shtml.
- 6 Qin Yaqing, *A Relational Theory of World Politics* (Cambridge University Press, 2018).
- 7 Wang Fan, „构建中国国际关系学自主知识体系“ [Ein unabhängiges Wissenssystem der internationalen Beziehungen in China aufbauen], *Qiushi Online*, 20. Mai 2025, <https://web.archive.org/web/20250820214938/https://www.qstheory.cn/20250519/a4c35b7f0f-3b42c1bf511c6f26cdba54/c.html>.



INTERNATIONALES RECHT

【国际法】

MALIN OUD

KURZGEFASST

Das Völkerrecht bezeichnet die Gesamtheit der Regeln und Grundsätze, die die Beziehungen zwischen Staaten und anderen internationalen Akteuren regeln. Es beruht auf Verträgen und Gewohnheitsrecht und ist ein sich stetig weiterentwickelndes Konzept, das bis etwa vierhundert Jahre zurückverfolgt werden kann. In erster Linie verlangt das Völkerrecht die Achtung der souveränen Gleichheit der Staaten. Staaten sind grundsätzlich frei, vorgeschlagene neue internationale Rechtsnormen anzunehmen oder abzulehnen. Seit der Verabschiedung der UN-Charta 1945 hat sich das Völkerrecht erheblich erweitert. Heute umfasst es das Verbot der Gewaltanwendung gegen andere Staaten, Menschenrechte und humanitäres Recht, sowie die Ahndung internationaler Verbrechen wie Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Durch neue Anliegen entstehen zudem neue Bereiche und Normen, wie das Weltraumrecht, die Internet-Governance und das Umweltrecht.

Nach chinesischem Verständnis sind die Kernprinzipien des Völkerrechts staatliche Souveränität, Nicht-Aggression und Nichteinmischung in innere Angelegenheiten.¹ China betrachtet das liberale Nachkriegsmodell des Völkerrechts, das seit den 1990er Jahren vorherrschend ist, primär als Instrument westlicher Hegemonie und des Interventionismus. Seit 2015 vertritt China auf der internationalen Bühne das Konzept einer „Gemeinschaft mit geteilter Zukunft für die Menschheit“ (人类命运共同体) und betont dabei „gemeinsame“ statt universelle Werte. Dies wird als ein inklusiveres, demokratischeres und faireres Modell als das derzeitige internationale System dargestellt.

ANALYSE

Die VR China nahm 1971 ihren Sitz als „einzige legitime Vertreterin Chinas bei den Vereinten Nationen“ ein.² Bis zum Beginn der Reform- und Öffnungspolitik ab 1978 war China jedoch weitgehend ein Außenseiter im internationalen Rechtssystem. Erst nach dem Ende der Kulturrevolution kam es zu einer Abkehr vom ideologischen Kampf gegen den kapitalistischen Westen. Die Volksrepublik wurde zu einer

aktiven Teilhaberin in wichtigen internationalen Organisationen und Rahmenwerken. China trat den wichtigsten Verträgen über Handel und Investitionen, Staatlichkeit und Territorium sowie Menschenrechte bei.

Chinas Umgang mit dem Völkerrecht war dabei jedoch stets instrumentell und selektiv. Es nutzt Regeln, die für die eigene Entwicklung vorteilhaft sind, und meidet oder umgeht Regeln, die ihm Nachteile bringen könnten. Prominente Beispiele sind Chinas Beharren auf seinem Status als „Entwicklungsland“ in der Welthandelsorganisation (WTO) und seine unilaterale Durchsetzung von Gebietsansprüchen im Südchinesischen Meer.

China strebt nicht danach, das etablierte, auf die Vereinten Nationen ausgerichtete internationale System zu ersetzen. Stattdessen ist die chinesische Führung bemüht, diejenigen Teile des internationalen Rechts umzugestalten, die mit ihren nationalen Interessen in Konflikt stehen. Seit Deng Xiaopings erster Rede vor der UN 1974 ist China bestrebt, sich als friedliches Entwicklungsland und verantwortungsbewusste Großmacht ohne hegemoniale Absichten darzustellen – im vermeintlichen Kontrast zu einem Westen, dem es eine lange Historie von Imperialismus und Durchsetzung eigener Interessen bei der Schaffung internationaler Regeln vorhält.³

Im Narrativ der KPCh wird die Volksrepublik als die wahre Hüterin des Völkerrechts präsentiert. So argumentiert die Führung beispielsweise, dass sie „die Autorität und Würde des Völkerrechts nicht verletzt, sondern aufrechterhält“, wenn sie die Entscheidung eines internationalen Schiedsgerichts von 2016 über konkurrierende Gebietsansprüche zwischen der VR China und den Philippinen im Südchinesischen Meer nicht anerkennt.⁴ UN-Bewertungen der Menschenrechtslage in Hongkong und Xinjiang werden regelmäßig als „Einmischung in die inneren Angelegenheiten“ und als vom Westen orchestrierte „Hetzkampagnen“ abgetan.⁵

In der letzten Dekade hat sich China unter der Führung von Xi Jinping in der UN vom passiven Mitspieler zu einem aufstrebenden Gestalter internationaler Normen entwickelt. Angesichts der unsicheren Aussichten für die globale Wirtschaft und demokratischen Aufständen in anderen Teilen der Welt macht sich der Parteistaat zunehmend Sorgen um Regimestabilität. In seiner Außenkommunikation hat er begonnen, für das chinesische Regierungsmodell zu werben.⁶ Dieses zeichne sich durch die Verbindung des Einsatzes für eine global integrierte Wirtschaftsordnung mit der Betonung eines starken Staates ohne liberal-demokratische Kontrollen aus.

Xis Vision der internationalen Ordnung betont dabei die staatliche Souveränität, die Nichteinmischung und die „Win-Win-Kooperation“ auf der Grundlage der „gemeinsamen Werte Frieden, Entwicklung, Fairness, Gerechtigkeit, Demokratie und Freiheit“.⁷ Betrachtet man das offizielle Verständnis dieser Begriffe, strebt China damit die Rückkehr zu einer Konzeption des Völkerrechts aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg an, wonach die staatliche Souveränität über den Menschenrechten steht.

In dem Maße, wie China wirtschaftlich und politisch an Gewicht gewinnt, wächst auch sein Bestreben, die Wirkkraft seiner nationalen Gesetzgebung auszuweiten, internationale Normen zu prägen und seine Jurisdiktion im Ausland durchzusetzen. So wurde beispielsweise das Übereinkommen der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit über die Bekämpfung von Terrorismus, Separatismus und Extremismus aus dem Jahr 2003 genutzt, um „Sicherheitsbedrohungen“ in Xinjiang und Hongkong zu bekämpfen und auf Chinas Verlangen Verdächtige und Dissidenten auszuliefern. Vor diesem Hintergrund hat Xis Projekt, eine „auslandsbezogene Rechtsstaatlichkeit“ (涉外法治) und ein „Rechtssystem mit extraterritorialer Geltung“ zu schaffen, weitreichende Implikationen für die Zukunft des internationalen Rechts.

ENDNOTEN

- 1 China Internet Information Center, „Carry Forward the Five Principles of Peaceful Coexistence to Build a Better World Through Win-Win Cooperation, Address by H.E. Mr. Xi Jinping President of the People's Republic of China At Meeting Marking the 60th Anniversary Of the Initiation of the Five Principles of Peaceful Coexistence“, 28 Juni 2014, *China.org.cn*, http://www.china.org.cn/world/2014-07/07/content_32876905.htm.
- 2 Resolution der UN-Generalversammlung 27/58, *Restoration of The Lawful Rights of the People's Republic of China in the United Nations*, A/RES/2758(XXVI), 25. Oktober 1971, *United Nations Digital Library*, <https://digitallibrary.un.org/record/192054>.
- 3 Vgl. Deng Xiaoping, „Speech By Chairman of the Delegation of the People's Republic of China, Deng Xiaoping, At the Special Session of the U.N. General Assembly“, 1004.1974, *Marxists Internet Archive*, <https://www.marxists.org/reference/archive/deng-xiaoping/1974/04/10.htm>, and Informationsbüro des Staatsrates, „China's Peaceful Development“, 6. September 2011, http://www.china.org.cn/government/whitepaper/node_7126562.htm.
- 4 Liu Xiaoming, „South China Sea arbitration Is a Political Farce“, 25. Juli 2016, *China Daily*, https://www.chinadaily.com.cn/world/2016-07/25/content_26215582.htm.
- 5 Siehe z. B. „Smear Campaign Against Xinjiang Doomed To Fail“, *Xinhua*, 4. November 2022, <https://english.news.cn/20221104/ff7b1773291d41bc8f5e6509ab071b41/c.html> and China Daily, „China Opposes UN Human Rights Committee Concluding Observations Concerning Hong Kong, Macao“, *Xinhua News Agency*, 29. Juli 2021, <https://www.chinadaily.com.cn/a/202207/29/WS62e372bfa310fd2b29e6f27c.html>.
- 6 R. Mitchell, „The Human Community of Fate: A Conceptual History of China's Ordoglobal Idea“, *Humanity: An International Journal of Human Rights, Humanitarianism, and Development*, Vol. 13, No. 3 (2022), pp. 175-195, https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=4034360.
- 7 Außenministerium der VR China, „Xi Jinping Attends General Debate of 70th Session of the UN General Assembly and Delivers Important Speech“, 29. September 2015, https://www.mfa.gov.cn/eng/zy/jj/2015zt/xjpdmgjxgsfwbxcxlhgc/70znlxlfh/202406/t20240606_11381579.html.



JOURNALISMUS

【新闻学】

DAVID BANDURSKI

KURZGEFASST

Journalismus ist definiert als „die Tätigkeit des Beschaffens, Beurteilens, Erstellens und der Präsentation von Nachrichten und Informationen“¹ und gilt als entscheidend für den Schutz des Rechts auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung. 2012 stellte der UN-Menschenrechtsrat heraus, dass Journalismus eine Schlüsselrolle für das Recht der Bürger:innen spielt, „sich Informationen zu beschaffen und zu erhalten“. Die KPCh hat dieses Verständnis von Journalismus in den letzten zehn Jahren klar zurückgewiesen und vertritt stattdessen eine marxistische Auffassung von Journalismus.²

Demnach stehen die Interessen der KPCh im Mittelpunkt der Presse-tätigkeit. Dies verlangt von den Journalisten, dass sie eine „korrekte politische Richtung“ einhalten und „positive Meinungsmache“ betreiben.³ Die jüngste kategorische Ablehnung eines Journalismus im öffentlichen Interesse verdrängt jedoch bewusst die Komplexität der Rolle des Journalismus in der mehr als hundertjährigen Geschichte der Partei. Ein kritischer Blick offenbart konkurrierende Ansichten über die Rolle der Presse und des Journalismus, welche die aktuelle Propaganda konterkarieren, nach der „die westliche Vorstellung von Journalismus“ im grundsätzlichen Widerspruch zu chinesischen Vorstellungen steht.

ANALYSE

In der neueren politischen Geschichte Chinas gibt es eine lange Tradition des professionellen Journalismus, die im Spannungsfeld zu den heutigen Ansprüchen der KPCh an den Journalismus als Instrument der Parteiherrschaft steht. Als Mao Zedong in den 1940er Jahren an die Macht kam, übernahm er leninistische Positionen und bekräftigte in seiner berühmten Rede über die Künste 1942 die Notwendigkeit des „Parteigeistes“ (党性) – eine Übersetzung des russischen Wortes *partiinost* (wörtlich: Parteilichkeit), also die Ausrichtung am politischen Kurs der KPCh.⁴

Trotz dieser maoistischen Orthodoxie war die Sicht auf die Rolle des Journalismus innerhalb der KPCh differenzierter. Im April 1950, wenige Monate nach Gründung der Volksrepublik, wurden die Zeitungen und Zeitschriften in einem Beschluss aufgefordert, die breiten Massen regelmäßig und systematisch an der Kontrolle der Arbeit der Partei zu beteiligen.⁵ Dieser Gedanke erwies sich jedoch als kurzlebig. Berichte über Versäumnisse in der Partei verunsicherten die Führung, und im Juli 1954 gab ein neuer Beschluss Funktionären im Namen des „Parteigeistes“ umfassendere Kontrollmöglichkeiten über die Medien. Während der kurzen Hundert-Blumen-Bewegung von 1956-57 wetteten Journalist:innen gegen die Einschränkungen, viele wurden jedoch von der darauffolgenden Anti-Rechts-Bewegung verfolgt.

1979, kurz nachdem China nach der Kulturrevolution die Reform- und Öffnungspolitik eingeleitet hatte, veröffentlichte Chinas führende Fachzeitschrift für Kommunikation den vollständigen Text des ursprünglichen Beschlusses von 1950 zur Presseaufsicht erneut und betonte, er könne „eine wichtige Rolle“ in der „Nachrichtenreform“ spielen – mit Zielen wie einer weniger steifen Schreibweise und sogar Aufdeckung offizieller Korruption.⁶ Eine weitbeachtete Debatte entspann sich zwischen dem liberalen Chefredakteur der *Volkszeitung*, Hu Jiwei, der Zeitungen als Träger eines „Volksgeistes“ im Sinne des öffentlichen Interesses sah, und dem linken Parteikader Hu Qiaomu, der auf die Überlegenheit des „Parteigeistes“ drängte. Die Debatte kulminierte in der brutalen Niederschlagung der Demokratiebewegung durch die KPCh 1989, die die liberale Pressepolitik für die Proteste mitverantwortlich machte.

In den 1990er und 2000er Jahren boten wirtschaftlicher Wandel, Medienkommerzialisierung und das Aufkommen des Internets Journalist:innen neue Spielräume, ihre professionelle Rolle wieder stärker wahrzunehmen – auch wenn das parteipolitische Konzept der „öffentlichen Meinungslenkung“ weiterhin fortbestand. In diese Zeit fällt der Aufstieg des investigativen Journalismus, den Ministerpräsident Zhu Rongji im Oktober 1998 als „Spiegel der Regierung“ bezeichnete. Da institutionelle Kontrollen gegen Machtmissbrauch fehlten, wandten sich Bürger:innen oft an Journalist:innen als Instanz der Gerechtigkeit, während sich parallel „Bürgerjournalismus“ als eigenständige Informationsquelle etablierte.

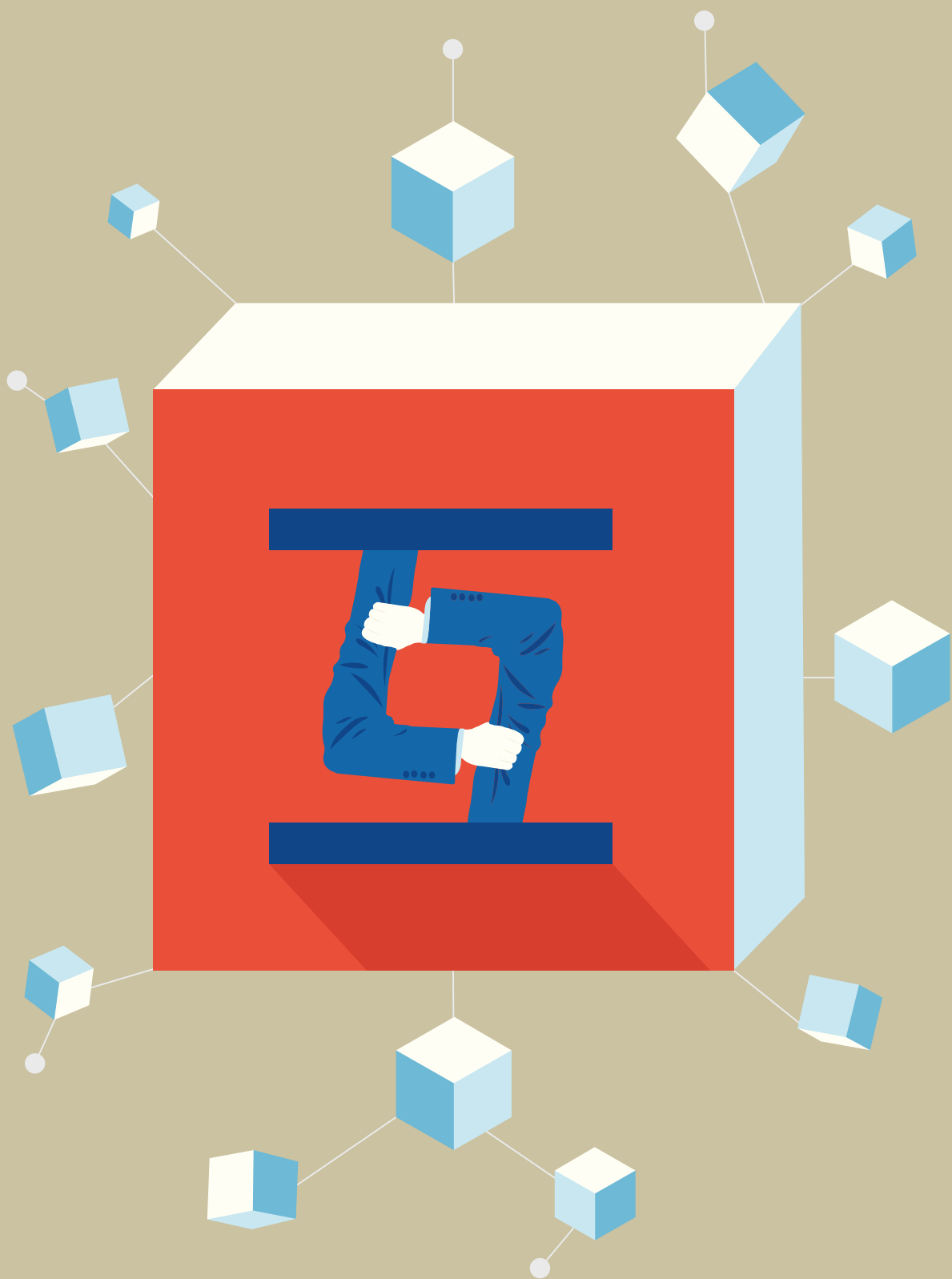
Seit Xi Jinpings Machtübernahme Ende 2012 wurden die zuvor erreichten Fortschritte im Journalismus massiv zurückgedrängt. 2013 wies die KPCh ausdrücklich das zurück, was sie „westliche Vorstellung von Journalismus“ nannte und als Angriff auf ihre Kontrolle über Medien und Verlagswesen ansah.⁷ Seitdem propagiert die Partei die marxistische Sicht des Journalismus und grenzt Chinas Werte von denen eines abstrahiert konstruierten Westens ab. Stattdessen betonen die

Behörden die Notwendigkeit der Verbreitung „positiver Energie“, und fordern nicht nur von Journalist:innen, sondern von allen vernetzten Bürger:innen, das Ansehen der Partei und der Nation bzw. des Staates zu verteidigen.

In seiner ersten großen Rede zur Medienpolitik im Februar 2016 erklärte Xi Jinping, dass die Medien „den Beinamen Partei tragen müssen“ – ein Wortspiel mit den chinesischen Homophonen für Nachname und Geist und eine klare Anknüpfung an Maos früheren „Parteigeist“. Tatsächlich ging Xi sogar noch weiter und erklärte, dass der Begriff „Volkgeist“ – Sinnbild des liberalen Journalismus in China – „stets identisch“ mit dem „Parteigeist“ gewesen sei.⁸ Da die Partei per (Eigen)Definition im Namen des Volkes kämpfe, sei jede journalistische Arbeit, die Medien verpflichtete, „die Partei zu lieben, zu schützen und ihr zu dienen“, ohnehin „Journalismus im öffentlichen Interesse“.⁹

ENDNOTEN

- 1 „What is Journalism? Definition and Meaning of the Craft“, *American Press Institute*, <https://web.archive.org/web/20220704112738/https://www.americanpressinstitute.org/journalism-essentials/what-is-journalism/>.
- 2 „Document 9: A ChinaFile Translation, How Much Is a Hardline Party Directive Shaping China's Current Political Climate?“, *ChinaFile*, 8. November 2013, <https://www.chinafile.com/document-9-chinafile-translation>. In deutscher Übersetzung: „Dokument Nr. 9 der Kommunistischen Partei Chinas: „Kommuniqué zur aktuellen Situation im Bereich der Ideologie“, *Neican*, 26. April 2022, <https://www.neican.org/dokument-nr-9-der-kommunistischen-partei-chinas-kommunique-zur-aktuellen-situation-im-bereich-der-ideologie/>.
- 3 „求是网评论员, ‘始终坚持马克思主义新闻观’“ [Qiushi Online-Kommentator: “Stets and der marxistischen Sicht des Journalismus], *Qiushi*, 20. Februar 2021, https://web.archive.org/web/20211007174459/https://theory.gmw.cn/2021-02/20/content_34628492.htm.
- 4 Mao Zedong, „在延安文艺座谈会上的讲话“ [Rede bei der Yan'an-Konferenz über Literatur und Kunst], 2. Mai 1942, <https://web.archive.org/web/20221018022353/https://www.marxists.org/chinese/maozedong/marxist.org-chinese-mao-194205.htm>.
- 5 D. Bandurski, „Supervising Supervision“, *China Media Project*, 17. Juni 2016, <https://web.archive.org/web/20170116171117/https://medium.com/china-media-project/supervising-supervision-6812858d5828>.
- 6 D. Bandurski, „Supervising Supervision“, *China Media Project*, 17. Juni 2016, <https://web.archive.org/web/20170116171117/https://medium.com/china-media-project/supervising-supervision-6812858d5828>.
- 7 M. Svensson, „The Media as the Judge: The Role of the Chinese Media in Addressing Injustices“, *NIAS-Nytt*, 2005, <https://web.archive.org/web/20221025003239/https://www.humanrights.lu.se/marina-svensson/publication/16f029b7-2775-4ee9-9a7d-19651adc5885>.
- 8 „坚持党性和人民性统一的五个着力点“ [Fünf Schlüsselbereiche für die Integration der Parteiprinzipien mit den Interessen des Volkes], *Nationale Presse- und Publikationsverwaltung*, 28. August 2018, https://web.archive.org/web/20221025003536/http://www.xinhuanet.com/zgjx/2018-08/28/c_137424520.htm.
- 9 „习近平总书记在党的新闻舆论工作座谈会上的重要讲话引起强烈反响“ [Die wichtige Rede von Generalsekretär Xi Jinping auf dem Symposium über die Arbeit der Partei im Bereich Nachrichten und öffentliche Meinung hat große Resonanz gefunden], *Xinhua*, 20. Februar 2016, https://web.archive.org/web/20220720095559/http://www.xinhuanet.com/politics/2016-02/20/c_1118106502.htm.



KOOPERATION

【合作】

MARINA RUDYAK

KURZGEFASST

„Eine neue Art von internationalen Beziehungen aufbauen, bei denen die Win-Win-Kooperation im Vordergrund steht“ – das ist der Kern von Xi Jinpings diplomatischem Denken.¹ Die „Win-Win-Kooperation“ (合作共赢) zum gegenseitigen Nutzen wird als Alternative zur vorherrschenden „alten“ (d. h. westlich dominierten) Art von internationalen Beziehungen präsentiert, die nach Ansicht chinesischer Spitzendiplomat:innen von einer Mentalität des Kalten Krieges und einer konfrontativen Nullsummenspiel-Logik geprägt ist.²

Die chinesische Regierung vertritt die Auffassung, dass Kooperation die „kulturelle Vielfalt von Entwicklungspfaden“ respektieren sollte. Internationale Angelegenheiten sollen durch eine „politische Koordination“ gestaltet werden, die auf gemeinsamen, geteilten Interessen aufbaut. Zusammenarbeit sollte „für beide Seiten von Nutzen“ sein und zur „gemeinsamen Entwicklung“ beitragen.

Während im Diskurs der Vereinten Nationen Kooperation ein Mittel zur Verwirklichung eines *bestehenden* gemeinsamen Zieles ist, wird sie im heutigen politischen Denken Chinas als Möglichkeit verstanden, gemeinsame Interessen zu entdecken und „freundschaftliche Beziehungen“ aufzubauen, die auf dem Prinzip der „Suche nach Gemeinsamkeiten unter Wahrung der Unterschiede“ beruhen. Die Entwicklung gemeinsamer Interessen wird intern als Schlüssel zur „Beseitigung der Hindernisse für Chinas friedliche Entwicklung in der Welt“ gesehen.³

ANALYSE

Dass die Kooperation zwischen Staaten freundschaftlich und für beide Seiten von Nutzen sein und die gemeinsame Entwicklung fördern sollte, ist seit der Gründung der Volksrepublik ein zentrales Narrativ des außenpolitischen Diskurses der VR China. Diese Rhetorik der Solidarität ist nicht spezifisch chinesisch, sondern Teil des Diskurses des Globalen Südens. In China ist sie jedoch in besonderer Weise mit dem Gedanken von Relationalität und Reziprozität verknüpft. Laut einem

der führenden chinesischen Theoretiker der internationalen Beziehungen Qin Yaqing wird Kooperation im politischen Denken Chinas als ein Instrument verstanden, „gemeinsame Interessen“ zu finden, um *relationale Macht* zu erlangen. Diese wiederum beruht auf der Macht menschlicher Beziehungen.⁴ Deshalb spielt die Gipfeldiplomatie – etwa das Forum für chinesisch-afrikanische Zusammenarbeit (FOCAC), die Gipfeltreffen der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) oder die verschiedenen Foren der Neuen Seidenstraßeninitiative (BRI) – eine zentrale Rolle in der chinesischen Außenpolitik.

Dahinter steht die Annahme, dass gemeinsame Interessen immer vorhanden sind. Sie müssen lediglich gefunden werden. Eine „pragmatische Zusammenarbeit“ ist daher grundsätzlich immer möglich. Hinter der Rhetorik vom gegenseitigen Nutzen – insbesondere im Kontext der „freundschaftlichen Zusammenarbeit“ mit Ländern des Globalen Südens in Form von Entwicklungshilfe oder Krediten – steht die Überzeugung, dass die Empfänger im Gegenzug politische Unterstützung leisten werden, indem sie zum Beispiel Taiwan politisch nicht anerkennen oder in den Vereinten Nationen mit China stimmen. Aufrufe zur „Stärkung der internationalen Zusammenarbeit“ gehen oft mit der Forderung nach einer Stärkung des „Multilateralismus“ einher (多边主义).

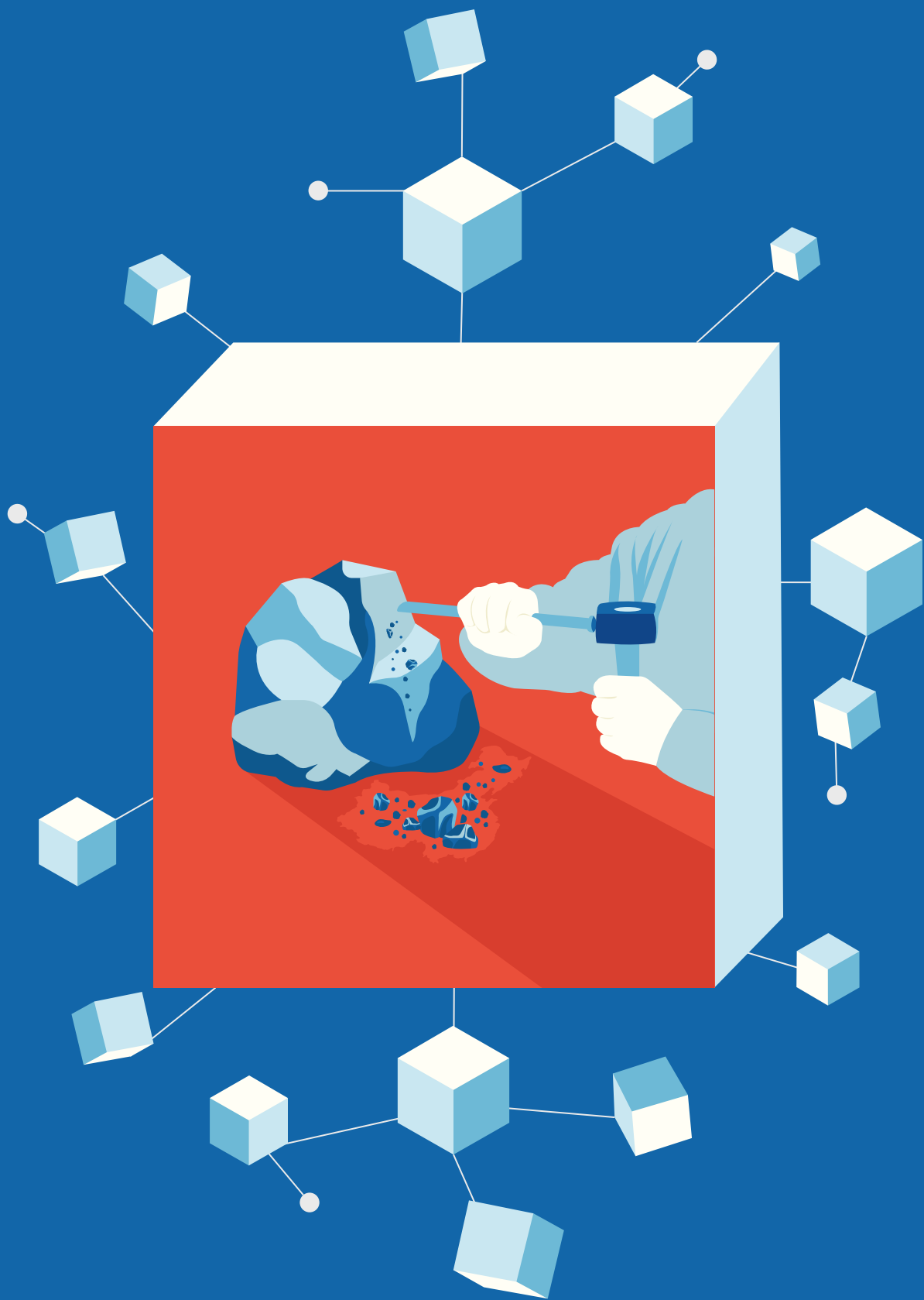
Darüber hinaus kann sich der chinesische Begriff für „Kooperation“, bzw. „Zusammenarbeit“, *hezuo* (合作), auf nahezu jede Art von Transaktion oder Interaktion zwischen zwei oder mehreren Parteien beziehen, was ihn zum wohl am häufigsten falsch übersetzten und missverstandenen Begriff in den chinesisch-westlichen Beziehungen macht. Die Beteiligung an „internationaler Zusammenarbeit“ ist für chinesische Staatsunternehmen gleichbedeutend mit Außenhandel und Investitionen. Die „Abteilungen für internationale Zusammenarbeit“ in den Ministerien befassen sich hauptsächlich mit Protokoll- und Zeremonialfragen, betreiben Kontaktpflege und veranstalten Konferenzen. Bei den „Internationalen Kooperationszentren“ in den chinesischen Provinzen handelt es sich meist um Organisationen zur Förderung des Exporthandels. Im Rahmen von Covid-19 bezog sich die „pragmatische Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich“ mit Frankreich auf den Verkauf von Masken und Beatmungsgeräten.

Der Ausdruck „solidarische Kooperation“ hingegen wurde von Xi Jinping häufig bemüht, um Chinas Unterstützung für den Globalen Süden zu betonen und der Kritik an Chinas anfänglicher Vertuschung der Corona-Pandemie entgegenzutreten. Die „kulturelle Zusammenarbeit“ soll „gegenseitige“ Wertschätzung, Verständnis und Respekt fördern, was im staatlichen Kontext zu den Bemühungen gehört, „Chinas Geschichte gut zu erzählen“ (讲好中国故事). „Kulturelle

Zusammenarbeit“ kann aber auch bedeuten, afrikanische Dörfer mit Digitalfernsehern auszustatten oder gemeinsame Fernsehsender aufzubauen. Chinas „internationale Entwicklungszusammenarbeit“ umfasst sowohl Entwicklungshilfe als auch kommerzielle Kredite im Rahmen der BRI. Sie soll helfen die „Gemeinschaft mit geteilter Zukunft für die Menschheit“ (人类命运共同体) aufzubauen und somit dazu beitragen, die chinesische Vision des Multilateralismus zu verwirklichen.

ENDNOTEN

- 1 Außenministerium der VR China, „Build a New Type of International Relations Featuring Win-Win Cooperation“, 20. Juni 2016, https://www.fmprc.gov.cn/mfa_eng/wjb_663304/wjbz_663308/2461_663310/t1376908.shtml.
- 2 Yang Jiechi, „A New Type of International Relations: Writing a New Chapter of Win-Win Cooperation“, *Horizons: Journal of International Relations and Sustainable Development*, Nr. 4, S. 12–19, <https://www.cirsd.org/en/horizons/horizons-summer-2015--issue-no4/a-new-type-of-international-relations---writing-a-new-chapter-of-win-win-cooperation->
- 3 Jin Mingqing, „习近平关于和平发展的大智慧“ [Xi Jinpings große Weisheiten zur friedlichen Entwicklung], *people.cn*, 8. August 2017, <https://web.archive.org/web/20171014134604/http://theory.people.com.cn/n1/2017/0808/c40531-29455716.html>.
- 4 Qin Yaqing, *A Relational Theory of World Politics* (Cambridge, Cambridge University Press, 2018), S. 258.



KULTUR

【文化】

DAVID BANDURSKI

KURZGEFASST

Die UNESCO definiert Kultur im weitesten Sinne als „die Gesamtheit der charakteristischen geistigen, materiellen, intellektuellen und emotionalen Merkmale einer Gesellschaft oder einer sozialen Gruppe, zu denen nicht nur Kunst und Literatur, sondern auch Lebensstile, Formen des Zusammenlebens, Wertesysteme, Traditionen und religiöse Überzeugungen gehören“.¹

Für die Kommunistische Partei Chinas ist Kultur jedoch in erster Linie etwas zutiefst Politisches – eine von mehreren „Fronten“ im Kampf der Partei gegen ihre inneren und äußeren Feinde und Kritiker:innen. In seiner Rede vor dem Yan'an-Forum für Literatur und Kunst erklärte Mao Zedong 1942, dass „Kunst und Literatur der Politik folgen müssen“.² Die chinesische Kulturindustrie nahm in der Reform- und Öffnungsperiode nach Maos Tod eine rasante Entwicklung, doch die Partei besteht weiterhin auf ihrem politisch-kulturellen Führungsanspruch.

Unter der Führung von Xi Jinping wird der Kultur seit Ende 2012 wieder politische Priorität eingeräumt, wobei Begriffe wie „Aufbau [Chinas] als Kulturmacht“ (建成文化强国), Gewährleistung „kultureller Sicherheit“ (文化安全) und Mobilisierung gegen die „kulturelle Hegemonie“ der USA und des Westens im Vordergrund stehen.³ Kultur ist ein Mittel, um die Macht und Legitimität der Partei zu stärken und die KPCh gegen Bedrohungen ihrer Legitimität auf der ganzen Welt zu verteidigen.

ANALYSE

Chinas Verhältnis zur Kultur war fast über die gesamte Moderne hinweg von Widersprüchen geprägt. Während der *Bewegung für eine neue Kultur* in den 1920er Jahren versuchte eine neue Generation von Gelehrten, Schriftsteller:innen und Aktivist:innen, sich vom Einfluss des traditionellen konfuzianischen Gedankenguts zu lösen, das sie für Chinas Schwäche verantwortlich machten, und auf der Grundlage westlicher Ideale von Wissenschaft und Demokratie eine neue

Gesellschaft aufzubauen. Doch auch wenn China auf den Westen schaute, waren die Vorstellungen von Kultur eng mit den Erfahrungen des Imperialismus seit der Mitte des 18. Jahrhunderts verknüpft. In einem einflussreichen, im Zuge der *Vierte-Mai-Bewegung* verfassten Artikel von 1923 wurde vor der „kulturellen Invasion“ gewarnt, die als die letzte der vier Heimsuchungen Chinas durch den westlichen Imperialismus charakterisiert wurde.⁴

In einer seiner berühmtesten Reden, vor dem Yan'an-Forum für Literatur und Kunst 1942 sprach Mao von der Macht „der Feder und der Waffe“ und von der großen Bedeutung der kulturellen wie auch der militärischen Front.⁵ Während der Kulturrevolution (1966-1976) unternahmen fanatische Gruppen so genannter Rotgardisten einen landesweiten Feldzug der Kulturzerstörung, um die „Vier alten Übel“ – veraltete Denkweisen, Gewohnheiten, Bräuche und eine veraltete Kultur – zu zerschlagen. Dies war der Auftakt mehrerer aufeinanderfolgender Zerstörungswellen, die sich über ein Jahrzehnt hinzogen und unsägliche kulturelle und menschliche Verluste mit sich brachten.

Mit dem Ende der Kulturrevolution setzte sich zunehmend die Erkenntnis durch, dass die politischen Exzesse des vorangegangenen Jahrzehnts zum großen Teil darauf zurückzuführen waren, dass Mao Zedong als Führer des Landes bestimmte, welche kulturellen und politischen Botschaften vermittelt wurden. Die relative Aufgeschlossenheit der 1980er Jahre führte zu einem „Kulturfieber“ und zu mehr Kreativität und Wahrheitssuche in Medien und Kunst. Diese Entwicklung fand mit der gewaltsamen Niederschlagung der pro-demokratischen Demonstrationen in Peking im Juni 1989 ein dramatisches Ende.

Die KPCh konzentrierte sich seither darauf, die politische Kontrolle der Partei über die Kultur und die Medien aufrechtzuerhalten und parallel die wirtschaftliche Entwicklung und „eine Kultur des Sozialismus chinesischer Prägung“ zu fördern. 1997 wurde erstmals der Gedanke formuliert, dass Kultur „ein wichtiger Indikator der umfassenden nationalen Macht“ (综合国力的重要标志) sei.⁶ Ein Jahrzehnt später begann China – wenngleich mit mäßigem Erfolg – der öffentlichen Diplomatie und der Entwicklung von „Soft Power“ Priorität einzuräumen und startete eine weltweite Medienoffensive, in deren Rahmen die Regierung schätzungsweise 45 Milliarden Yuan für den Ausbau der Staatsmedien im Ausland ausgab.

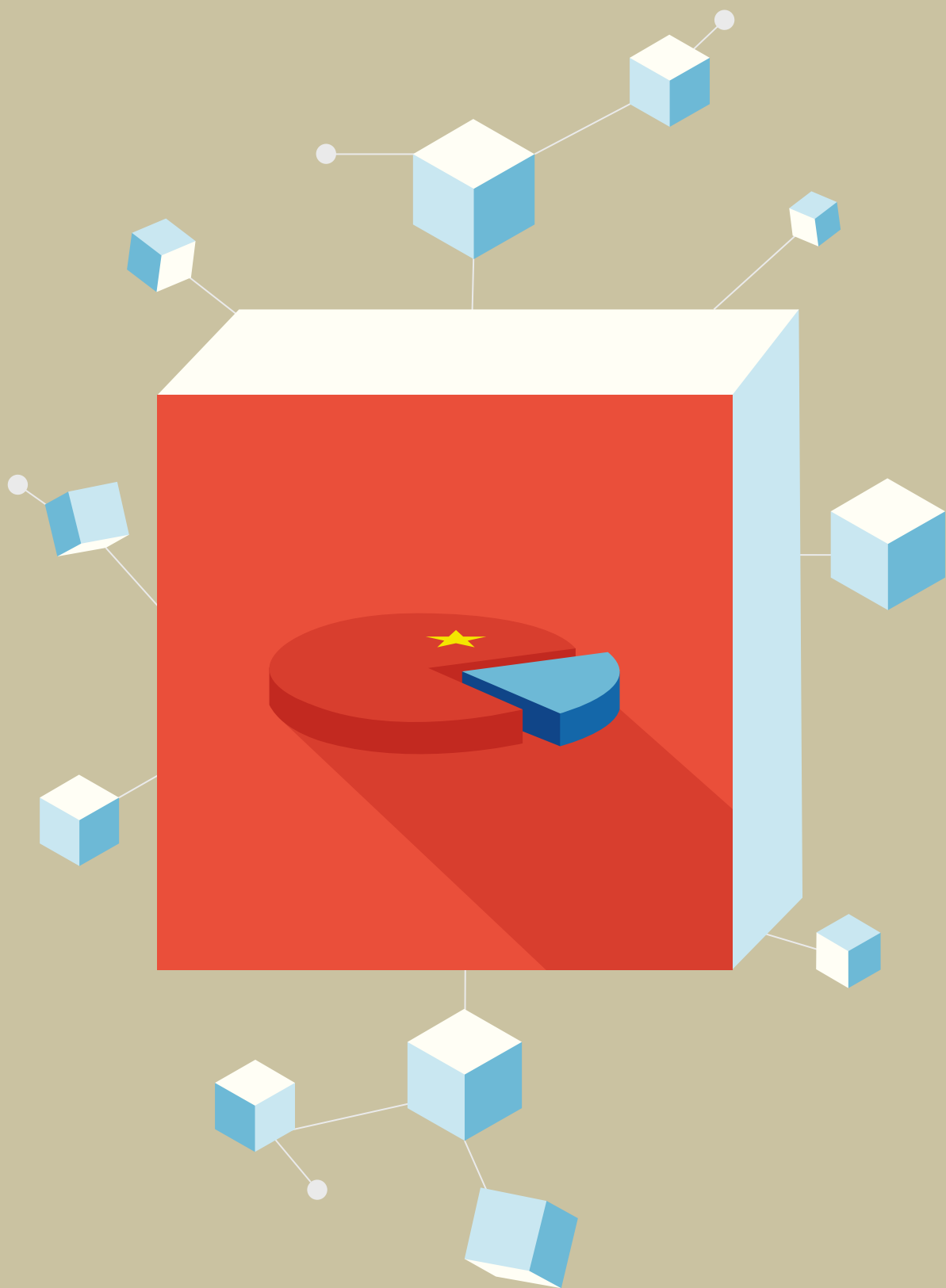
Unter Xi Jinping zählt seit 2012 die chinesische Kultur als umfassende nationale Machtressource zu den wichtigsten Prioritäten der Führung. Xi Jinping spricht von der Notwendigkeit, „das kulturelle Selbstvertrauen zu stärken und eine sozialistische Kulturmacht aufzubauen“ (坚定文化自信, 建设社会主义文化强国).⁷ Die chinesische Führung und die

staatlichen Medien sehen in der globalen kulturellen Stärke Chinas und ihrer Fähigkeit, Kritik einzudämmen und „Chinas Geschichte richtig zu erzählen“, ein entscheidendes Mittel, um „die westliche kulturelle Hegemonie zu durchbrechen“ (打破西方文化霸权) und das „ungleiche Verhältnis“ zwischen China und dem Westen zu verändern.⁸

Diese Interpretation von Kultur und ihrem politischen Wert ist eng mit der nationalistischen Vorstellung der Xi-Ära vom „chinesischen Traum“ der „großen Renaissance der chinesischen Nation“ und dem Versprechen der KPCh verbunden, China wieder in den Mittelpunkt des Weltgeschehens zu rücken.⁹ In seinem politischen Bericht an den 19. Parteitag der KPCh 2017 sagte Xi Jinping: „Ohne ein hohes Maß an kulturellem Vertrauen, ohne eine glorreiche und blühende Kultur kann es keine große Renaissance der chinesischen Nation geben.“¹⁰

ENDNOTEN

- 1 UNESCO, „Allgemeine Erklärung zur kulturellen Vielfalt“, 2. November 2001, https://www.unesco.de/assets/2001_Allgemeine_Erkl%C3%A4rung_zur_kulturellen_Vielfalt.pdf.
- 2 Mao Zedong, „在延安文艺座谈会上的讲话“ [Gespräche auf dem Yan'an-Forum für Literatur und Kunst], 1942, *Marxists Internet Archive*, <https://www.marxists.org/chinese/maozedong/marxist.org-chinese-mao-194205.htm>. In englischer Übersetzung verfügbar als „Talks at the Yanan Forum on Literature And Art“ unter https://www.marxists.org/reference/archive/mao/selected-works/volume-3/mswv3_08.htm.
- 3 „大搞文化霸权，威胁全球文化安全：美方威胁全球安全的真面目“ [Kulturelle Vorherrschaft und die Gefährdung der weltweiten kulturellen Sicherheit: Das wahre Antlitz der US-Bedrohung für die globale Sicherheit], *Volkszeitung*, 1. November 2020, http://paper.people.com.cn/rmrb/html/2020-11/01/nw.D110000renmrb_20201101_6-03.htm.
- 4 Qu Qiubai, „帝国主义侵略中国之各种方式“ [Wie der Imperialismus auf verschiedenste Weise in China eindringt], erstmals veröffentlicht am 26. Mai 1923, *Marxists Internet Archive*, <https://www.marxists.org/chinese/quqiubai/mia-chinese-qqb-19230526.htm>.
- 5 Mao, „Talks at the Yanan Forum on Literature And Art“, 1942, *Marxists Internet Archive*.
- 6 Jiang Zemin, „江泽民：在中国共产党第十五次全国代表大会上的报告“ [Jiang Zemins politischer Bericht an den 15. Parteitag der KPCh], *Fudan Universität*, <http://dangxiao.fudan.edu.cn/59/a1/c9736a88481/page.htm>.
- 7 „坚定文化自信，建设社会主义文化强国“ [Kulturelles Vertrauen stärken und eine sozialistische Kulturmacht aufbauen], *Volkszeitung*, 16. Oktober 2017, <http://theory.people.com.cn/n1/2017/1016/c40531-29588374.html>.
- 8 Li Wen, „建设社会主义文化强国的世界意义“ [Die globale Bedeutung des Aufbaus einer sozialistischen Kulturmacht], *Volkszeitung*, 27. Oktober 2016, <http://theory.people.com.cn/n1/2016/1027/c40531-28811363.html>.
- 9 „Xi Jinping Vows ‚Strong Determination, Solid National Strength‘ to Overcome Challenges Amid COVID-19“, *CGTN*, 31. Juli 2020, <https://news.cgtn.com/news/2020-07-30/Xi-urges-thorough-reforms-when-meeting-non-Communist-party-personages-SyaqEafKOA/index.html>.
- 10 Xi Jinping, „习近平在中国共产党第十九次全国代表大会上的报告“ [Xi Jinpings politischer Bericht an den 19. Parteitag der KPCh], *Volkszeitung*, 28. Oktober 2017, <http://cpc.people.com.cn/n1/2017/1028/c64094-29613660-9.html>.



MARKTWIRTSCHAFT

【市场经济】

JERKER HELLSTRÖM

KURZGEFASST

Die Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) definiert eine Marktwirtschaft als die „nationale Volkswirtschaft eines Landes, die sich in hohem Maße auf Marktkräfte stützt, um Produktions-, Konsum-, Investitions- und Sparniveaus ohne staatliche Eingriffe zu bestimmen.“¹

China leitete seinen Übergang von der sozialistischen Planwirtschaft vor rund vier Jahrzehnten ein und bezeichnet sich seit den frühen 1990er-Jahren als „sozialistische Marktwirtschaft“, in der Marktmechanismen auf alle zentralen Wirtschaftssektoren ausgeweitet werden sollten. Nach Jahren marktorientierten Wachstums ist das heutige Modell durch einen deutlich stärkeren staatlichen Einfluss geprägt – stärker sowohl als in der Vergangenheit als auch im Vergleich zu den meisten Volkswirtschaften mit mittlerem oder hohem Einkommen. Eine Schlüsselrolle spielen dabei staatliche Banken, Unternehmen und die Fünfjahrespläne der Regierung. Mitunter wird dieses Modell als „Markt-Leninismus“ bezeichnet.

Der chinesische Parteistaat steuert den Wettbewerb aktiv und bevorzugt dabei häufig staatseigene Unternehmen und „nationale Champions“ gegenüber privaten Firmen – insbesondere in strategischen Sektoren. Der Marktzugang kann auf Grundlage politischer und strategischer, statt rein ökonomischer Erwägungen eingeschränkt werden, was regelmäßig Anlass für Kontroversen über die Prinzipien einer freien Marktwirtschaft gibt.² Seit seinem Amtsantritt 2012 betont Xi Jinping die Bedeutung von nationaler Sicherheit und Autarkie als vorrangig gegenüber wirtschaftlicher Offenheit – und macht damit deutlich, dass Chinas eigene Version der Marktwirtschaft Marktkräften kaum freie Hand auf Kosten staatlicher Kontrolle lassen dürfte.

ANALYSE

Nach spontanen Experimenten mit individueller Landwirtschaft in den späten 1970er-Jahren lockerte die KPCh schrittweise ihre Kontrolle – zunächst über die Landwirtschaft, später auch über die städtische

Wirtschaftstätigkeit. Private Unternehmen und ausländische Investitionen wurden zugelassen.

Das Konzept der „sozialistischen Marktwirtschaft“ wurde 1992 auf dem 14. Parteitag der KPCh offiziell verabschiedet und 1993 in die Verfassung der Volksrepublik China aufgenommen. Es ersetzte das bis dahin geltende Prinzip der „Planwirtschaft auf Grundlage des sozialistischen Gemeineigentums“ als nationales Wirtschaftssystem.³

Nach Jahrzehnten des Protektionismus und der staatlichen Wirtschaftsplanung unter Mao musste sein Nachfolger Deng Xiaoping vermeiden, den Eindruck zu erwecken, er stelle Maos Erbe infrage. Zugleich machte er jedoch mit seinem berühmten Satz klar: „Es ist egal, ob eine Katze schwarz oder weiß ist, Hauptsache, sie fängt Mäuse“ – ein Bekenntnis zu pragmatischem Handeln und zur Offenheit gegenüber Marktmechanismen.

Mit dem Modell der sozialistischen Marktwirtschaft erklärte Deng das Wirtschaftswachstum zum vorrangigen Ziel. Zugleich hielt er jedoch daran fest, dass der Staat die Führungsrolle in Planung und Entwicklung behalten müsse. Die letztendliche Kontrolle über strategische Sektoren sollte bei der Kommunistischen Partei liegen, die sich das Recht vorbehielt, bei Bedarf umfassend in Marktprozesse einzugreifen.

Zur Vorbereitung auf den WTO-Beitritt 2001 öffnete China schrittweise seine Märkte – eine Politik, die in den ersten Jahren der Mitgliedschaft fortgesetzt wurde und mehr als ein Jahrzehnt zweistelligen Wachstums beförderte. Gleichwohl blieb die staatliche Führungsrolle in strategischen Sektoren wie Stahl, Energie, Automobilindustrie, Luft- und Raumfahrt, Schiffbau und Rüstungsindustrie unangetastet.

Kurz nach seinem Amtsantritt 2012 erklärte Xi Jinping, Marktmechanismen müssten eine zentrale Rolle bei der Verteilung von Ressourcen spielen. Die Fortschritte blieben jedoch begrenzt. Nur wenige der von Xi angekündigten Reformen wurden umgesetzt, während der Einfluss der Partei auf die Wirtschaft noch zugenommen hat.⁴ Der prominente chinesische Ökonom Mao Yushi, ein scharfer Kritiker der fehlenden Reduzierung staatlichen Eigentums, fand einprägsame Worte: Die Dominanz des Staates im Binnenmarkt sei so, „als würde ein Schiedsrichter selbst ins Fußballspiel eingreifen“.⁵

In den vergangenen Jahren haben diese Politiken mehrere westliche Volkswirtschaften dazu veranlasst, ihre Abhängigkeit von China zu überdenken und die eigene Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Vertreter Pekings wiesen Forderungen nach fairem Handel und Maßnahmen gegen Überkapazitäten in China als vorgeschobenes

Argument zurück, um westliche protektionistische Politik zu rechtfertigen.⁶

Gleichzeitig hat sich China rhetorisch zur wirtschaftlichen Globalisierung bekannt – sichtbar etwa in Xi Jinpings Grundsatzrede auf dem Weltwirtschaftsforum 2017, in der er sich als Verfechter freier und offener Weltmärkte präsentierte.⁷ Auch wenn China selbst in puncto Marktöffnung Defizite aufweist, haben diese Narrative international an Gewicht gewonnen, vor allem im Globalen Süden – nicht zuletzt, weil auch westliche Länder zuletzt stärker auf protektionistische und staatszentrierte Politiken gesetzt haben.

ENDNOTEN

- 1 UNCTAD, „Glossary of Customs Terms: Market Economy“, *Automated System for Customs Data (ASYCUDA)*, 2003 <https://web.archive.org/web/20030718005341/https://asycuda.org/cuglossa.asp?term=market+economy>.
- 2 B. Naughton, „Is China Socialist?“, *Journal of Economic Perspectives*, Bd. 31, Nr. 1 (2017), S. 3-24, <https://www.jstor.org/stable/44133948?seq=3>.
- 3 „Amendment to the Constitution of the People's Republic of China“, *Asian Legal Information Institute*, 1993, <https://web.archive.org/web/20120322054432/https://www.asianlii.org/cn/legis/cen/laws/attcotproc1993567/>.
- 4 A.R. Kroeber, „Xi Jinping's Ambitious Agenda for Economic Reform in China“, *Brookings Institution*, 17. November 2013, <https://www.brookings.edu/articles/xi-jinpings-ambitious-agenda-for-economic-reform-in-china/>; N.R. Lardy, „Xi Jinping's Turn Away from the Market Puts Chinese Growth at Risk“, *Peterson Institute for International Economics*, 15. Januar 2019, <https://www.piie.com/commentary/op-eds/xi-jinpings-turn-away-market-puts-chinese-growth-risk>.
- 5 Mao Yushi, „茅于軾 90 岁自述: 我的喜悦与期待“ [Mao Yushi mit 90: Meine Freude und meine Erwartungen], *Unirule Institute of Economics*, January 2019, <https://web.archive.org/web/20201027220334/http://unirule.cloud/jianjie/201901.pdf>.
- 6 Cheng Weidong, „欧盟新一轮贸易保护主义的新动向“ [Neue Entwicklungen in der jüngsten Welle des Handelsprotektionismus in der EU], *Renmin luntan wang*, 6. Januar 2022, [https://web.archive.org/web/20250519190338/https://cacs.mofcom.gov.cn/cacscms/article/zjdy?articleId=171798&type=](https://web.archive.org/web/20250519190338/https://cacs.mofcom.gov.cn/cacscms/article/zjdy?articleId=171798&type=;); Außenministerium der VR China, „外交部: 所谓中国“产能过剩”论只是为保护主义提供借口“ [Außenministerium: Das sogenannte Argument der chinesischen „Überkapazitäten“ dient lediglich als Vorwand für Protektionismus], *Xinhua*, 24. April 2024, <https://web.archive.org/web/20250519190903/http://www.xinhuanet.com/politics/20240424/aa5e1eda38344a69a639aca2df1a3a66/c.html>.
- 7 „习近平主席在世界经济论坛2017年年会开幕式上的主旨演讲 (全文)“ [Grundsatzrede von Präsident Xi Jinping bei der Eröffnungszeremonie des Weltwirtschaftsforums 2017 (vollständiger Text)], *Xinhua*, 18. Januar 2017, https://web.archive.org/web/20241114195622/http://www.xinhuanet.com/politics/2017-01/18/c_1120331545.htm.



MENSCHENRECHTE

【人权】

MALIN OUD

KURZGEFASST

Menschenrechte sind Rechte, die allen Menschen zustehen, „ohne irgendeinen Unterschied, etwa aufgrund rassistischer Zuschreibungen, nach Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Überzeugung, nationaler oder sozialer Herkunft, Vermögen, Geburt oder sonstigem Stand.“ Die *Allgemeine Erklärung der Menschenrechte* (UDHR) wurde 1948 als „das von allen Völkern und Nationen zu erreichende gemeinsame Ideal“ angenommen.¹ Die internationalen Menschenrechtsbestimmungen verpflichten die Staaten dazu, in bestimmter Weise zu handeln oder bestimmte Handlungen zu unterlassen, um Menschenrechte und Grundfreiheiten von Einzelpersonen oder Gruppen zu fördern, zu schützen und einzuhalten.

Als die in der Menschenrechtserklärung aufgeführten Rechte als rechtsverbindliche Instrumente kodifiziert wurden, teilte man sie aus politischen Gründen in zwei separate Pakte auf: den Zivilpakt (ICCPR) und den Sozialpakt (ICESCR) der Vereinten Nationen. Die VR China hat den Sozialpakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte ratifiziert, nicht aber den Zivilpakt über bürgerliche und politische Rechte. Die chinesische Führung ist der Auffassung, dass Souveränität und Nichteinmischung über den universellen Menschenrechten stehen. Stattdessen erachtet China die Menschenrechte als „innere Angelegenheit“ eines Landes und nicht als ein legitimes Anliegen der internationalen Gemeinschaft. China vertritt damit eine staatszentrierte und relativistische Auffassung von Menschenrechten „chinesischer Prägung“, nach der Stabilität, Harmonie, Existenzsicherung und wirtschaftliche Entwicklung Vorrang haben, insbesondere vor den bürgerlichen und politischen Rechten.²

ANALYSE

1991 veröffentlichte China sein erstes Weißbuch zu Menschenrechten.³ Mit der Veröffentlichung dieses Dokuments reagierte Peking auf die internationale Kritik an seinem Vorgehen gegen die Demonstrant:innen auf dem Platz des Himmlischen Friedens im Jahr 1989. Im Weißbuch heißt es, dass China auf Grund seiner eigenen nationalen und

historischen Gegebenheiten ein anderes Verständnis von Menschenrechten als der Westen hat.

Dennoch markierte das Weißbuch einen Wandel in der Regierungspolitik, nämlich eine Abkehr von der kategorischen Ablehnung der Menschenrechte als „bürgerlichem“ Konzept und eine Hinwendung zu einer teilweisen und zögerlichen Akzeptanz der internationalen Menschenrechtsstandards und -grundsätze. China hat sechs der neun grundlegenden Menschenrechtskonventionen ratifiziert. Zugleich hat es aber stets behauptet, das „Recht auf Existenzsicherung“ (生存权, ein Recht, das in den internationalen Menschenrechtsvorschriften nicht vorkommt) und das Recht auf Entwicklung (发展权) seien die „wichtigsten Menschenrechte“. Auf der Weltkonferenz über Menschenrechte, die am Ende des Kalten Krieges 1993 in Wien mit dem Ziel stattfand, die Universalität und Unteilbarkeit aller Menschenrechte zu bekräftigen, erklärte China:

„Menschenrechte zu schützen und zu achten bedeutet für sehr viele Entwicklungsländer in erster Linie, zu gewährleisten, dass das Recht auf Existenzsicherung und Entwicklung uneingeschränkt umgesetzt werden kann. Das Argument, Menschenrechte seien die Voraussetzung für Entwicklung, ist nicht haltbar. Wenn Armut und Mangel an angemessener Nahrung und Kleidung an der Tagesordnung und die Grundbedürfnisse der Menschen nicht gewährleistet sind, sollte der wirtschaftlichen Entwicklung Vorrang eingeräumt werden. Andernfalls braucht man nicht über Menschenrechte zu sprechen.“⁴

Mit der globalen Finanzkrise im Jahr 2008 ist das Vertrauen in „das chinesische Modell“ gewachsen. Gleichzeitig lösten die so genannten Farben-Revolutionen, die zu Beginn der 2000er Jahre in einer Reihe von Ländern stattgefunden hatten, in Peking ein zunehmendes Gefühl der Bedrohung von außen aus. 2013 forderte das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas in einer Verlautbarung, die Partei müsse verstärkt die Führung und Lenkung auf dem „ideologischen Schlachtfeld“ übernehmen. In dem Dokument, das gemeinhin als *Dokument Nr. 9* bezeichnet wird, wird vor sieben Gefahren gewarnt, die die Kommunistische Partei zu untergraben drohen, darunter das Werben für universelle Werte.⁵

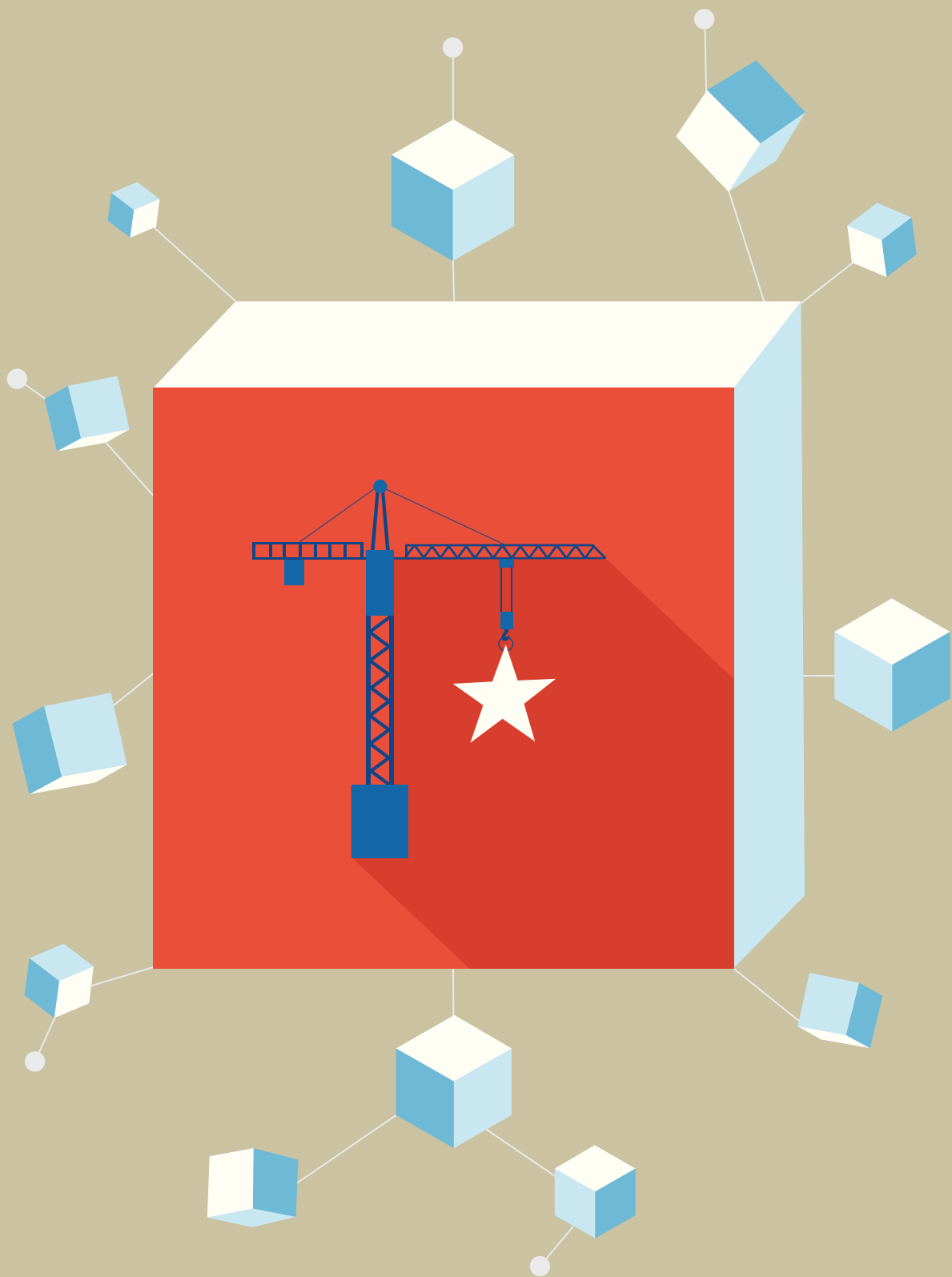
In den vergangenen zehn Jahren ist Peking in seinem Umgang mit der internationalen Menschenrechtsordnung von einer defensiven Haltung zu einer eher proaktiven Strategie übergegangen. China ist zu einem aktiven internationalen Akteur in der Normensetzung geworden, der versucht, die „westliche Hegemonie im Bereich der

Menschenrechte zu brechen“ (打破西方人权霸权) und die „internationale Menschenrechtspolitik“ zu verändern.⁶ In einer Reihe von vielbeachteten Reden auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos und bei den Vereinten Nationen in Genf und New York 2017 stellte Xi Jinping das Konzept einer „Gemeinschaft mit geteilter Zukunft für die Menschheit“ (人类命运共同体; anfangs offiziell als „Schicksalsgemeinschaft der Menschheit“ übersetzt) vor. Dabei handelt es sich um die Vision einer Weltordnung, die die Souveränität, den Respekt für unterschiedliche politische Systeme und eine „Win-Win-Kooperation“ (合作共赢) zwischen den Staaten in den Mittelpunkt rückt.⁷

2017 fand das Konzept einer „Gemeinschaft mit geteilter Zukunft für die Menschheit“ Eingang in eine vom UN-Menschenrechtsrat verabschiedete Resolution mit dem Titel „Beitrag zur Entwicklung der Verwirklichung aller Menschenrechte“.⁸ Im Juni 2020 verabschiedete der Rat eine von China unterstützte Resolution mit dem Titel „Förderung der beiderseitig vorteilhaften Zusammenarbeit im Bereich der Menschenrechte“, in der eine internationale Menschenrechtsordnung befürwortet wird, die auf der Zusammenarbeit zwischen Staaten und nicht auf der Rechenschaftspflicht und den Rechten des Einzelnen beruht.⁹

ENDNOTEN

- 1 Vereinte Nationen, „Universal Declaration of Human Rights“, 1948, <https://www.un.org/en/universal-declaration-human-rights/>.
- 2 Zum menschenrechtlichen Standpunkt der chinesischen Regierung siehe die Website der Chinesischen Gesellschaft zur Förderung der Menschenrechte: <http://chinahumanrights.org/>.
- 3 Informationsbüro des Staatsrats, „Human Rights in China“, November 1991, <http://www.china.org.cn/e-white/7/index.htm>.
- 4 H. Liu, „Vienna Conference Statement“, in S. Angle und M. Svensson (Hrsg.), *The Chinese Human Rights Reader: Documents and Commentary 1900-2000* (New York: M.E. Sharpe, 2001), S. 392.
- 5 „Document 9: A ChinaFile Translation, How Much Is a Hardline Party Directive Shaping China's Current Political Climate?“, *ChinaFile*, 8. November 2013, <https://www.chinafile.com/document-9-chinafile-translation>. In deutscher Übersetzung: „Dokument Nr. 9 der Kommunistischen Partei Chinas: „Kommuniqué zur aktuellen Situation im Bereich der Ideologie“, *Neican*, 26. April 2022, <https://www.neican.org/dokument-nr-9-der-kommunistischen-partei-chinas-kommunique-zur-aktuellen-situation-im-bereich-der-ideologie/>.
- 6 Ren Danhong, „Establish an International Communication Platform for Human Rights and Promote China's Discourse Power on Human Rights — A Review on Ten Years of Beijing Forum on Human Rights“, *China Society for Human Rights Studies*, 17. März 2019, http://www.chinahumanrights.org/html/2019/MAGAZINES_0517/13211.html.
- 7 Xi Jinping, „Work Together to Build a Community of Shared Future for Mankind. Speech by H.E. Xi Jinping President of the People's Republic of China At the United Nations Office at Geneva Geneva, 18 January 2017“, *Xinhua*, 19. Januar 2017, http://www.xinhuanet.com/english/2017-01/19/c_135994707.htm.
- 8 Resolution 41/19 des UN-Menschenrechtsrats, *The Contribution of Development to the Enjoyment of All Human Rights*, A/HRC/RES/41/19, Digitale Bibliothek der Vereinten Nationen, 17. Juli 2019, <https://digitallibrary.un.org/record/3834575>.
- 9 „UN Rights Body Adopts China-sponsored Resolution on Mutually Beneficial Cooperation“, *Xinhua*, 23. Juni 2020, http://www.xinhuanet.com/english/2020-06/23/c_139159324.htm.



MODERNISIERUNG

【现代化】

MARINA RUDYAK

KURZGEFASST

Nach einer weltweit geteilten Auffassung ist die Moderne eng mit dem Fortschritt verbunden. Modernisierung bezeichnet den Entwicklungsprozess von einer „vormodernen“ oder „traditionellen“ zu einer „modernen“ Gesellschaft. Im westlichen Denken wird die Modernisierung nicht nur mit technischem Fortschritt, sondern auch mit Säkularisierung, Demokratisierung und der Förderung der Menschenrechte in Verbindung gebracht. Sie ist eng mit den Ideen der Aufklärung und der Rationalität verknüpft.

Der Gedanke, dass Modernisierung nicht „Verwestlichung“ bedeutet, ist schon lange vor der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) entstanden. „Chinesisches als Substanz, westliches für die Praxis“ (中体西用) war der Slogan chinesischer reformorientierter Intellektueller nach der Niederlage in den Opiumkriegen. Dieser Ansatz wurde von der KPCh übernommen, deren Führer betonten, dass China keine „Modernisierung nach westlichem Vorbild“, sondern eine „Modernisierung im chinesischen Stil“ (中国式现代化) anstreben werde. Eine, die die Industrie, die Landwirtschaft, die Armee sowie Wissenschaft und Technologie modernisiert – aber keine politische Liberalisierung oder Demokratie beinhaltet. Letzteres hat, nach Ansicht der KPCh, zu sozialen Konflikten in den westlichen Gesellschaften geführt – ein Schicksal, vor dem China nur durch die Führung der KPCh und eine sozialistische Modernisierung bewahrt werden könne (社会主义现代化).¹

ANALYSE

Li Shulei, der einst die Propagandaabteilung der KPCh leitete, beschrieb die Modernisierung als etwas, das China zunächst vom Westen aufgezwungen, dann aber zu einer inneren Notwendigkeit wurde.² Diese Ansicht ist tief im historischen Gedächtnis Chinas verankert. Seit der Niederlage gegen die technisch überlegenen Nationen Großbritannien und Japan im 19. Jahrhundert wurde technologische Modernisierung als der Weg für China gesehen, Rückständigkeit und nationale Demütigung zu überwinden. Über den Kampf für nationale

Selbstbestimmung war Modernisierung zudem eng mit dem Antiimperialismus verknüpft.

Sun Yat-sen, der als der „Vater des modernen China“ gilt, vertrat in den *Drei Prinzipien des Volkes* (1911) die Auffassung, dass die Steigerung der „Volkswohlfahrt“ (民生) durch wirtschaftliche und industrielle Entwicklungsprogramme Voraussetzung für den Aufbau eines „Nationalismus“ (民族主义) – im Sinne nationaler Identität – und die Verwirklichung der nationalen „Selbstbestimmung“ (自决权) sei.³ Bis heute beanspruchen sowohl die KPCh als auch die Guomindang (KMT, heute eine der Regierungsparteien in Taiwan) das geistige Erbe Sun Yat-sens für sich. In Suns Fußstapfen sahen Chen Duxiu und Li Dazhao, die 1921 die KPCh gründeten, die Modernisierung als Kernstück des antiimperialen und antikolonialen Kampfes und als Mittel zur Verbesserung der Lebensgrundlagen der Menschen sowie zum Ausbau der Kapazitäten für eine unabhängige Entwicklung.

Überdies verbanden die frühen Kommunisten Chinas Modernisierungsbestrebungen mit denen anderer armer Länder: Der spätere Präsident der VR China Liu Shaoqi erklärte 1945, dass der von China eingeschlagene Pfad wegweisend sein würde für südostasiatischen Länder, die sich in einer ähnlichen Situation befänden.⁴ Später wurde das Modernisierungsbestreben Chinas durch seine Auslandshilfe auf andere Länder ausgedehnt.

Beginnend mit Mao Zedong machten die Führer der KPCh deutlich, dass China eine „sozialistische Modernisierung“ anstreben würde. In der Mao-Ära bedeutete das, dem Beispiel der Sowjetunion folgend, Industrie, Landwirtschaft, Verteidigung sowie Wissenschaft und Technologie zu modernisieren. Der „Große Sprung nach vorn“ war Maos Versuch, die Umwandlung der chinesischen Wirtschaft von einem Agrar- zu einem Industriestaat zu beschleunigen – was in der größten Hungersnot der Weltgeschichte mündete.

Die „Vier Modernisierungen“ in Industrie, Landwirtschaft, Verteidigung sowie Wissenschaft und Technologie wurden in Folge zum Kernstück von Deng Xiaopings Reform- und Öffnungspolitik nach 1978. Gegenüber dem Westen argumentierte Deng: „Unsere vier Modernisierungen sind vier Modernisierungen im chinesischen Stil.“⁵ Dazu gehörten die „sozialistische Marktwirtschaft“ mit einer Kombination aus staatlichen Elementen und der Privatwirtschaft, der Einsatz ausländischer Technologie und politische Experimente. Die Forderungen nach einer „Fünften Modernisierung“, die von der Demokratiemauer-Bewegung um Wei Jingsheng vorgebracht wurden, lehnte Deng jedoch ab: Demokratie im liberalen Sinne.

Xi Jinping hat die Modernisierung im chinesischen Stil als Weg zur „großen Renaissance der chinesischen Nation“ bezeichnet, die China bis zum 100-jährigen Bestehen der Volksrepublik im Jahr 2049 erreichen will.⁶ Ein Meilenstein auf diesem Weg ist es, bis 2035 „gemeinsamen Wohlstand“ zu erlangen und ein Land mit mittlerem Einkommen zu werden. Im Jahr 2022 wurde auf dem 20. Parteitag das Ziel der „Modernisierung im chinesischen Stil“ in die Parteiverfassung aufgenommen.

Der Modernisierungsdiskurs der Partei in der Xi-Ära hat einen tiefen moralischen Unterton: Es wird postuliert, dass China im Gegensatz zum „alten Weg der kapitalzentrierten, polarisierenden und expansionistischen westlichen Modernisierung“ eine bessere, „volkszentrierte Entwicklung“ verfolge und Chinas „Demokratie im Gesamtprozess“ für die Modernisierung besser geeignet sei als die liberale Demokratie.⁷ Unter Verweis auf Sun Yat-sens Vision der Modernisierung erklärte Xi Jinping 2020, dass China auf seinem Modernisierungspfad weit über das hinausgekommen sei, was Sun sich vorgestellt habe – und nur die KPCh sei in der Lage gewesen, dies zu erreichen.⁸ Liberale Stimmen warnen jedoch davor, dass das Primat der Ideologie vor der Wirtschaft bei Xis Modernisierung im chinesischen Stil die Räume für politische Innovationen geschlossen hat, die den Erfolgsweg der chinesischen Modernisierung überhaupt erst ermöglicht haben.⁹

ENDNOTEN

- 1 Qu Qingshan, „深刻理解中国式现代化的科学内涵“ [Die wissenschaftliche Bedeutung der Modernisierung im chinesischen Stil tief durchdringen], *Study Times*, 4. November 2022, <http://dangjian.people.com.cn/n1/2022/1104/c117092-32558696.html>.
- 2 Li Shulei, 我观观音 [Meine Guanyin], (Taishan Verlag, 1992), S. 22.
- 3 P. Linebarger, The Political Doctrines of Sun Yat-Sen (The Johns Hopkins Press, 1937).
- 4 A. L. Strong, „The Thought of Mao Tse-Tung“, *Amerasia*, Juni 1947.
- 5 Zentrale Disziplinarkommission der KPCh, „40年40组关键词‘从‘四个现代化’到‘两个一百年’“ [„40 Jahre und 40 Schlagworte“ – Von „Vier Modernisierungen“ zu „Zwei Jahrhundertzielen“], 16. November 2018, <http://web.archive.org/web/20221031223645/https://www.nhcdi.gov.cn/nhcdi/ShowArticle.asp?ArticleID=1218>.
- 6 „习近平强调，以中国式现代化全面推进中华民族伟大复兴“ [Xi Jinping betont, die große Renaissance der chinesischen Nation durch Modernisierung chinesischen Stils umfassend voranzutreiben], *Xinhua*, 16.10.2022, http://www.gov.cn/xinwen/2022-10/16/content_5718810.htm.
- 7 Huang Qunhui, „中国式现代化道路新在哪里 (学术圆桌)“ [Was macht den chinesischen Weg zur Modernisierung so einzigartig? (Akademischer Runder Tisch)], *Volkszeitung*, 10. Oktober 2022, <http://theory.people.com.cn/n1/2022/1010/c40531-32541999.html>.
- 8 Zhang Yitian, Wu Dan und Yin Peng, „以中国式现代化推进中华民族伟大复兴 (领航中国)“ [Die große Renaissance der chinesischen Nation durch Modernisierung im chinesischen Stil vorantreiben (Navigating China)], *Volkszeitung*, 8. September 2022, S. 1, http://paper.people.com.cn/rmrb/html/2022-09/08/nw.D110000renmrb_20220908_1-01.htm.
- 9 Zhang Jun, „What's Happened to China's Economy?“, *Project Syndicate*, 5. Oktober 2022, <https://www.project-syndicate.org/commentary/covid-lockdowns-centralization-impact-on-china-growth-by-zhang-jun-2022-10>.



MULTILATERALISMUS

【多边主义】

MARINA RUDYAK

KURZGEFASST

Im Kontext der Vereinten Nationen bezeichnet „Multilateralismus“ üblicherweise ein koordiniertes diplomatisches Zusammenwirken von drei oder mehr Staaten (oder anderen Akteuren), das im Rahmen internationaler Organisationen und in Übereinstimmung mit deren Regeln erfolgt. Häufig wird „Multilateralismus“ synonym für „multilaterale Ordnung“ verwendet, womit vor allem die Ordnung gemeint ist, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg herausgebildet hat und Organisationen wie die Vereinten Nationen, NATO, Weltbank, IWF und EU umfasst. So bildet der „Multilateralismus“ die Quelle für die Regeln und Standards der internationalen Zusammenarbeit (wie die Agenda 2030 mit ihren 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung und das Pariser Klimaabkommen), während die „multilaterale Ordnung“ im Wesentlichen die liberale Weltordnung bezeichnet.

Die chinesische Regierung hebt insbesondere in ihrer englischsprachigen Kommunikation häufig Chinas Engagement für den „Multilateralismus“ hervor. Als Beispiel führt sie die Neue Seidenstraße (Belt and Road Initiative, BRI) an und erklärt, dass „mehr als 160 Länder und internationale Organisationen BRI-Kooperationsdokumente mit China unterzeichnet haben“.¹ Allerdings kritisiert Chinas Führung das bestehende regelbasierte multilaterale System, vor allem nach innen. Es sei nicht „fair und gerecht“, sondern schütze „die Eigeninteressen einer bestimmten Gruppe“.² Die Neue Seidenstraße wird dagegen als alternativer, auf „gemeinsamen Konsultationen“ beruhender „Multilateralismus chinesischer Prägung“ dargestellt, bei dem die Zusammenarbeit mit anderen Ländern nicht auf allgemein verbindlichen Regeln für die internationale Zusammenarbeit fußt, sondern auf bilateralen Vereinbarungen. Chinas Vision des Multilateralismus ist also eher ein „Multi-Bilateralismus“.

ANALYSE

Nach seinem Amtsantritt im Jahr 2013 leitete Xi Jinping eine außenpolitische Hinwendung zu einer proaktiveren „Großmachtdiplomatie“ ein, deren sichtbarster Ausdruck die BRI ist. Das ursprünglich auf eine

engere Zusammenarbeit mit den Nachbarländern ausgerichtete Projekt wurde rasch zu einer global ausgerichteten Initiative ausgeweitet. In der englischsprachigen Kommunikation betonen die chinesische Führung und die KPCh-Vertreter immer wieder, dass China ein „Verfechter des Multilateralismus“ sei und „am Multilateralismus festhalten“ werde oder dass China sich verpflichtet habe, „den Multilateralismus aufrechtzuerhalten“.

Für Xi Jinping besteht das Ziel des Multilateralismus darin, eine „Schicksalsgemeinschaft der Menschheit“ (人类命运共同体, heute oft übersetzt mit: „Gemeinschaft mit geteilter Zukunft“) aufzubauen. Dementsprechend sollte der Multilateralismus „nicht nach alter Manier die engen Eigeninteressen einer Gruppe sichern“.³ Eine in diesem Zusammenhang oft gefällte Aussage ist, dass „internationale Regeln von allen Ländern gemeinsam verfasst werden sollten“ – was impliziert, dass das derzeitige multilaterale System ungerecht sei und die bestehenden Regeln umgeschrieben werden müssten. Die chinesischen Staatsmedien bezeichnen diesen Ansatz als „Xiplomatie“ (习式外交).

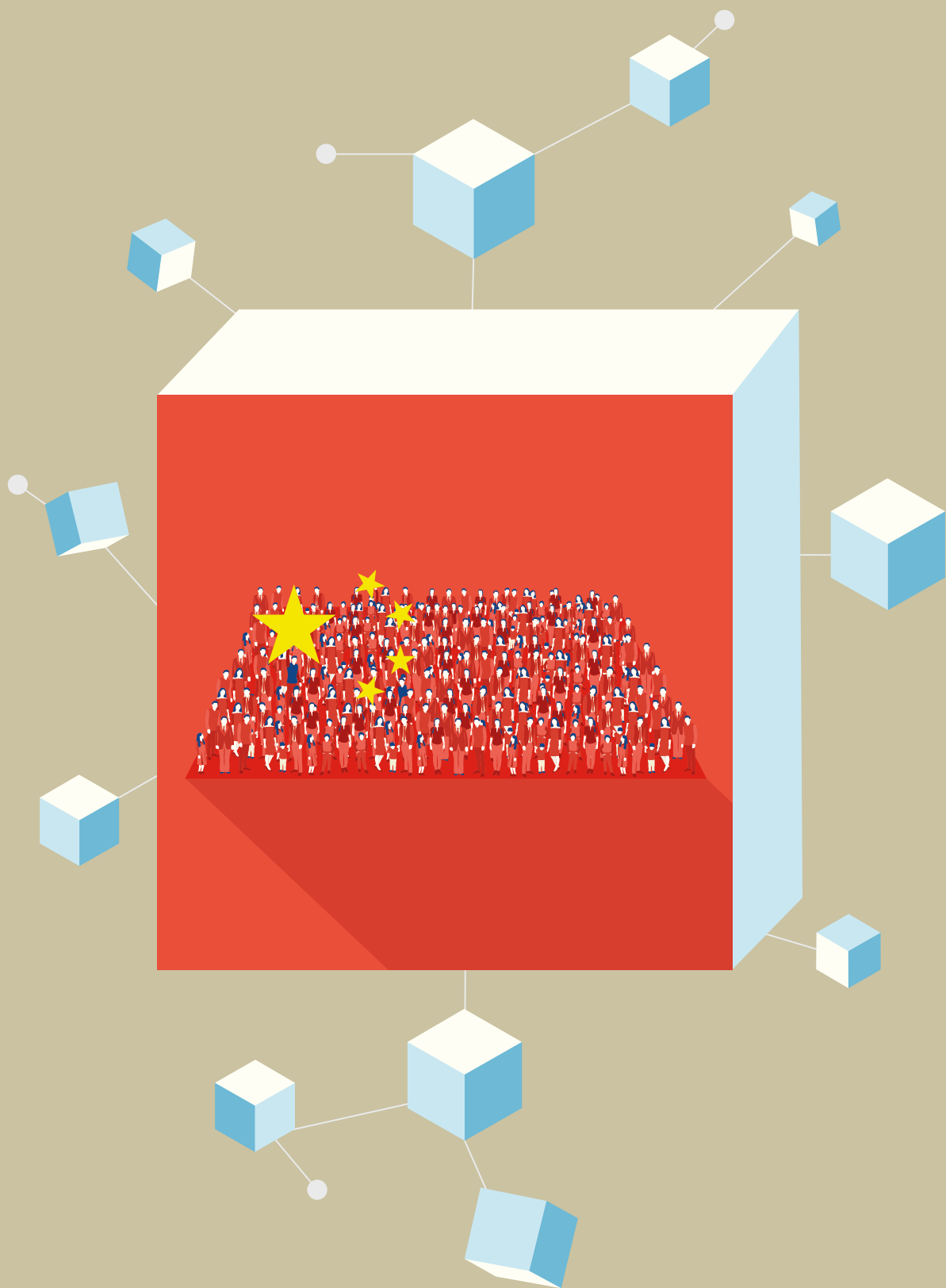
Im Oktober 2019 erschien in der KPCh-Zeitschrift *Study Times* (学习时报) ein Artikel mit dem Titel „Mit Xi-Jinping-Gedanken den Multilateralismus chinesischer Prägung fördern“, der von der Abteilung für politische Planung des Außenministeriums verfasst wurde. Darin heißt es, dass „internationale Angelegenheiten von allen Ländern durch Konsultationen, nach von allen Ländern vereinbarten Regeln und unter Berücksichtigung der legitimen Interessen und berechtigten Anliegen aller Länder behandelt werden sollten“.⁴ Darüber hinaus hob das Außenministerium hervor, dass die Wurzeln dieser Auffassung von Multilateralismus bis in die Frühlings- und Herbstperiode der chinesischen Antike (770-476 v. Chr.) zurückreichen: „Im alten China gab es große Ereignisse wie die Treffen von Kuiqiu und Zhangye, die die traditionelle politische Kultur der Suche nach Gemeinsamkeiten bei gleichzeitiger Wahrung der Unterschiede, der Einhaltung von Verträgen und Versprechen sowie der Zusammenarbeit durch Konsultation widerspiegeln“.

In seinem Bericht an den 19. Nationalen Volkskongress beschrieb Xi Jinping seine Vision des Multilateralismus als „Dialog ohne Konfrontation, Partnerschaft ohne Allianzen“ (对话而不对抗、结伴而不结盟), und deutete damit an, dass China allgemein verbindliche Regeln für die internationale Zusammenarbeit ablehnt, sich aber mit anderen Ländern in bilateralen Konsultationen austauschen wird.⁵ Ein jüngeres Beispiel dafür ist der Versuch der G20, sich auf eine multilaterale Lösung für den Schuldenerlass für die von der Covid-19-Pandemie betroffenen Länder Afrikas zu einigen. China erklärte, dass es multilaterale Ansätze unterstützt, die einkommensschwachen Ländern helfen

sollen, angemessen auf Überschuldungsrisiken zu reagieren, *und* dass es bereit sei, mit den betroffenen Ländern über bilaterale Kanäle zu kommunizieren.⁶

ENDNOTEN

- 1 „Xi Jinping - A Champion of Multilateralism in a World of Contradictions“, *Xinhua*, 19. November 2019, http://www.xinhuanet.com/english/2019-11/19/c_138567337.htm..
- 2 Abteilung für politische Planung des Außenministeriums der VR China, „以习近平外交思想为指引深入推进中国特色多边主义“ [Mit Xi-Jinping-Gedanken zur Diplomatie umfassend den Multilateralismus chinesischer Prägung vorantreiben], *Qiushi*, 25. Oktober 2019, http://www.qstheory.cn/llwx/2019-10/25/c_1125151043.htm.
- 3 Ebd.
- 4 Ebd.
- 5 „习近平提出，坚持和平发展道路，推动构建人类命运共同体“ [Xi Jinping schlägt vor, am Weg der friedlichen Entwicklung festzuhalten und den Aufbau einer Gemeinschaft der Menschheit mit geteilter Zukunft voranzutreiben], *Xinhua*, 18. Oktober 2017, http://www.xinhuanet.com/politics/19cpcnc/2017-10/18/c_1121821003.htm.
- 6 „中方是否将减免非洲最贫穷国家债务？外交部回应“ [Wird China den ärmsten afrikanischen Staaten die Schulden erlassen? Antwort des Außenministeriums], Global Times Online, 7. April 2020, <https://world.huanqiu.com/article/3xk2j94JzGf>.



NATION

【国家】

JERKER HELLSTRÖM

KURZGEFASST

Unter „Nation“ versteht man in der Regel eine Gemeinschaft von Menschen, die in einem bestimmten Gebiet oder Land leben und sich durch eine eigene Regierung, Sprache, Geschichte und Traditionen auszeichnen.

Die chinesische Sprache unterscheidet nicht zwischen Nation, Land und Staat und verwendet diese Begriffe bei der Übersetzung des Worts *guojia* (国家) austauschbar. Der Begriff „chinesische Nation“ bezieht sich entweder im engeren Sinne auf die 1949 gegründete Volksrepublik (VR) China und auf die historischen Reiche, die verschiedene Teile des Territoriums kontrollierten, das die VR China heute für sich beansprucht, oder im weiteren Sinne auf den Begriff einer chinesischen Super-Ethnie, *zhonghua minzu* (中华民族). Letzteres ist ein Sammelbegriff des Parteistaates, der sowohl alle Bürger:innen der VR China als auch die chinesische Diaspora umfasst.¹

Die chinesischen Begriffe, die in der Außenkommunikation oft einheitlich mit „Nation“ übersetzt werden, sind mit Vorstellungen wie Ethnizität und Zivilisation verbunden. Da das offizielle Narrativ die chinesische Nation mit dem von der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) geführten Staat gleichsetzt, beinhaltet Patriotismus – die Liebe zur Nation (爱国) – die Liebe zur Kommunistischen Partei und die Loyalität gegenüber dem von der Partei kontrollierten Staat.²

ANALYSE

Die Grenzen des modernen Nationalstaates werden durch die Staatsbürgerschaft festgelegt. Im offiziellen und populären Diskurs Chinas wird die Zugehörigkeit einer Person zur chinesischen Nation jedoch in erster Linie durch ihre Ethnizität bestimmt. Alle Personen mit mindestens teilweiser *Han*-chinesischer Abstammung, egal ob sie Staatsbürger:innen der VR China sind oder ausländische Staatsangehörige, werden vom chinesischen Staat als Teil der chinesischen Nation betrachtet.³ Diese Auffassung hat potenzielle Auswirkungen für alle

Personen mit chinesischen Vorfahren, einschließlich einer Diaspora von nicht weniger als 60 Millionen Menschen.⁴

Der chinesische Staat teilt die Diaspora der „chinesischen Nation“ in drei Hauptgruppen ein: Staatsangehörige der VR China, die sich im Ausland aufhalten, *huaqiao* (华侨); im Ausland eingebürgerte „Chines:innen“, *huaren* (华人) und Menschen mit chinesischer Abstammung, die im Ausland geboren sind, *huayi* (华裔).⁵ Diese drei Gruppen umfassen nur Han-Chines:innen im Ausland. Es gibt Überlegungen eine vierte Kategorie, für chinesische ethnische Minderheit im Ausland einzuführen, die Nicht-Han mit Wurzeln aus der VR China umfassen soll, *shaoshu-minzu huaqiao huaren*, (少数民族华侨华人).

Die chinesische Führung erwartet von diesen „Söhnen und Töchtern Chinas“, einschließlich der „chinesischen Landsleute im Ausland“⁶ einen Beitrag zur Wahrung der nationalen Interessen, wie der Verwirklichung des „chinesischen Traums von der großen Renaissance der chinesischen Nation“ (中华民族伟大复兴的中国梦). Der 2012 von KPCh-Generalsekretär Xi Jinping offiziell eingeführte Slogan ist ein Euphemismus für die Stärkung des chinesischen Parteistaats.

Nach offizieller Darstellung ist die chinesische Nation der einzige „Zivilisationsstaat“ (文明型国家) der Welt.⁷ Gemeint ist damit, dass das Gebiet, in dem die chinesische Bevölkerung beheimatet ist, einzigartig ist im Hinblick auf seine antike Geschichte, territoriale Ausdehnung und technologische Entwicklung.⁸ Nach Pekings Interpretation beruht die chinesische Nation auf einer etwa fünftausend Jahre alten Zivilisation.⁹ Um ihre Version der chinesischen Geschichte zu untermauern, hat die chinesische Regierung ein Projekt zur Erforschung der chinesischen Zivilisation initiiert.¹⁰

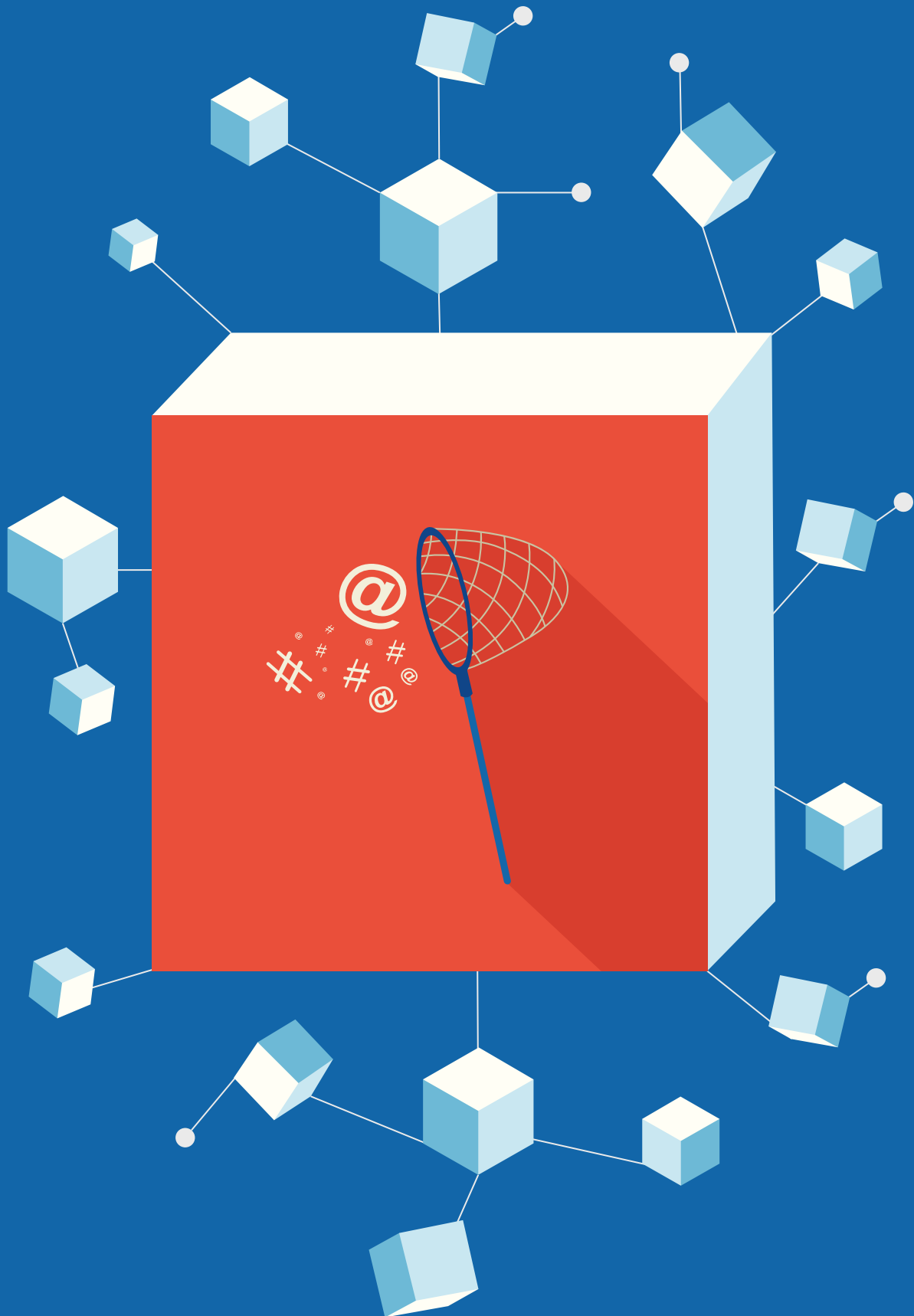
Der Parteistaat erhebt Anspruch darauf, die chinesische Nation zu vertreten. Damit vereinnahmt das chinesische Regime nicht nur die Bürger:innen anderer Staaten und die Geschichte antiker Reiche. Der Begriff der „nationalen Souveränität und territorialen Integrität“ (国家主权和领土完整) umfasst auch Gebiete, die sich außerhalb der administrativen Kontrolle der KPCh befinden, wie z. B. Taiwan. Vor der Gründung der VR China schloss die kommunistische Bewegung Taiwan hingegen ausdrücklich aus dem chinesischen Staatsgebiet aus.¹¹ Das war auch in der Verfassung der Nationalregierung der Republik China aus dem Jahr 1912 der Fall.¹²

Der offizielle Name der chinesischen Nation im territorialen Sinn ist China (中国, *Zhongguo*) oder die Volksrepublik China (中华人民共和国). Wenn China als *dalu* (das Festland, 大陆) oder *neidi* (Binnenland, 内地) bezeichnet wird, bedeutet dies implizit, dass China und Taiwan Teil derselben Nation sind. Taiwan:innen sprechen daher von „China“

(Zhongguo), dann im Allgemeinen mit der Konnotation, dass es sich um ein von Taiwan getrenntes Land handelt.

ENDNOTEN

- 1 R. Ma, „A New Perspective in Guiding Ethnic Relations in the 21st Century: ‚De-Politicization‘ of Ethnicity in China“, *Procedia - Social and Behavioral Sciences*, Bd. 2, Nr. 5 (2010), S. 6831-6845, <https://doi.org/10.1016/j.sbspro.2010.05.034>.
- 2 Huang Xuanguai, „坚持爱国和爱党、爱社会主义高度统一“ [Am hohen Maß an Einheit von Liebe zum Land, zur Partei und zum Sozialismus festhalten], *Zeitung der Volksbefreiungsarmee*, 24. Mai 2019, http://www.mod.gov.cn/jmsd/2019-05/24/content_4842203.htm.
- 3 O. Almén, „The Chinese Communist Party and the Diaspora – Beijing’s Extraterritorial Authoritarian Rule“, Stockholm: Swedish Defence Research Agency, März 2020, <https://www.foi.se/rest-api/report/FOI-R--4933--SE>.
- 4 An Baijie, „Overseas Chinese Can Help Build Belt, Road“, *China Daily*, 13. Juni 2017, https://web.archive.org/web/20220802092431/http://www.chinadaily.com.cn/china/2017-06/13/content_29719481.htm.
- 5 Ebd.
- 6 „关于“中国梦”，习近平总书记是这样描绘的“ [So beschreibt Generalsekretär Xi Jinping den Chinesischen Traum], *Xinhua*, 30. November 2018, http://www.xinhuanet.com/zgjx/2018-11/30/c_137641470.htm.
- 7 Informationsbüro des Staatsrats, „张维为：中国崛起与文明型国家的逻辑“ [Zhang Weiwei: Der Aufstieg Chinas und die Logik eines Zivilisationsstaates], 25. Februar 2014, <http://www.scio.gov.cn/zhzc/10/Document/1364673/1364673.htm>.
- 8 Al Jazeera, „Talk to Al Jazeera - Zhang Weiwei: The China Wave“, *Youtube*, 12. Januar 2012, <https://www.youtube.com/watch?v=JvhBUowHLiU>.
- 9 „Full Text of the Chinese Communist Party’s New Resolution on History“, *Nikkei Asia*, 19. November 2021, <https://asia.nikkei.com/Politics/Full-text-of-the-Chinese-Communist-Party-s-new-resolution-on-history>; „Resolution of the Central Committee of the Communist Party of China on the Major Achievements and Historical Experience of the Party over the Past Century“, *China Daily*, 18. November 2021, <http://ex.chinadaily.com.cn/exchange/partners/82/rss/channel/language/columns/v0m20b/stories/WS6195aa45a310cdd39bc75fe0.html>.
- 10 „中华文明探源工程的“来龙去脉“ [Die Hintergründe und Entwicklung des Projekts zur Erforschung der Ursprünge der chinesischen Zivilisation], *Study Times*, 22. August 2022, http://www.dangjian.com/shouye/dangjianwenhua/wenhudaguan/202208/t20220822_6456225.shtml.
- 11 毛泽东最初并不想要台湾? [Wollte Mao Zedong Taiwan ursprünglich gar nicht?], *Deutsche Welle*, 2. August 2022, <https://www.dw.com/zh/%E6%AF%9B%E6%B3BD%E4%B8%9C%E6%9C%80%E5%88%9D%E5%B9%B6%E4%B8%8D%E6%83%B3%E8%A6%81%E5%8F%B0%E6%B9%BE/a-62943128>.
- 12 中华民国临时约法 [Provisorische Verfassung der Republik China], 1912, <https://web.archive.org/web/20220420000351/https://www.gongfa.com/linshiyuefa.htm>.



OFFENES UND FREIES INTERNET 【自由开放的网络】

KATJA DRINHAUSEN

KURZGEFASST

In den vergangenen Jahrzehnten hat sich das Internet zur globalen Grundlage für Kommunikation und Handel entwickelt. Die Vereinten Nationen fordern ein offenes, freies und sicheres Internet, in dem die Menschenrechte uneingeschränkt geschützt sind. Sie befürworten ein Multi-Stakeholder-System zur Regulierung des Internets, das auch die Zivilgesellschaft einbezieht. Zunehmend jedoch schränken Staaten Informationsflüsse ein – sei es aus Gründen des Datenschutzes, der Datensicherheit, Bekämpfung von Desinformation, aus Interessen nationaler Sicherheit, oder zur Wahrung politischer Kontrolle.

In internationalen Foren unterstützt China ein offenes Internet und betont dessen wirtschaftliches Potenzial. Im Inland brachte die von der Regierung vorangetriebene rasante Digitalisierung zwar erhebliche Vorteile für Kommunikation, Handel und die öffentliche Verwaltung, doch zugleich hat die Volksrepublik auch eines der umfassendsten Zensursysteme der Welt geschaffen. Der grenzüberschreitende Informationsfluss wird massiv beschränkt, um die von der Partei wahrgenommenen ideologische Risiken einzudämmen.¹

Durch Exporte, Kredite und Kooperationsabkommen tragen die chinesische Regierung und chinesische Telekommunikationsunternehmen maßgeblich zum Ausbau von Konnektivität in anderen Staaten bei, insbesondere im Globalen Süden. Dadurch können Länder ihren Internetzugang erweitern und durch Digitalisierung neue Möglichkeiten erschließen. Allerdings gibt China auch seine Technologien und Ansätze zur Internetkontrolle weiter. Cybersicherheit und Cybersouveränität sind die Schlüsselbegriffe in Chinas Vision von Internet-Governance. In diesem Verständnis ist ein „freies“ Internet nur das, was nach der Durchsetzung staatlicher Interessen verbleibt.

ANALYSE

In den 1990er-Jahren spiegelten Konzepte wie Netzneutralität eine utopische Vision des Internets als globalen öffentlichen Raum frei von staatlicher Kontrolle wider. Obwohl sich dies als unrealistisch erwies, sind Verpflichtungen zu einem freien und offenen Internet nach wie vor in internationalen Normen verankert – zuletzt etwa im Global Digital Compact der Vereinten Nationen von 2024.² Mit über 1,1 Milliarden Internetnutzern und vielen der weltweit größten Technologieunternehmen ist China heute ein wichtiger Akteur bei der Formulierung globaler Konzepte und Standards für Internet-Governance.

Chinas Führung erkannte schon früh das Potenzial des Internets. Seit den 1990er Jahren zielte die Regierung darauf ab, mit politischen Plänen die Digitalisierung voranzutreiben und rief später das Ziel aus, China als „Digitalmacht“ zu etablieren (网络强国; auch als Cyber-Großmacht übersetzt).³ Mit beachtlichem Erfolg: Die Digitalwirtschaft ist mittlerweile ein wichtiger Wachstumstreiber, auch in ländlichen Regionen. Chinas Kommunikationsplattformen vernetzen Bürger und bieten Zugang zu Informationen, während die Digitalisierung öffentlicher Dienstleistungen die Effizienz gesteigert hat.

Doch der Parteistaat war von Beginn zutiefst besorgt über die ideologischen Bedrohungen, die von einem ungezügelter Informationsfluss ausgehen. Parteichef Xi Jinping bezeichnete das Internet als zentrales „Schlachtfeld“ zur Gewährleistung der „ideologischen Sicherheit“ und warnte vor einer „westlichen Unterwanderung“. Die Partei bzw. China müsse „Online-Dominanz“ im In- und Ausland erringen.⁴ Während seiner Amtszeit wurden Cybersicherheit und Cybersouveränität zu Schlüsselbegriffen in Chinas Internet-Regulierung. Internationale Appelle zur Wahrung der Internetfreiheit in China werden hingegen meist als Versuch kritisiert, den inneren Zusammenhalt des Landes zu untergraben.

Die chinesische Regierung hat über Jahrzehnte ein hochentwickeltes System zur Internetkontrolle aufgebaut, das Technologie und Regulierung kombiniert, um inländische Informationsflüsse zu zensieren und den Zugang zu großen ausländischen Plattformen zu blockieren. Zunehmend wird auch der Zugriff aus dem Ausland auf die chinesische Informationssphäre verhindert. Regulierungen und Kampagnen zur Schaffung eines „zivilisierten“, „sauberen“ und „gesunden“ Internet nehmen einerseits Betrug und Falschinformationen, aber auch politische Meinungsäußerung ins Visier.

Das Internet ist in China nach wie vor ein Ort der öffentlichen Meinungsäußerung. Kommentatoren verwenden häufig Allegorien und Wortspiele, um soziale Themen kritisch zu diskutieren. Doch der

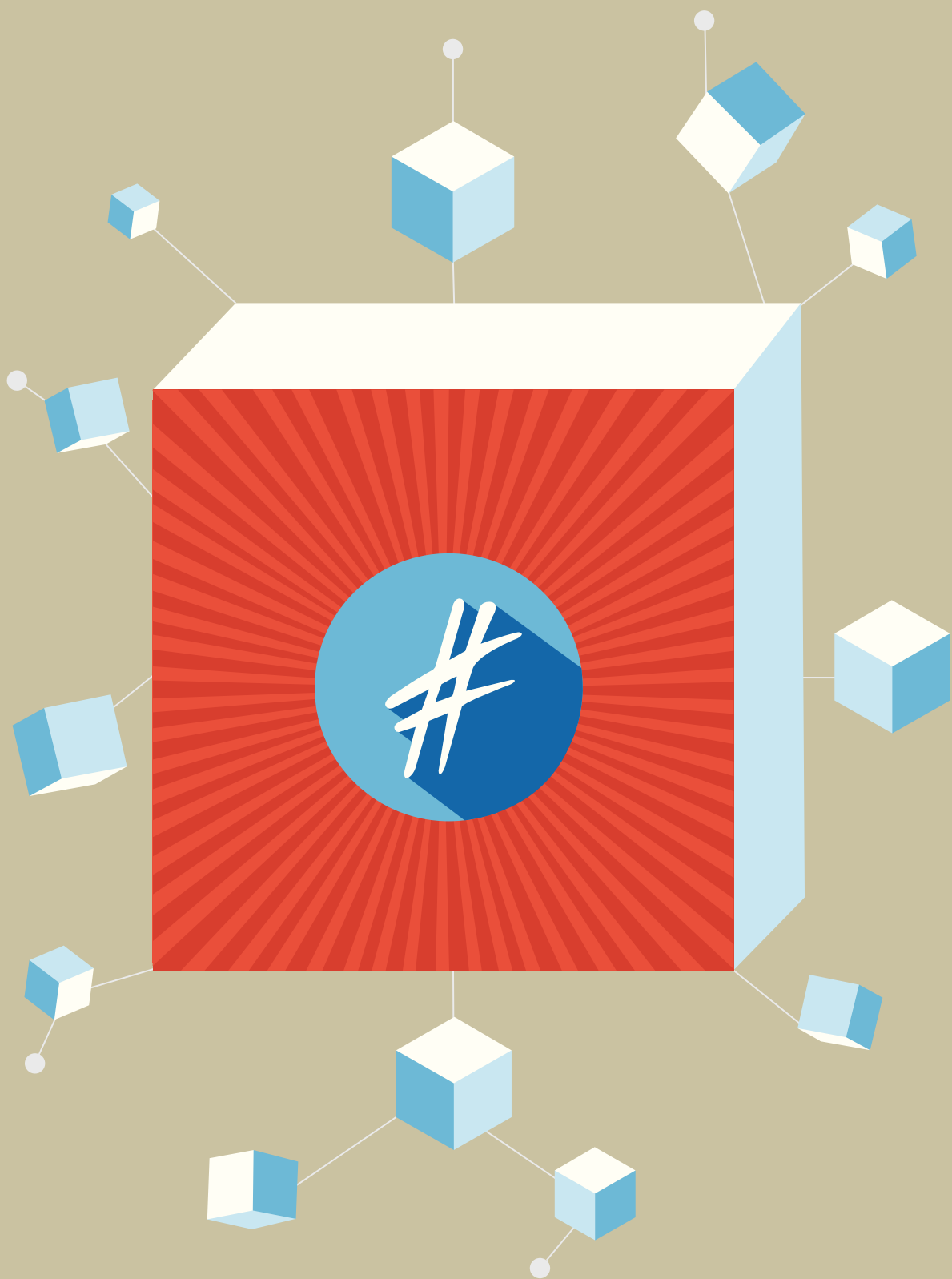
Regierung ist es weitgehend gelungen, politische Debatten und die Mobilisierung der Öffentlichkeit im Internet einzudämmen. Da nun künstliche Intelligenz die Art und Weise verändert, wie Bürger das Internet nutzen, nimmt China auch bei deren Regulierung eine Vorreiterrolle ein: Die Regierung verlangt von Entwicklern sicherzustellen, dass KI-generierte Inhalte den „sozialistischen Kernwerten“ entsprechen.

2015 stellte Xi Jinping seine Vision vom Aufbau einer „Gemeinschaft mit geteilter Zukunft im Internet“ (网络空间命运共同体) vor.⁵ Dieser Begriff ist seither zum festen Bestandteil von Chinas digitaler Diplomatie geworden und spielt eine wichtige Rolle in der Strategie für internationale Zusammenarbeit im Internet von 2017 sowie in einem entsprechenden Weißbuch von 2022.⁶ Während China zur internationalen Zusammenarbeit bei der Prävention von Cyberkriminalität und Konflikten aufruft, strebt es einen staatlich gelenkten Ansatz für die globale Internet-Governance an, in dem Unternehmen und insbesondere die Zivilgesellschaft eine nachgeordnete, unterstützende Rolle spielen.

Auf internationaler Ebene fordert China regelmäßig Maßnahmen zur Überwindung der globalen digitalen Kluft. Durch Abkommen, Kredite und den Aufbau digitaler Infrastruktur durch chinesische Unternehmen hilft China anderen Ländern, den Internetzugang auszubauen – und zugleich die digitale Kontrolle. Gleichzeitig verhängen immer mehr Länder aus Datenschutz- und Sicherheitsgründen Beschränkungen für chinesische Plattformen und Technologieanbieter. All diese Entwicklungen tragen zur Fragmentierung des globalen Internets bei, sodass die Vision eines freien und offenen digitalen Raums weiter in die Ferne rückt.

ENDNOTEN

- 1 J. Batke, L. Edelson, „The Locknet“, *ChinaFile*, 2025, <https://locknet.chinafile.com/the-locknet/intro/>.
- 2 Den vollständigen Text und weitere Hintergrundinformationen finden Sie unter: Vereinte Nationen, „Global Digital Compact“, 2025, <https://www.un.org/digital-emerging-technologies/global-digital-compact>.
- 3 „The CCP Dictionary: Strong Cyber Power“, *China Media Project*, 6. Mai 2021, https://chinamediaproject.org/the_ccp_dictionary/strong-cyber-power/.
- 4 Kommission für Entwicklung und Reform der Stadt Pingdingshan, „坚决打赢网络意识形态斗争——学习习近平总书记相关重要论述“ [Den ideologischen Kampf im Internet entschlossen gewinnen] – Studium der wichtigen Aussagen von Generalsekretär Xi Jinping], Zweitveröffentlichung aus: *Parteidokumente*, Ausgabe 6/2021, 10. Juni 2022, <https://fgw.pds.gov.cn/contents/22290/497167.html>.
- 5 Außenministerium der VR China, „Remarks by H.E. Xi Jinping President of the People's Republic of China At the Opening Ceremony of the Second World Internet Conference“, 16. Dezember 2015, https://www.mfa.gov.cn/eng/xw/zyjh/202405/t20240530_11341037.html.
- 6 „International Strategy of Cooperation on Cyberspace“, *Xinhua*, 1. März 2017, http://www.xinhuanet.com/english/china/2017-03/01/c_136094371.htm; „Jointly Build a Community with a Shared Future in Cyberspace“, *China Daily*, 7. November 2022, <https://www.chinadaily.com.cn/a/202211/07/WS63687246a3105ca1f2274748.html>.



ÖFFENTLICHE DIPLOMATIE

【公共外交】

DAVID BANDURSKI

KURZGEFASST

Der Begriff der „öffentlichen Diplomatie“ umfasst im weitesten Sinne die von Regierungen betriebene Pflege der öffentlichen Wahrnehmung in anderen Ländern und Bemühungen der interkulturellen Kommunikation. Aufgekommen in der Moderne der 1960er Jahre, sollte er eine Trennlinie ziehen zwischen einer internationalen Öffentlichkeitsarbeit der Regierung und dem anröchigen Begriff der Propaganda. In jüngerer Zeit hat sich die Idee einer „neuen öffentlichen Diplomatie“ herausgebildet, die auch die Aktivitäten nichtstaatlicher Akteur:innen, einschließlich der NGOs, beinhaltet.

In China ging der Trend in der Reformperiode und insbesondere seit den 1990er Jahren ebenfalls dahin, die internationale Öffentlichkeitsarbeit von der sogenannten Außenpropaganda abzugrenzen, die seit der Gründung der Volksrepublik China eine wichtige Stütze der Kommunistischen Partei Chinas ist. Seit 2013 jedoch haben die Zentralisierung der Macht der KPCh unter Xi Jinping und eine erneute Hinwendung zur ideologischen Konformität die externe Propaganda wieder in den Fokus gerückt, und zwar aus der Überzeugung heraus, dass staatliche Medien und sogar quasi-private Akteure international daran arbeiten sollten, „Chinas Geschichte richtig zu erzählen“ (讲好中国故事) und damit die für „umfassende nationale Macht“ (综合国力) so zentrale „internationale Diskursmacht“ (国际话语权) des Landes zu stärken.

ANALYSE

Im Januar 1991 gründete China, das nach der Niederschlagung der pro-demokratischen Proteste vom 4. Juni 1989 noch immer mit Sanktionen der EU und der USA belegt war, das Informationsbüro des Staatsrats, das im deutschen auch unter dem Namen Presseamt des Staatsrats firmiert. Die Aufgabe dieser Regierungsstelle besteht darin, „dem Ausland China zu erklären“.¹ Chinesische Expert:innen sehen in dieser institutionellen Veränderung ein Abrücken von der klassischen „Außenpropaganda“ und eine Hinwendung zu einem „Konzept der modernen öffentlichen Diplomatie“.² Die Zentrale

Propagandaabteilung der KPCh versuchte damit einmal mehr, ihren Informationsaktivitäten ein neues Image zu geben. Sie überschneidet sich faktisch mit dem Presseamt: die Propagandaabteilung ist vor allem für die Medienkontrolle im Inland zuständig und das Presseamt für externe Kommunikation. Sie veröffentlichte zu diesem Zweck eine Verlautbarung, nach der in der offiziellen englischen Übersetzung der Abteilung das Wort „Propaganda“ (宣传) formell in „Öffentlichkeitsarbeit“ (public relations) geändert wurde.³

Die ambivalente Doppelfunktion dieser beiden Stellen kann als Symbol für die Spannung gesehen werden, die in China zwischen „Außenpropaganda“ im Sinne einer rigideren, von der Partei kontrollierten Vermittlung von Botschaften einerseits und dem weiter gefassten Begriff der „öffentlichen Diplomatie“ andererseits besteht, mit dem die Notwendigkeit einer flexibleren und glaubwürdigeren Interaktion mit der ausländischen Öffentlichkeit gemeint ist.

Ende 2007 fand der von Joseph Nye geprägte Begriff „Soft Power“ auch in den offiziellen politischen Diskurs der VR China Eingang.⁴ Als China sich 2008 auf die Ausrichtung der Olympischen Spiele in Peking vorbereitete, die es als historische Chance verstand, seine Entwicklung der Welt zu präsentieren und seine „Soft Power“ zu stärken, sah das Land sich mit einer Welle der Kritik wegen seiner Menschenrechtsverletzungen konfrontiert. Dementsprechend konzentrierte sich der offizielle Parteidiskurs vor allem darauf, Chinas eher schwache „Diskursmacht“ gegenüber dem „sanften Druck“ der „parteiischen“ westlichen Medien hervorzuheben. Hu Jintao sprach von „kultureller Soft Power“ und dem zu vergrößernden Einfluss der traditionellen chinesischen Kultur als einer Schlüsselkomponente der „umfassenden nationalen Macht“, die für die Wahrung der globalen Interessen der KPCh unerlässlich sei.

Chinas 2009 initiierte „Going-out“-Strategie sah vor, Milliarden von Dollar in die Expansion chinesischer Medien im Ausland zu investieren, wobei sich diese Bemühungen ausschließlich auf parteistaatliche Medien konzentrierten und die dynamischeren chinesischen Wirtschaftsmedien außen vor blieben. Bereits 2012 wurden die inländischen Medien und der nichtstaatliche Austausch in China von der Partei viel stärker kontrolliert, und die zentralisierte Koordinierung durch die KPCh ist nach wie vor das Modell für die öffentliche Diplomatie.

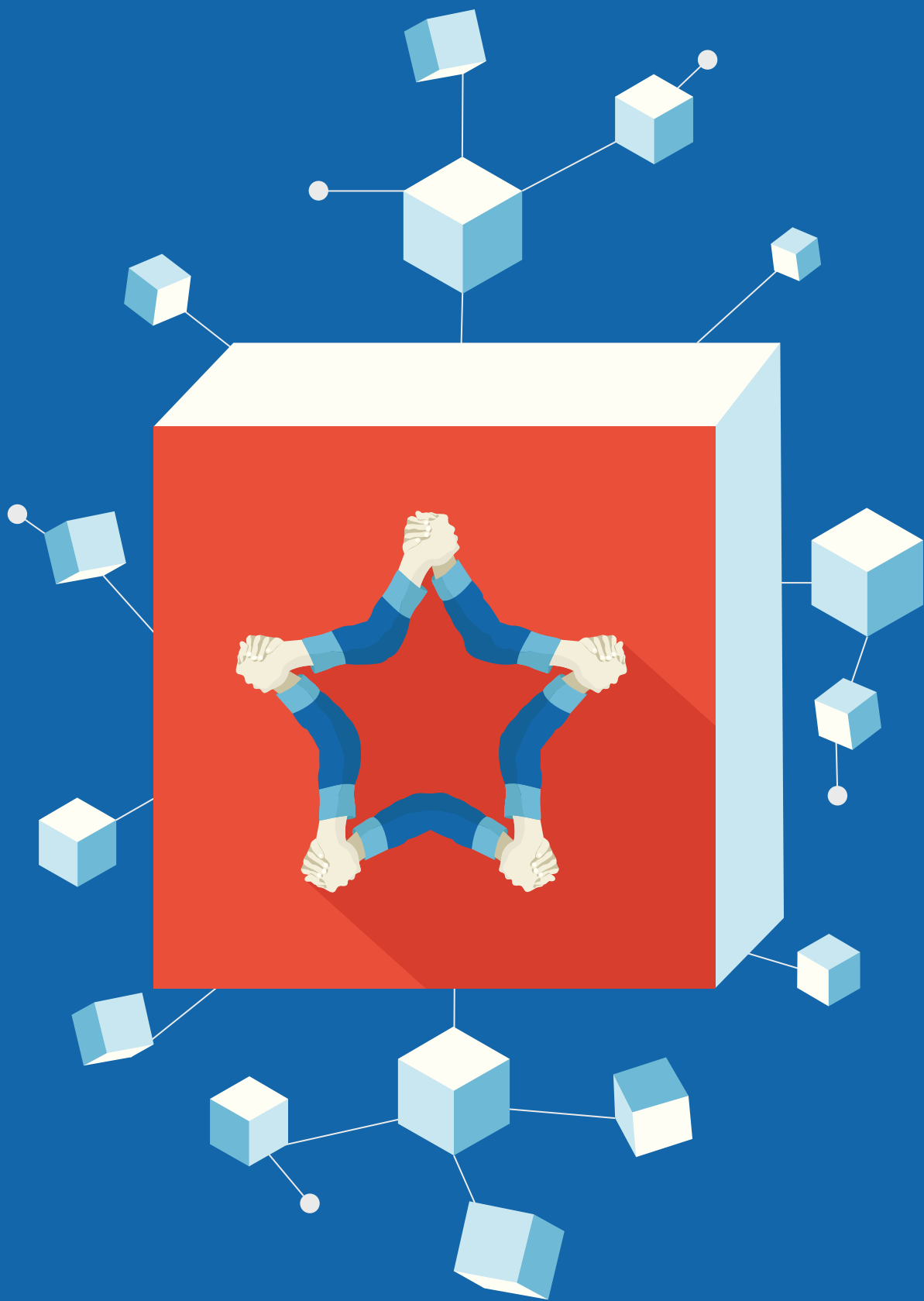
Seit 2013 ist die Rolle der Partei in der öffentlichen Diplomatie stärker ausgeprägt als je zuvor in der Reformära. In einer Rede auf der nationalen Konferenz zur Propaganda- und Ideologearbeit am 19. August 2013 griff Xi Jinping das alte Modell der „Außenpropaganda“ auf und skizzierte sein Programm für die internationale Kommunikation: „[Wir]

müssen sorgfältig und korrekt Außenpropaganda betreiben, die Methoden der Außenpropaganda erneuern, hart daran arbeiten, neue Konzepte, neue Kategorien und neue Ausdrücke zu schaffen, die das Chinesische und das Fremde zusammenführen, Chinas Geschichte richtig erzählen und Chinas Stimme richtig vermitteln.“⁵

Das Konzept „Chinas Geschichte richtig erzählen“ hat inzwischen eine Schlüsselfunktion in der öffentlichen Diplomatie übernommen und stellt die Führungsrolle der Partei in den Mittelpunkt. Im Rahmen dieses Konzepts soll Chinas öffentliche Diplomatie oder Außenpropaganda, die über den staatlichen Mischkonzern China Media Group und andere Kanäle betrieben werden, in erster Linie „eine internationale öffentliche Meinungslandschaft schaffen, die Chinas Entwicklung“ unter der Führung der Partei positiv gegenübersteht.

ENDNOTEN

- 1 Zhang Guizhen, „对外宣传向公共外交的转型——从奥运会到世博“ [Der Übergang von der Außenpropaganda zur öffentlichen Diplomatie: von den Olympischen Spielen zur Weltausstellung], *当代实际* [Zeitgenössische Welt], Nr. 9 (2010), S. 39-42, <http://www.hprc.org.cn/gsyj/wjs/mjdw/201203/P020120316532681891949.pdf>.
- 2 Ebd.
- 3 Ebd.
- 4 Hu Jintao, „胡锦涛在党的十七大上的报告“ [Hu Jintaos politischer Bericht an den 17. Parteitag der KPCh], *Informationsbüro des Staatsrats*, 26. Oktober 2007, http://www.scio.gov.cn/37231/Document/1566887/1566887_11.htm.
- 5 Xi Jinping, „意识形态工作是党的一项极端重要的工作“ [Ideologearbeit ist eine extrem wichtige Aufgabe der Partei], *Xinhua*, 20. August 2013, http://www.xinhuanet.com/politics/2013-08/20/c_117021464_2.htm.



PARTNERSCHAFT

【伙伴关系】

MARINA RUDYAK

KURZGEFASST

Die Vereinten Nationen definieren Partnerschaft als eine kontinuierliche, kooperative Beziehung, die auf einer gemeinsamen Vision und übereinstimmenden Interessen beruht. Ziel ist es, sich ergänzende Ressourcen und Kompetenzen zu bündeln, Risiken gemeinsam zu tragen und so einen maximalen Mehrwert für alle Beteiligten zu schaffen.¹ Dieses Verständnis unterscheidet sich deutlich von Allianzen, bei denen es sich um formale Vereinbarungen mit bindenden Verpflichtungen handelt – wie etwa die Beistandsklausel in Artikel 5 der NATO.

Der offizielle chinesische Diskurs hebt hervor, dass „China keine Alliierten hat, sondern Freunde durch Partnerschaftsdiplomatie“.² Allianzen werden darin als Ausdruck eines „alten Denkens von Konfrontation und Blockmentalität“ dargestellt – im Gegensatz zu Chinas Partnerschaften, die auf gegenseitigem Nutzen, Nichteinbindung und dem Prinzip „Suche nach Gemeinsamkeiten unter Beibehaltung von Unterschieden“ beruhen.

Unter Xi Jinping wird der Aufbau eines globalen Netzwerks von Partnerschaften, das auf Kooperation statt Konfrontation setzt, als zentrale Strategie zur Sicherung von Chinas Entwicklungs- und geopolitischem Handlungsspielraum betrachtet. In diesem Rahmen hat China ein vielschichtiges System von über hundert bilateralen Partnerschaften etabliert – von „strategisch“ über „allwettertauglich“ bis hin zu „umfassend“ –, das sich in Formalisierungsgrad und inhaltlicher Tiefe unterscheidet. Trotz der offiziellen Betonung von Flexibilität und Blockfreiheit erfüllen diese Partnerschaften zunehmend geopolitische Funktionen.

ANALYSE

In der Mao-Ära war der Begriff „Partnerschaft“ stark negativ konnotiert und wurde mit der außenpolitischen Rhetorik der USA assoziiert. In der *Volkszeitung* wurden „sogenannte ‚Partnerschaften‘“ als Ausdruck imperialistischer Machtpolitik verurteilt – die Beziehungen westlicher

Länder zu Staaten in Asien und Afrika als ungleich und ausbeuterisch dargestellt. Demgegenüber setzte China auf Freundschaft, blockfreie Außenpolitik und gegenseitigen Nutzen in der Zusammenarbeit.

Erst nach dem Beginn der Reform- und Öffnungspolitik in den späten 1970er-Jahren begann China, andere Staaten als Partner zu bezeichnen. Zunächst erfolgte die Verwendung des Begriffs fast ausschließlich in Verbindung mit einem Attribut, wie etwa Handelspartner, Wirtschaftspartner oder Partner für Chinas Modernisierung. Brasilien wurde 1985 das erste Land, dem der Partnerstatus ohne nähere Spezifizierung verliehen wurde, als Premier Zhao Ziyang bei einem Besuch vorschlug, China und Brasilien könnten „Freunde und Partner“ werden. 1993 wurde Brasilien das erste Land, mit dem China eine strategische Partnerschaft einging – ein Schritt, der im offiziellen Diskurs heute als Beginn der chinesischen Partnerschaftsdiplomatie gilt.³

Im Verlauf der 1990er-Jahre etablierte China eine Reihe weiterer Partnerschaften, darunter 1996 die „Strategische Partnerschaft der Koordinierung und Gleichberechtigung für das 21. Jahrhundert“ mit Russland, und 1997 eine „langfristige umfassende Partnerschaft“ mit Frankreich sowie eine Übereinkunft mit den USA über den Aufbau einer „konstruktiven strategischen Partnerschaft“.

Der offizielle Diskurs rahmte Partnerschaft explizit als Gegenarrativ zur Allianz (结盟). Die Idee einer „Partnerschaft zwischen Großmächten“ wurde als Modell einer „neuen Art internationaler Beziehungen“ präsentiert – zwischen China und zentralen Akteuren der post-Kalten-Krieg-Ära wie den USA, Russland, Frankreich, dem Vereinigten Königreich, Deutschland oder Japan.

Im offiziellen Narrativ wird das Leitprinzip „Partnerschaft ohne Bündnis“ (结伴不结盟) als Abgrenzung von konfrontativen Bündnissystemen verstanden: Allianzen, so die Argumentation, beruhen auf der Identifikation von Feinden – Partnerschaften hingegen zielen auf Freundschaft ab. Gleichwohl, als Xi Jinping im November 2014 das Konzept eines globalen Netzwerks von Partnerschaften vorstellte, verlieh er ihm eine eindeutig strategische Stoßrichtung. Vertiefte Kooperationen sollten dazu beitragen, Chinas Soft Power zu erhöhen und den politischen wie geopolitischen Spielraum des Landes zu sichern.⁴ Xis Aussage wird inzwischen im Kontext des ganzheitlichen nationalen Sicherheitskonzepts interpretiert – Chinas nationaler Sicherheitsstrategie. Partnerschaften sind ein Instrument zur Abwehr dessen, was China als globale US-Hegemonie wahrnimmt.

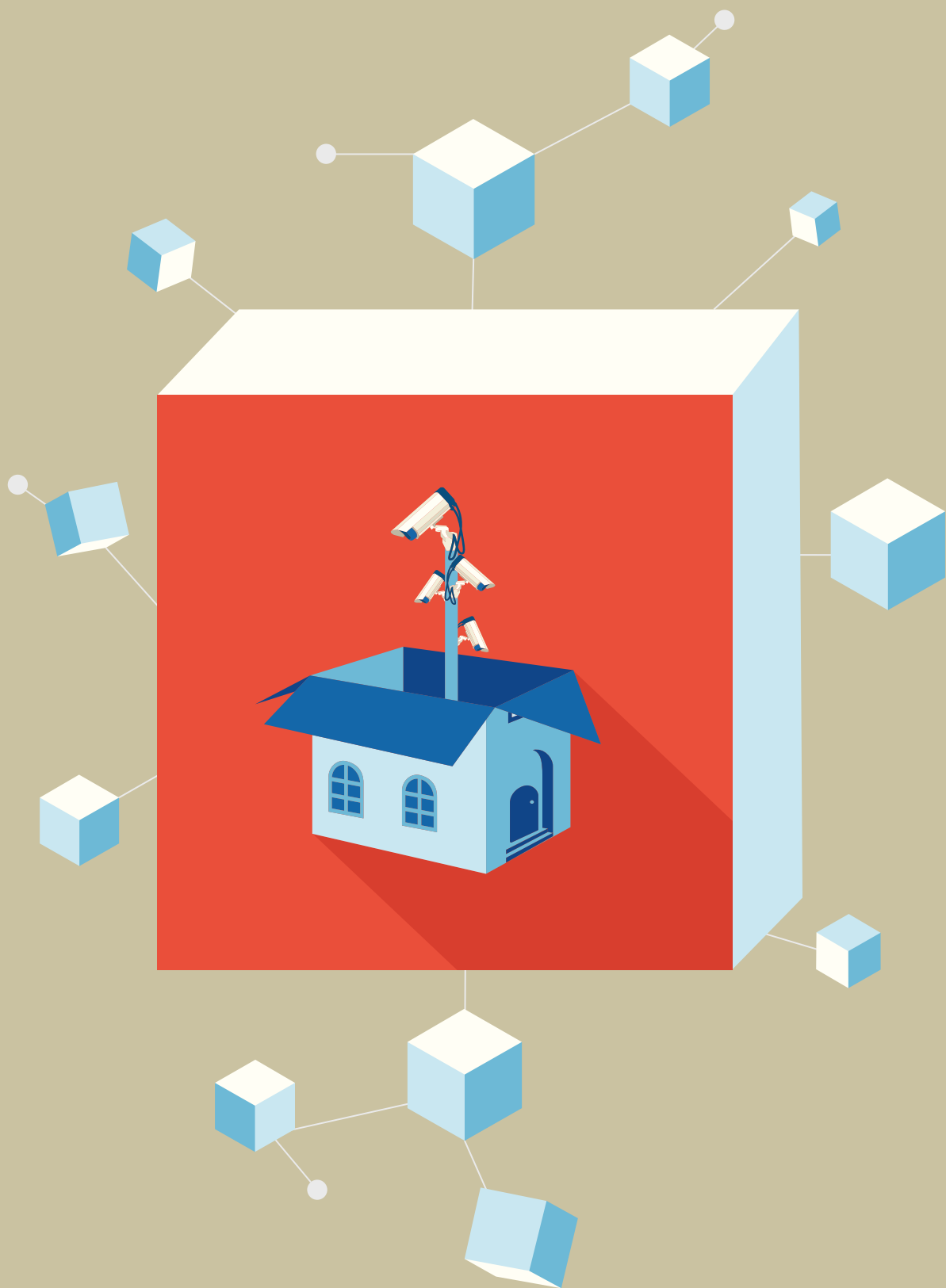
Offiziellen Angaben zufolge unterhält China Partnerschaften mit fast 100 Ländern, gegliedert in über 20 Typen und fünf Kategorien. Diese reichen von strategischen (战略) Partnerschaften, der am häufigsten

verwendeten Kategorie, die mit mindestens 80 Staaten besteht, bis hin zu Allwetter-(全天候) oder permanenten Partnerschaften mit Ländern wie Pakistan, Venezuela und Belarus.

Obwohl Partnerschaften als flexibel und unverbindlich beschrieben werden, gehen Aufwertungen des Partnerschaftsstatus – etwa zu „umfassend“ oder „strategisch“ – häufig mit umfangreicheren Agenden und formalisierten Kooperationsmechanismen einher.⁵ Trotz ihrer Einordnung als blockfrei und wertneutral dienen globale Partnerschaften als strategisches Instrument zur Förderung der „Demokratisierung der internationalen Beziehungen“ (国际关系民主化) und zum Aufbau einer „Gemeinschaft mit geteilter Zukunft für die Menschheit“ – eines Netzwerks, das darauf abzielt, der aus chinesischer Sicht bestehenden globalen US-Hegemonie entgegenzuwirken und eine multipolare Weltordnung voranzutreiben.⁶

ENDNOTEN

- 1 UNDESA, „Defining and Categorizing Partnerships“, <https://partnershipaccelerator.org/library/?module=defining#>.
- 2 Xue Li, „China Does Not Have Allies, but Has Friends with Partnership Diplomacy“, *Global Times*, 11. August 2020, <https://web.archive.org/web/20250505062245/https://www.globaltimes.cn/content/1206125.shtml>.
- 3 Xiang Haoyu, „中国的‘伙伴’关系有哪些?“ [Welche ‚Partnerschaften‘ hat China?], China Institute of International Studies, 20. Oktober 2023, übersetzt durch CSIS Interpret China <https://interpret.csis.org/translations/what-partnerships-does-china-have/>.
- 4 „习近平出席中央外事工作会议并发表重要讲话“ [Xi Jinping nahm an der zentralen Arbeitskonferenz für auswärtige Angelegenheiten teil und hielt eine wichtige Rede], *Xinhua*, 29. November 2014, https://web.archive.org/web/20250428091751/http://www.xinhuanet.com/politics/2014-11/29/c_1113457723.htm.
- 5 G. Strüver, „International Alignment Between Interests and Ideology: The Case of China's Partnership Diplomacy“, *GIGA Working Papers* Nr. 283 (März 2016), https://pure.giga-hamburg.de/ws/files/21197988/wp283_struever_0.pdf.
- 6 „全球伙伴关系“ [Globale Partnerschaften], in 习近平外交思想和新时代中国外交 [Xi Jinping-Gedanken zur Diplomatie und Chinas Diplomatie in der neuen Ära], Juli 2023, https://web.archive.org/web/20250214133520/http://cn.chinadiplomacy.org.cn/2023-07/27/content_86048371.shtml.



RECHT AUF PRIVATSPHÄRE 【隐私权】

KATJA DRINHAUSEN

KURZGEFASST

Das Recht auf Privatsphäre bezeichnet im Kern die Freiheit von Einmischung in das Privatleben, die Unverletzlichkeit der Wohnung und das Briefgeheimnis. UN- und EU-Normen machen deutlich, dass das Recht auf Privatsphäre die Freiheit von willkürlicher und massenhafter Überwachung einschließt.¹ Das digitale Zeitalter birgt neue Herausforderungen für den Schutz der Privatsphäre, da sowohl Staaten als auch Konzerne große Mengen an Daten sammeln und analysieren. Der Schutz der Privatsphäre ist daher eng mit dem Schutz personenbezogener Daten verknüpft, für die z. B. die *Datenschutz-Grundverordnung* (DSGVO) und nationale Rechtsvorschriften neue Rahmenbedingungen schaffen.

Die Artikel 39 und 40 der chinesischen *Verfassung* untersagen ebenfalls die rechtswidrige Durchsuchung und Eindringen in die Wohnung und Korrespondenz der chinesischen Bürger:innen.² Der rechtliche Schutz personenbezogener Daten in China wurde in den letzten Jahren erheblich ausgeweitet. Doch während sich die Debatte und Gesetzgebung in liberalen Demokratien traditionell auf den Schutz vor dem Staat konzentrieren, liegt der Schwerpunkt in China auf dem Schutz der Bürger:innen vor dem übermäßigen Sammeln und Missbrauch von Daten durch privatwirtschaftliche Akteure. Der Staat beansprucht weitreichende Rechte zur Überwachung, Beobachtung und Abfrage von Daten über seine Bürger:innen, mit Verweis auf breit gefasste öffentliche und nationale Sicherheitsbefugnisse.

ANALYSE

Das chinesische *Zivilgesetzbuch* (2021) und das *Gesetz zum Schutz personenbezogener Daten* (2021) haben dem Schutz der Persönlichkeitsrechte und der Privatsphäre Substanz verliehen.³ Unternehmen oder Organisationen, die personenbezogene Daten verarbeiten, unterliegen nun strengeren Verpflichtungen, die Zustimmung der

Betroffenen einzuholen und sie über die erhobenen Daten und deren etwaige Verarbeitung zu informieren.

Obwohl der Schutz der Privatsphäre und die Sicherheit personenbezogener Daten im *Weißbuch über Fortschritte bei den Menschenrechten*⁴ des Staatsrats aus dem Jahr 2021 herausgestellt wurden, fehlt in offiziellen Dokumenten die Betonung eines eigenständigen Rechts auf Privatsphäre. Das hat sowohl politische als auch sprachhistorische Gründe. Unter Maos kollektivistischem Regime erregte es Misstrauen, Angelegenheiten „privat“ zu halten. Die Verbreitung des Begriffs im alltäglichen Gebrauch wurde auch dadurch erschwert, dass der chinesische Begriff für Privatsphäre (隐私) gleichklingend mit dem Begriff für „beschämendes Geheimnis“ (阴私) ist.

Die politische und öffentliche Einstellung änderte sich im Zeitalter der Reform und Öffnung. In den 1990er und frühen 2000er Jahren formulierte die chinesische Regierung die ersten Datenschutzbestimmungen. In den folgenden Jahrzehnten wurden die Rechte auf Privatsphäre nicht nur durch Normen für den Schutz personenbezogener Daten und Datensicherheit besser geschützt, der Begriff wurde auch zunehmend in akademischen Schriften und öffentlichen Debatten aufgegriffen.

Privatsphäre ist heute ein feststehender Begriff in China. Dies steht in engem Zusammenhang mit der weiten Verbreitung digitaler Technologien im Alltag – angefangen bei der Kommunikation und Reisen über den Konsum bis hin zur Bezahlung. Im Gegensatz zu europäischen Normen werden Privatsphäre und Schutz personenbezogener Daten in China in politischen Dokumenten und Gesetzen in erster Linie unter dem Blickpunkt der Informationssicherheit und der Verbraucherrechte behandelt – und nicht als Schutz vor staatlichen Bemühungen zur Überwachung der Bevölkerung. Die Gesetzgebung richtet sich weitgehend an den privaten Sektor.

Zwar muss sich auch der Staat bei Datenerhebung und -verarbeitung an Standards halten. Das *Nationale Sicherheitsgesetz*, das *Cybersicherheitsgesetz* und andere Rechtsvorschriften geben dem chinesischen Staat jedoch weitreichende Befugnisse zur Überwachung des öffentlichen Raums und des Internets. Datenschutzerklärungen von Unternehmen enthalten in der Regel Hinweise darauf, dass Daten an die zuständigen Behörden weitergegeben werden können, wenn sie die öffentliche und nationale Sicherheit betreffen. Plattformen sind gesetzlich verpflichtet, Online-Dienste nur nach Verifizierung der Identität anzubieten, so dass Daten schnell auf Einzelpersonen zurückgeführt werden können.

Um ein „friedliches China“ (平安中国) aufzubauen, zielt die Regierungspolitik ausdrücklich darauf ab, eine umfassende Kameraüberwachung zu gewährleisten sowie Bewegungsmuster und Äußerungen im Internet nachzuverfolgen und damit ein präventives, „multidimensionales System zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit“ (立体化信息化社会治安防控体系) – und der Sicherheit der Partei – aufzubauen.⁵ In den letzten Jahren wurden zudem bereits unter Mao eingeführte Mechanismen digital aufgerüstet, angefangen bei digitalen Personalakten bis zu Apps und Hotlines, um Bürger:innen zu mobilisieren, einander im Auge zu behalten und verdächtiges Verhalten zu melden. Fortschritte bei den Überwachungskapazitäten sind bei der Pandemiebekämpfung, aber auch in Minderheitsgebieten wie Xinjiang deutlich sichtbar.

Staatliche Bemühungen zur Datenerhebung und -analyse, insbesondere für Zwecke der öffentlichen Sicherheit und Staatssicherheit, sind keineswegs nur in China zu beobachten. Was die Umsetzung des Datenschutzes in der VR China unterscheidet, ist das Fehlen einer institutionellen und öffentlichen Aufsicht durch verwaltungs- und verfassungsrechtliche Normenkontrolle und Behörden, sowie eine freie Presse und Bürgerrechtsorganisationen.

Dieses vom chinesischen Parteistaat geprägte Verständnis von Privatsphäre ist nicht unumstritten. Angefangen bei öffentlichen und akademischen Diskussionen bis hin zu Einzelklagen und der Weigerung von Unternehmen, Daten herauszugeben: Als Betroffene sorgen sich Chinas Bürger:innen um den Schutz ihrer Privatsphäre. Leaks von Daten aus öffentlichen Datenbanken und der Missbrauch von Chinas Gesundheitscode-Apps zur Verhinderung von Protesten entfachten 2022 neue Debatten um staatliche Datensammlung und die Sicherheit personenbezogener Informationen.

ENDNOTEN

- 1 Siehe u.a. *Allgemeine Erklärung der Menschenrechte*, Artikel 12, <https://www.un.org/en/about-us/universal-declaration-of-human-rights>; UN Zivilpakt, Artikel 17, <https://www.ohchr.org/en/instruments-mechanisms/instruments/international-covenant-civil-and-political-rights>.
- 2 Büro des UN-Hochkommissars für Menschenrechte, „About Digital Privacy and Human Rights“, <https://www.ohchr.org/en/privacy-in-the-digital-age>.
- 3 Siehe *Verfassung der VR China*, Revision verabschiedet vom Nationalen Volkskongress am 11. März 2018, Artikel 39 und 40, <http://www.npc.gov.cn/englishnpc/constitution2019/201911/1f65146fb6104dd3a2793875d19b5b29.shtml>.
- 4 China Daily, „Moderate Prosperity in All Respects: Another Milestone Achieved in China's Human Rights“, *China Daily*, 16. August 2021, https://govt.chinadaily.com.cn/s/202108/16/WS6119d46a498e6a12c1204693/moderate-prosperity-in-all-respects-another-milestone-achieved-in-chinas-human-rights_2.html.
- 5 Generalbüro des Zentralkomitees der KPCh und Generalbüro des Staatsrates, „关于加强社会治安防控体系建设的意见“ [Ansichten über die Stärkung des Aufbaus des Systems zur Prävention und Kontrolle der öffentlichen Sicherheit], 13. April 2015, http://www.gov.cn/xinwen/2015-04/13/content_2846013.htm; China Court, „如何建设立体化、信息化社会治安防控体系“ [Wie ein multidimensionales, datengestütztes System zur Prävention und Kontrolle im Bereich der sozialen Sicherheit aufbauen], <https://www.chinacourt.org/article/detail/2016/10/id/2321410.shtml>.



RECHTSSTAATLICHKEIT

【法治】

MALIN OUD

KURZGEFASST

Das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit bedeutet, dass der staatlichen Macht durch Gesetze sinnvolle Schranken gesetzt werden. Die Vereinten Nationen definieren Rechtsstaatlichkeit als „ein Prinzip der Staatsführung, bei der alle öffentlichen und privaten Personen, Institutionen und Körperschaften einschließlich des Staates selbst an die Einhaltung von Gesetzen gebunden sind, die öffentlich bekanntgemacht und gegenüber allen in gleicher Weise durchgesetzt werden, über die unabhängig entschieden wird und die mit den internationalen Menschenrechtsnormen und -standards im Einklang stehen“.¹ In einer rechtsstaatlichen Ordnung ist jeder Mensch vor dem Gesetz gleich, und niemand steht über dem Gesetz. In liberalen Demokratien ist die Rechtsstaatlichkeit mit bürgerlichen und politischen Rechten verbunden und schließt Gewaltenteilung ein.

Die Auffassung der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) von Rechtsstaatlichkeit – *fazhi* (法治) oder *yifa zhiguo* (依法治国), was wörtlich übersetzt so viel bedeutet wie „gesetzesbasiertes Regieren“ oder „das Land mittels Gesetzen regieren“ – hat mit dem liberal-demokratischen Rechtsstaatskonzept nur wenig gemein. Im „sozialistischen Rechtsstaat chinesischer Prägung“ untersteht die Rechtsordnung der Führung und Aufsicht der Partei. Die KPCh sieht das Recht als Instrument, um Stabilität und Ordnung zu gewährleisten und die Parteiherrschaft zu legitimieren und aufrechtzuerhalten. *Fazhi* im heutigen Sinne unterscheidet sich so deutlich von dem internationalen Prinzip der Rechtsstaatlichkeit, dass Rechtsstaatlichkeit chinesischer Prägung wohl eher nicht mit diesem Begriff gleichgesetzt werden sollte.

ANALYSE

Rechtsstaatlichkeit ist seit den frühen 1980er Jahren ein wiederkehrendes Thema in Chinas Reformplänen und im offiziellen Diskurs. Der Wiederaufbau der Rechtsordnung und die Professionalisierung der Justiz waren wichtige Aspekte der Modernisierungsreformen Chinas nach den politischen Kampagnen Mao Zedongs, die in der Kulturrevolution gipfelten. Nach Maos Tod wurden Maßnahmen ergriffen,

um eine übermäßige Machtkonzentration zu verhindern und die Befugnisse der Kommunistischen Partei auf staatliche Stellen zu übertragen. Schlüsselbegriffe wie Klassenkampf, Widersprüche und Revolution wurden durch Stabilität, Harmonie und Rechtsstaatlichkeit ersetzt. Es entstanden Rechtsinstitutionen, es wurden neue Gesetzgebungsbereiche ausgearbeitet und juristische Fakultäten an Universitäten eingerichtet. Da sich das Land für ausländische Investitionen und internationale Zusammenarbeit öffnete, gingen viele westliche Staaten davon aus, China werde sich durch Sozialisierung dazu bewegen lassen, internationale Normen anzuerkennen und sich von der Ein-Mann-Herrschaft Mao Zedongs zu einem Rechtsstaat im liberal-demokratischen Sinne entwickeln.

Xi Jinping hat seit seiner Machtübernahme 2012 die Bedeutung gesetzbasierter Regierungsführung unterstrichen und versprochen, in einer weitreichenden Anti-Korruptionskampagne sowohl „Tiger als auch Fliegen“ zu fangen. 2014 hatte das 4. Plenum des 18. Parteitags der KPCh „Rechtsstaatlichkeit“ zu seinem übergreifenden Thema gemacht und erklärt, diese sei „eine wirksame Garantie für die Verwirklichung der beiden Jahrhundertziele und des chinesischen Traums von der großen Renaissance der chinesischen Nation“.²

Während jedoch in den ersten dreißig Jahren der Reform- und Öffnungspolitik das chinesische Justizsystem teilweise entpolitisiert wurde, wurde es im letzten Jahrzehnt wieder repolitisiert. Die Parteiorgane haben sich ihre Pendants in der Regierung untergeordnet und die Führung der Partei wurde mit Hilfe des Gesetzes kodifiziert. 2018 wurde durch eine Verfassungsänderung die 1982 eingeführte Amtszeitbegrenzung für den Staatspräsidenten aufgehoben. Es wurde eine Reihe vager, aber weitreichender Sicherheitsgesetze und -verordnungen erlassen, darunter das im Juni 2020 von Peking verabschiedete *Nationale Sicherheitsgesetz für Hongkong*. Es steht beispielhaft für Chinas Instrumentalisierung des Rechts und die selektive Einhaltung des Völkerrechts, da es die lokale Legislative Hongkongs umging und das Prinzip „Ein Land - zwei Systeme“ aus der *Chinesisch-Britischen Gemeinsamen Erklärung* missachtete.

Im November 2020 hielt die KPCh eine Konferenz ab, auf der „Xi-Jinping-Gedanken zur Rechtsstaatlichkeit und ihr Stellenwert als Leitgedanken für eine rechtsbasierte Regierungsführung in China“ für verbindlich erklärt wurden.³ Dabei wurde betont, wie wichtig es sei, die Führungsrolle der KPCh aufrechtzuerhalten, um China bis zum Jahr 2035 zu einem sozialistischen Land mit Rechtsstaatlichkeit aufzubauen. Dementsprechend solle sich das ganze Land mit Xi-Jinping-Gedanken zur Rechtsstaatlichkeit (习近平法治思想) eingehend befassen und sie als „eine der zentralen Säulen des ideologischen Komplexes, die das Land in den kommenden Jahren stützen werden“ begreifen.⁴

ENDNOTEN

- 1 Vereinte Nationen, „What is the Rule of Law“, *United Nations and the Rule of Law*, <https://www.un.org/ruleoflaw/what-is-the-rule-of-law/>.
- 2 Amt für Redaktion und Übersetzung beim Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas, „Communique of the Fourth Plenary Session of the 18th Central Committee of the Communist Party of China“, 23. Oktober 2014, *China.org.cn*, http://www.china.org.cn/china/fourth_plenary_session/2014-12/02/content_34208801.htm.
- 3 „Xi Focus: Xi Jinping Thought on the Rule of Law Guides Law-based Governance in China“, *Xinhua*, 10. Dezember 2020, http://www.xinhuanet.com/english/2020-12/10/c_139578646.htm.
- 4 Zhu Zheng, „Understanding Xi Jinping Thought on the Rule of Law“, *CGTN*, 21. November 2020, <https://news.cgtn.com/news/2020-11-19/Understanding-Xi-Jinping-thought-on-the-rule-of-law-VxugROqvV6/index.html>.



RELIGIONSFREIHEIT

【宗教信仰自由】

KATJA DRINHAUSEN

KURZGEFASST

Das Recht auf Religionsfreiheit ist in den internationalen Menschenrechtsnormen geschützt und schließt das Recht ein, seine Religion oder Glauben durch Ausübung und Weitergabe zu bekunden.¹ Diese Freiheit kann durch Gesetze zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Sittlichkeit oder der Rechte anderer eingeschränkt werden. Staaten verfolgen bei der Regulierung unterschiedliche Ansätze. Die Beziehung – bzw. der Grad der Trennung – zwischen Staat und Kirchen oder religiösen Einrichtungen wird oft durch die historische Entwicklung der Institutionen bestimmt.

In Übersetzungen sprechen Chinas amtliche Dokumente und Erklärungen oft von „Religionsfreiheit“. Der in der Verfassung und Vorschriften verwendete Begriff wäre jedoch zutreffender mit „Glaubensfreiheit“ (宗教信仰自由) übersetzt. Die Bürger:innen sind frei zu glauben, aber nicht darin, ihren Glauben zum Ausdruck zu bringen. Nur „normale religiöse Aktivitäten“ (正常的宗教活动) sind geschützt – und der Rahmen des Erlaubten wird vom Staat eng gesetzt. Gesetze und Richtlinien stellen die Religionen nicht nur unter strenge parteistaatliche Aufsicht, sondern verlangen auch, dass religiöse Vereinigungen die KPCh-Ideologie aktiv propagieren.

ANALYSE

Der chinesische Staat erkennt fünf offizielle Religionen an: Buddhismus, Taoismus, Islam, Katholizismus und Protestantismus, die alle seit den frühen 1950er Jahren durch patriotische Vereinigungen organisiert und vertreten werden. Einem Weißbuch der Regierung zur Religionsfreiheit aus dem Jahr 2018 zufolge gibt es in China mehr als 200 Millionen registrierte Gläubige.² Dabei ist die Fülle an traditionellen Volksglaubensrichtungen nicht berücksichtigt. Es gibt zudem zahlreiche Untergrundkirchen und religiöse Gruppen, trotz wiederholter Versuche, sie entweder an staatliche Strukturen anzubinden oder aufzulösen.

Die KPCh selbst ist säkular. Parteimitgliedern ist es untersagt, sich offen zu Glaubensrichtungen zu bekennen.³ Die Beziehung der Partei zur Religion ist seit jeher angespannt und turbulent. Unter Mao galt Religion als rückständig und als etwas, das notfalls gewaltsam überwunden werden sollte. Religiöse Riten und Bräuche sowie Veröffentlichungen wurden verboten und viele religiöse Stätten im Rahmen politischer Kampagnen, vor allem während der Kulturrevolution, zerstört. Ab Mitte der 1980er Jahre eröffnete die Reformära den Religionen neuen Raum, und die Zahl der Gläubigen stieg deutlich an.

Dennoch hielt die Führung an ihrer marxistischen Überzeugung fest, dass religiöse Weltanschauungen eine vorübergehende Erscheinung seien und mit dem wirtschaftlichen Fortschritt allmählich verschwinden würden. Diese Erwartungen erfüllten sich nicht. Neben steigenden Mitgliederzahlen in staatlich anerkannten religiösen Organisationen und inoffiziellen Hauskirchen entstanden neue Bewegungen, wie die Falun Gong. Nachdem Versuche zu ihrer Einschränkung zu massiven Protesten geführt hatten, verbot die chinesische Regierung 1999 Falun Gong und erklärte sie zu einer „böartigen Sekte“.

Der Parteistaat sieht im Glauben an höhere Mächte eine potenzielle Gefahr für Regimestabilität. Einige der prominentesten Menschenrechtsaktivist:innen in den 2000er Jahren waren Christen; Befürworter von mehr Autonomie in Minderheitsgebieten waren oft praktizierende Muslime oder Buddhisten. Angefangen bei Protesten und gewalttätigen Ausschreitungen in Xinjiang bis hin zur Selbstverbrennung tibetischer Mönche und Nonnen nach 2009: Die Partei identifizierte „fehlgeleitete“ oder „extremistische“ Überzeugungen als Ursache – und nicht etwa verfehlte staatliche Politik und strukturelle Diskriminierung von Minderheiten. Unter Xi wurden islamische, katholische, protestantische und buddhistische Glaubensvorstellungen – denen oftmals das Etikett „ausländischer Herkunft“ verpasst wird – stärker ins Visier genommen. Das Weißbuch zur Religionsfreiheit von 2018 betont, dass Religion unabhängig von ausländischem Einfluss sein und unter staatlicher Kontrolle stehen muss.

Letztlich beansprucht der säkulare Parteistaat die Autorität über grundlegende religiöse Angelegenheiten, wie beispielsweise die Bestimmung des nächsten Dalai Lama, dessen Reinkarnation chinesischem Recht folgen soll.⁴ Das Misstrauen gegenüber Religion spiegelt sich in der engmaschigen Überwachung vieler Gebetsstätten wider, insbesondere größerer Tempel, Kirchen und Moscheen. Wo der Parteistaat ethnische Zugehörigkeit und Religion als Indikatoren für eine potenzielle Bedrohung durch Einzelpersonen oder Gruppen betrachtet, gibt es strenge Überwachung und Einschränkungen. Was der Staat als „normale religiöse Praktiken“ ansieht, ist teils willkürlich: Während das muslimische Feste, das Fasten und Beten in anderen

Teilen des Landes toleriert und von Chinas Diplomaten im Ausland gelobt werden, wurden derlei Glaubensbekundungen in Xinjiang teils als Ausdruck von Extremismus eingestuft und mit Freiheitsentzug geahndet.⁵

In den letzten zehn Jahren hat sich ein grundlegender Wandel im Umgang mit Religion vollzogen. Alle Religionen müssen nun „das Land und die Partei lieben“, die politische Stabilität unterstützen und die allgemein vorherrschenden Werte Chinas sowie die nationale Identität fördern. Dieses Bestreben spiegelt sich in den jüngsten politischen Initiativen wider, angefangen bei den Fünfjahresplänen für die Sinisierung (中国化) des Buddhismus, Islams und Christentums bis hin zu daoistischen Bildungsplänen, die auch Xis politischen Theorien, die „Xi-Jinping-Gedanken“ umfassen.⁶ Seit 2018 ist das Staatliche Amt für religiöse Angelegenheiten der Zentralabteilung für Einheitsfrontarbeit der Partei unterstellt, um die Führung im Bereich Religion zu stärken. Gebetsstätten sind verpflichtet, die Ideologie und die Politik der Partei zu verbreiten, etwa durch Spruchbänder sowie die Aufnahme in Predigten, Schriften und online publizierte Inhalte.⁷ Der Anspruch ist klar: Im heutigen China muss Religion auch die Botschaft der KPCh verbreiten.

ENDNOTEN

- 1 Büro des UN-Hochkommissars für Menschenrechte (OHCHR), *International Standards: Special Rapporteur on Freedom of Religion or Belief*, <https://www.ohchr.org/en/special-procedures/sr-religion-or-belief/international-standards#1>.
- 2 Informationsbüro des Staatsrats, „China's Policies and Practices on Protecting Freedom of Religious Belief“, 3. April 2018, <http://www.scio.gov.cn/zfbps/32832/Document/1626734/1626734.htm>.
- 3 Wang Fushang und Ma Jin, „共产党员不能信教是政治纪律“ [Dass Mitglieder der Kommunistischen Partei keiner Religion anhängen können, ist eine Frage politischer Disziplin], *CPC News*, 27. Dezember 2016, <http://theory.people.com.cn/n1/2016/1227/c40531-28978647.html>.
- 4 „Beijing: Reincarnation of Dalai Lama Should Follow Chinese Law“, *CGTN*, 19. März 2019, <https://news.cgtn.com/news/3d3d674e7959444e33457a6333566d54/index.html>.
- 5 Das Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte hat 2022 eine Einschätzung zu Berichten und Bedenken zur Lage der Religionsfreiheit und anderer Grundrechte in Xinjiang veröffentlicht: *OHCHR Assessment of Human Rights Concerns in the Xinjiang Uyghur Autonomous Region, People's Republic of China*, 31. Oktober 2022, <https://www.ohchr.org/sites/default/files/documents/countries/2022-08-31/22-08-31-final-assesment.pdf>.
- 6 Siehe z.B. nachstehende englische Übersetzung von China Law Translate: „坚持我国伊斯兰教中国化方向五年工作规划纲要(2018—2022)“ [Entwurf des Fünfjahresplans zum Festhalten an der Sinisierung des Islams in China (2018-2022)], *China Law Translate*, 31. Mai 2019, <https://www.chinalawtranslate.com/en/islamsinificationplan/>.
- 7 China Zentrum, „Regulierte Religion im Cyberspace: Übergangsphase mit vielen Unklarheiten“, *China Heute*, Nr. 2 (2022), https://www.china-zentrum.de/fileadmin/PDF-Dateien/China_heute/2022/China_heute_214_Informationen.pdf.



REZIPROZITÄT

【对等】

JERKER HELLSTRÖM

KURZGEFASST

Reziprozität – also der Grundsatz der Gegenseitigkeit – ist eine soziale Norm und ein zentrales Prinzip in den internationalen Beziehungen, der Diplomatie, im Handel und im Recht. Gemeint ist damit im Kern, dass Handlungen anderer in gleicher Weise erwidert werden. Ihre Bedeutung variiert jedoch stark je nach Kontext und lässt sich in zwei Formen unterscheiden: positive und negative Reziprozität. Positive Reziprozität bedeutet die Erwidierung von Gefälligkeiten oder vorteilhaften Handlungen, während negative Reziprozität darin besteht, auf Schäden oder nachteilige Handlungen in gleicher Weise zu vergelten.¹

Oft wird Reziprozität im Sinne reziproker Gerechtigkeit verstanden – „Auge um Auge“ oder „wie du mir, so ich dir“. Im westlichen Diskurs, insbesondere im Verhältnis zu China, bezieht sich die Forderung nach Reziprozität meist auf ausgewogenen und fairen Handel, der internationalen Abkommen entspricht – oft mit dem Verweis auf gleiche Wettbewerbsbedingungen.² Chinesische Rhetorik versteht Reziprozität hingegen vor allem als gegenseitigen Nutzen und „Win-win“-Ergebnisse (互惠互利) – Begriffe, die regelmäßig in offiziellen Dokumenten und Stellungnahmen auftauchen.

Die chinesische Führung vertritt die Auffassung, dass Reziprozität differenziert gehandhabt werden müsse und Unterschiede im Entwicklungsstand – etwa gemessen am BIP pro Kopf – berücksichtigen solle.³ Daraus folgt, dass China aufgrund seines offiziellen Status als Entwicklungsland nicht denselben Maßstäben unterworfen werden dürfe wie entwickelte Volkswirtschaften.

ANALYSE

Das Konzept der Gegenseitigkeit findet sich sowohl in westlichen als auch in chinesischen Ethiksystemen. Im Westen geht es auf das christliche „Goldene Regel“ zurück, andere so zu behandeln, wie man selbst von ihnen behandelt werden möchte. Eine negative Variante („Was du nicht willst, das man dir tu, das füg' auch keinem anderen zu.“) wird den *Analekten* des Konfuzius zugeschrieben.

Im heutigen offiziellen chinesischen Diskurs ist Reziprozität eng mit Vorstellungen von gegenseitigem Respekt, gegenseitigem Nutzen, Gleichheit und Kooperation verknüpft. Chinesische Funktionäre betonen, dass China in den internationalen Beziehungen einen kollaborativen und weniger konfrontativen Ansatz verfolgt, und stellen Reziprozität als Gegenmodell zum „Nullsummendenden“ oder „Kalt-Kriegs-Mentalität“ dar, die sie dem Westen zuschreiben. Reziprozität bildet wiederum einen Grundpfeiler der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz (1954), die in den 1960er Jahren von der Blockfreien Bewegung übernommen wurden. Diese Prinzipien betonen den gegenseitigen Respekt vor Souveränität und territorialer Integrität, Nichtangriff, Nichteinmischung, Gleichheit und gegenseitigen Nutzen sowie friedliche Koexistenz – und spiegeln eine Vision der Welt wider, in der globale Zusammenarbeit einseitigen Vorteilen übergeordnet ist.⁴

Im Umgang mit Partnern aus dem globalen Süden betont China häufig die Reziprozität der Beziehungen, eingebettet in ein Narrativ von gegenseitigem Respekt und gemeinsamer Entwicklung. Dabei präsentiert sich die Volksrepublik als altruistische Anbieterin globaler öffentlicher Güter – im Gegensatz zu den vermeintlich eigennützigen Interessen westlicher Staaten.⁵ Dieses Narrativ wird durch die diplomatische Praxis untermauert, die positive Reziprozität hervorhebt, etwa Infrastrukturinvestitionen im Austausch gegen natürliche Ressourcen oder gegenseitige Unterstützung bei politischen Anliegen. Gegenüber Entwicklungsländern, die der chinesische Parteistaat als freundlich einstuft, verzichtet er meist auf Vergeltungsmaßnahmen – etwa bei Anti-Dumping-Zöllen oder anderen Handelsabwehrinstrumenten – und setzt geopolitische Gewinne über wirtschaftliche Interessen.⁶

Im Gegensatz dazu ist Chinas Verhältnis zu liberalen Demokratien, insbesondere zu den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union, häufig von negativen Konnotationen der Reziprozität geprägt. Peking kritisiert regelmäßig den westlichen Druck, die eigene Wirtschaft weiter zu öffnen, und wirft dem Westen vor, von weniger entwickelten Volkswirtschaften reziprokes Handeln einzufordern, ohne selbst vergleichbare Zugeständnisse zu gewähren.

In den Handelsbeziehungen zwischen China und der EU ist Reziprozität ein zentraler Streitpunkt. Während die EU strikte Reziprozität beim Marktzugang und in der regulatorischen Behandlung fordert, beharrt China auf der Berücksichtigung seines Status als Entwicklungsland und plädiert für eine konditionale bzw. eingeschränkte Reziprozität. Dieser grundlegende Dissens wurde insbesondere 2019 deutlich, als die Europäische Kommission erklärte, China nicht länger als Entwicklungsland anzuerkennen, und Pekings Ansprüche auf Sonderbehandlung ablehnte.⁷

In der Klimapolitik beruft sich China auf eine differenzierte Reziprozität, die es als „gemeinsame, aber unterschiedliche Verantwortung“ bezeichnet. Gemeint ist, dass die Industrieländer aufgrund ihres historischen Beitrags zum globalen Emissionsproblem beim Abbau von Emissionen die Führungsrolle übernehmen sollen.

Auch bei Vergeltungsmaßnahmen verweist China ausdrücklich auf Reziprozität, wenn es auf als feindlich betrachtete Schritte reagiert – etwa die Schließung diplomatischer Missionen oder die Verhängung von Sanktionen. Zugleich verneint es in Diplomatie und Handel oft den reziproken Charakter seiner Handlungen, wie bei der Inhaftierung ausländischer Staatsangehöriger oder Einfuhrbeschränkungen für ausländische Waren.

Der Begriff „win-win“ ist ein zentrales Element der chinesischen Diplomatie und bezeichnet den Ansatz, heikle Themen in bilateralen Beziehungen auszuklammern und „ungeachtet der Differenzen nach Gemeinsamkeiten zu suchen“. Dieses Vorgehen steht im Kontrast zur europäischen Perspektive, in der Reziprozität weniger auf Konfliktvermeidung als vielmehr auf ausgewogene Kooperation abzielt.

ENDNOTEN

- 1 Whelan, A., *Reciprocity in Public International Law* (Oxford: Oxford University Press, 2023).
- 2 Europäische Union, „EU-China: Trade Relations“, *Europäische Kommission*, 2024, https://web.archive.org/web/20250516014417/https://policy.trade.ec.europa.eu/eu-trade-relationships-country-and-region/countries-and-regions/china_en.
- 3 Shi Qing, „中国永远是发展中国家大家庭的一员“ [China wird immer ein Teil der großen Familie der Entwicklungsländer sein], *Volkszeitung*, 12. April 2023, <https://web.archive.org/web/2024111033644/http://world.people.com.cn/n1/2023/0412/c1002-32661975.html>.
- 4 „Law of the People's Republic of China on Countering Foreign Sanctions“, *China Law Translate*, 10. Juni 2021, <https://web.archive.org/web/20250416022753/https://www.chinalawtranslate.com/en/counteringforeignsanctions/>.
- 5 Außenministerium der VR China, „中国关于同太平洋岛国相互尊重、共同发展的立场文件“ [Chinas Positionspapier zu gegenseitigem Respekt und gemeinsamer Entwicklung mit den pazifischen Inselstaaten], 30. Mai 2022, https://web.archive.org/web/20250219085922/https://www.mfa.gov.cn/web/ziliao_674904/zcwj_674915/202205/t20220530_10694631.shtml; „驻南非大使接受南非独立传媒专访“ [Interview des chinesischen Botschafters in Südafrika mit South African Independent Media], *Forum on China-Africa Cooperation*, 10. Juli 2024 https://web.archive.org/web/20240722222858/http://www.focac.org/zfzs/202407/t20240710_11451685.htm.
- 6 J. Gunter und C. Soong, „It's Not Us, It's You: China's Surging Overcapacities and Distortive Exports Are Pressuring Many Developing Countries Too“, *MERICs Tracker*, November 2024 <https://meric.org/en/tracker/its-not-us-its-you-chinas-surging-overcapacities-and-distortive-exports-are-pressuring-many>
- 7 Europäische Kommission und Hoher Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, „EU-China – A Strategic Outlook“, *EUR-Lex*, 12. März 2019, <https://web.archive.org/web/20250326144956/https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TEXT/?uri=celex:52019JC0005>.



SICHERHEIT

【安全】

JERKER HELLSTRÖM

KURZGEFASST

Für China sind nationale Sicherheit und Staatssicherheit Synonyme, da es im Chinesischen nur einen Begriff für die beiden Ebenen gibt (国家安全). Die Sicherheit des Staates bezieht sich auf die Konsolidierung der Führungsposition der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) und auf ihren Schutz vor in- und ausländischen Bedrohungen. Bedrohungen der nationalen Sicherheit werden von der Partei als existenziell angesehen. Im chinesischen Kontext umfasst die nationale Sicherheit u. a. die politische Sicherheit, die innere Sicherheit, die militärische Sicherheit, die wirtschaftliche Sicherheit, die kulturelle Sicherheit, die soziale Stabilität und die Informationssicherheit. Sie kann als Voraussetzung für den Fortbestand des Machtmonopols des Regimes verstanden werden.

Um zu erfassen, was die KPCh unter nationaler Sicherheit versteht, muss man verstehen, welche Gefahren sie für ihre Herrschaft sieht. Eine übergreifende Bedrohung sieht die Partei in der ideologischen Unterwanderung durch „westliche feindliche Kräfte“, zu denen auch viele ausländische NGOs und internationale Medien gezählt werden. Das zugrundeliegende Argument ist, dass die persönliche Sicherheit des Einzelnen nicht gewährleistet ist, wenn das Regime nicht sicher ist. Gleichzeitig gilt in China die Grundannahme, dass diejenigen, die im Einklang mit den Interessen der herrschenden Klasse handeln, geschützt werden müssen.

ANALYSE

Dass Chinas Hauptaugenmerk auf dem Parteistaat als Nutznießer der nationalen Sicherheit liegt und nicht etwa auf gesellschaftlichen und individuellen Freiheiten, wird in Artikel 2 des *Nationalen Sicherheitsgesetzes* (NSG) von 2015 deutlich:

„Nationale Sicherheit bezieht sich auf die relative Abwesenheit internationaler oder innerstaatlicher Bedrohungen für die Regierungsgewalt, die Souveränität, die Einheit und die territoriale Integrität des Staates, das

Wohlergehen der Bevölkerung, die nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung und andere wichtige nationale Interessen sowie die Fähigkeit, einen dauerhaften Zustand der Sicherheit zu gewährleisten“.¹

Darüber hinaus wird laut NSG „der Staat“ von der KPCh regiert: „Der Staat wird von der Kommunistischen Partei Chinas geführt.“² Ähnliche Formulierungen finden sich auch in der chinesischen Verfassung. Daher sollte „Staatssicherheit“ letztlich als Sicherheit der Partei verstanden werden.

Das chinesische Konzept der nationalen Sicherheit kommt auch in den vorrangigen Aufgaben von Chinas zivilem Nachrichtendienst, dem Ministerium für Staatssicherheit (MSS), zum Ausdruck. Im Gegensatz zu vergleichbaren Diensten in Demokratien spioniert der MSS beispielsweise inländische Dissident:innen mit Verbindungen ins Ausland, Uigur:innen, Tibeter:innen, Taiwaner:innen, Demokratieaktivist:innen und Mitglieder der Falungong-Bewegung wie auch deren Anhänger im Ausland aus. Darin zeigt sich die Besorgnis innerhalb der Partei, dass diese Gruppen zu einer Sicherheitsbedrohung werden könnten. Hierzu gehört auch jedwede Parteinahme gegen Peking, die das internationale Image Chinas negativ beeinflussen könnte.

Ein Beispiel dafür, wie das Konzept der „Sicherheit“ von chinesischen Beamten benutzt wird, sind Pekings Bemühungen, die Einrichtung von Umerziehungslagern in Xinjiang ab 2017 zu verteidigen. Obwohl den Inhaftierten keine Straftaten zur Last gelegt wurden, stellte die chinesische Regierung die Lager als Teil ihrer Bemühungen zur Terrorismusbekämpfung dar, mit denen sie die Sicherheit des Staates wahrt.

Die kulturelle Sicherheit soll die chinesische Gesellschaft vor kultureller Unterwanderung durch hegemoniale Mächte, Verwestlichung und kulturellem Niedergang schützen.³ Das Konzept der kulturellen Sicherheit ist mit der „ideologischen Sicherheit“ verflochten, die Bedrohungen wie die „Demokratie westlicher Prägung, die kulturelle Hegemonie des Westens, die vielfältige Verbreitung von Informationen und öffentlichen Meinungen im Internet sowie die religiöse Unterwanderung“ umfasst. Der prominente Ideologe Wang Huning, Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros, erklärte 1994, dass die Globalisierung als westliche kulturelle Hegemonie zu verstehen sei und eine existenzielle Bedrohung für die Partei darstellen könne.

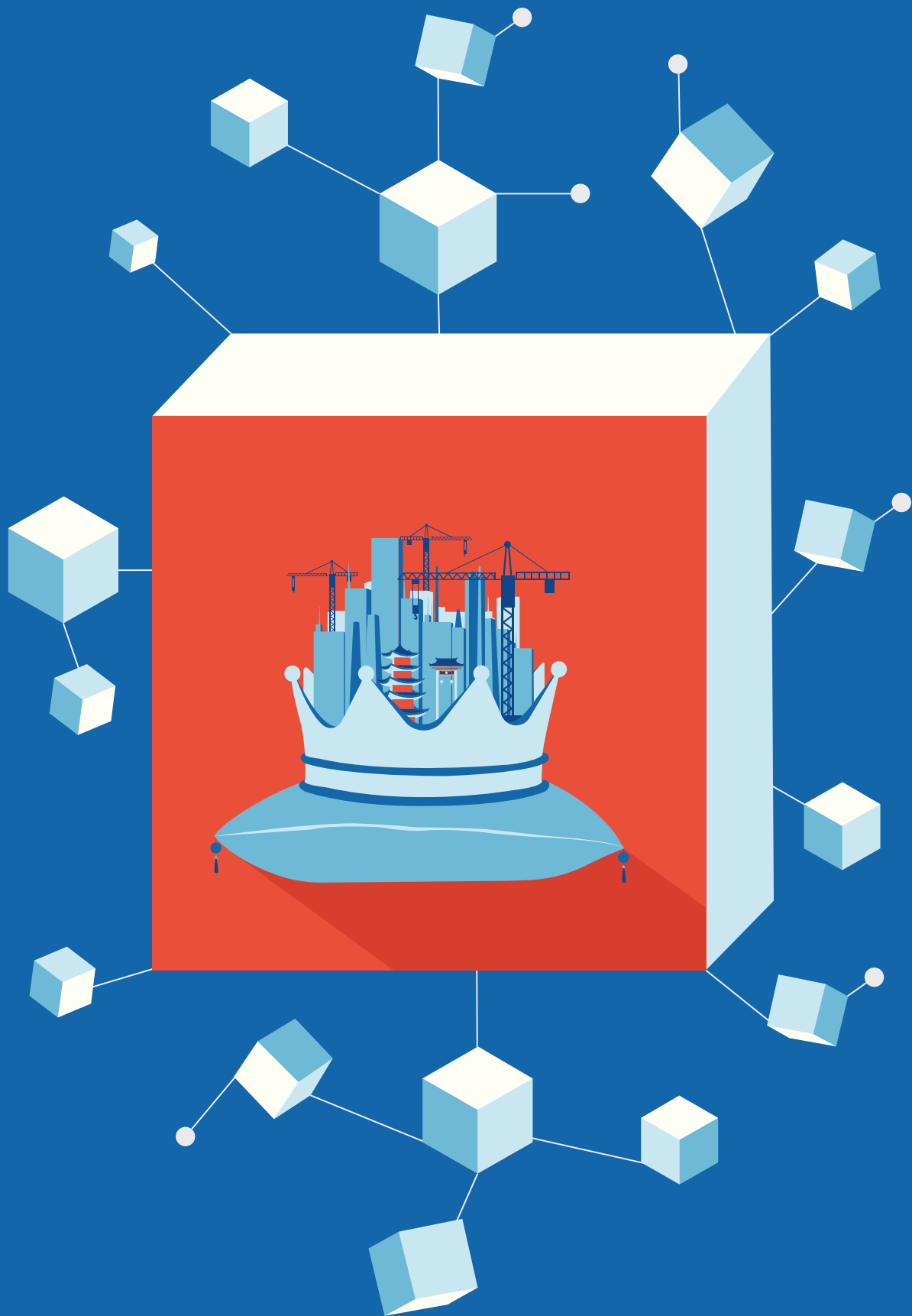
Ernährungssicherheit wird als nationale Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln definiert und ebenfalls mit der Sicherheit des Regimes gleichgesetzt.⁴ Dies ist vergleichbar mit der Definition der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen

(FAO), wonach Ernährungssicherheit „ein Zustand ist, bei dem alle Menschen zu jeder Zeit physischen, sozialen und ökonomischen Zugang zu ausreichender, gesundheitlich unbedenklicher und nahrhafter Nahrung haben, die ihren Ernährungsbedürfnissen und Nahrungsmittelpräferenzen für ein aktives und gesundes Leben entspricht.“⁵

Menschliche Sicherheit zielt nach chinesischem Verständnis vor allem auf die kollektive Bevölkerung und nicht auf die Sicherheit des Einzelnen ab, die normalerweise im Mittelpunkt des Diskurses über den Zweck von Sicherheit steht. Der Staat wird in China als der wichtigste Garant für die menschliche Sicherheit verstanden und nicht als deren Bedrohung.⁶

ENDNOTEN

- 1 Staatsrat der VR China, „中华人民共和国国家安全法 (主席令第二十九号)“ [Nationales Sicherheitsgesetz der Volksrepublik China (Erlass Nr. 29 des Vorsitzenden)], *Gov.cn*, 1. Juli 2015, http://www.gov.cn/zhengce/2015-07/01/content_2893902.htm.
- 2 Ebd., Kapitel 2, Aufgaben zur Wahrung der nationalen Sicherheit, Artikel 15.
- 3 H. Lin, zitiert nach M. D. Johnson, „Safeguarding Socialism: The Origins, Evolution, and Expansion of China's Total Security Paradigm“, *Sinopsis*, 11. Juni 2020, <https://sinopsis.cz/en/johnson-safeguarding-socialism/>.
- 4 J. Zhou, „China and (World) Food Security“, *SIPRI*, 16. Oktober 2016, <https://www.sipri.org/commentary/blog/2016/china-and-world-food-security>.
- 5 World Food Summit, „Rome Declaration on World Food Security“, 13.-17. November 1996, Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, <http://www.fao.org/3/w3613e/w3613e00.htm>.
- 6 S. Breslin, „Debating Human Security in China: Towards Discursive Power?“, *Journal of Contemporary Asia*, 2015, <https://core.ac.uk/download/pdf/29189887.pdf>.



SOUVERÄNITÄT

【主权】

JERKER HELLSTRÖM

KURZGEFASST

Das Konzept der staatlichen Souveränität kann als das ausschließliche Recht von Staaten definiert werden, auf ihrem eigenen Territorium zu regieren. In China ist Souveränität als absolute und dauerhafte Staatsgewalt zu verstehen, wobei der Staat von der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) geführt wird. Darüber hinaus ist der Begriff der Souveränität eng mit Chinas nachdrücklicher Betonung der gegenseitigen Nichteinmischung in innere Angelegenheiten verbunden, wie sie in den Fünf Grundsätzen der friedlichen Koexistenz (1954) dargelegt ist.¹ China ist ein prinzipientreuer Verfechter einer starken Souveränitätsnorm und zählt die staatliche Souveränität zu nicht verhandelbaren „nationalen Kerninteressen“, deren übergeordnetes Interesse das dauerhafte Machtmonopol der KPCh ist.

Aus Sicht der KPCh beinhaltet Souveränität das ausschließliche Recht der Regierung einer souveränen Nation, die Kontrolle über Angelegenheiten innerhalb ihrer eigenen Grenzen auszuüben, wozu zum Beispiel ihre politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und technologischen Aktivitäten gehören. Die KPCh bezieht in ihr Konzept der staatlichen Souveränität das Territorium innerhalb der de-jure-Grenzen Chinas sowie ihre territorialen Ansprüche ein. So bilden zum Beispiel Taiwan und die Landgebiete im Südchinesischen Meer die äußeren geografischen Grenzen ihrer staatlichen Souveränitätsansprüche.

ANALYSE

China stützt sein Konzept der staatlichen Souveränität auf selektive historische Territorialansprüche. So beansprucht die KPCh beispielsweise die Souveränität über Taiwan, da dieses einst zum Qing-Reich (1644-1911) gehörte. Während es keinen Anspruch auf Teile der heutigen Mongolei erhebt, die einst vom Yuan-Reich (1271-1368) (und später vom Qing-Reich) regiert wurden, stützt Peking seine Ansprüche auf Teile des Südchinesischen Meer gerade auf die Behauptung, dass diese Gebiete in derselben Zeit unter chinesischer Hoheitsgewalt standen. Obwohl der Ständige Schiedshof in Den Haag 2016 feststellte, dass es für Chinas „historische“ Ansprüche im Südchinesischen Meer

keine Rechtsgrundlage gibt, hält Peking weiterhin an dieser Position fest.

2009 gewann China scheinbar die Unterstützung der Vereinigten Staaten für seine Souveränitäts- und Gebietsansprüche. Eine gemeinsame Erklärung des Gipfeltreffens zwischen Barack Obama und Hu Jintao enthielt einen Passus, in dem es hieß, die Parteien seien übereingekommen, die „Kerninteressen“ des jeweils anderen zu respektieren.² Da zu den Kerninteressen Chinas auch die Souveränität Chinas über Taiwan gehört, konnte die Erklärung als Anerkennung der Zugehörigkeit Taiwans zu China interpretiert werden, was eine deutliche Wende in der amerikanischen Chinapolitik gewesen wäre. In der gemeinsamen Erklärung des zweiten Hu-Obama-Gipfels tauchte der Begriff „Kerninteressen“ nicht mehr auf.³

Chinas Festhalten an westfälischen Souveränitätsnormen beeinflusst ebenfalls erheblich die Haltung des Landes in der internationalen Menschenrechtsdebatte. China besteht darauf, dass Entwicklungsstand, Kultur und Werte eines Landes berücksichtigt werden müssen, was der internationalen Kontrolle und Durchsetzung von Menschenrechten enge Grenzen setzt. China begegnet humanitären Interventionen meist mit großem Misstrauen, da sie westlichen Ländern als Vorwand dienen könnten, sich in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen und damit deren Souveränität zu bedrohen.⁴

Unter Cyber-Souveränität sind Chinas Bemühungen zu verstehen, den Informationsfluss, der den Internetnutzern in China zur Verfügung steht, zu kontrollieren und die soziale Stabilität und die Legitimität des Regimes zu gewährleisten, und zugleich eine Führungsrolle bei der globalen Internet Governance des zu übernehmen. In Sinne widerspricht „Cyber-Souveränität“ der Vorstellung, dass das Internet eine freie, offene und globale Plattform sein sollte, die in erster Linie durch einen Bottom-up-Ansatz gesteuert wird.

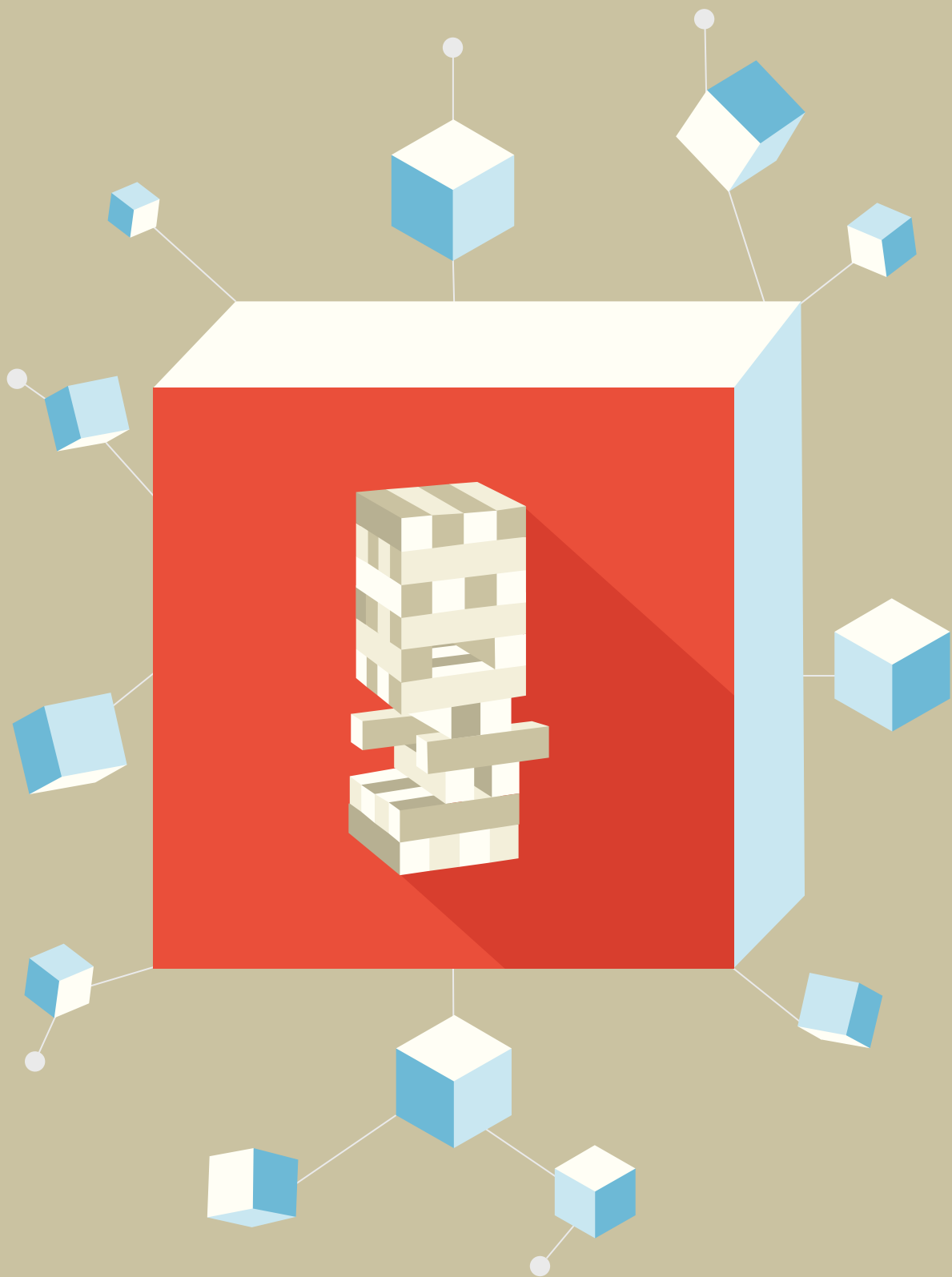
Kulturelle Souveränität kann als das Recht des Staates definiert werden, seine kulturellen Interessen unabhängig – also ohne Einmischung von außen – zu verfolgen. Wenn offizielle Narrative in Frage gestellt werden, beansprucht die KPCh die Zuständigkeit für Themen, die einen Bezug zur chinesischen Kultur haben, auch in anderen Ländern. Im Oktober 2020 etwa versuchten die chinesischen Behörden, eine Ausstellung über Dschingis Khan in einem Museum im französischen Nantes zu zensieren. Nach Aussagen des Museums wollten chinesische Beamte Angaben zur Geschichte der Mongolei umschreiben.⁵

Religiöse Souveränität wird im chinesischen Diskurs nur selten erwähnt, aber erwähnenswert ist an dieser Stelle, dass die KPCh die Souveränität in Religionsangelegenheiten außerhalb ihrer Grenzen

beansprucht. So erhebt Peking beispielsweise den Anspruch, die höchste Autorität im tibetischen Buddhismus zu sein, obwohl die Partei säkular ist. Der 14. Dalai Lama, die höchste spirituelle Autorität im tibetischen Buddhismus, residiert zwar in Indien, doch die KPCh besteht darauf, dass sie das souveräne Recht hat, den nächsten Dalai Lama zu bestimmen und zu ernennen.

ENDNOTEN

- 1 Vereinte Nationen, „Agreement Between the Republic of India and the People's Republic of China on Trade and Intercourse Between the Tibet Region of China and India“, 29. April 1954, <https://treaties.un.org/doc/publication/unts/volume%20299/v299.pdf>.
- 2 „U.S.-China Joint Statement“, *White House*, 17. November 2009, <https://obamawhitehouse.archives.gov/realitycheck/the-press-office/us-china-joint-statement>.
- 3 R. C. Bush, R.C., *Uncharted Strait: The Future of China-Taiwan Relations* (Washington, DC: The Brookings Institution, 2013), S. 222.
- 4 Y. Zhu, „China and International ,Human Rights Diplomacy““, *China: An International Journal*, Bd. 9, Nr. 2 (2011), S. 222-232, <https://www.worldscientific.com/doi/10.1142/S0219747211000148>.
- 5 K. Jhala, „Chinese Interference Derails Genghis Khan Exhibition in France“, *The Art Newspaper*, 14. Oktober 2020, <https://www.theartnewspaper.com/news/genghis-khan-exhibition-nantes-cancelled-censorship-chinese-government>.



STABILITÄT

【稳定】

DAVID BANDURSKI

KURZGEFASST

In der UN-Charta von 1945 wurde „Stabilität“ als grundlegende Voraussetzung für „friedliche und freundschaftliche Beziehungen zwischen den Nationen“ beschrieben.¹ In der Theorie internationaler Beziehungen bezeichnet Stabilität einen Zustand, in dem Gewalt zwischen Staaten selten und unerwartet ist. In jüngerer Zeit spielte der Begriff auch in UN-Diskussionen über Entwicklung eine zentrale Rolle: als Forderung nach stabilen, friedlichen Gesellschaften, welche die Rechte des Einzelnen unabhängig von ethnischer Zugehörigkeit oder Religion schützen. So erklärte der UN-Generalsekretär 2014 vor der UN-Generalversammlung: „Kinder müssen sicher zur Schule gehen können. Frauen müssen in ihrem Zuhause und am Arbeitsplatz frei von Gewalt sein.“²

China beteiligt sich zwar aktiv an dem UN-Diskurs über Stabilität, doch die KPCh interpretiert den Begriff – auch in Bezug auf Entwicklung – in stärker politisch aufgeladenen Kategorien, die sich in drei Grundstränge gliedern lassen. Erstens ist Stabilität untrennbar mit den Bemühungen der Partei verbunden, interne Spaltungen und Machtkämpfe zu kontrollieren. Zweitens setzt sie die unantastbare Legitimität der Partei und ihres Regierungsmodells voraus – was impliziert, dass nur die KPCh Stabilität gewährleisten kann. Drittens dient der Begriff als Rechtfertigung für ein repressives System der „Stabilitätssicherung“, das tiefe soziale Spannungen im Inneren adressieren soll – viele davon verursacht durch schnelles Wachstum ohne politische Reform.

ANALYSE

Über große Teile der Mao-Ära trat Stabilität hinter Revolution und Machtkampf zurück. Nach außen hingegen präsentierte sich die junge Volksrepublik trotz innerer Turbulenzen als eine Kraft der Stabilität, die für Souveränität und Nichteinmischung eintrat.³

Nach dem Ende der Kulturrevolution bemühte sich der 1975 rehabilitierte Deng Xiaoping, ideologische Gräben zu schließen und die Wirtschaft wiederzubeleben. „Stabilität und Einheit“ lautete die zweite

seiner „Drei Direktiven“ für die Regierungsarbeit: ein Appell, die innerparteilichen Kämpfe einzustellen und sich auf den nationalen Aufbau zu konzentrieren. Mao jedoch lehnte diese Pause im Klassenkampf ab: „Ohne Kampf gibt es keinen Fortschritt, keinen Frieden.“⁴ Erst drei Jahre später, nach neuen Machtkämpfen – und Maos Tod – konnte Deng sich mit seinen Vorstellungen durchsetzen.

Unter Deng bedeutete Stabilität in den 1980er-Jahren vor allem, Streit vermeiden und sich der Arbeit widmen. Untrennbar mit Reform und Entwicklung verbunden, rückte „wirtschaftliche Stabilität“ in den Mittelpunkt. Mit wirtschaftlicher Stabilität ließen sich Reformen vorantreiben, Reformen beschleunigten die wirtschaftliche Entwicklung; und schnelles Wachstum bot wiederum „eine noch stärkere Garantie für Stabilität“. Stabilität hieß aber auch, die Herrschaft der KPCh zu sichern und interne Auseinandersetzungen zu beenden. Deng stellte „Stabilität und Einheit“ gleichberechtigt neben die Vier Grundprinzipien, die das Land auf den Sozialismus und die Führungsrolle der Partei verpflichteten. International verstand China Stabilität primär als die Gewährleistung von Frieden – vor allem zwischen den Supermächten des Kalten Krieges, den USA und der Sowjetunion, aber auch in den Beziehungen zwischen China und den USA.

Ende der 1980er-Jahre verdichtete sich Dengs Gleichung von Reform, Entwicklung und Stabilität im Slogan: „Stabilität steht über allem“. Nachdem Jiang Zemin nach dem Tiananmen-Massaker im Juni 1989 die Macht übernommen hatte, wurde der Satz allgegenwärtig. Die Proteste wurden als „konterrevolutionärer Aufstand“ dargestellt – ein einmaliger Störfall, der die Entwicklung vorübergehend unterbrochen hatte. Wie schon Deng betonte auch Jiang, dass „Stabilität über allem steht“. Als der Wirtschaftsboom der 1990er-Jahre Ungleichheit und sozialen Spannungen brachte, reagierte die Partei mit einem System umfassender Überwachung, das als „Aufrechterhaltung der Stabilität“ (维护稳定) oder *weiwen* bezeichnet wurde. Unter Hu Jintao verschärften diese Instrumente zur Ausübung von Druck und Kontrolle oft genau die Spannungen, die sie eindämmen sollten. Die Folge waren hohe Kosten durch Repression und zunehmenden Widerstand – ein Zustand, der in der Wissenschaft als „rigide Stabilität“ kritisiert wurde.⁵

Mit Xi Jinpings Machtantritt 2012 verschmolz die Stabilitätssicherung immer stärker mit dem Begriff der nationalen Sicherheit – sichtbar in dem Konzept der „umfassenden nationalen Sicherheit“, das im April 2014 eingeführt wurde. Seither wird es kompromisslos umgesetzt – mit sozialer Kontrolle, Einsatz von Hightech-Überwachung und Repression. Sorgen um Stabilität waren die treibende Kraft hinter der konsequenten Unterdrückung der Demokratieproteste in Hongkong ab 2014, die 2020 in einem umfassenden nationalen Sicherheitsregime mündete. In Xinjiang rechtfertigten Stabilitätserwägungen

beispiellose Sicherheitsmaßnahmen, darunter Masseninternierungen von Uigur:innen, die internationale Verurteilung auslösten. 2022 erklärte Xi: „Nationale Sicherheit ist die Grundlage der nationalen Renaissance, soziale Stabilität die Voraussetzung für nationale Stärke.“⁶ Die Furcht um Stabilität hat sich durch strukturelle Probleme der chinesischen Wirtschaft, darunter Arbeitslosigkeit, weiter verschärft - und innenpolitische Stabilität bleibt eng an wirtschaftliche Stabilität gekoppelt.

ENDNOTEN

- 1 Vereinte Nationen, „Charter of the United Nations“, Art. 55, 26. Juni 1945, <https://www.un.org/en/about-us/un-charter/full-text>.
- 2 UN News, „Peaceful, Stable Societies Vital for Advancing Development, General Assembly Told“, *United Nations*, 24. April 2014, <https://news.un.org/en/story/2014/04/466752>.
- 3 Wang Zhaodong, „中国是全球安全的维护者和稳定力量“ [China ist ein Garant für globale Sicherheit und eine Kraft der Stabilität], *Guangming Daily*, 22. September 2024, <https://web.archive.org/web/20241212185927/http://theory.people.com.cn/n1/2024/0922/c40325401.html>.
- 4 Liu Guijun, „论1975年整顿中的‘三项指示为纲’“ [Über die „Drei Direktiven als Leitprinzip“ in der Korrektur von 1975], 14. Dezember 2022, <https://web.archive.org/web/20230126110705/https://new.qq.com/rain/a/20221214A00FF600>.
- 5 Yu Jianrong, „Holding Tight and Not Letting Go: The Mechanisms of ‚Rigid Stability‘“, *Global Asia*, Bd. 5, Nr. 2 (2010), https://www.globalasia.org/v5no2/cover/holding-tight-and-not-letting-go-the-mechanisms-of-rigid-stability_yu-jianrong.
- 6 Xinhua, „习近平强调，推进国家安全体系和能力现代化，坚决维护国家安全和社会稳定“ [Xi Jinping betonte, dass Anstrengungen unternommen werden sollten, um das nationale Sicherheitssystem und die Sicherheitskapazitäten zu modernisieren und die nationale Sicherheit und soziale Stabilität entschlossen zu gewährleisten], *Xinhua*, 16. Oktober 2022, https://www.gov.cn/xinwen/2022-10/16/content_5718828.htm.



TRANSPARENZ

【透明度】

MALIN OUD

KURZGEFASST

Von Transparenz spricht man, wenn Politik und politische Verfahren offen und nachvollziehbar sind und Entscheidungen und Informationen der Öffentlichkeit verständlich, barrierefrei und zeitnah zur Verfügung gestellt werden. Die Informationsfreiheit ist ein wesentlicher Bestandteil des Menschenrechts auf freie Meinungsäußerung. Die Arbeit von Regierungen soll generell transparent sein und etwaige Ausnahmen sollten auf Fragen wie nationale und öffentliche Sicherheit, strafrechtliche Ermittlungen, Datenschutz und Geschäftsgeheimnisse beschränkt werden.

Die chinesische Führung sieht Transparenz als wichtig an, um die Legitimität des staatlichen Handelns zu fördern. Sie behandelt sie jedoch eher als ein Disziplinierungs- und Überwachungsinstrument, denn als eine Frage der Pressefreiheit und Bürgerbeteiligung. Das Recht auf „Offenlegung von Regierungsinformationen“ (政府信息公开) ist zwar gesetzlich verankert, darf aber nicht gegen die Interessen des Parteistaats verstoßen. Dieser verweist häufig auf nationale Sicherheit, um „Staatsgeheimnisse“ zu schützen. Im internationalen Vergleich ist die chinesische Definition von Staatsgeheimnissen sehr weit gefasst und schließt Informationen ein, welche „die soziale Stabilität beeinträchtigen“ oder „einen negativen Einfluss“ auf Chinas internationale Beziehungen haben könnten. Informationen können auch nachträglich zu „Staatsgeheimnissen“ erklärt werden, wobei die Höchststrafe für die Preisgabe von Staatsgeheimnissen der Tod ist.

ANALYSE

Ein besserer Zugang zu staatlichen Informationen war Teil der 1978 von Deng Xiaoping eingeleiteten Reform- und Öffnungspolitik. Das verfassungsmäßige Recht der chinesischen Bürger:innen, die Regierung zu kontrollieren, wurde offiziell anerkannt. Zur Bekämpfung der Korruption auf lokaler Ebene wurde das Konzept der „Transparenz dörflicher Angelegenheiten“ (村务公开) eingeführt. Doch der politische Reformprozess, den die Partei in den 1980er Jahren verfolgte, fand sein jähes Ende mit der gewaltsamen Niederschlagung der

Studierendenproteste am Tiananmen Platz in 1989. Gleichwohl gewann das Konzept der „transparenten Regierung“ (政务公开) weiter an Bedeutung, denn die Bekämpfung von Korruption und der Aufbau einer „sauberen Regierung“ wurden als entscheidend für das Überleben der Partei angesehen.¹

Der Mangel an staatlicher Transparenz rückte in den 1990er und frühen 2000er Jahren durch eine Reihe von Vertuschungsversuchen von Katastrophen in den öffentlichen Fokus. Von der HIV/AIDS-Epidemie in der Provinz Henan Mitte der 1990er Jahre über den Ausbruch von SARS 2002 und dem Chemieunfall am Songhua-Fluss 2004 bis hin zum Skandal um mit Melamin verseuchte Milch 2008 – die politische Geheimhaltungskultur und der fehlende freie Informationsfluss hatten verheerende Auswirkungen auf die Gesundheit und Lebensgrundlagen der Menschen und führten zu einem öffentlichen Ruf nach Offenheit.

Das Internet wurde in dieser Zeit zu einer wichtigen Kontrollinstanz: Investigative Journalisten begannen Korruption und Machtmissbrauch aufzudecken. Auf dem 17. Parteitag 2007 wurde Transparenz schließlich als unverzichtbares „Sonnenlicht“ propagiert, das der Korruption dunkler Amtstuben entgegenwirkt.²

2008 wurde die erste nationale Verordnung über die Offenlegung von Regierungsinformationen verabschiedet. Sie sah einen verbesserten Zugang zu Regierungsinformationen bei Themen wie Staatshaushalt und -ausgaben, Umweltverschmutzung, Lebensmittel- und Arzneimittelsicherheit, Landnahme und Entschädigung, Beschaffungswesen und Bauaufträgen sowie eine größere Transparenz bei Gesetzgebungsverfahren und Gerichtsentscheidungen vor.³ Chinesische Nichtregierungsorganisationen und Rechtsanwält:innen machten sich die neue Verordnung zu Nutze, um Klagen im öffentlichen Interesse anzustrengen und sich für Themen wie Umweltverschmutzung und Diskriminierung einzusetzen.

Die Effektivität solcher Verordnungen war jedoch stets durch den systembedingten Mangel an Rechtsstaatlichkeit, Medienfreiheit und zivilgesellschaftlicher Kontrolle eingeschränkt. Für die Partei bedeutet Transparenz Überwachung und Kontrolle von oben – und eben nicht Kontrolle durch die Bürger:innen und öffentliche Aufsicht. Es geht in erster Linie um die Effizienz der Regierung und nicht um deren Rechenschaftspflicht.⁴ Die Rolle der Medien besteht darin, Sprachrohr der Regierung zu sein und eine begrenzte Kontrollfunktion auszuüben, indem sie auf Geheiß der zentralen Führung Korruption auf lokaler Ebene aufdecken.⁵ Unter Xi Jinping wurde der investigative Journalismus beschnitten. In Umkehrung früherer Trends beschränkt

die Regierung nun aktiv den Online-Zugang zu Regierungsdaten, um unerwünschte Einblicke zu verhindern.

Während die Partei im Namen von Transparenz und Korruptionsbekämpfung sowohl im In- als auch im Ausland „Tiger, Fliegen und Füchse“ jagt⁶, bleiben ihre internen Führungsstrukturen und Arbeitsmethoden undurchsichtig. Sie sind geprägt von Geheimhaltung, außergerichtlichen Maßnahmen, bis hin zum Verschwindenlassen von Personen. Xi Jinping nutzte die von ihm initiierte Anti-Korruptionskampagne, um sowohl korrupte Beamte als auch politische Rivalen auszuschalten. Die „mutige Praxis der Selbstreform“ und die Fähigkeit der Partei, „die Klinge nach innen zu drehen, um das verrottete Fleisch herauszuschneiden“, so Xi, habe eine überzeugende Antwort auf all diejenigen gegeben, die das westliche System der Demokratie und Gewaltenteilung anpreisen.⁷

ENDNOTEN

- 1 China Internet Information Center, „Jiang Zemin's Speech at the Meeting Celebrating the 80th Anniversary of the Founding of the Communist Party of China“, 1. Juni 2001, web.archive.org/web/20220715131042/http://www.china.org.cn/e-speech/a.htm.
- 2 *China Daily*, „Full Text of Hu Jintao's Report at 17th Party Congress“, 24. Oktober 2007, http://web.archive.org/web/20221120002112/https://www.chinadaily.com.cn/china/2007-10/24/content_6204564.htm.
- 3 Eine detaillierte Analyse, wie und warum diese Verordnungen zustande gekommen sind, findet sich bei J. Horsley, „Toward a More Open China?“ und H. Zhou, „Open Government in China: Practice and Problems“, in A. Florini (Hrsg.), *The Right to Know: Transparency for an Open World* (New York: Columbia University Press, 2007), <https://doi.org/10.7312/flor14158>.
- 4 J. Renertsen, „Assessing Access to Information in China: Legal Developments and International Standards“, Masterarbeit, China University of Political Science and Law, November 2009, https://www.jus.uio.no/smr/english/about/programmes/china/Publications/articles_and_books/JensFR_Thesis.pdf.
- 5 S. Chen, „Chinese Media Through the Decades: Interview With Zhan Jiang“, *China Media Project*, 10. November 2021, <http://web.archive.org/web/20221120003325/https://chinamedia-project.org/2021/11/10/chinese-media-through-the-decades/>.
- 6 Ebd.
- 7 Zitate aus der Rede von Xi Jinping auf dem 6. Plenum des 19. Zentralkomitees der KPCh am 11. November 2021, in Wang Zichen, „Xi Jinping Recently Vows Unrelenting Graft-Busting“, *Pekingology*, 16. Januar 2022, <http://web.archive.org/web/20221120002524/https://www.pekingnology.com/p/xi-jinping-recently-vows-unrelenting>.



VERANTWORTUNGSVOLLE FORSCHUNG

【负责任研究】

MARINA RUDYAK

KURZGEFASST

Die UNESCO Empfehlung für Wissenschaft und wissenschaftlich Forschende von 2018 definiert verantwortungsvolle Forschung als eine Praxis, die ethische, soziale, ökologische und wissenschaftliche Verantwortung wahrt. Forschende sollen Schäden für Menschen und Umwelt minimieren, Ressourcen nachhaltig nutzen sowie informiertes Einverständnis und angemessene Anerkennung von Beiträgen sicherstellen. Das Dokument betont zudem die Bedeutung von akademischer Freiheit, offenem Zugang zu Wissen und dem Schutz der Menschenrechte als integrale Bestandteile verantwortungsvollen wissenschaftlichen Handelns. In einigen Ländern, darunter den USA und Deutschland, wird verantwortungsvolle Forschung auch im Zusammenhang mit wirtschaftlicher Sicherheit diskutiert.

China beteiligt sich aktiv an internationalen Debatten über verantwortungsvolle Forschung, etwa durch die 2023 vom Ministerium für Wissenschaft und Technologie (MOST) herausgegebenen *Leitlinien für verantwortungsvolles Forschungsverhalten*.¹ Der innenpolitische Diskurs legt an verantwortungsvolle Forschung jedoch einen eigenen Deutungsrahmen an. Sie ist eng mit den Vorstellungen der „Forschungsintegrität“ (科研诚信) und dem Kampf gegen „wissenschaftliches Fehlverhalten“ (科研不端行为) verknüpft, und misst disziplinärer Ahndung wie auch moralischem Verhalten besondere Bedeutung bei. Gleichzeitig wird Verantwortung auch im Sinne des Beitrags von Wissenschaftler:innen zur nationalen Entwicklung, Modernisierung und technologischen Eigenständigkeit verstanden – und Forschende somit als Akteure staatlich gelenkten Fortschritts positioniert.

ANALYSE

Plagiatsskandale der 1990er-Jahre lösten in China erstmals die Debatte über verantwortungsvolle Forschung aus. In Reaktion darauf erließen staatlich angebundene Forschungseinrichtungen Verhaltenskodizes,

die „Wissenschaftsethik“ (科学道德) als zentral für nationalen Fortschritt und Sicherheit hervorhoben. Der *Kodex wissenschaftlicher Ethik* der Chinesischen Akademie der Wissenschaften von 2001 betonte etwa die Verpflichtung von Forschenden, den technologischen Fortschritt voranzutreiben und die nationale, informationelle, ökologische, umweltbezogene und gesundheitliche Sicherheit zu gewährleisten – wobei die nationale Sicherheit an erster Stelle genannt wurde. Die vom Ministerium für Wissenschaft und Technologie (MOST) 2006 erlassenen *Maßnahmen zum Umgang mit wissenschaftlichem Fehlverhalten* rahmten Forschungsintegrität als Voraussetzung für die Erreichung von Chinas strategischen Zielen: eigenständige Innovation, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung, Verteidigungsfähigkeit und der Aufstieg zur führenden Wissenschafts- und Technologiemacht.

Ab den frühen 2010er-Jahren hielt der Begriff „verantwortungsvolle Wissenschaft und Forschung“ (负责任(的)科学研究) sowie Varianten von „verantwortungsvolle Forschung und Innovation“ (负责任的研究与创新) Einzug in den chinesischen Diskurs – teils inspiriert von dem Responsible Research and Innovation (RRI)-Konzept der Europäischen Union.² Im Nationalen Wissenschafts- und Technologieplan des 13. Fünfjahresplans (2016–2020) wurde „verantwortungsvolle Forschung und Innovation“ erstmals offiziell erwähnt – und als zentraler Bestandteil beim „Aufbau einer sozialistischen Kultur“ gerahmt. Der Plan betonte zwar die Bedeutung von kritischem Denken, wissenschaftlicher Debatte und akademischer Freiheit, stellte zugleich jedoch auch die Pflichten von Forschenden heraus: gesellschaftliche Verantwortung (社会责任), Einsatz für das Vaterland (报效祖国) sowie die Verkörperung sozialistischer Kernwerte und guter moralischer Haltung.

Auf der Nationalen Konferenz für Wissenschafts- und Technologieinnovation 2016 betonte Xi Jinping, dass Forschende nicht nur nach Wissen streben, sondern wissenschaftliche und technologische Errungenschaften zur Lösung praktischer Probleme und zur Verwirklichung der nationalen Modernisierung einsetzen sollten – „Schreibt eure Aufsätze auf dem Boden des Vaterlands!“³ Seither hat Xi Jinping den Slogan bei verschiedenen Gelegenheiten postuliert. Er wird vielfach zitiert und zirkuliert im offiziellen wie auch im akademischen Diskurs.

Zwischen 2018 und 2023 verankerte die Kommunistische Partei Chinas dieses Verständnis durch neue Richtlinien – etwa zur *Integrität in der wissenschaftlichen Forschung* (2018)⁴, mit einem Schwerpunkt auf der Prävention von Betrug; zum *Geist der Wissenschaftler:innen* (2019)⁵, in dem eine patriotisch geprägte Forschungsethik gefordert wird; sowie zur *Governance von Wissenschafts- und Technologieethik*

(2023)⁶, die neue Prüfmechanismen für sensible Bereiche wie Künstliche Intelligenz (KI) und Biotechnologie einführten.

Die Covid-19-Pandemie bekräftigte den offiziellen Diskurs über staatlich gelenkte „verantwortungsvolle Innovation“ – begleitet von der Forderung, dass politische Entscheidungsträger Forschungsprioritäten aktiv bestimmen sollten. Innovation, so das Argument, müsse geplant werden und dürfe weder dem Markt noch einzelnen Forschenden überlassen bleiben, da sie dem Gemeinwohl und nicht individuellen Interessen dienen solle. Während der Pandemie bedeutete dies, Forschung nicht vorrangig auf das Verständnis des Virus, sondern auf den „Dienst am Volk“ und nationale Ziele auszurichten.

Die 2023 vom Ministerium für Wissenschaft und Technologie veröffentlichten Leitlinien für verantwortungsvolles Forschungsverhalten orientieren sich an internationalen Standards und widmen sich ausführlich der Regulierung von KI. Zugleich verlangen sie institutionelle Genehmigungen für bedeutende Durchbrüche und weiten die Aufsicht auf Unternehmen aus. Die zentrale Botschaft: Verantwortungsvolle Forschung soll der technologischen Selbstständigkeit und Chinas Aufstieg zur globalen Wissenschaftsmacht dienen – mit klarer Priorität für nationale Interessen gegenüber akademischer Freiheit.

ENDNOTEN

- 1 Ministerium für Wissenschaft und Technologie der VR China, „负责研究行为规范指引 (2023)“ [Leitlinien für verantwortungsvolles Forschungsverhalten (2023)], 21. Dezember 2023, https://web.archive.org/web/20250403153032/https://www.most.gov.cn/kjbgz/202312/t20231221_189240.html.
- 2 L. Wang und T.B. Long, „The Conceptual Evolution of Responsible Research and Innovation in China: A Systematic Literature Review“, *Journal of Responsible Innovation*, Bd. 10, Nr. 1 (2023), <https://doi.org/10.1080/23299460.2023.2226465>.
- 3 „习近平: 把论文写在祖国的大地上“ [Xi Jinping: Schreibt eure Aufsätze auf dem Boden des Vaterlands], Kexuewang, 11. Juni 2016, <https://web.archive.org/web/20160612122702/https://news.sciencenet.cn/htmlnews/2016/6/348350.shtm>.
- 4 Generalbüro des ZK der KPCh und Generalbüro des Staatsrats, „关于进一步加强科研诚信建设的若干意见“ [Einige Ansichten zur weiteren Stärkung der Integrität in der wissenschaftlichen Forschung], 30. Mai 2018, https://web.archive.org/web/20250322093930/https://www.gov.cn/zhengce/2018-05/30/content_5294886.htm.
- 5 Generalbüro des ZK der KPCh und Generalbüro des Staatsrats, „关于进一步弘扬科学家精神加强作风和学风建设的意见“ [Einige Ansichten zur weiteren Förderung des Geistes der Wissenschaftler:innen und zur Stärkung des Arbeitsstils und der akademischen Atmosphäre], 6. November 2019, https://web.archive.org/web/20250322085721/https://www.gov.cn/zhengce/2019-06/11/content_5399239.htm.
- 6 Generalbüro des ZK der KPCh und Generalbüro des Staatsrats, „关于加强科技伦理治理的意见“ [Einige Ansichten zur der Governance von Wissenschafts- und Technologieethik], 20. März 2022, https://web.archive.org/web/20250512133205/https://www.gov.cn/zhengce/2022-03/20/content_5680105.htm.



WISSENSCHAFT

【科学】

DAVID BANDURSKI

KURZGEFASST

Internationale Definitionen von Wissenschaft und insbesondere Naturwissenschaft konzentrieren sich häufig auf das Studium der natürlichen Welt durch unvoreingenommene Beobachtungen und überprüfbare Experimente. Im Diskurs der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) hat das Wort „Wissenschaft“ eine komplexere und vielschichtige Bedeutung. Einerseits wird Wissenschaft als Disziplin, die sich systematisch mit der Erforschung der natürlichen Welt befasst, als der entscheidende Faktor für die nationale Entwicklung angesehen, der Wirtschaftswachstum und Unabhängigkeit fördert. Andererseits sind die Vorstellungen von Wissenschaftlichkeit mit dem politischen Deutungsanspruch der „Wahrheit“ als Quelle politischer Macht verwoben.

Seit der Zeit Maos sind Politik und Wissenschaft eng miteinander verknüpft, wofür die Sowjetunion als Inspiration diente. Heute zeigt es sich in der Forderung der Partei „politisch zu sprechen“ – sprich: im Sinne der Politik. Dies hat zur Folge, dass sich Entscheidungsträger:innen über wissenschaftliche Empfehlungen hinwegsetzen, wie in den ersten Tagen des Covid-Ausbruchs in Wuhan; oder, dass politische Erziehung, welche die Errungenschaften der Partei betont, in naturwissenschaftliche Unterrichtsmaterialien aufgenommen wird. Verweise auf „wissenschaftliche“ Politikgestaltung sind heute im gesamten Diskurs der KPCh zu finden – ein Anspruch auf die grundsätzliche Richtigkeit und Rationalität sämtlicher Handlungen der Partei.

ANALYSE

Der Sturz der Qing-Dynastie im Jahr 1911 leitete eine Welle der Selbstanalyse und des In sich Gehens über Chinas Zukunft ein. In einem Artikel in der Zeitschrift *Neue Jugend* personifizierte der spätere Mitbegründer der KPCh Chen Duxiu im Januar 1919 Chinas Hoffnungen auf eine Erneuerung mit „Herrn Demokratie“ und „Herrn Wissenschaft“.¹ Nur diese „zwei Herren“, so schrieb er, könnten China „vor politischer, moralischer, akademischer und intellektueller Dunkelheit“ retten und das Land von ausländischen Aggressoren und kolonialer Besetzung

befreien. Die Hinwendung zu den Naturwissenschaften bedeutete, sich vom alten Aberglauben abzuwenden und ein Projekt zur Stärkung der Nation in Angriff zu nehmen.²

Seit der Gründung der KPCh im Jahr 1921 war die Parteiführung bestrebt, Wissenschaft und Modernität für sich zu beanspruchen. In Anlehnung an sowjetische Schriften sahen KPCh-Theoretiker die Einführung der materialistischen Philosophie des Marxismus in China als einen Moment der „wissenschaftlichen“ Abrechnung, in dem „chinesische Kommunisten begannen, ein wissenschaftlicheres Verständnis vieler grundlegender Fragen der chinesischen Revolution und Gesellschaft zu entwickeln“.³ In den 1950er Jahren stellte die KPCh klar, dass die Hauptaufgabe der Wissenschaftler:innen darin bestehen sollte, „dem Volk zu dienen“ und vor den Feinden des Volkes auf der Hut zu sein.⁴

Zu Beginn der wirtschaftlichen Reform- und Öffnungsphase in den 1980er Jahren wurde erneut ein Schwerpunkt auf die wissenschaftliche Entwicklung gelegt. China konzentrierte sich auf den Erwerb ausländischer Technologien, wobei das Tempo der Technologieimporte drastisch zunahm.⁵ Auch chinesische Auslandsstudierende trugen seit den 1980er Jahren zum Aufbau des chinesischen Wissenschaftssystems bei.⁶ Diese Entwicklungen nahmen in den 1990er Jahren an Fahrt auf, da die Naturwissenschaften als entscheidend für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung und das nationale Prestige angesehen wurden. Dennoch blieb die Vorstellung vom „wissenschaftlichen Geist“ als Merkmal der marxistischen Politik der KPCh neben den tatsächlichen Fortschritten in der Wissenschaft bestehen und kennzeichnete den Anspruch der Partei auf praktische und volksnahe politische Antworten. Eines der markantesten Beispiele der Reformära war das „wissenschaftliche Entwicklungskonzept“ (科学发展观), ein Schlagwort, das Anfang der 2000er Jahre von Präsident Hu Jintao eingeführt worden war und im Wesentlichen die Notwendigkeit einer ausgewogeneren Entwicklung umriss.

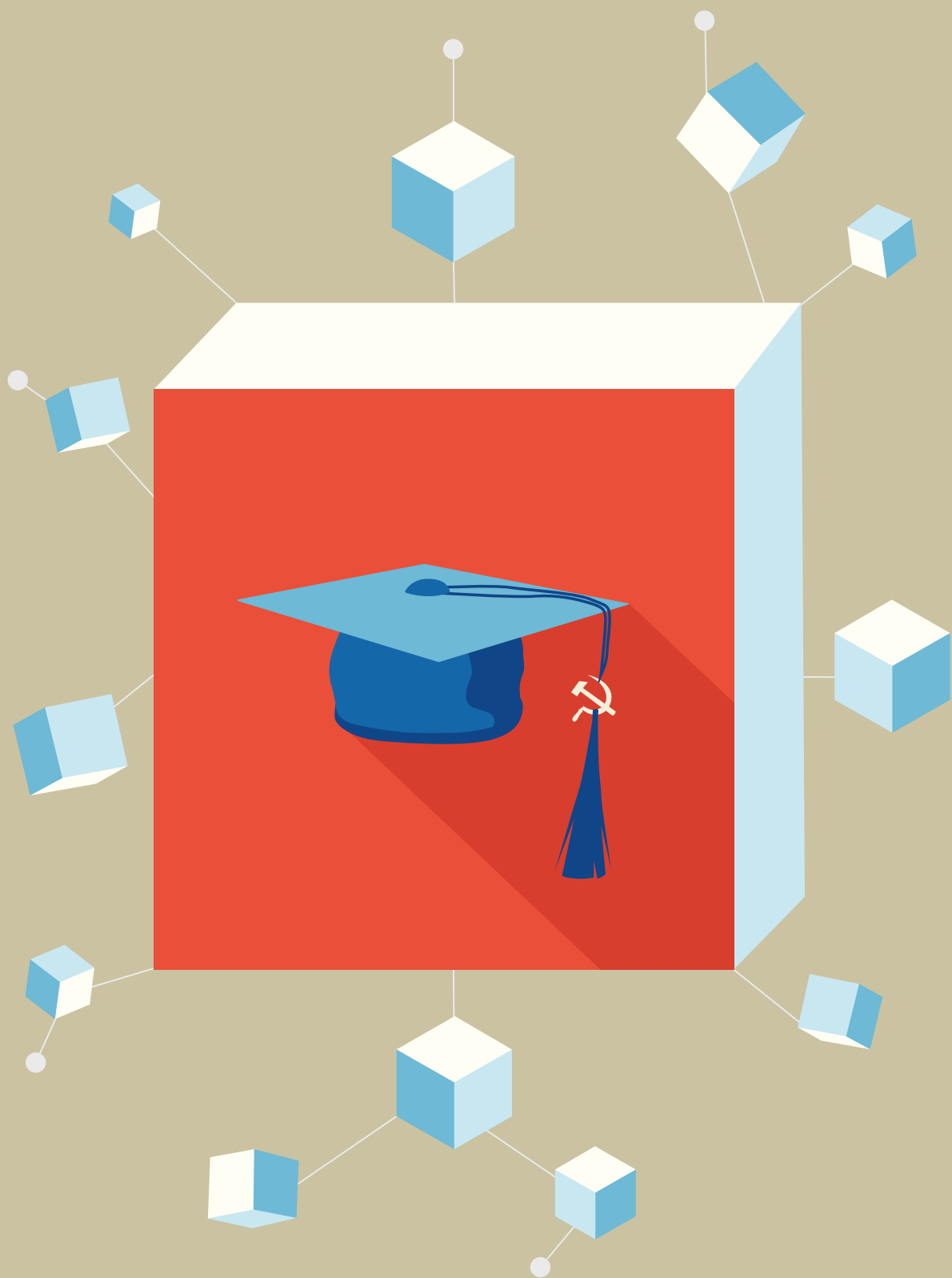
Unter Xi Jinping wurden Chinas Fortschritte als „Wissenschaftsmacht“ weiter vorangetrieben.⁷ Chinas 14. Fünfjahresplan (2021-2025) stellte Wissenschaft und Technologie in den Mittelpunkt der nationalen Prioritäten, wobei Xi versprach, China zum „wichtigsten Zentrum der Welt“ für Wissenschaft und Innovation zu machen.⁸ Aber auch die Verquickung des Wissenschaftlichen und des Politischen setzte sich fort. Ende 2019, als die ersten Coronafälle in der Stadt Wuhan auftraten, wurden dortige Ärzte gemäßregelt, weil sie in privaten Chatgruppen Alarm geschlagen hatten, und angewiesen, sie müssten „politisch sprechen und wissenschaftlich sprechen“.⁹ Das medizinische Personal war angehalten, keine Informationen an die Öffentlichkeit weiterzugeben, wodurch eine konzertierte nationale und globale Reaktion um

viele Wochen verzögert wurde. Zu Beginn der Pandemie schränkte China zudem die Veröffentlichung von Forschungsergebnissen über den Ursprung des neuartigen Coronavirus ein und hat damit die Politik über die Wissenschaft gestellt.¹⁰

Unter Xi hat die Forderung „politisch zu sprechen“ erheblich Konjunktur bekommen. Damit wird die Notwendigkeit hervorgehoben, der Partei und ihrem Führungsanspruch gegenüber Folge zu leisten. Desgleichen wurde in den letzten Jahren im naturwissenschaftlichen Unterricht auch immer mehr Wert darauf gelegt, Chinas Jugend ideologisch und politisch zu indoktrinieren. In einem neueren Lehrbuch für Biologie werden die Lehrkräfte beispielsweise angewiesen, eine Diskussion über „rote Gene“ – ein Verweis auf das politische und historische Erbe der KPCh – in eine Lektion über Genetik einzubauen.¹¹

ENDNOTEN

- 1 E. X. Gu, „Who Was Mr Democracy? The May Fourth Discourse of Populist Democracy and the Radicalization of Chinese Intellectuals (1915-1922)“, *Modern Asian Studies*, Bd. 35, Nr. 3 (2001), S. 589-621, <https://www.jstor.org/stable/313182>.
- 2 M. Auslin, „China's Privileging of 'Mr. Science' Over 'Mr. Democracy'“, *Law & Liberty*, 19. Juni 2019, <https://lawliberty.org/forum/chinas-privileging-of-mr-science-over-mr-democracy/>.
- 3 „领导干部要求真务实，根本原因是什么“ [Was ist der Hauptgrund dafür, dass Führungskader wahrheitsliebend und pragmatisch sein müssen?], *Online Netzwerk der KPCh-Mitglieder* (www.12371.cn), 6. Mai 2014, <https://web.archive.org/web/20160701155846/http://fuwu.12371.cn/2014/05/06/ART11399362487392998.shtml>.
- 4 „科学工作者必须为祖国为人民服务“ [Wissensarbeiter müssen dem Vaterland und dem Volk dienen], *Volkszeitung*, 23. Dezember 1951, S. 4, <http://web.archive.org/web/20221120012217/https://www.laoziliao.net/rmrb/1951-12-23-4>.
- 5 S.P.S. Ho, „Technology Transfer to China During the 1980s-How Effective? Some Evidence from Jiangsu“, *Pacific Affairs*, Bd. 70, Nr. 1 (1997), S. 85-106, <https://www.jstor.org/stable/2761229>.
- 6 C. Cao, J. Baas, C. S. Wagner und K. Jonkers, „Returning Scientists and the Emergence of China's Science System“, *Science and Public Policy*, Bd. 47 (2020), S. 172-183.
- 7 „The World Has Underestimated China's Rise as a Scientific Power“, *Quartz*, 31. August 2018, <https://web.archive.org/web/20220709100828/https://qz.com/1375565/chinas-rise-as-a-scientific-power-has-been-remarkably-rapid/>.
- 8 „Xi Jinping: Strive to Become the World's Primary Center for Science and High Ground for Innovation“, *DigiChina*, 18. März 2021, <https://digichina.stanford.edu/work/xi-jinping-strive-to-become-the-worlds-primary-center-for-science-and-high-ground-for-innovation/>.
- 9 D. Bandurski, „'Speaking Politics,' Rushing Into Disaster“, *China Media Project*, 26. März 2020, <https://web.archive.org/web/20220522072132/https://chinamediaproject.org/2020/03/26/speaking-politics-rushing-into-disaster/>.
- 10 S. Kirchgaessner, E. Graham-Harrison und L. Kuo, „China Clamping Down on Coronavirus Research, Deleted Pages Suggest“, *The Guardian*, 11. April 2020, <https://web.archive.org/web/20200412062318/https://www.theguardian.com/world/2020/apr/11/china-clamping-down-on-coronavirus-research-deleted-pages-suggest>.
- 11 S. Chen, „Ideological and Political Education“, *China Media Project (CMP Dictionary)*, 17. Dezember 2021, https://chinamediaproject.org/the_ccp_dictionary/ideological-and-political-education/.



WISSENSCHAFTSFREIHEIT

【学术自由】

KATJA DRINHAUSEN

KURZGEFASST

Die Freiheit, Wissen und Ideen zu entwickeln und zu verbreiten, wird oft als unerlässlich für wissenschaftlichen und sozioökonomischen Fortschritt gesehen. Die UN betrachten Wissenschaftsfreiheit als ein Menschenrecht, welches eng mit Meinungsfreiheit verbunden ist. Wissenschaftsfreiheit (auch als akademische Freiheit bezeichnet) erfordert Zugang zu Informationen, institutionelle Autonomie und die Möglichkeit, Erkenntnisse innerhalb von Bildungseinrichtungen sowie mit der Öffentlichkeit zu teilen. Die Freiheit der Wissenschaft wird weltweit durch zahlreiche Regularien und Herausforderungen eingegrenzt, darunter ethische, politische, finanzielle und sicherheitsbezogene Einschränkungen.

China bekräftigt offiziell das Ideal der Wissenschaftsfreiheit und erkennt deren Bedeutung für den Fortschritt an, verlangt aber gleichzeitig die Einhaltung von der Partei festgelegter Normen. Obwohl das Land eine weltweit führende Rolle in der Wissenschaft anstrebt, verfolgt es einen Ansatz, der darauf abzielt, ideologische Risiken in Schach zu halten und Wissenschaft und Forschung in den Dienst nationaler Ziele zu stellen. Während Sozialwissenschaften stärker von Einschränkungen betroffen sind, genießen Naturwissenschaften größere Freiheit und erhalten erhebliche finanzielle Unterstützung. Dies hat in einzelnen Bereichen beachtliche Fortschritte ermöglicht.

ANALYSE

Die KPCh strebt danach, China bis 2035 als weltweit führende Nation in den Bereichen Wissenschaft, Talente und Innovation zu etablieren.¹ Die Volksrepublik verfügt über mehr als 1.200 Universitäten und investiert massiv in die Naturwissenschaften und den Aufbau von Eliteforschungseinrichtungen und Think Tanks mit globaler Strahlkraft.² Xi Jinping erklärte 2020 China solle den internationalen Austausch fördern und ein Zentrum für „wissenschaftliche Offenheit und Zusammenarbeit“ werden. Doch diese Offenheit unterliegt politischen Geboten.

In ihren Anfangsjahren trat die KPCh für Wissenschaftsfreiheit ein, ging jedoch bald dazu über, Intellektuelle zu lenken und zu kontrollieren. In politischen Kampagnen, wie der Anti-Rechts-Bewegung der 1950er und der Kulturrevolution der 1960er und -70er Jahre wurden Hunderttausende von Wissenschaftlern verfolgt. Nach ihrer Rehabilitation Ende der 1970er blieb die Kontrolle der Partei über die Hochschulen bestehen und wurde nach den Studentenprotesten auf dem Tiananmen-Platz 1989 weiter verstärkt.

Dennoch brachten die 1990er und 2000er Jahre eine Periode relativer Offenheit, in der immer mehr chinesische Akademiker:innen im Ausland studierten. Sie brachten neue Ideen und wissenschaftliche Strömungen zurück nach China, von Rechtswissenschaft über internationale Beziehungen bis hin zu Journalismus und Feminismus. In den politik- und wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten des Landes wurde über die Rolle des Staates diskutiert und selbst direkt der Partei unterstellte Kader-Ausbildungsstätten hießen ausländische Akademiker willkommen. Ab den späten 2000er Jahren verschärfte die Partei ihre Kontrolle wieder, was im *Dokument Nr. 9* seinen Ausdruck fand. Das 2013 verbreitete Kommuniqué, warnte vor Gefahren, die von „falschen Ansichten und Ideen in [...] öffentlichen Vorträgen, Seminaren und Vorlesungen an Universitäten“ ausgehen könnten.³

Universitäten sollen ideologische „Hochburgen“ der KPCh sein. Im Einklang mit Xis Forderung nach einer „Einheit von akademischer Freiheit und akademischen Normen“⁴ propagiert die Regierung zunehmend Begriffe wie wissenschaftliche Verantwortung (责任) und Bewusstsein (自觉), welche die politische Logik der Partei ins Zentrum von Forschung und Lehre rücken. 2019 strich die Fudan-Universität ein seltenes Bekenntnis zur „Gedankenfreiheit“ aus ihrer Satzung und schloss sich damit anderen Universitäten an, die Loyalitätsbekundungen gegenüber der KPCh in ihre Statuten aufgenommen haben. Chinas Universitäten unterstehen seit langem einem dualen Verwaltungssystem, das aus einem Präsidenten bzw. Präsidentin mit akademischer Reputation und einer parallelen Struktur aus Parteisekretär:innen und -komitees besteht. In den vergangenen Jahren haben die politische Kontrolle von Forschung und Lehre sowie Prüf- und Bewilligungsverfahren für den internationalen Austausch jedoch stark zugenommen.

Wie Chinas Führung regelmäßig betont, muss Forschung die nationalen strategischen Ziele unterstützen, Durchbrüche in Schlüsselbereichen ermöglichen und zum Aufbau eines eigenständigen Wissenschaftssystems beitragen. Universitäten erhalten dafür umfangreiche Mittel für Naturwissenschaften, Technologie und Ingenieurwissenschaften. Die Sozialwissenschaften wiederum sollten die Entwicklung eines „akademischen Diskurssystems mit chinesischen Merkmalen“

unterstützen (学术话语体系), welches die Vorzüge von Chinas politischem System und Ansätzen hervorhebt.⁵

Der Rückzug von Menschenrechtsforscher:innen nach 2015, die Auflösung studentischer Gruppen, die sich für Arbeiterrechte einsetzen, und die wiederholte Zensur von Ökonomen seit 2022 spiegeln die Ausweitung der roten Linien wider. Die Hongkonger Studentenbewegung der 2010er Jahre und landesweite Ausbruch der „A-4 Proteste“ in 2022, bei denen Demonstranten weiße Blätter in die Höhe hielten, haben neue Maßnahmen für „ideologischen Sicherheit“ (思想安全) ausgelöst – darunter neue Lehrpläne zur patriotischen Erziehung und eine Ausweitung der Zensur.⁶ Der wachsende politische Druck ist auch außerhalb Chinas spürbar und wirkt sich teils auf Forschung, Veröffentlichungen und Campusaktivitäten im Ausland aus.

Dennoch erforschen und diskutieren Wissenschaftler und Experten in China weiterhin eine Vielzahl von Themen. In Bereichen, in denen wissenschaftlicher Fortschritt erwünscht ist, bietet China bisweilen mehr Freiheiten als andere Länder. Die Verfügbarkeit großer Datensätze, öffentliche Fördermittel und geringe Einschränkungen – beispielsweise in der Stammzellenforschung – sowie die Unterstützung neuer Technologien wie KI haben dazu beigetragen, dass China in vielen Bereichen führend und ein begehrter Partner in der Forschungszusammenarbeit ist.

ENDNOTEN

- 1 Xi Jinping, „Striving to Build a Country Strong in Science and Technology“, *Qiushi Journal*, 15. Juli 2025, http://en.qsttheory.cn/2025-07/15/c_1107998.htm.
- 2 Bildungsministerium der Volksrepublik China, „Statistical Report on China's Educational Achievements in 2022“, 3. April 2023, http://en.moe.gov.cn/documents/reports/202304/t20230403_1054100.html.
- 3 „Document 9: A ChinaFile Translation“, ChinaFile, 8. November 2013, <https://www.chinafile.com/document-9-chinafile-translation>. In deutscher Übersetzung: „Dokument Nr. 9 der Kommunistischen Partei Chinas: „Kommuniqué zur aktuellen Situation im Bereich der Ideologie“, *Neican*, 26. April 2022, <https://www.neican.org/dokument-nr-9-der-kommunistischen-partei-chinas-kommunique-zur-aktuellen-situation-im-bereich-der-ideologie/>.
- 4 Zhou Wenzhang und Yue Fenglan, „‘四个统一’是师德师风建设的时代要求“ [„Vier Einheiten“ sind eine zeitgemäße Anforderung sind eine zeitgemäße Anforderung an den Aufbau der beruflichen Ethik und Haltung von Lehrkräften], *Volkszeitung Online*, 13. März 2018, <https://web.archive.org/web/20181117110644/http://theory.people.com.cn/n1/2018/0313/c40531-29865356.html>.
- 5 Zhang Jiang, „Innovative Topics, Concepts Crucial to Develop Social Sciences“, *Chinese Social Sciences Today*, Chinesische Akademie der Sozialwissenschaften, 12. Juni 2017, http://casseng.cssn.cn/newsevents/special_report/201712/t20171221_5657975.shtml.
- 6 Zhou Yaohong, „好新时代高校意识形态工作“ [Umsetzung ideologischer Arbeit an Hochschulen und Universitäten in der neuen Ära], *Qiushi*, 28. Dezember 2020, http://www.qsttheory.cn/dukan/hqwg/2020-12/28/c_1126916926.htm.



WOHLSTAND

【富裕】

DAVID BANDURSKI

KURZGEFASST

Im globalen Diskurs umfasst Wohlstand in der Regel wirtschaftliches und soziales Wohlergehen, das in vielen Kontexten – sowohl in Nationalstaaten als auch in internationalen Institutionen – mit sozialen und politischen Freiheiten verknüpft wird. So spricht die UN-Charta von der Förderung „sozialen Fortschritts und besserer Lebensstandards in größerer Freiheit“.¹

Auch in den chinesischen politischen Traditionen der Moderne spielte Wohlstand eine zentrale Rolle. Sun Yat-sen, oft als Begründer des modernen China bezeichnet, führte 1905 das „Volkswohl“ als eines seiner drei zentralen politischen Ziele an – neben Nationalismus und Demokratie. In den folgenden Jahrzehnten wurde Wohlstand in unterschiedlichen Ausprägungen eng mit nationaler Renaissance und politischer Legitimität verbunden: von Mao Zedongs Konzept des „Gemeinsamen Wohlstands“ (共同富裕) als radikalem Egalitarismus, der auf gewaltsamen revolutionären Kampf setzte, bis hin zu Deng Xiaopings Neuinterpretation, die den Aufstieg eines auf individuellem Unternehmertum, kleinen Geschäften und bottom-up-Initiativen beruhenden Kapitalismus ermöglichte.

Unter Xi Jinping hat „gemeinsamer Wohlstand“ eine neue populistische Bedeutung erhalten, mit einem starken Akzent auf performativen Akten und Propaganda. Anders als in globalen Vorstellungen, die Wohlstand mit individueller Freiheit verknüpfen, gilt er in China als ein Gut, das von der Partei bereitgestellt wird.

ANALYSE

Noch während Chinas Republikzeit, vor der Machtübernahme der KPCh, stellte Sun Yat-sens Theorie der Drei Volksprinzipien (三民主义) den Wohlstand ins Zentrum des chinesischen politischen Denkens. Das dritte dieser Prinzipien, *minsheng* (民生主义), betonte das „Volkswohl“ durch Landreform, Umverteilung von Reichtum und staatlich gelenkte wirtschaftliche Entwicklung. Wohlfahrt wurde dabei in vier grundlegende Bereiche gefasst: Kleidung, Nahrung, Wohnen und

Mobilität. Beeinflusst vom amerikanischen Wirtschafts- und Sozialphilosophen Henry George und durch die Verbindung traditioneller chinesischer Werte mit modernen Regierungskonzepten zielte Suns Lehre auf Kooperation zwischen den Klassen statt auf marxistischen Klassenkampf. Um nationalen Wohlstand zu erreichen, ohne extreme Ungleichheiten hervorzubringen, plädierte er für eine Umverteilung von Landnutzungsrechten und staatliche Kontrolle über Schlüsselindustrien.

Die Formulierung „gemeinsamer Wohlstand“ (共同富裕) erschien erstmals am 25. September 1953 in der *Volkszeitung*, dem Sprachrohr der KPCh.² In der maoistischen Lesart war Wohlstand untrennbar mit Kollektiveigentum und gegenseitiger Hilfe in landwirtschaftlichen Kooperativen verknüpft. Als die politischen Kämpfe der Mao-Ära Ende der 1970er-Jahre abebbten (Mao starb 1976), leitete Deng Xiaoping eine ideologische Kehrtwende ein. Hatte man den Kapitalismus zuvor noch als „Weg, bei dem sich nur wenige bereichern“ verurteilt, definierte Dengs Reform- und Öffnungspolitik „Gemeinsamen Wohlstand“ neu, indem sie zuließ, was Mao verboten hatte – dass einzelne Menschen und Regionen zuerst reich werden durften.³ „Armut ist nicht Sozialismus“, schrieb Deng.⁴

Dengs Kapitalismus als „Sozialismus chinesischer Prägung“ stellte über mehrere Regierungsperioden hinweg das BIP-Wachstum in den Mittelpunkt. 1997 führte Jiang Zemin die „Zwei Jahrhundertziele“ ein: Bis 2021, dem 100-jährigen Bestehen der KPCh, solle China „ein Stadium bescheidenen Wohlstands erreichen und mutig in Richtung Wohlstand und Stärke voranschreiten“; bis 2049, dem 100-jährigen Bestehen der Volksrepublik, solle „ein modernes sozialistisches Land aufgebaut werden, das wohlhabend, stark, demokratisch, kulturell fortschrittlich und harmonisch ist“.⁵ Diese Ziele wurden zu Bezugspunkten für den „gemeinsamen Wohlstand“.⁶

In der zweiten Hälfte der Regierungszeit Hu Jintaos (2002–2012) wurde deutlich, dass die rasante Entwicklung erhebliche soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten hervorgebracht hatte. Angesichts „der wachsenden sozialen Schichtung sowie der Zunahme gesellschaftlicher Probleme“, wie eine offizielle Wirtschaftszeitschrift 2007 schrieb, „müssen neue Ideen gefunden werden“. Diese Neubewertung mündete in Hus „wissenschaftlichem Entwicklungskonzept“, das ausgewogenes Wachstum über reines Wirtschaftswachstum stellte.

Unter Xi Jinping wird der „Gemeinsame Wohlstand“ durch strukturelle Probleme des chinesischen Wirtschaftsmodells belastet, vor allem durch die dem Kapitalismus inhärenten Ungleichheiten („natürlicher Antagonismus“), die daraus resultieren, dass drei Viertel der städtischen Arbeitskräfte in Privatunternehmen beschäftigt sind. Während

das Versprechen des gemeinsamen Wohlstands weiterhin im Zentrum der Legitimität der KPCh steht, zwingt das nachlassende Wirtschaftswachstum die Partei, nach neuen Ansätzen zu suchen.

Xi Jinpings Reaktion bestand aus einer Mischung konkreter Initiativen und performativer Gesten. Im März 2021 wurde die Provinz Zhejiang als „Demonstrationszone“ ausgewiesen, mit Maßnahmen wie der Schaffung „hochwertiger“ Arbeitsplätze zur Förderung des gemeinsamen Wohlstands. Eine erneute Bezugnahme auf den gemeinsamen Wohlstand auf höchster Ebene folgte im August 2021, als Xi das Konzept mit der geopolitisch aufgeladenen Formel der „Modernisierung chinesischer Prägung“ verknüpfte – im Kern die Behauptung, dass die von der KPCh betriebene Modernisierung gerechter und nachhaltiger sei als die des Westens.

Die performative Dimension wurde im August und September 2021 deutlich, als große Unternehmen unter Druck gesetzt wurden, Milliarden in Fonds für den gemeinsamen Wohlstand zu spenden. Ähnlich verhielt es sich mit Chinas Erklärung vom Dezember 2020, den „Krieg gegen die Armut“ gewonnen zu haben – ein Sieg, der verkündet wurde, obwohl Premier Li Keqiang einräumte, dass 600 Millionen Chines:innen weiterhin von weniger als 140 US-Dollar im Monat leben.

ENDNOTEN

- 1 Vereinte Nationen, „Charter of the United Nations“, 26. Juni 1945, <https://www.un.org/en/about-us/un-charter/full-text>.
- 2 „庆祝中华人民共和国成立四周年的“ [Slogans zur Feier des vierten Jahrestags der Gründung der Volksrepublik China], *Volkszeitung*, 25. September 1953, S. 1 archiviert unter <http://bit.ly/40Hmjhh>.
- 3 Deng Xiaoping, „让一部分人先富起来“ [Lasst einige Leute zuerst reich werden], in 邓小平文选 [Ausgewählte Werke von Deng Xiaoping], Bd. 3. (Peking: Fremdsprachenverlag, 1994), <http://cpc.people.com.cn/GB/34136/2569304.html>.
- 4 Deng Xiaoping, „To Uphold Socialism We Must Eliminate Poverty“, 1987, <https://www.marxists.org/reference/archive/deng-xiaoping/1987/133.htm>.
- 5 Jiang Zemin, „江泽民：在中国共产党第十五次全国代表大会上的报告“ [Jiang Zemin's politischer Bericht an den 15. Parteitag der KPCh], 12. September 1997, <http://cpc.people.com.cn/GB/64162/64168/64568/65445/4526285.html>.
- 6 „CPC Q&A: What Are China's Two Centennial Goals and Why do They Matter?“, *Xinhua*, 17. Oktober 2017, https://web.archive.org/web/20190112102635/http://www.xinhuanet.com/english/017-10/17/c_136686770.htm.



ZIVILGESELLSCHAFT

【公民社会】

KATJA DRINHAUSEN

KURZGEFASST

Artikel 35 der chinesischen Verfassung garantiert den chinesischen Bürger:innen das Recht auf Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit. Der Wortlaut ähnelt auffallend dem Artikel 20 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (UDHR), welche die Grundlage für die Entwicklung einer aktiven Zivilgesellschaft mit Nichtregierungsorganisationen (NGOs) bildet. Die EU definiert als Zivilgesellschaft „alle Formen des sozialen Handelns von Einzelpersonen oder Gruppen, die weder mit dem Staat verbunden sind noch von ihm verwaltet werden.“¹

In China gibt es diese Unabhängigkeit nicht. Sie würde der obersten, in Artikel 1 der chinesischen *Verfassung* festgeschriebenen politischen Maxime zuwiderlaufen, dass die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) in allen politischen und gesellschaftlichen Belangen die Führungsrolle innehat. Dieser Grundsatz spiegelt sich sowohl im Vokabular als auch in der Art der Akteure wider. Die chinesische Führung hat in der innenpolitischen Kommunikation den Begriff „Zivilgesellschaft“ nie übernommen. Trotz der Verbreitung privater NGOs und Stiftungen seit den 1980er Jahren, spielen partei- und staatlich-organisierte Organisationen (GONGOs) nach wie vor eine große Rolle.

Der politische Fokus richtet sich darauf, diesen wachsenden Sektor zu regulieren und sicherzustellen, dass alle sozialen Organisationen (社会组织) kontrolliert sowie an Partei- und Staatsorgane angebunden werden. Sie sollen eine kooperative Beziehung mit der Regierung eingehen und sich in den Dienst der politischen Agenda des Staates stellen, statt als eigenständige Akteure zu handeln.

ANALYSE

Xi Jinping hat hervorgehoben, dass soziale Organisationen in allen Bereichen sozialer Angelegenheiten mitwirken sollen. Dies soll Teil einer neuen und innovativen Herangehensweise staatlicher Regierungsführung sein.² Allerdings wird man Xi oder einen anderen hochrangigen Beamten kaum von „Zivilgesellschaft“ (公民社会 / 民间社会) sprechen hören, da sich das Konzept im offiziellen Diskurs nie

durchgesetzt hat. Auch wenn staatliche Organisationen den Begriff „Zivilgesellschaft“ in der internationalen Kommunikation verwenden, nimmt der Parteistaat dazu eine eindeutige Haltung ein: Er verfolgt die Vision einer staatlich gelenkten Zivilgesellschaft.³

Bevor in den 1980er Jahren die Reform- und Öffnungspolitik Chinas eingeleitet wurde, dominierten die großen parteigebundenen Massenorganisationen wie der Allchinesische Gewerkschaftsbund und die von der Partei geführten Graswurzelorganisationen. Sie spielen auch heute noch eine herausragende Rolle und haben gewissermaßen das Monopol auf eine Reihe von Themen und die landesweite Koordinierung hierzu. Die Gründung unabhängiger Gewerkschaften oder religiöser Organisationen ist nach wie vor verboten.⁴

Die zunehmende Modernisierung Anfang der 1990er Jahre führte jedoch zu einer Vielzahl sozialer Probleme und ließ die Nachfrage nach Dienstleistungen und Selbstorganisation in Bereichen steigen, aus denen sich der Parteistaat zurückgezogen hatte. Die Zivilgesellschaft in China wuchs, wobei sich die Zusammensetzung ihrer Akteur:innen verändert hat. NGOs und private Stiftungen spielen heute eine immer wichtigere Rolle im In- wie im Ausland.

In den späten 2000er- und frühen 2010er-Jahren hat sich die Advocacy-Arbeit in rasantem Tempo professionalisiert. Es gab immer mehr Menschenrechtsanwält:innen, und die Zusammenarbeit mit internationalen Akteur:innen wurde intensiver. Das Internet und die sozialen Medien boten eine Möglichkeit zur überregionalen und thematischen Vernetzung. Das löste die Sorge aus, die Zivilgesellschaft könnte zu einer Bedrohung für die Stabilität des Regimes werden. So heißt es im *Dokument Nr. 9*: „In den letzten Jahren wurde das Konzept der Zivilgesellschaft von westlichen, chinafeindlichen Kräften als politisches Instrument missbraucht [...]“⁵

Mitte bis Ende der 2010er Jahre verschwand das Konzept aus öffentlichen Debatten und es kam wiederholt zu Repressalien, insbesondere gegen Advocacy-Organisationen, die sich für bürgerliche Grundrechte einsetzten. Durch rechtliche und institutionelle Reformen wurde die Selbstorganisation eingeschränkt. Damit wurde ein Bereich, der sich weitgehend außerhalb der Kontrolle der KPCh herausgebildet hatte, wieder unter deren Kontrolle gestellt. Heute besteht das vorrangige Ziel darin, durch die Mobilisierung und Lenkung gesellschaftlicher Akteure und Ressourcen die Agenda der KPCh zu verwirklichen, wobei der Staat über finanzielle Förderung soziale Dienstleistungen von gesellschaftlichen Akteur:innen bezieht (政府购买社会服务).

Dabei handelt es sich um eine enge Umklammerung: Nichtstaatlich affilierte Organisationen unterstehen der Aufsicht einer staatlichen

Institution. Die Konformität wird mit Hilfe von Bewertungssystemen überwacht. Seit 2015 läuft eine Kampagne zur Einrichtung von Parteizellen und zur Rekrutierung von Parteimitgliedern in sozialen Organisationen. Ziel ist es, die Organisationen an den Parteistaat zu binden und ihnen dessen Erwartungen zu vermitteln.⁶

Dies geht mit einer strengen Kontrolle internationaler Akteur:innen einher. Das im Januar 2017 in Kraft getretene *Gesetz zur Regulierung ausländischer Nichtregierungsorganisationen* unterstellt ausländische NGOs einem dualen Aufsichtssystem durch eine staatliche Aufsichtsstelle und die Sicherheitsbehörden.⁷ Das *Nationale Sicherheitsgesetz für Hongkong* bringt seit seinem Inkrafttreten am 1. Juli 2020 weitere Einschränkungen des internationalen Austauschs und der internationalen Zusammenarbeit mit sich, indem es den sehr vage definierten Straftatbestand der „Kollusion“ mit ausländischen Kräften einführt. Im Rahmen der Vereinten Nationen bemüht sich China, die Rolle von NGOs einzuschränken, da das Regime den Staat als alleinigen Vertreter der gesellschaftlichen Interessen sieht.⁸

ENDNOTEN

- 1 Civil Society Organisation, EUR-Lex, https://web.archive.org/web/20220420111552/https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=LEGISSUM:civil_society_organisation.
- 2 Qing Lianbin, „习近平总书记创新社会治理的新理念新思想“ [Die neuen Konzepte und Ideen von Generalsekretär Xi Jinping zur Innovation der sozialen Governance], CPC News, 17. August 2017, <http://theory.people.com.cn/n1/2017/0817/c83859-29476974.html>.
- 3 Generalbüro des Zentralkomitees der KPCh, „关于改革社会组织管理制度促进社会组织健康有序发展的意见“ [Stellungnahme zur Reform des Verwaltungssystems sozialer Organisationen zur Förderung ihrer gesunden und geordneten Entwicklung], Zentralregierung der VR China, 21. August 2016, http://www.gov.cn/gongbao/content/2016/content_5106178.htm.
- 4 „Workers' Rights and Labour Relations in China“, *China Labour Bulletin*, 13. August 2020, <https://clb.org.hk/content/workers%E2%80%99-rights-and-labour-relations-china>.
- 5 „Document 9: A ChinaFile Translation, How Much Is a Hardline Party Directive Shaping China's Current Political Climate?“, *ChinaFile*, 8. November 2013, <https://www.chinafile.com/document-9-chinafile-translation>. In deutscher Übersetzung: „Dokument Nr. 9 der Kommunistischen Partei Chinas: „Kommuniqué zur aktuellen Situation im Bereich der Ideologie“, *Neican*, 26. April 2022, <https://www.neican.org/dokument-nr-9-der-kommunistischen-partei-chinas-kommunique-zur-aktuellen-situation-im-bereich-der-ideologie/>.
- 6 Generalbüro des Zentralkomitees der KPCh, „关于加强社会组织党的建设工作的意见“ [Stellungnahme zur Stärkung der Bildung von Parteizellen in gesellschaftlichen Organisationen], people.com.cn, 29. September 2015, <http://dangjian.people.com.cn/n/2015/0929/c117092-27645046.html>.
- 7 ChinaFile, „Fact Sheet on China's Foreign NGO Law“, *ChinaFile*, 1. November 2017, <https://www.chinafile.com/ngo/latest/fact-sheet-chinas-foreign-ngo-law>.
- 8 „The Costs of International Advocacy, China's Interference in United Nations Human Rights Mechanisms“, *Human Rights Watch*, 5. September 2017, <https://www.hrw.org/report/2017/09/05/costs-international-advocacy/chinas-interference-united-nations-human-rights#>.



ZIVILISATION

【文明】

DAVID BANDURSKI

KURZGEFASST

Im Europa des späten 17. Jahrhunderts entwickelte sich der Begriff Zivilisation zunächst als wertende Einordnung zur Betonung des eigenen sozialen Fortschritts. Bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts wandelte sich der moderne „Zivilisations“-Begriff zu einem Konzept, das verschiedene kulturelle Zentren rund um den Globus anerkannte. Dies spiegelt sich im Kontext der Vereinten Nationen im Statut des Internationalen Gerichtshofs wider, welches fordert, dass „die Hauptformen der Zivilisation“ im Gericht vertreten sein sollen.

Ende des 19. Jahrhunderts gelangte der Begriff über japanische Übersetzungen nach China, wo „Zivilisation“ zunächst für Modernisierung und die Abkehr von traditioneller chinesischer Kultur und den kulturellen Traditionen nationaler Minderheiten stand. Seit den frühen 2000er-Jahren jedoch vollzog die kommunistische Führung Chinas eine deutliche Kehrtwende und begann, die traditionelle Kultur als Quelle politischer Legitimität zu nutzen.

Unter Xi Jinping inszeniert sich die Partei als Erbin einer jahrtausendealten Kultur, die nunmehr in einer neuartigen Form der Modernisierung kulminiert: Modernisierung, die der westlichen überlegen sei, weil sie einen sinisierten Marxismus integriert. China stellt sich zugleich als einzigartige alte Zivilisation und als Alternative zur „westlich-kapitalistischen Zivilisation“ dar und beansprucht damit eine globale Führungsrolle – eine Rhetorik, die Chinas Streben nach einer multipolaren Weltordnung mit dem Inklusionsdiskurs der UN verknüpft.

ANALYSE

Das Konzept der Zivilisation entstand im antiken Griechenland und in China etwa zur gleichen Zeit, vor rund 2500 Jahren, als Mittel der Unterscheidung zwischen den „zivilisierten“ (eigenen) Kulturen und den „Barbaren“ (den anderen).¹ In seiner modernen Form kam der Begriff im Europa des späten 17. und 18. Jahrhunderts während der Aufklärung auf, wo er eine Gesellschaft mit Gesetzen, Handel, Vernunft und guten Sitten bezeichnete. In der europäischen Kolonialära

wurde er jedoch bald wieder in seinem antiken Sinn verwendet – als Rechtfertigung europäischer Eroberungen von vermeintlich minderwertigen Völkern.

Das moderne Konzept gelangte im 19. Jahrhundert in ebendiesem Kontext nach China, als europäische Mächte das Land unter sich aufzuteilen begannen und dies mit Chinas vermeintlich rückständiger Zivilisation rechtfertigten. Chinesische Denker griffen in dieser neuen Situation auf einen alten Begriff zurück – *wenming* (文明) – und gaben ihm die Bedeutung von „Zivilisation“ im europäischen Sinne des 19. Jahrhunderts. Bedeutende Intellektuelle griffen so sozialdarwinistische Ideen auf, die Zivilisationen hierarchisch einordneten. Da sie ihre eigene traditionelle Kultur, bzw. ihre „Zivilisation“, als rückständig betrachteten, propagierten sie einen neuen chinesischen Nationalismus, der auf „Wohlstand und Stärke“ (富强) gründete.² Seit dem späten 19. Jahrhundert griffen aufeinanderfolgende Regierungen, darunter die Guomindang von 1912 bis 1949, traditionelle Kultur und Religion an – einschließlich klassischer Schriftformen.³

Mit dem Machtantritt Mao Zedongs und der KPCh verschwand der Begriff „Zivilisation“ weitgehend aus dem offiziellen Diskurs. Die Partei konzentrierte sich stattdessen auf den Kampf gegen Imperialismus und bürgerliche Einflüsse – im Geiste eines sowjetisch geprägten Marxismus. In der Kulturrevolution (1966–1976) erreichte dies seinen Höhepunkt, als Mao diejenigen verfolgte, die „die Massen mit den alten Ideen, der alten Kultur, den alten Sitten und Gebräuchen der ausbeutenden Klassen verderben“. Konfuzianische Tempel und Schriften wurden zu bevorzugten Zielen. Dieses Jahrzehnt wurde zu einer Orgie kultureller Verwüstung, die der traditionellen chinesischen Kultur irreparablen Schaden zufügte – jener Kultur, die im 21. Jahrhundert wieder ins Zentrum der Legitimität der Partei rücken sollte.

Mit dem Ende der maoistischen Ära 1978 gewann das Konzept der „geistigen Zivilisation“ (精神文明) an Bedeutung – es unterstrich, dass das Land neben materieller Modernisierung auch moralische Entwicklung brauchte, um sozialistische Bürger hervorzubringen, die idealistisch, ethisch, kultiviert und diszipliniert sind. In den folgenden drei Jahrzehnten rückte „zivilisiertes“ Verhalten ins Zentrum staatlicher Kampagnen – von Hygiene im öffentlichen Raum bis zum richtigen Umgang mit dem Internet – koordiniert vom Zentralbüro für geistige Zivilisation.⁴ Unter Hu Jintao (2002–2012) wurde dies auch auf „zivilisierte“ Städte und „zivilisiertes“ Online-Verhalten ausgeweitet, wodurch soziale Etikette mit politischer Konformität verschmolz.

Unter Xi Jinping wurde das Konzept der Zivilisation zu einer Synthese kultureller Errungenschaften und Größe erhoben. In der gängigen Lesart reicht Chinas Zivilisation 5.000 Jahre zurück – basierend auf

Quellen zur halbmythischen Xia-Dynastie, deren historische Existenz die Regierung aus Gründen zu belegen sucht, die weniger mit Geschichte als mit heutiger Zivilisationspolitik zu tun haben.⁵

Das Ziel ist eindeutig politisch: Die antiken Glanzzeiten sollen die historische Grundlage für die unanfechtbare Legitimität der Partei bilden. Chinas alte Zivilisation wird als ungebrochene Linie bis in die Gegenwart gezeichnet, die in dem mündet, was die KPCh seit November 2021 als „neue Form der menschlichen Zivilisation“ bezeichnet – eine Verbindung traditioneller chinesischer Kultur mit einer neuen marxistischen Moderne. Ihren umfassendsten Ausdruck fand dieses Narrativ in Xis „Globaler Zivilisationsinitiative“ von 2023, die kulturellen Relativismus bei Menschenrechten propagiert und Chinas Zivilisationsmodell als dem westlichen Modernitätsmodell überlegen positioniert – mit dem Anspruch, einen besseren Weg für die globale Entwicklung zu bieten.

ENDNOTEN

- 1 In China findet sich der Begriff Hua-Yi (Chinesen-Barbaren) in zahlreichen Texten aus dieser Zeit. Aufschlussreich ist dabei der Ausdruck *Hua* selbst. Während er heute als Synonym für China oder das chinesische Volk verwendet wird, stand er ursprünglich für Glanz und Kultiviertheit – im Gegensatz zu den als roh und primitiv angesehenen Fremden. Auch im antiken Griechenland griff Herodot eine ähnliche Gegenüberstellung auf, indem er den Widerstand der Griechen gegen Persien als Kampf zwischen Zivilisation und „barbaroi“ beschrieb.
- 2 M. L. Cohen, „Being Chinese: The Peripheralization of Traditional Identity“, *Daedalus* Bd. 120, Nr. 2 (1991), S. 113–34.
- 3 Hu Shi, „Our Attitude Toward Modern Western Civilization“, 1926. Prämerquellendokument mit Fragen, Columbia University, https://afe.easia.columbia.edu/ps/cup/hushi_western_civ.pdf.
- 4 „中央文明办确定今年10项重点工作“ [Das Zentralbüro für geistige Zivilisation hat für dieses Jahr zehn Schlüsselaufgaben festgelegt], *Wenming.cn*, 15. Januar 2016, https://web.archive.org/web/20160314024038/www.wenming.cn/specials/zxdj/2016wmbzrh/yw_wmbzrh/201601/t20160115_3089937.shtml.
- 5 Informationsbüro des Staatsrats, „Physical Evidence Found for 5,000 Years of Civilization“, 29. May 2018, https://web.archive.org/web/20250212163603/http://english.scio.gov.cn/press-room/2018-05/29/content_51528874.htm.



QUALIFIKATOREN

Katja Drinhausen, David Bandurski und Malin Oud

Qualifikatoren sind Wörter oder Ausdrücke, die die Bedeutung anderer Begriffe oder Formulierungen eingrenzen, verstärken, oder anderweitig verändern. Die chinesische Regierung verwendet in ihrer innenpolitischen und internationalen Kommunikation eine Reihe von Qualifikatoren, die eine bestimmte Interpretation nahelegen und implizite Kritik oder Erwartungen transportieren. Auf unserer Website finden Sie zusätzlich zu den Kurzbeschreibungen auch Beispiele von offiziellen Zitaten, in denen die entsprechenden Qualifikatoren verwendet werden: <https://decodingchina.eu/de/qualifizier/>.





Friedlich 【和平】

Chinas Führung betont häufig, dass das Friedensstreben der Volksrepublik sowohl in traditionellen chinesischen Werten als auch in den eigenen historischen Erfahrungen mit ausländischer Aggression und Kolonialismus verwurzelt sei. Das Versprechen, dass Chinas Aufstieg sich grundsätzlich vom Expansionismus westlicher Nationen unterscheide, ist in der bereits in den 1950er-Jahren formulierten Doktrin der „friedlichen Entwicklung“ (和平发展) verankert.

Peking hält an der Behauptung fest, dass Chinas vorrangiges Ziel die innere Modernisierung sei, die ein stabiles, friedliches internationales Umfeld erfordere, und dass Chinas wachsende militärische Stärke ausschließlich defensiven Zwecken diene. Zugleich jedoch verteidigt China seine territorialen Ansprüche gegenüber Nachbarländern an Land und auf See mit Nachdruck und behält sich das Recht vor, seinen Souveränitätsanspruch über Taiwan mit militärischer Gewalt durchzusetzen.

In internationalen Konflikten präsentiert sich China als neutraler Vermittler, etwa in der Ukraine, im Gazastreifen und in schwelenden Konflikten im Nahen Osten. Die Volksrepublik bietet sich regelmäßig als Plattform für Gespräche an und veröffentlicht Friedenspläne – auch wenn diese eher kurz und inhaltlich vage blieben. Gleichzeitig positioniert China sich als zentraler Akteur für einen Wiederaufbau nach Kriegen. Trotz ihrer Teilnahme an Friedens- und humanitären Hilfsmissionen hält die Volksrepublik an ihrer strikten Politik der Nichteinmischung fest.



Grün 【绿色】

Im Diskurs der KPCh erfüllt die Charakterisierung politischer oder wirtschaftlicher Pläne und Aktivitäten als „grün“ (绿色) eine doppelte Funktion: Sie verweist einerseits auf Umweltpolitik, dient andererseits aber auch als ein rhetorisches Mittel, um die Übereinstimmung mit den Prioritäten der Partei zu signalisieren. Im innenpolitischen Kontext kann „grün“ als Maßstab politischer Bewertung dienen, der allgemein Nachhaltigkeit in der Politikgestaltung markiert – allerdings ohne konkrete messbare Kriterien, wie etwa beim „Konzept der grünen Regierungsführung“ (绿色执政理念).

In der Außenpolitik dient „grün“ dazu, Argumente zu untermauern. So wird etwa behauptet, Nachhaltigkeit sei ein zentrales Prinzip von Xi Jinpings Neuer Seidenstraßeninitiative (BRI) – obwohl diese auch Projekte mit fragwürdigen Umweltauswirkungen förderte. Ebenso kann es Kritik Ausdruck verleihen, etwa in der Argumentation, dass westliche Zölle auf chinesische Produkte im Bereich erneuerbare Energien „grünen Protektionismus“ darstellten, der echten Umweltschutz untergräbt.



Menschenzentriert 【以人民为中心】

In der internationalen Entwicklungszusammenarbeit, in humanitären Initiativen und im Klimaschutz steht der Begriff „menschenzentriert“ für Ansätze, die Individuen und Gemeinschaften durch politische Teilhabe und die Einbeziehung marginalisierter Stimmen stärken sollen. In China ist der Ausdruck „menschenzentriert“ – oder „den Menschen (bzw. das Volk) in den Mittelpunkt stellen“ (以人为本) – seit Anfang der 2000er Jahre ein zentraler Parteilogan. Für die KPCh war der Begriff „Volk“ von Anfang an eine politische Kategorie: Er bezeichnete in der klassenbasierten Ordnung Chinas jene „breite Bevölkerung“, deren Vertretung die KPCh für sich reklamiert. Dabei werden Volk und Partei häufig als Einheit beschrieben, was suggeriert, dass ihre Interessen grundsätzlich deckungsgleich sind.

International tritt China für eine „menschenzentrierte Entwicklung“ und für ein „menschenzentriertes Menschenrechtssystem“ ein. Es verwendet diese Begriffe jedoch, um Kritik am vorherrschenden globalen Menschenrechtsrahmen zu üben, der individuelle Rechte und die staatliche Pflicht zu ihrem Schutz betont. Chinas Auslegung des menschenzentrierten Ansatzes verwischt die Grenzen zwischen Individuum (人), Volk/Kollektiv (人民) und Nationalität (民族). Die Rechte von Einzelnen oder ethnischen Gruppen treten hinter das „Volk“ zurück. Im Mittelpunkt steht stattdessen der Beitrag des Individuums zum nationalen Aufbau – was gesellschaftliche Ziele über persönliche Freiheiten stellt.



Nichtstaatlich 【非政府】

Im streng kontrollierten politischen System Chinas ist unabhängige zivilgesellschaftliche Beteiligung ausgeschlossen. Xi Jinping bekräftigte Maos Grundsatz: „Partei, Regierung, Armee, Gesellschaft und Bildung – Ost und West, Süd und Nord, die Partei führt alles.“ Zugleich ist sich die KPCh der Rolle und Relevanz zivilgesellschaftlicher Organisationen im Ausland und im internationalen System bewusst. Daher hat sie ein Netzwerk von Stellvertreterorganisationen geschaffen, die nach außen hin wie unabhängige Akteure wirken, in Wahrheit aber der Partei dienen. Über diese betreibt die KPCh, was sie als „Austausch zwischen den Menschen“ bezeichnet, und versucht so, Einfluss im Ausland, in der chinesischen Diaspora und im UN-System zu gewinnen.

Einige der Organisationen, die sich als „nichtstaatlich“ (非政府) bezeichnen – z.B. die Chinesische Gesellschaft für Menschenrechtsstudien oder der Gesamtchinesische Journalistenverband – sind Abteilungen des Zentralkomitees der KPCh unterstellt, etwa der Internationalen Abteilung oder der Zentralen Propagandaabteilung. Chinas Bezeichnung solcher Organisationen als „nichtstaatlich“ ist daher irreführend, erleichtert dem Parteistaat jedoch die Durchdringung zivilgesellschaftlicher Räume und ermöglicht es ihm, unter dem Deckmantel unabhängiger Interessenvertretung Beraterstatus in der UN und internationale Legitimität zu erlangen.

Innerhalb Chinas wird diese Bezeichnung genutzt, um Organisationen unter direkter Führung des Parteistaats als Beispiele für Chinas florierenden unabhängigen Sektor auszugeben. Im internationalen Kontext dient der Begriff dazu, echte zivilgesellschaftliche Beteiligung in Organisationen wie der UN zu untergraben – etwa, wenn Pseudo-NGOs sich als unabhängige chinesische Stimmen ausgeben, Narrative der KPCh verbreiten oder Kritik an China mit Angriffen auf die Menschenrechtslage in westlichen Staaten abwehren.



Pragmatisch 【务实】

China präsentiert seine Politik im In- und Ausland oft als pragmatisch (oder praktisch) und ergebnisorientiert. Im Inland reklamiert die Partei für sich, durch die Priorisierung praktischer Lösungen gegenüber ideologischen Debatten effiziente Fortschritte zu erzielen – trotz andauernder Kampagnen, die Kader und Bevölkerung auf die Doktrin der KPCh verpflichten und Xi Jinpings politische Visionen einschwören sollen.

In seinen diplomatischen Beziehungen – insbesondere im Umgang mit liberalen Demokratien – fordert China mehr Pragmatismus. Gemeint ist damit die Konzentration auf gemeinsame Interessen wie Handel, wissenschaftlichen Austausch oder globale Herausforderungen. Strittige Themen wie Menschenrechte, Sicherheitsfragen oder geopolitische Rivalität sollen dagegen ausgeklammert werden. Die implizite Botschaft lautet, dass ein „falscher Umgang“ mit diesen Differenzen die Beziehungen schädige und wirtschaftlichen Schaden nach sich ziehe.

Gegenüber dem Globalen Süden präsentiert sich China als pragmatischer Akteur, der „Win-win“-Kooperation in der Wirtschaft und Zugang zu globalen öffentlichen Gütern ohne politische Bedingungen bietet – im Gegensatz zu Konditionalitäten, die oft von westlichen Staaten auferlegt werden. Zwar verspricht China Nicht-einmischung in innere Angelegenheiten, wertet aber Widerstand gegen seine eigenen Interessen – etwa durch Handelsbarrieren – als ideologisch motiviert.



Rational 【理性】

Innenpolitisch verwendet die chinesische Regierung den Begriff „rational“, um politische Entscheidungen als wissenschaftlich fundiert, modern und als bestmögliche Lösung für konkrete politische Fragestellungen zu legitimieren. Widerstand oder Infragestellung der staatlichen Politik wird hingegen oft als irrational und fehlgeleitet oder als von einer kleinen Minderheit von Unruhestiftern oder ausländischen Kräften angestiftet beschrieben.

In seinen diplomatischen Beziehungen verwendet China „rational“ meist zusammen mit Begriffen wie „pragmatisch“ und „konstruktiv“ – und vermittelt damit die Botschaft, dass sich die Partner auf gemeinsame Vorteile und konstruktive Zusammenarbeit konzentrieren sollten. Gegenüber europäischen Regierungen ist damit zugleich die Erwartung verbunden, wirtschaftliche Interessen und Unabhängigkeit von den USA im Sinne einer „echten strategischen Autonomie“ zu priorisieren. Dies impliziert, Differenzen bei Themen wie Menschenrechten, Chinas Haltung zum Ukrainekrieg, industrielle Überkapazitäten und technologiebezogene Sicherheitsbedenken außen vor zu lassen.

Gegenüber den Ländern des Globalen Südens plädiert China, gemeinsam für eine faire, gleichberechtigte und „rationale“ internationale Ordnung einzutreten, die dem wachsenden Gewicht der Schwellenländer Rechnung trägt. Zugleich wird jedoch erwartet, dass sie sich nicht auf die Seite der USA stellen. Die unterschwellige Botschaft an alle lautet: Eine Opposition zu China ist angesichts seines politischen Gewichts und der wirtschaftlichen Vorteile, die es bietet, nicht rational.



Sogenannte 【所谓的】

Im Diskurs der KPCh dient „sogenannt“ – neben seiner gemeinläufigen Verwendung – oft als rhetorisches Mittel, um Konzepte, Ideen oder Behauptungen zu delegitimieren, die im Widerspruch zu den Positionen der Partei stehen. Wenn Vertreter des Parteistaats diesen Zusatz in politischen Kontexten verwenden, signalisieren sie damit typischerweise, dass ein Konzept oder eine Aussage aus Sicht der Partei unwahr, doppel moralisch oder inakzeptabel ist. Damit erfüllt der Einschub „sogenannte“ mehrere Funktionen: Er schafft Distanz zwischen Sprecher und Konzept bzw. Aussage, stellt deren Legitimität in Frage, und weist gegensätzliche Standpunkte von vornherein zurück, ohne sich eingehend mit ihnen auseinandersetzen zu müssen.

Besonders wirksam ist der Begriff in ideologischen und diplomatischen Auseinandersetzungen, da er ein gegensätzliches Konzept zwar anerkennt, es jedoch dem Publikum gegenüber zugleich als zweifelhaft markiert. Chinesische Staatsmedien greifen regelmäßig auf diesen Zusatz zurück, um westliche politische Konzepte und Aussagen abzuwerten – sei es zur Kritik an westlicher Außenpolitik oder zur Abwehr externer Kritik an China.



Verantwortungsvoll 【负责任】

Die KPCh bezeichnet es als ihre historische Verantwortung, „dem Volk zu dienen“ und leitet ihre Legitimität primär daraus ab, greifbare Fortschritte für die Bevölkerung zu erzielen. Sie präsentiert sich als die einzige Kraft, die Chinas wirtschaftlichen und technologischen Aufstieg steuern, „Gesellschaft mit bescheidenem Wohlstand“ verwirklichen und zugleich soziale Stabilität gewährleisten kann. Ein Bild, das gerne im Kontrast zu den (teils realen, teils überzeichneten) politischen Unruhen in anderen Ländern präsentiert wird.

Auf der Weltbühne reagiert China auf die regelmäßigen Appelle westlicher Staaten, ein „verantwortungsvoller globaler Akteur“ zu sein, indem es sich als verantwortungsvolle Großmacht (负责任大国) darstellt, welche konkrete Beiträge zur Entwicklung anderer Staaten leistet und zu globalen öffentlichen Gütern in Bereichen wie Wirtschaftswachstum, Gesundheit und Klima beiträgt. Es verweist auf sein konstruktives Engagement in den Vereinten Nationen, etwa durch Friedenseinsätze und die regelmäßige Zahlung seiner UN-Beiträge. Chinesische Initiativen – wie die Neue Seidenstraßeninitiative (BRI) und die wachsende Zahl globaler Initiativen in den Bereichen Entwicklung, Sicherheit, Zivilisation oder auch Governance – werden als tragende Säulen der internationalen Ordnung dargestellt.

Dieses Narrativ stellt China als friedliebende, anti-hegemoniale und lösungsorientierte Alternative zu westlichen Staaten dar, das sich dafür einsetzt, Entwicklungsländer stärker einzubinden. Zugleich zeigt China eine hohe Bereitschaft, erheblichen Druck auszuüben, sobald seine politischen und wirtschaftlichen Interessen berührt sind.



Westlich 【西方】

Im chinesischen politischen Diskurs fungiert „westlich“ als qualitative Kennzeichnung, mit der bestimmte Nationen und Systeme als grundsätzlich im Widerspruch zu chinesischen Interessen stehend beschrieben werden. In erster Linie bezieht sich der Begriff auf die USA und westeuropäische Länder, die trotz ihrer Unterschiede als geschlossener Block (美西方) dargestellt werden. Im Kalten Krieg bezeichnete der Westen zunächst „imperialistische Mächte“. Heute dient es als Sammelbegriff für Mächte im Niedergang, die Chinas Aufstieg eindämmen und eine überholte internationale Ordnung bewahren wollen. Funktionäre und Staatsmedien greifen dabei selektiv negative Aspekte auf, die sie mit allem „Westlichen“ verknüpfen: den historischen Kolonialismus, die vermeintliche Heuchelei bei der Förderung „universeller Werte“, die wirtschaftliche Ausbeutung von Entwicklungsländern und in jüngster Zeit auch die Polarisierung westlicher Staaten sowie deren Widerstand gegen eine gerechtere Weltordnung.

Neuere Rhetorik stellt westlichen Nationen die Diagnose eines „China-Angst-Syndroms“ (中国恐惧症). Die Sorgen westlicher Staaten werden dabei als überzogen und unbegründet abgetan – unter Verweis auf Chinas friedlichen Aufstieg und seine historisch verankerte anti-imperialistische Haltung – und kontrastiert mit der westlichen Vergangenheit von „Eroberung, Völkermord, Sklaverei, Kolonialismus und Ausbeutung“.



Wissenschaftlich 【科学】

Im Diskurs der KPCh kann sich „wissenschaftlich“ zwar auf empirische wissenschaftliche Methoden beziehen, fungiert jedoch weitaus häufiger als rhetorisches Mittel, um Entscheidungen und Maßnahmen der Partei eine rationale Legitimität zu verleihen. Bezeichnen Funktionäre einen Ansatz als „wissenschaftlich“, ohne dass ein klarer Bezug zu Wissenschaft oder Technologie besteht, ist das kein Verweis auf empirische Methoden. Vielmehr signalisiert es in der Regel, dass Ansätze oder Maßnahmen im Einklang mit den Prioritäten der KPCh und politische Vorgaben angemessen berücksichtigt wurden.

Besondere Bedeutung erlangte der Begriff im politischen Diskurs der KPCh mit Hu Jintaos Leitidee des „wissenschaftlichen Entwicklungskonzepts“ (科学发展观), das auf eine Korrektur unausgewogenen Wirtschaftswachstums durch rationalere Politik zielte. In der heutigen Verwendung – etwa, wenn Covid-19-Maßnahmen als „wissenschaftlich und präzise“ (科学精准) beschrieben werden – soll diese Kennzeichnung in erster Linie politische Entscheidungen als unvermeidliche und durchdachte Ergebnisse erscheinen lassen. Dadurch wird ihnen der Anschein objektiver Wahrheit verliehen, statt sie als subjektive politische Entscheidungen erkennbar zu machen.

QUELLEN UND WEITERFÜHRENDE LEKTÜRE

BÜCHER

- Angle, S., and Svensson, M., (Hrsg.), *The Chinese Human Rights Reader: Documents and Commentary, 1900-2000*, M.E. Sharpe, 2001.
- Bachulska, A., Leonard, M. and Oertel, J., *The Idea of China: Chinese Thinkers on Power, Progress, and People*, European Council on Foreign Relations, 2024. Available from <https://ecfr.eu/publication/idea-of-china/>
- Franceschini, I., Loubere, N., and Sorace, C., (Hrsg.), *Afterlives of Chinese Communism: Political Concepts from Mao to Xi*, Australian National University Press, 2019.
- Link, E.P., *An Anatomy of Chinese: Rhythm, Metaphor, Politics*, Harvard University Press, 2012.
- Mayer, M., Kavalski, E., Rudyak, M., and Xin, Z. (Hrsg.), *Routledge Handbook on Global China*, Routledge, 2025.
- Roth, H.I., *P.C. Chang and the Universal Declaration of Human Rights*, University of Pennsylvania Press, 2021.
- Schoenhals, M., *Doing Things with Words in Chinese Politics: Five Studies*, Center for Chinese Studies, Institute of East Asian Studies, University of California, 1992.
- Yu, H., *China in Ten Words*, Pantheon Books, 2011.

BERICHTE UND ANALYSEN

- Drinhausen, K., Ohlberg, M., Karásková, I., Stec, G., „Image Control: How China Struggles for Discourse Power“, *MERICS*, 2023, <https://merics.org/en/report/image-control-how-china-struggles-discourse-power>.
- Drinhausen, K., Shi-Kupfer, K., Sadeler, C., „China's Fragile Online Spaces for Debate“, China Spektrum Report, *MERICS*, 2025, https://merics.org/sites/default/files/2025-02/ChinaSpektrum_Report05_FINAL.pdf.
- Grünberg, N., Drinhausen, K. and Davey, A., „Serving the People by Controlling Them: How the Party is Reinserting Itself Into Daily Life“, *MERICS*, 2025, <https://merics.org/en/report/serving-people-controlling-them-how-party-reinserting-itself-daily-life>.
- International Civil Society Centre, „Scanning the Horizon: Sector Guide for China“, *International Civil Society Centre*, 2019, <https://icscentre.org/en/wp-content/uploads/2019/11/StH-Sector-Guide-China-November-2019.pdf>.
- Lang, S., Lang, B., Ohlberg, M., Shi-Kupfer, K., „Ideas And Ideologies Competing For China's Political Future, How Online Pluralism Challenges Official Orthodoxy“, *MERICS*, 2017, https://merics.org/sites/default/files/2020-04/171004_MPOC_05_Ideologies_0_web_1.pdf.
- Oud, M., „Powers of Persuasion? China's Struggle for Human Rights Discourse Power at the UN“. *Global Policy*, 15 (Suppl. 2), S. 85–96, 2024. Available from: <https://doi.org/10.1111/1758-5899.13361>.
- Rolland, N., „An Emerging China-Centric Order, China's Vision For A New World Order In Practice“, *The National Bureau of Asian Research*, 2020, https://www.nbr.org/wp-content/uploads/pdfs/publications/sr87_aug2020.pdf.

Rolland, N., „China's Vision For A New World Order", *The National Bureau of Asian Research*, 2020, https://www.nbr.org/wp-content/uploads/pdfs/publications/sr83_chinasvision_jan2020.pdf.

Schrader, M., „Friends and Enemies: A Framework for Understanding Chinese Political Interference in Democratic Countries", *Alliance for Securing Democracy*, 2020, <https://securingdemocracy.gmfus.org/wp-content/uploads/2020/05/Friends-and-Enemies-A-Framework-for-Understanding-Chinese-Political-Interference-in-Democratic-Countries.pdf>.

The National Bureau of Asian Research, „China Foreign Policy Lexicon Tracker", *The National Bureau of Asian Research*, <https://www.nbr.org/publication/china-foreign-policy-lexicon-tracker/>.

Thibaut, K., „Chinese Discourse Power: Ambitions and Reality in the Digital Domain", *Atlantic Council*, 2022, <https://www.atlanticcouncil.org/wp-content/uploads/2022/11/Chinese-Discourse-Power-Ambitions-and-Reality-in-the-Digital-Domain.pdf>.

Thibaut, K., „Chinese Discourse Power: Capabilities and Impact", *Atlantic Council*, 2023, <https://www.atlanticcouncil.org/wp-content/uploads/2023/08/Chinese-Discourse-Power-Capabilities-and-Impact-1.pdf>.

WEBSEITEN

China Aid Blog

<http://china-aid-blog.com/>

China Digital Times

<https://chinadigitaltimes.net/>

China Heritage

<http://chinaheritage.net/>

China Law Translate

<https://www.chinalawtranslate.com/en/>

China Media Project

<https://chinamediaproject.org/>

China NGO Project

<https://www.chinafile.com/ngo>

China Unofficial Archives

<https://minjian-danganguan.org/>

Dialogue Earth

<https://dialogue.earth/en/>

Global China Lab

<https://globalchinalab.org/about/>

Interpret:China

<https://interpret.csis.org/>

Lingua Sinica

<https://lingua-sinica.org/>

Marxists Internet Archive

<https://www.marxists.org>

MERICs

<https://meric.org/en>

NPC Observer

<https://npcobserver.com/>

Reading the China Dream

<https://www.readingthechinadream.com/>

Sinification

<https://www.sinification.com/>

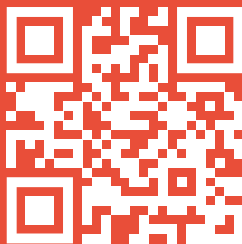
Sinocism

<https://sinocism.com/>

Tracking People's Daily

<https://trackingpeoplesdaily.substack.com/>

**THE DECODING
CHINA PROJECT**



<https://decodingchina.eu>